

Werkstattbericht
September '96

Ein Projekt der
Schader-Stiftung in
Zusammenarbeit mit

Otfried Jarren und
Hartmut Weßler,
Universität Hamburg
Institut für Journalistik

Gesellschaftswissenschaften in der Medienöffentlichkeit

Herausgeber
Schader-Stiftung
Karlstraße 85
64285 Darmstadt
(06151) 17 59 0

Redaktion
Dr. Tobias Robischon,
Schader-Stiftung

Die Schader-Stiftung
fördert den Dialog
zwischen Gesellschafts-
wissenschaften und Pra-
xis. Damit möchte sie
einen Beitrag zur Lö-
sung gesellschaftlicher
Aufgaben leisten.

© 1996
Schader-Stiftung

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Schader-Stiftung	1
------------------------	---

Sozialwissenschaften und Massenmedien - Empirische Ergebnisse, Theorieperspektiven, Erkenntnispotentiale

Otfried Jarren Hartmut Weßler	5
--	---

Ziele, Aufbau und Vorgehensweise der Arbeit	7
---	---

1. Wissenschaftsjournalismusforschung	8
--	----------

1.1. Berichterstattungsinhalte	8
--------------------------------------	---

1.1.1. Umfang und formale Aspekte der Berichterstattung	9
---	---

1.1.2. Thematische und disziplinäre Schwerpunkte der Berichterstattung	11
--	----

1.1.3. Journalistische Selektivitätsmuster	12
--	----

1.1.4. Die Qualität der Berichterstattung	13
---	----

1.2. Die Angebotsseite des Berichterstattungsprozesses	15
--	----

1.3. Redaktionelle Infrastrukturen und Handlungsmuster	16
--	----

1.4. Zusammenfassende Bewertung und Forschungsperspektiven	17
--	----

2. Wissensorientierte Ansätze der Policy-Forschung	18
---	-----------

2.1. Theoretische Verortung der wissensorientierten Ansätze	18
---	----

2.2. Sozialwissenschaftliches Wissen im Policy-Prozeß	20
---	----

2.2.1. Ideen als Determinanten der Policy-Entwicklung	20
---	----

2.2.2. Sozialwissenschaften und Policy Learning	22
---	----

2.2.3. Sozialwissenschaften und Problemdefinition	23
---	----

2.2.4. Sozialwissenschaften und Massenmedien als Teil von Advocacy Coalitions	24
---	----

2.2.5. Diskurskoalitionen zwischen Sozialwissenschaften und Politik	27
---	----

2.2.6. Think Tanks im Dreieck von Politik, Sozialwissenschaft und Massenmedien	28
--	----

2.2.7. Sozialwissenschaften und »Policy windows«	30
--	----

2.2.8. Rhetorische Struktur und mediengerechter Zuschnitt sozialwissenschaftlichen Wissens	30
---	----

2.3. Zusammenfassende Bewertung und Forschungsperspektiven	31
--	----

3. Verwendungsforschung	33
3.1. Theoretische Grundorientierung	34
3.2. Ansätze der Verwendungsforschung	34
3.2.1. Verwendung als institutionalisierte Systemvermittlungsleistung: der institutionenorientierte Ansatz	35
3.2.2. Verwendung als handlungspraktische Differenzherstellung: der interaktionsorientierte Ansatz	36
3.2.3. Verwendung als Wandel von Problemdeutungen: der deutungsorientierte Ansatz	37
3.3. Verwendungstheoretische Konzepte für die Analyse von redaktioneller Praxis und medienöffentlichen Diskursen	39
3.3.1. Die redaktionelle Praxis	39
3.3.2. Der medienöffentliche Diskurs	43
4. Syntheseversuch: Die Rolle der Sozialwissenschaften beim Deutungswandel im medienöffentlichen Diskurs	47
4.1. Die Sachdimension medienöffentlicher Diskurse	47
4.2. Die Sozialdimension medienöffentlicher Diskurse	49
4.3. Die Zeitdimension medienöffentlicher Diskurse	49
4.4. Prozeßmuster des Deutungswandels im medienöffentlichen Diskurs	50
5. Auswahlbibliographie	51

Sozialwissenschaften in der Drogenberichterstattung der Printmedien - eine Inhaltsanalyse

Hartmut Weßler	67
Zusammenfassung	69
1. Einleitung	70
2. Kontext und Analysekonzept der Untersuchung	71
2.1. Der Forschungsstand	71
2.2. Das Analysekonzept	72

3. Methodik	74
3.1. Untersuchungsmaterial und -zeiträume	74
3.2. Das Kategoriensystem	76
3.2.1. Formale Merkmale des Beitrags	76
3.2.2. Allgemeiner Inhalt des Beitrags	76
3.2.3. Transferbezogener Inhalt des Beitrags	77
4. Ergebnisse	78
4.1. Ausmaß und Art des sozialwissenschaftlichen Wissens	78
4.1.1. Die Transferquote	78
4.1.2. Zentrum oder Zusatzelement: Platzierung und Anteil der Sozialwissenschaften im Beitrag	78
4.2. Der mediale Kontext des Transfers	80
4.2.1. Transferquoten der Mediengattungen	80
4.2.2. Sozialwissenschafts-Transfer in unterschiedlichen Textgattungen	81
4.3. Der thematische Kontext des Transfers	83
4.3.1. Sozialwissenschaftliche Berichterstattungsanlässe	83
4.3.2. Thematische Einbettung des sozialwissenschaftlichen Wissens	84
4.3.2.1. Beitragsthemen	84
4.3.2.2. Transferthemen	85
4.3.3. Bezug des Transfers zu den Stadien des Policy-Zyklus	86
4.4. Der Akteurskontext des Transfers	87
4.5. Der Ereigniskontext des Transfers	89
4.5.1. Die »Freigabe«-Debatte	89
4.5.2. Ereignisphasen und Zwischenphasen	90
5. Zusammenfassung und Ausblick	93
Literatur	95

Sozialwissenschaften und Massenmedien - Empirische Ergebnisse, praktische Erfahrungen und Forschungsperspektiven

Workshop der Schader-Stiftung, 6. und 7. März 1996, Hamburg	97
Zur Einführung	
Hans-Dieter Weger, Schader-Stiftung	99
1. Was wissen wir?	
Empirischer Kenntnisstand und praktische Erfahrungen zum Thema »Sozialwissen- schaften in den Massenmedien«	100
1.1. Der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens in die Massenmedien - Forschungsstand und empirische Ergebnisse einer Inhaltsanalyse Otfried Jarren/Hartmut Weßler, Universität Hamburg	100
1.2. Eckart Klaus Roloff, Rheinischer Merkur, Bonn	101
1.3. Renate Mreschar, Deutscher Forschungsdienst, Bonn	102
1.4. Thomas Assheuer, Frankfurter Rundschau	103
1.5. Diskussion	104
> Sozialwissenschaftliches Wissen als Hintergrundgeräusch des Alltags?	104
> Zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen	104
> Wie Empirie betreiben?	105
> Warum die Verwendung nachweisen?	106
1.6. Walter Hömberg, Kath. Universität Eichstätt	106
1.7. Volker Ronge, Universität Wuppertal	106
1.8. Diskussion	107
> Wie kommt das Wissen in die Medien hinein?	108
> Binnenstrukturen der Medien und mediale Inhalte	108
> Wissensselektion nach Gutdünken des wissenschaftsjournalistischen Einzelkämpfers?	109
> Berichterstattungsdefizit oder Nachfrageüberhang?	110
> Statt Transfer Diskurskopplung erforschen?	110
> Was haben wir aus der Diskussion gelernt?	112
2. Was wollen wir wissen? Wie sollen wir fragen?	
Forschungsfragen und Forschungsstrategien	113
2.1. Wechselwirkungen zwischen Sozialwissenschaften, Medienöffentlichkeit und Policy-Diskursen - Theoretische Überlegungen zur Zukunft eines Forschungsfeldes Otfried Jarren/Hartmut Weßler, Universität Hamburg	113
2.2. Peter Weingart, Universität Bielefeld	114

2.3. Friedhelm Neidhardt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	114
2.4. Peter Wagner, University of Warwick	116
2.5. Roland Czada, Fernuniversität Hagen	117
2.6. Diskussion	118
> Zum Design künftiger Forschungsarbeit	118
> Anregungen für die journalistische Praxis	120
> Nochmals: Zum Verhältnis zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen	121
2.7. »Gegen den Strich gebürstet ...«- Kommentar zum Fachgespräch Ulrich Saxer, Universität Zürich	122
Programm des Workshops	124
Teilnehmer des Workshops	127

Die Vorstellungen von Ökonomen und politischen Philosophen, seien sie nun richtig oder falsch, sind weitaus mächtiger als gemeinhin verstanden wird. In der Tat beherrscht kaum etwas anderes die Welt.

John Maynard Keynes

Vorwort

Die Konzepte, Argumente und Analysen der Gesellschaftswissenschaften können wichtige Hilfen zur Bewältigung der Probleme unserer Gesellschaft sein - so der Grundgedanke der Schader-Stiftung. Das klingt idealistisch, ist es jedoch keineswegs: Die Grundlage jeden erfolgreichen praktischen Handelns ist schließlich die zutreffende Vorstellung davon, wie die Sache eigentlich funktioniert, mit der man umgeht. Und eben dies macht Theorien so mächtig - sie geben uns eine Vorstellung davon, wie man handeln könnte.

Wenn Ideen aber Wirkung entfalten sollen, dann müssen sie weitergegeben und verbreitet werden. Neue Gedanken müssen wahrgenommen werden, damit sie erwogen, diskutiert, benutzt oder aber auch verworfen werden können. Problemlösungen entstehen im produktiven Dialog zwischen unterschiedlichen Sichtweisen und konkurrierenden Standpunkten. Und diesen Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis fördert die Schader-Stiftung.

Am Anfang eines Dialogs steht die Bereitschaft, andere Argumente und Ansätze als die eigenen zur Kenntnis zu nehmen. Wichtige Multiplikatoren für deren Verbreitung sind heute Presse und Rundfunk. Denn wenn die Gesellschaftswissenschaften über nützliche Analysen verfügen, dann müssen sie bekannt werden, um wirksam werden zu können. Aber welche Rolle haben die Massenmedien für die Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse tatsächlich? Und welche Bedeutung könnten sie erlangen? In diesem Werkstattbericht stellen wir einige Überlegungen hierzu vor.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten und Diskussionen sind unserer Meinung nach instruktiv - für Gesellschaftswissenschaftler, Journalisten und für alle, denen eine an praktischen Problemen orientierte

sozialwissenschaftliche Beratung von Politik am Herzen liegt:

- > Die Gesellschaftswissenschaften spielen in der öffentlichen Diskussion eine größere Rolle, als dies die gängige Defizitrethorik vermuten läßt.
- > Die Nachfrage der Medien nach Orientierungsleistungen der Gesellschaftswissenschaften wird nur unzureichend befriedigt.
- > Wo, wann und wie gesellschaftswissenschaftliche Argumente besonderen Einfluß in der öffentlichen Diskussion erlangen, läßt sich herausfinden - wenn der Blick auf die Wissensinhalte gerichtet wird.

Von der bisherigen Forschung wurde die tatsächliche Bedeutung der Gesellschaftswissenschaften für medienöffentliche Diskurse und die damit verbundenen Handlungsorientierungen nur unzureichend erfaßt. Bei näherer Betrachtung stellt sich deswegen das argumentative Gewicht der Gesellschaftswissenschaften als deutlich größer heraus, als dies bisher angenommen wurde. Bisher war es in der Wissenschaftsjournalismusforschung üblich, sich auf die Messung der offensichtlichen Erwähnung von Sozialwissenschaftlern und von Informationen, auf deren sozialwissenschaftliche Herkunft ausdrücklich hingewiesen wurde, zu beschränken. Damit fielen jedoch alle Argumente ohne sozialwissenschaftlichen Herkunftsnachweis unter den Tisch. Auch blieb außer Betracht, daß der aktuelle Journalismus über soziale, politische und wirtschaftliche Themen viele sozialwissenschaftliche Informationen aufnimmt - journalistische Wissenschaftsverwendung also größtenteils außerhalb des Wissenschaftsressorts stattfindet.

Immerhin kommen die Inhaltsanalysen des *explizit* über Wissenschaft berichtenden Journalismus

zu Sozialwissenschaftsteilen zwischen 5 und 30% an der gesamten *Wissenschaftsberichterstattung*. Dabei lagen die thematischen Schwerpunkte stets in den Bereichen Psychologie, wirtschaftliche Entwicklung und Demoskopie. Berücksichtigt man nun auch den aktuellen Journalismus sowie die mediale Verwendung sozialwissenschaftlicher Argumente ohne Quellenbeleg, so wird sich vermutlich der inhaltliche Einfluß der Gesellschaftswissenschaften als deutlich höher erweisen.

Unbefriedigend war bisher auch die Erkenntnis der Verwendungsforschung, im Zuge der Nutzung sozialwissenschaftlichen Wissens werde dieses so stark an den Praxiskontext angepaßt, daß seine Herkunft nicht mehr erkennbar sei. Denn dies produziert ein Dilemma: Die erfolgreiche Aufnahme und Verwendung des Wissens in der Praxis drückt sich empirisch als sein Verschwinden aus. Kurz: Die Verwendung gesellschaftswissenschaftlicher Argumente schien empirisch nicht nachweisbar zu sein.

Ein neuer Forschungsansatz bietet nun Aussichten, dieses Problem zu lösen. Indem er den Blick auf die Wissensinhalte lenkt, verspricht er Erkenntnisse darüber, wo, wann und wie gesellschaftswissenschaftliches Wissen im medienöffentlichen Diskurs Einfluß gewinnt. Dieser Ansatz geht davon aus, daß es dazu einer Paßförmigkeit der Deutungsmuster und Argumente aus der Wissenschaft mit denen der in einem Politikfeld relevanten »Advocacy Coalitions« bedarf. »Advocacy Coalitions« sind die durch gemeinsame Grundüberzeugungen, Sichtweisen oder Problemdefinitionen verbundenen Tendenzkoalitionen von Akteuren eines Politikfeldes. Diese Koalitionen verlaufen quer zu organisatorischen Abgrenzungen, zu ihnen können auch Teile der Wissenschaft gehören. Den Prozeß der Wissensvermittlung zwischen Sozialwissenschaft, Öffentlichkeit und Politik kann man demzufolge am besten verstehen, wenn man ihn als einen politischen Prozeß begreift. Zum einen wird Wissen als Munition in der Auseinandersetzung zwischen Überzeugungs-Koalitionen benutzt, die um die Dominanz ihrer Grunddeutungen und der damit verbundenen Policy-Optionen konkurrieren. Zum anderen ist eben diese Auseinandersetzung ein kollektiver Lernprozeß - zumindest gelegentlich. Aus dieser Perspektive ist sozialwissenschaftliches Argumentieren genuiner Be-

standteil des öffentlichen politischen Diskurses. Damit aber bleibt der Wissenschaft kaum noch Platz für die Einnahme neutraler (Beobachter-) Standorte.

Ein Mehr an Wissen *kann* politische Entscheidungsprozesse beeinflussen, muß es aber keineswegs. Hierüber besteht Einigkeit in der politikwissenschaftlichen Diskussion. Fraglich bleibt, ob die Gesellschaftswissenschaften vor allem zur argumentativen Fundierung ohnehin feststehender Überzeugungen herangezogen werden, oder ob sie in höherem Maße als Orientierungshilfen in Situationen sachlicher und strategischer Unsicherheit dienen.

Welche Rolle im einzelnen die Wissensinhalte, die Akteure und Akteurskonstellationen sowie situative Komponenten für die Paßförmigkeit und die Wirksamkeit spielen, kann heute noch nicht eindeutig gesagt werden. Die journalistischen Selektionskriterien (Nachrichtenwerte, kognitive Einfachheit, Paßförmigkeit in die Muster »Konflikt« oder »Alltagsnähe«) legen es nahe, daß gesellschaftswissenschaftliche Argumente weniger direkt, sondern vor allem über Thematisierungsbemühungen politischer Akteure in den öffentlichen Diskurs Eingang finden. Denn für Journalisten steht stets das Thema im Vordergrund. Damit das sozialwissenschaftliche Informationsangebot Verwendung findet, muß es einen sachdienlichen Beitrag zur journalistischen Bearbeitung des Themas leisten.

Inhaltsanalytische Sondierungen des Drogenthemas lassen zudem Zweifel daran aufkommen, ob die Gesellschaftswissenschaften Probleme eigenständig in den Medien thematisieren können. Denn entgegen der unter Sozialwissenschaftlern verbreiteten Vermutung, ihre Disziplin trage viel zur Definition gesellschaftlicher Probleme bei, schlägt sich dies nicht in der Presse nieder. Gefragt ist gesellschaftswissenschaftliches Wissen offenbar eher später, in der Phase der Problembearbeitung.

Es gibt jedoch deutliche Hinweise darauf, daß in den Medien ein Nachfrage*überhang* nach Orientierungsleistungen der Gesellschaftswissenschaften zu gesellschaftlichen Zusammenhängen besteht. Zwar gibt es keine wissenschaftlichen Kriterien für ein Urteil über eine angemessene Dosierung, und ob die Präsenz der Gesellschaftswis-

senschaften in den Massenmedien generell defizitär ist, wird von Fachjournalisten wie Wissenschaftlern bezweifelt. Aber besonders gefragt bei den Medien, das zeigen empirische Ergebnisse, sind sozialwissenschaftliche Hintergrundinformationen zu herausragenden Ereignissen. Die mit solchen Ereignissen einhergehende umfangreiche Berichterstattung führt auch zu einer erhöhten Nachfrage nach einer sozialwissenschaftlichen Erläuterung der Vorgänge.

»Transfer« kann mit Blick auf die Pluralisierung innerhalb der Wissenschaften und die Erosion wissenschaftlicher Autorität nicht als »wissenschaftliche Missionierung der Laien« begriffen werden. Der Weg von »besserem Wissen zu besserer Praxis« führt über Lern- und Überzeugungsprozesse, in denen sich die zu transferierenden Argumente in einem Umfeld konkurrierender Angebote (gesellschafts-)wissenschaftlicher wie nicht-wissenschaftlicher Herkunft durchsetzen. Die sehr heterogene Wissensnachfrage erschwert dies zusätzlich. Da mit diesen Lern- und Überzeugungsprozessen eine »Metamorphose« des Wissens einhergeht, kann man sie sich nicht als geradlinige Übermittlung von Wissensanbietern hin zu Wissensnachfragern vorstellen.

Wie sich das Wechselspiel von sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion, massenmedialer Aufbereitung und der Aufnahme von Wissen in den politischen Diskurs begreifen läßt, stand im Mittelpunkt eines zweitägigen Workshops der Schader-Stiftung mit Wissenschaftsjournalisten und Vertretern unterschiedlicher gesellschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen. Dort wurde das Themenfeld »Sozialwissenschaften und Massenmedien« ausgeleuchtet und in intensiver Diskussion die bisher gemachten praktischen Erfahrungen wie auch die vorhandenen empirischen Ergebnisse gesichtet. Die Diskussion wird in diesem Band dokumentiert.

Ebenfalls in diesem Band enthalten ist die Aufarbeitung des aktuellen Forschungsstandes zum Thema »Sozialwissenschaften und Massenmedien«, mit der die Schader-Stiftung Professor Dr. Otfried Jarren und Hartmut Weßler vom Institut für Journalistik der Universität Hamburg beauftragte. In der hier vorliegenden Expertise zeigen die Autoren, wie und mit welchen Ergebnissen sich drei unterschiedliche Forschungsansätze des

Themengebietes angenommen haben. Dies ist zum einen die Wissenschaftsjournalismusforschung, die vor allem Aussagen zu den Berichterstattungsinhalten macht sowie Hinweise auf die redaktionelle Selektion von Wissensangeboten gibt. Der zweite Forschungsansatz ist die wissensorientierte Policy-Forschung, d.h. die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rolle von Wissen oder Wissenschaft im politischen Prozeß. Der dritte Ansatz ist schließlich die Verwendungsforschung. Sie fragt, wer wann wozu und vor allem in welcher Form sozialwissenschaftliches Wissen verwendet.

Die bereits erwähnte quantitative Inhaltsanalyse der Presseberichte über das Thema Drogen ging der Frage nach, wann sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung einfließt - und wann nicht. Diese Studie wurde ebenfalls im Auftrag der Schader-Stiftung am Hamburger Institut für Journalistik durchgeführt. Über die Forschungsergebnisse berichtet Hartmut Weßler in seinem Beitrag.

Schader-Stiftung,
im September 1996

Otfried Jarren
Hartmut Weßler

Universität Hamburg
Institut für Journalistik

Sozialwissenschaften und Massenmedien -
Empirische Ergebnisse, Theorieperspektiven,
Erkenntnispotentiale

Ziele, Aufbau und Vorgehensweise der Arbeit¹

Ziel dieser Arbeit ist es, den Forschungsstand im Themenfeld »Sozialwissenschaften und Massenmedien« aufzuarbeiten und Perspektiven für die zukünftige Forschung deutlich zu machen. Dazu wird auf drei verschiedene Forschungsstränge Bezug genommen, die sich in unterschiedlicher Art und Weise auf das Themenfeld beziehen:

1. die Wissenschaftsjournalismusforschung,
2. wissensorientierte Ansätze der Policy-Forschung sowie
3. die Verwendungsforschung.

Jeder dieser Forschungsstränge wird in einem eigenen Kapitel ausführlich gewürdigt und im Hinblick auf das Thema dieser Arbeit ausgewertet. Zwei der Forschungsstränge, die Journalismus- und die Policy-Forschung, haben den Sozialwissenschaften bzw. sozialwissenschaftlichen Wissensangeboten bisher relativ wenig Beachtung geschenkt. In den Kapiteln 1 und 2 wird es daher vor allem darum gehen, diejenigen empirischen und theoretischen Aussagen herauszuarbeiten, die sich innerhalb der beiden Forschungsstränge dennoch auf Sozialwissenschaften beziehen oder beziehen lassen.

In Kapitel 3 steht dann mit der Verwendungsforschung ein Forschungsstrang zur Debatte, der die Sozialwissenschaften explizit in den Mittelpunkt der Untersuchung stellt - und zwar unter der Perspektive ihrer Aufnahme und Transformation in den verschiedensten gesellschaftlichen Praxisbereichen. Hier wird - nach einer Einführung in das Forschungsfeld und seine Ansätze - in zweifacher Weise an die vorangegangenen Kapitel angeknüpft: Einerseits werden die empirischen Erkenntnisse der Wissenschaftsjournalismusforschung aus verwendungstheoretischer Perspektive systematisiert und Forschungsperspektiven für eine verwendungstheoretische

Analyse der redaktionellen Praxis der Massenmedien herausgearbeitet (Kap. 3.3.1.). Andererseits werden die dargestellten wissensorientierten Konzepte der Policy-Forschung in verwendungstheoretischer Hinsicht zugespitzt und so Perspektiven für die Analyse der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in medienöffentlichen Diskursen entwickelt (Kap. 3.3.2.).

Im 4. Kapitel schließlich wird ein Versuch der konzeptionellen Synthese von Konzepten und Erkenntnissen aus den drei Forschungssträngen vorgestellt. Entwickelt wird ein Modell, das es ermöglichen soll, die Rolle der Sozialwissenschaften für den Wandel der Problemdeutungen im medienöffentlichen Diskurs zu analysieren. Das Modell will damit der Sozialwissenschaftlichkeit des verwendeten Wissens ebenso gerecht werden wie der Medienvermitteltheit öffentlicher Diskurse und ihrer Funktion im Rahmen von Politikprozessen.

Dieser Aufbau der Expertise eröffnet Perspektiven für die zukünftige Forschung in zweierlei Hinsicht: Einerseits werden Leistungen, Lücken und Schwächen der drei Forschungsstränge und damit Anschlußmöglichkeiten für weitere Forschungsarbeiten aufgezeigt, die im Rahmen der jeweiligen Traditionen verbleiben. Insofern ist die Expertise multiperspektivisch. Zum anderen wird der Versuch unternommen, die Multiperspektivität aufzuheben, und eine konzeptionelle Synthese vorgeschlagen, deren Forschungsgegenstand im Schnittpunkt der bestehenden Forschungstraditionen liegt.

Als Anhang ist der Expertise eine Auswahlbibliographie beigelegt, die die drei Forschungsstränge auch über die in dieser Arbeit zitierte Literatur hinaus umfassender dokumentiert.

¹ In Kapitel 2 greifen wir auf eine von Dr. Frank Nullmeier und Dipl.Pol. Thomas Saretzki für unser Projekt erstellte Expertise mit dem Titel »Wissensorientierte Ansätze der Policy-Forschung. Welchen Beitrag leisten sie zum Verständnis der Rolle der Sozialwissenschaften in der Öffentlichkeit?« zurück. Den beiden Kollegen sind wir zu besonderem Dank verpflichtet.

Zu danken haben wir darüber hinaus zahlreichen Studierenden: An der Literaturrecherche, -beschaffung und -auswertung sowie der Erstellung der Auswahlbibliographie haben Cordula Eubel, Florian Hans und Jan Behrens mitgearbeitet. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer unseres Projektseminars »Ergebnisse und Verwendungsmöglichkeiten der Kommunikations- und Medienwissenschaft« waren an empirischen Vorarbeiten für diese Expertise beteiligt.

1. Wissenschaftsjournalismusforschung

Die Wissenschaftsjournalismusforschung stellt ein Teilgebiet der Journalismusforschung dar. Ihr Gegenstand ist die Wissenschaftsberichterstattung der Massenmedien, meist eingegrenzt auf die Berichterstattung im Rahmen des Wissenschaftsressorts, das inzwischen in vielen Redaktionen eingerichtet wurde. Die grundlegende Studie zu diesem Bereich hat Hömberg (1990) vorgelegt. Mit den Sozialwissenschaften hat sich die Wissenschaftsjournalismusforschung - von Ausnahmen abgesehen - bisher nur am Rande beschäftigt. Das liegt wohl im wesentlichen daran, daß in der Wissenschaftsberichterstattung selbst die Sozialwissenschaften nur eine untergeordnete Rolle spielen (vgl. dazu genauer Kap. 1.1.1.). Hier kann daher nur dann auf Studien zum Wissenschaftsjournalismus (im engeren Sinne) zurückgegriffen werden, wenn sie die Sozialwissenschaften als eigenen Themenbereich behandeln und getrennt ausweisen. Allgemeine Ergebnisse zum Wissenschaftsjournalismus, die keine Differenzierung nach den Fächergruppen vornehmen, bleiben daher hier unberücksichtigt.

Das Forschungsfeld »Sozialwissenschaften in den Massenmedien« läßt sich aus der Perspektive der Journalismusforschung in drei Prozeßschritte untergliedern:

- > den Input: die Angebotsseite des Berichterstattungsprozesses,
- > den Throughput: die redaktionellen Infrastrukturen und Handlungsmuster sowie
- > den Output: die Berichterstattungsinhalte.²

Im folgenden wird der Stand der empirischen Erkenntnisse zu jedem dieser drei Prozeßschritte im Überblick dargestellt. Am Anfang stehen dabei die Berichterstattungsinhalte (Output), weil nur in diesem Bereich genügend Forschung existiert, um von einem Forschungsstand im engeren Sinne zu sprechen (Kap. 1.1.). Die Forschung zu den anderen beiden Bereichen ist - im Hinblick auf die Sozialwissenschaften - hingegen so spärlich, daß hier nur über verstreute Einzelergebnisse berichtet werden kann. Kap. 1.2. widmet sich der

Angebotsseite (Input), während in Kap. 1.3. die redaktionellen Infrastrukturen und Handlungsmuster (Throughput) behandelt werden. In Kap. 1.4. schließlich wird der vorhandene Forschungsstand zusammenfassend bewertet und auf zukünftige Forschungsmöglichkeiten hin untersucht.

Quer zu der genannten Differenzierung in prozessualer Hinsicht muß mit Blick auf den Stellenwert der Sozialwissenschaften im Berichterstattungsprozeß zwischen drei Formen der Berichterstattung unterschieden werden. Den innersten Kern des Gegenstandsbereichs bildet die *Wissenschaftsberichterstattung im Wissenschaftsressort*; dies ist der traditionelle Gegenstand der Wissenschaftsjournalismusforschung. Für die Sozialwissenschaften bedeutsamer ist aber die zweite Ebene: die *Wissenschaftsberichterstattung in den klassischen Ressorts* Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Lokales und Vermischtes (vgl. das Vier-Felder-Modell bei Ruß-Mohl 1985 sowie Kap. 1.1.1. dieser Arbeit). Sozialwissenschaftliches Wissen spielt schließlich auch eine Rolle als zusätzliches Element im Rahmen von Berichterstattungsprozessen, die sich primär nicht-wissenschaftlichen Themen widmen. Dieser Bereich, der erstmals von Weiss/Singer (1988) empirisch untersucht wurde, wird hier *sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung* genannt. Diese Unterscheidung der Berichterstattungsformen erleichtert eine Aufarbeitung der vorhandenen Literatur und wird daher in den folgenden Ausführungen aufgegriffen.

1.1. Berichterstattungsinhalte

Die empirische Forschung zu den Inhalten der Sozialwissenschaftsberichterstattung und der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung läßt sich in vier Themenaspekte gliedern (vgl. den Überblick bei Stocking/Dunwoody 1982):

1. Umfang und formale Aspekte der Berichterstattung,

² Da über die Rezeption des Outputs keine empirischen Erkenntnisse vorliegen, wird dieser vierte Prozeßschritt hier nicht eigens behandelt.

2. thematische und disziplinäre Schwerpunkte der Berichterstattung,
3. journalistische Selektivitätsmuster sowie
4. die Qualität der Berichterstattung.

1.1.1. Umfang und formale Aspekte der Berichterstattung

Schon bei dem Versuch, den Umfang der Sozialwissenschaftsberichterstattung oder der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung anzugeben, zeigen sich erhebliche methodische Probleme. Denn die zur Verfügung stehenden inhaltsanalytischen Studien (Depenbrock 1976; Hellmann 1976; Hömberg 1981; Böhme-Dürr/Grube 1989; Weiss/Singer 1988; Kohler 1986) definieren ihren Gegenstand in keineswegs einheitlicher Weise. Naturgemäß hängt der Anteil der Sozialwissenschaften an der Wissenschaftsberichterstattung sehr stark von der jeweils verwendeten Definition von »Wissenschaftsberichterstattung« sowie von den in den Bereich der Sozialwissenschaften jeweils einbezogenen Wissenschaftsdisziplinen ab. Ein direkter Vergleich der Studien ist daher nicht möglich (vgl. Hömberg 1978). Gleichwohl lassen sich aus der Literatur Anhaltspunkte in bezug auf die Bedeutung der Sozialwissenschaften für die massenmediale Berichterstattung gewinnen.

Depenbrock ermittelte die Anteile der verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinengruppen an der *Wissenschaftsberichterstattung* für das Jahr 1974.³ Dabei schnitt die große Gruppe der »Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften« bei den regionalen Tageszeitungen am besten ab; hier nahm sie mit 25 bis 30% der Wissenschaftsbeiträge im Vergleich zu den anderen Disziplinengruppen⁴ den zweiten oder sogar den ersten Platz ein. Bei den überregionalen Tageszeitungen lagen die Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in der Rangliste der Fächergruppen hinter der Medizin und den Naturwissenschaften bei Werten zwischen 13 und 24% auf dem dritten oder vierten Platz. Uneinheitlich war das Bild bei den untersuchten Boulevardzeitungen (Depenbrock 1976: 110 f.).⁵ Einen ähnlich hohen Anteil der Sozialwissenschaften an der Wissenschaftsberichterstattung ermittelte Kohler (1986) für die Schweiz. Hier sind die Sozialwissenschaften mit durchschnittlich 13,8% der Beiträge ebenfalls hinter Medizin und Naturwissenschaften auf den dritten Platz verwiesen.⁶

Zu etwas niedrigeren Prozentwerten für die Sozialwissenschaften als Depenbrock und Kohler kommt Hellmann (1976). Rechnet man die von Hellmann benutzten Kategorien »Psychologie, Pädagogik und Sozialwissenschaften« sowie »Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften« zusammen, so ergibt sich für das Jahr 1975 ein Anteil dieser weit definierten sozialwissenschaftlichen Fächergruppe an der Wissenschaftsberichterstattung von 9,4%.⁷ Hier verzeichneten die untersuchten Illustrierten und

³ Untersucht wurden vier überregionale Tageszeitungen (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, »Die Welt«, »Süddeutsche Zeitung« und »Frankfurter Rundschau«), zwei regionale Tageszeitungen (»Westdeutsche Allgemeine Zeitung« und »Schwäbische Zeitung«) und zwei Boulevardzeitungen (»Bild« und »Express«). Untersuchungszeitraum war das I. Quartal 1974.

⁴ Als weitere Disziplinengruppen wurden bei Depenbrock unterschieden: Theologie/Philosophie; Sprach- und Literaturwissenschaften; Historische und musische Wissenschaften; Naturwissenschaften; Medizin; Technische Wissenschaften; Agrar- und Forstwissenschaften sowie Sonstiges. Die Psychologie wurde der Medizin zugeschlagen. Erhoben wurde der Anteil der Disziplinengruppen an der Wissenschaftsberichterstattung jeweils für die Anzahl und die Fläche der Artikel.

⁵ Depenbrock ermittelte auch den flächenmäßigen Anteil der Wissenschaftsberichterstattung (aller Disziplinen) an der *Gesamtberichterstattung* der untersuchten Printmedien und kam dabei auf Werte zwischen 1 und 3%. Geringer noch als im Feuilleton und im Vermischten war der Wissenschaftsanteil im Politikteil (0,7 bis 1,3%) und im Wirtschaftsteil (0,7 bis 2,3%) (Depenbrock 1976: 105, 186). Der Anteil der Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an der Gesamtberichterstattung der untersuchten Medien lag dementsprechend unterhalb der genannten Werte und schwankte zwischen 0,2 und 0,7 % (Depenbrock zit. nach Hömberg 1981: 73, 71).

⁶ Kohler definiert die Sozialwissenschaften allerdings anders als Depenbrock, indem sie die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften nicht miteinbezieht, die Psychologie jedoch hinzunimmt.

⁷ Die Beiträge dieser Fächergruppe waren jedoch überdurchschnittlich lang, so daß sie 16,3% der Wörter in Anspruch nahmen (Hellman 1976: 3).

Wochenzeitungen die Spitzenwerte. Die Berichterstattung über die Sozialwissenschaften stützte sich in weit überproportionalem Maße auf Bücher als Informationsquellen: Knapp 30% der sozialwissenschaftlichen Beiträge gingen auf Bücher zurück; in der gesamten Wissenschaftsberichterstattung waren es nur 9,7% (Hellmann 1976: 4). Diese Bedeutung des Buchs als Informationsquelle spiegelt sich auch in einem überproportionalen Anteil von Buchbesprechungen bei der Berichterstattung über Sozialwissenschaften. Für den engeren Bereich der Sozialwissenschaften (»Psychologie, Pädagogik, Sozialwissenschaften«) fällt zudem auf, daß Meldungen von deutlich geringerer, subjektive Darstellungsformen wie Reportage und Feature dagegen von größerer Bedeutung waren als in der Gesamtheit der Wissenschaftsberichterstattung (Hellmann 1976: 7).⁸

Geringer als in den Studien von Depenbrock, Hellmann und Kohler fallen die Prozentwerte für die Sozialwissenschaften aus, wenn nur die Berichterstattung *im Wissenschaftsressort* selbst untersucht wird. So ermittelte Hömberg (1981: 72) für das 1. Halbjahr 1979 einen Anteil der Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften von 4,9%. Grundlage waren die Wissenschaftsseiten von vier überregionalen Zeitungen und einer regionalen Zeitung in der Bundesrepublik.

Weiss/Singer (1988) bezogen neben Beiträgen über sozialwissenschaftliche Themen (»focus items«) auch die *sozialwissenschaftlich angereicherte Berichterstattung* über nicht sozialwissenschaftliche Themen (»ancillary items«) in ihre Analyse ein.⁹ Das Verhältnis von »focus items« zu »ancillary items« betrug im Untersuchungsjahr 1982 etwa ein Drittel zu zwei Dritteln. Wäh-

rend die »ancillary items« bei allen untersuchten Printmedien¹⁰ die »focus items« überwogen, war das Verhältnis bei den untersuchten Fernsehnachrichtensendungen entweder ausgeglichen oder zugunsten der »focus items« verschoben: Wenn Sozialwissenschaften hier vorkamen, stellten sie häufig den thematischen Schwerpunkt der - allerdings meist sehr kurzen - Beiträge dar (Weiss/Singer 1988: 178). »Focus stories« behandelten entweder bestimmte sozialwissenschaftliche Studien oder enthielten sozialwissenschaftliche Daten und Ergebnisse ohne Verweis auf eine spezielle Studie; in der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung dominierten dagegen Expertenstatements von Sozialwissenschaftlern (Weiss/Singer 1988: 182 f.). Die »ancillary stories« waren zudem durchweg zwei- bis dreimal so lang wie »focus stories«. Beiträge mit Sozialwissenschaftsbezug wurden relativ prominent platziert: Bei rund 10% aller untersuchten Beiträge handelte es sich um Beiträge auf Seite 1 der Tageszeitungen bzw. um Titelstories der Nachrichtenmagazine (Weiss/Singer 1988: 185).

Aussagen über die *Entwicklung* der Sozialwissenschaftsberichterstattung *im Längsschnitt* lassen sich nur sehr eingeschränkt machen, weil es insbesondere für die Bundesrepublik an Studien fehlt, die mit vergleichbarer Methodik einen längeren Zeitraum abdecken. Immerhin weist Kärtner für die 50er und 60er Jahre eine Zunahme sozialwissenschaftlicher Beiträge im »Spiegel« nach. Im Zeitraum von 1956 bis 1960 bezogen sich nur 3,5% Prozent der Wissenschaftsberichte auf die Soziologie und verwandte Gebiete, während es 1962 bis 1966 schon 13,3% waren

⁸ Auch die Inhaltsanalysen von Depenbrock (1976: 180) und Böhme-Dürr/Grube (1989: 452) zeigen, daß bei den Sozialwissenschaften die ausführlicheren und die subjektiven Beitragsformen besonders stark vertreten sind. Bei Depenbrock (1976: 199) stammten zudem gut ein Drittel der Beiträge über Gesellschafts-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften von Nachrichtenagenturen; bei den regionalen Tageszeitungen lag dieser Anteil mit 56 bzw. 58% eindeutig am höchsten.

⁹ Die Studie von Kohler macht deutlich, daß die Institutionalisierung der Wissenschaftsberichterstattung in den Medien den Sozialwissenschaften nicht zu einer besseren Präsenz verhilft: Während der Anteil der Wissenschaftsberichterstattung an der Gesamtberichterstattung durch eine Institutionalisierung der Wissenschaftsberichterstattung begünstigt wird, sind die Sozialwissenschaften davon nicht tangiert; auf den Anteil der Sozialwissenschaften an der *Wissenschaftsberichterstattung* wirkt sich die Institutionalisierung sogar negativ aus (Kohler 1986: 103).

¹⁰ Untersucht wurden drei landesweit verbreitete Tageszeitungen (»New York Times«, »Wall Street Journal« und »Washington Post«) sowie drei Nachrichtenmagazine (»Newsweek«, »Time«, und »U.S. News and World Report«). Für diese Medien wurde ein Vergleich zwischen den Jahren 1970 und 1982 durchgeführt. Hinzu kamen für das 1982 die Hauptnachrichtensendungen der drei US-amerikanischen Fernseh-Networks CBS, NBC und ABC sowie der »Boston Globe« und »Parade«.

(Kärtner zit. nach Hömberg 1978: 9f.). Einen Hinweis darauf, daß der Anteil der Sozialwissenschaften an der Wissenschaftsberichterstattung seit dieser Zeit zumindest bei einzelnen Titeln der Wochenpresse (Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine) gestiegen sein könnte, bietet die Inhaltsanalyse von Böhme-Dürr/Grube (1989). Die Autorinnen stellten für 1986 einen Anteil der Sozialwissenschaften zwischen 5% (»Stern«) und 29% (»Spiegel«) fest; die »Zeit« (16%) und der »Rheinische Merkur« (28 %) lagen zwischen diesen Extremen (Böhme-Dürr/Grube 1989: 451). Der Studie von Weiss/Singer (1988: 181) zufolge nahm die Berichterstattung mit Sozialwissenschaftsbezug zwischen 1970 und 1982 in den USA - entgegen der Vorannahme - nicht durchgängig zu. Wenn Zuwächse zu verzeichnen waren - und dies variierte von Medium zu Medium -, so lagen diese im Bereich der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung, nicht im Bereich der Sozialwissenschaftsberichterstattung im engeren Sinne (Weiss/Singer 1988: 181). Dies kann als ein Indiz für das Vordringen der Sozialwissenschaften in nicht-wissenschaftliche Berichterstattungskontexte gewertet werden.

1.1.2. Thematische und disziplinäre Schwerpunkte der Berichterstattung

Die meisten verfügbaren Studien schlüsseln die Sozialwissenschaftsberichterstattung nach den sozialwissenschaftlichen Disziplinen auf, auf die sich die Beiträge beziehen. So kommen Böhme-Dürr/Grube (1989: 451) zu dem Ergebnis: »In der sozialwissenschaftlichen Berichterstattung dominierten psychologische Themen.« 21% der von ihnen untersuchten Wissenschaftsberichte bezogen sich 1986 auf die Psychologie, gefolgt von der Soziologie (12%) und der Ethnologie (11%); alle anderen Disziplinen wiesen Werte von 7% oder weniger auf. Kohler (1986) kommt für die Schweiz zu einem ähnlichen Resultat: Hier war die Psychologie mit 31,6% ebenfalls Spitzenreiter in der Rangfolge der sozialwissenschaftlichen

Disziplinen, gefolgt von der Pädagogik mit 16,5%, der Soziologie mit 13,9% und der Politologie mit 10,4%. Die weiteren Disziplinen hatten Anteile von 10% oder weniger. Die Psychologie war auch diejenige Disziplin, die am meisten über die 50 untersuchten Zeitungen streute (Kohler 1986: 89ff.). Das Übergewicht der Psychologie könnte darauf schließen lassen, daß zumindest ein Teil der Berichterstattung mit Sozialwissenschaftsbezug dem Bereich Lebenshilfe/Ratgeber zuzurechnen ist.

Einen anderen Zugang zur Analyse inhaltlicher Schwerpunkte wählten Weiss/Singer. Weil hier die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung in die Untersuchung einbezogen wurde, war es notwendig, auch die nicht primär wissenschaftliche Berichterstattung inhaltlich zu klassifizieren. Die Autorinnen erstellten daher einen allgemeinen Themenkatalog, der die Themenbereiche ausweist, bei denen besonders viel sozialwissenschaftliche Informationen in die Berichterstattung einfließen. In beiden Untersuchungsjahren (1970 und 1982) wurde die Themenliste angeführt von der heimischen (US-amerikanischen) Wirtschaft (knapp 40 % der Beiträge) - dafür sind vor allem Beiträge über die wirtschaftliche Lage und die Entwicklung einzelner ökonomischer Indikatoren (wie z.B. die Arbeitslosenquote) verantwortlich. Den zweitwichtigsten Themenbereich stellte 1982 »social integration and social control«¹¹ mit rund 15% der Beiträge dar. Damit hat sich der hier weit gefaßte Bereich »Soziales« vor das Themenfeld »U.S. government and politics« geschoben, der 1970 noch den zweiten Platz belegt hatte. Generell waren 1982 wirtschaftliche Themen stärker, politische Themen dagegen weniger stark vertreten.¹² Die Rangfolge der Themen ist bei der Sozialwissenschaftsberichterstattung und der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung recht ähnlich, was darauf schließen läßt, daß sich die journalistischen Selektionskriterien für beide Bereiche ähneln. (vgl. Kap. 1.1.3.). Auch zwischen den untersuchten Medien ergaben sich keine großen Unterschiede in der Themenverteilung (Weiss/Singer 1988: 189 ff.).

¹¹ In diesen Bereich fallen die Themen »religion, education, crime, law/law enforcement, military, culture (art, literatur etc.), science/social science«.

¹² Neben »U.S. economy«, »U.S. government and politics« und »social integration and control« wurden folgende Themenbereiche unterschieden: »foreign economies and international trade«, »foreign governments and international relations«, »health«, »demographics« und »relationships and lifestyles«.

Im Hinblick auf die inhaltlichen Schwerpunkte der Berichterstattung fällt zudem auf, daß bei den von Depenbrock untersuchten Blättern mehr als zwei Drittel der Artikel zu sozialwissenschaftlichen Themen den Bereichen »Demoskopie« und »Wirtschafts- und Konjunkturforschung« zuzuordnen waren (Depenbrock 1976: 125; vgl. auch Peters 1982) - ein Ergebnis, das in der Studie von Weiss/Singer (1988: 228) bestätigt wird: Hier behandelten allein rund die Hälfte der untersuchten Beiträge Meinungs- und Einstellungsumfragen. Zu diesem Ergebnis trägt die Tendenz US-amerikanischer Medien bei, selbst Umfragen in Auftrag zu geben oder durchzuführen, über die dann berichtet wird.

1.1.3. Journalistische Selektivitätsmuster

Die Studie von Weiss/Singer zeigt, daß die Informationsquellen der Journalisten - dazu gehören auch die Sozialwissenschaften selbst - durchaus einen Einfluß auf die Art und Weise der Berichterstattung haben. So bestimmt die erste journalistische Aufbereitungsform (z.B. eine Pressemeldung) weitgehend über den Detailreichtum und die Schwerpunktsetzung der nachfolgenden Berichterstattung. Über die *Auswahl* von sozialwissenschaftlichem Wissen, über das berichtet werden soll, können die Informationsquellen dagegen nicht bestimmen (Weiss/Singer 1988: 203 f.). Hier greifen genuin journalistische Selektionskriterien.

Eine repräsentative Analyse dieser Kriterien anhand eines Input-Output-Vergleichs liegt bisher nicht vor. Um dennoch Aufschluß über die Selektivitätsmuster zu erhalten, mit denen Journalisten sozialwissenschaftliche Informationsangebote auswählen, haben Weiss/Singer zwei Fallstudien durchgeführt. Sie zeigten, daß in der übergroßen Mehrheit der Fälle die sozialwissenschaftlichen Informationsangebote keine Berichterstattung zu stimulieren in der Lage waren. Sie entsprachen offenbar nur in seltenen Fällen überhaupt den journalistischen Selektionskriterien.

Ziel der ersten Fallstudie war es zu ermitteln, über welche Symposien und Einzelvorträge der Jahrestagungen der American Association for the Advancement of Science (AAAS) in welchem Ausmaß in den Massenmedien berichtet wurde

und welche Auswahlkriterien diesem Medien-echo zugrunde lagen. Das wichtigste Ergebnis bestand darin, daß für Sozialwissenschaften *keine spezifischen Selektionskriterien* festgestellt werden konnten. Die Auswahl sozialwissenschaftlicher Informationsangebote erfolgte im großen und ganzen nach den gleichen Kriterien wie bei anderen Informationsangeboten (vgl. ähnlich Kohler 1986). Die drei wichtigsten Kriterien waren:

- > Konflikt mit vorgefaßten Meinungen und gängigen Erwartungen,
- > Kontroverse (zwischen verschiedenen Studien und/oder Wissenschaftlern) sowie
- > Alltagsnähe (Themen aus den Bereichen Gesundheit, Lebenserwartung, Kinder).

Wenig Einfluß auf die Berichterstattung über die AAAS-Jahrestagungen hatten die Prominenz der Sozialwissenschaftler sowie wissenschaftsimmanent bedeutsame Kriterien wie das methodische Design der Studien (quantitativ/qualitativ, Längsschnitt-/Querschnittanalyse) oder deren methodische Strenge. Von den Massenmedien bevorzugt wurden Studien aus der Sozialmedizin, der Psychologie und der Soziologie gegenüber Studien aus der Politologie, der Kulturwissenschaft (»anthropology«) und den Wirtschaftswissenschaften. Es war jedoch nicht die Disziplin, sondern das *Thema* der Studie, das im Einzelfall das Interesse geweckt hatte (Weiss/Singer 1988: 116). Ein Ergebnis, das sich auch in der von Weiss/Singer durchgeführten Journalistenbefragung bestätigte: »That they [the journalists] were reporting the results of *research* on the topic or citing the remarks of a *social scientist* was of little consequence. It was the *topic* of the story that provided the frame of reference for their work.« (Weiss/Singer 1988: 56)

AAAS-Symposien, zu denen eine Pressekonferenz abgehalten wurde, konnten insgesamt mit mehr Medienresonanz rechnen, obwohl dieser Zusammenhang in den einzelnen Jahren unterschiedlich stark ausgeprägt war. Keine der Pressekonferenzen konnte jedoch, so das Fazit der Autorinnen, ein mangelndes Interesse der Journalisten in Berichterstattung verwandeln (Weiss/Singer 1988: 113 f.).

Im Rahmen einer zweiten Fallstudie versuchten Weiß/Singer schließlich zu klären, was mit sozialwissenschaftlichen Informationsangeboten geschieht, die in fünf Bostoner Redaktionen im Zeitraum von jeweils zwei aufeinanderfolgenden Tagen einlaufen. Dabei ließen sich keine verallgemeinerbaren Selektionsregeln feststellen, sondern lediglich idiosynkratische Auswahlkriterien (Weiss/Singer 1988: 127).

Festzuhalten bleibt also, daß im Journalismus offenbar keine Selektionsregeln existieren, die sich speziell auf sozialwissenschaftliche Wissensangebote beziehen. Insbesondere wissenschaftsintern bedeutsame Auswahlkriterien spielen für journalistische Selektionsentscheidungen keine Rolle.

1.1.4. Die Qualität der Berichterstattung

Die Qualität der Sozialwissenschaftsberichterstattung sowie der sozialwissenschaftlich angeereicherten Allgemeinberichterstattung wird traditionell an wissenschaftsintern bedeutsamen Qualitätskriterien gemessen. Diesem Vorgehen liegt die Vorstellung zugrunde, daß sozialwissenschaftliche Informationsangebote spezielle Bearbeitungsweisen erfordern, an die besondere Qualitätsmaßstäbe zu stellen sind. Diese Vorstellung mag aus der Sicht der Sozialwissenschaften einleuchten, sie geht jedoch an der Praxis des journalistischen Umgangs mit den Sozialwissenschaften vorbei. Die vorhandene empirische Forschung zeigt nämlich, daß wissenschaftliche Qualitätsmaßstäbe in der Berichterstattungspraxis nicht befolgt werden und zumeist auch als normativer Standard keine Rolle spielen.

Der wissenschaftszentrischen Perspektive auf das Problem der Berichterstattungsqualität entspricht auch das methodische Herangehen der empirischen Studien. Hier wird die Qualität der Berichterstattung entweder mit Kriterien gemessen, die der Wissenschaft entlehnt sind (direkte Qualitätsmaße), oder die Qualität wird durch ein Exper-

tenrating ermittelt, d.h. Sozialwissenschaftler, über die in einem Artikel berichtet wird, schätzen selbst die Qualität dieses Beitrags ein (indirekte Qualitätsmaße).

Zur *direkten Qualitätsmessung* ziehen Weiss/Singer (1988: 235 ff.) in ihrer Inhaltsanalyse vier verschiedene Indikatoren heran:

1. Der Hinweis auf eine veröffentlichte Originalquelle für das sozialwissenschaftliche Wissen, über das berichtet wird, fand sich bei den »focus items« nicht einmal in jedem zweiten Beitrag, bei den »ancillary items« in weniger als einem Viertel der Beiträge. Bei Berichten über Meinungsumfragen lagen die entsprechenden Werte sogar nur bei 30% bzw. 10%.
2. Die Anzahl der an einer Studie beteiligten Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen war in rund drei Vierteln der untersuchten Beiträge nicht ersichtlich. Bei Berichten über Umfragen traf dies gar auf 87,5% der Beiträge zu, in den anderen Fällen immerhin noch bei mehr als 60% der Beiträge.
3. Nur in 18% der Beiträge waren Informationen zur verwendeten Forschungsmethode enthalten, die über die bloße Nennung der Methode hinausgingen. Hier schnitten die Berichte über Umfragen etwas besser ab als Berichte über andere Formen sozialwissenschaftlicher Forschung (vgl. auch die Fallstudie von Weigel/Pappas 1981).
4. Schließlich wurde zwischen den Studien, über die berichtet wurde, und anderem verfügbarem Wissen oft keine Beziehung hergestellt: Nur 14 % der Beiträge nannten zusätzliche Ergebnisse, die die berichteten sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse stützten, diesen Erkenntnissen widersprechende Ergebnisse anderer Studien enthielten gar nur 10% der Beiträge.¹³

¹³

Auch Kohler (1986: 92) stellte fest: »Im Vordergrund der Sozialwissenschaftsberichterstattung stehen isolierte Resultate in isolierten Untersuchungen (»Einzel-Untersuchungen« in 36% aller Artikel der Sozialwissenschaftsberichterstattung). Diese werden ergänzt durch isolierte, singuläre Fakten (»Einzelne Phänomene, Evidenzen« in 33% aller Artikel der Sozialwissenschaftsberichterstattung).« Böhme-Dürr/Grube (1989: 453) fanden in ihrer Teilreplikation der Studie von Weiss/Singer dagegen mehr Bezüge zwischen unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Wissensselementen: Rund die Hälfte der von ihnen untersuchten Beiträge enthielten Verweise auf andere sozialwissenschaftliche Untersuchungen. Dies läßt sich vermutlich damit erklären, daß Böhme-Dürr/Grube wöchentlich erscheinende

Auf diese Weise, so das Fazit der Autorinnen, entstehe das Bild einer »disembodied, timelessly true social science« (Weiss/Singer 1988: 242). Dazu trage auch die sog. Pseudo-Forschung bei, die mangels differenzierter Berichterstattung in der Öffentlichkeit als sozialwissenschaftliche Forschung rezipiert werde, obwohl sie methodisch völlig unzulänglich sei.

Ein komplexeres methodisches Design erfordert die *indirekte Qualitätsmessung* per Expertenrating. So haben Weiss/Singer zunächst 127 Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen, die Gegenstand von journalistischen Beiträgen waren, nach ihrer Einschätzung zu diesen Beiträgen befragt. Zu den Bewertungsdimensionen gehörten die faktische Exaktheit des Beitrags, die Angemessenheit der Gewichtung und die Auslassung wichtiger Informationen. Aus den Äußerungen der befragten Wissenschaftler wurde dann ein Qualitätsindex konstruiert. Die Werte dieses Index wurden schließlich mit einer langen Reihe unterschiedlicher Variablen korreliert, die sich auf Charakteristika des Journalisten, des beteiligten Sozialwissenschaftlers, der Kommunikationsbeziehung zwischen beiden sowie auf Merkmale des Beitrags bezogen.

Den stärksten Einzeleinfluß auf die wahrgenommene Qualität der Beiträge übten die beitragsbezogenen Kategorien aus: So wurden »quote stories« (Beiträge, in denen ein Sozialwissenschaftler zitiert wurde) deutlich besser eingeschätzt als »study stories« (Beiträge über sozialwissenschaftliche Studien). Weniger gut schnitten Beiträge ab, in denen die Journalisten ihre eigenen Interpretationen oder Kommentare einbrachten. Beiträge, die unterstützende Zusatzinformationen oder zustimmende Kommentare zu denen des jeweils befragten Sozialwissenschaftlers enthielten, schnitten am besten ab; am schlechtesten umgekehrt solche Beiträge, die widersprechende Erklärungen und abweichende Kommentare anführten. Die Beschreibung der in einer Untersuchung verwendeten Forschungsmethode führte ebenfalls zu einer besseren Bewertung des Artikels durch die betroffenen Sozialwissenschaftler (Weiss/Singer 1988: 84 f.).

Der Ausbildungshintergrund der Journalisten und ihre Spezialisierung auf ein bestimmtes Berichterstattungsfeld hatten keinen Einfluß auf die wahrgenommene Qualität der Beiträge. Positiven Einfluß hatten dagegen die Länge der journalistischen Erfahrung und das Bemühen des Journalisten, bestimmte sozialwissenschaftliche Kriterien zu erfüllen. Die Variablen, die sich auf den Sozialwissenschaftler bezogen (seine institutionelle Anbindung; seine Position; seine Bewertung der Sozialwissenschaftsberichterstattung im allgemeinen sowie bestimmter Vor- und Nachteile, die daraus erwachsen können; die Häufigkeit früherer Medienkontakte) beeinflussten die wahrgenommene Qualität der untersuchten Beiträge überhaupt nicht. Von den Variablen, die die Kommunikationsbeziehung betrafen, hatten zwei einen schwachen Einfluß auf die wahrgenommene Qualität: die Kontakthäufigkeit zwischen Journalist und Sozialwissenschaftler während der Entstehung des Beitrags und die Tatsache, daß die Ergebnisse der berichteten Studie zwischen beiden diskutiert wurden (Weiss/Singer 1988: 82 f.).

Noch komplexer als bei Weiss/Singer ist das methodische Design bei Tichenor u.a. (1970). Hier bewerteten die beteiligten Wissenschaftler nicht die Qualität der Beiträge, sondern die Exaktheit (»accuracy«) von jeweils 15 bis 20 Rezipientenstatements, in denen diese ihr Verständnis der vorgelegten Wissenschaftsbeiträge äußerten. Mit dieser Methode wird also experimentell der Informationstransfer ins Publikum gemessen, den einzelne Beiträge leisten. Im Ergebnis erwiesen sich die Rezipientenstatements zu Beiträgen mit sozialwissenschaftlichen Themen in den Augen der beteiligten Wissenschaftler als weniger exakt als die Statements zu naturwissenschaftlichen Beiträgen (Tichenor u.a. 1970: 679). Auch die Studie von Tankard/Ryan (1974: 224) enthält einen Hinweis darauf, daß die Qualität der Sozialwissenschaftsberichterstattung geringer ist als die Berichterstattung zu anderen wissenschaftlichen Themen: Während Sozialwissenschaftsbeiträge nach Einschätzung der betroffenen Wissenschaftler durchschnittlich 6,87 Fehler enthielten, waren es bei den Wissenschaftsberichten insgesamt »nur« 6,22 Fehler pro Beitrag. Grundlage war eine Liste mit 42 unterschiedlichen Fehlertypen.

Titel untersucht haben, die sich im allgemeinen durch längere und synthetisierende Beitragsformen auszeichnen.

Bei den indirekten Qualitätsmaßen ist allerdings immer zu bedenken, daß sie eine parteiliche Sicht auf den Berichterstattungsprozeß enthalten (können). So fragt sich in der Tat, ob die Einschätzung der Berichterstattungsobjekte der richtige Bewertungsmaßstab für die Qualität von Berichterstattung ist. Angesichts der Tatsache, daß - wie viele auch hier zitierte Forschungsergebnisse zeigen - die Berichterstattung mit Sozialwissenschaftsbezug im großen und ganzen den gleichen Regeln folgt wie jede andere thematische Berichterstattung, erscheint es nicht sinnvoll, in diesem Bereich spezielle Qualitätsanforderungen zu stellen. Die Forschung zur Berichterstattungsqualität sollte sich in Zukunft vielmehr auf Bewertungsvergleiche entweder zwischen verschiedenen Referenzgruppen (Journalisten, Wissenschaftler, Publikum) oder zwischen verschiedenen Berichterstattungsfeldern (Politik, Wirtschaft, Sozialwissenschaften etc.) konzentrieren, um der Einbettung der Sozialwissenschaftsberichterstattung und der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung in die allgemeine Berichterstattungspraxis sachlich gerecht zu werden. Ein Qualitätsvergleich mit der wissenschaftsjournalistischen Berichterstattung über Technik, Medizin und Naturwissenschaften bietet sich dagegen nur für die wenigen Sozialwissenschafts-Beiträge an, die im Wissenschaftsressort erscheinen.

1.2. Die Angebotsseite des Berichterstattungsprozesses

Über den Input der Sozialwissenschaftsberichterstattung sowie der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung ist im Vergleich zu den Berichterstattungsgehalten relativ wenig bekannt. Einzelne empirische Anhaltspunkte zur Angebotsseite des Berichterstattungsprozesses lassen sich in zwei Bereichen finden:

- > in Befragungen, die den Kontakten zwischen Sozialwissenschaftlern und Journalisten nachgehen (Dunwoody/Scott 1982; Dunwoody/Ryan 1985; Abele 1990; als Überblick vgl. McCall 1988; Dunwoody 1986)
- > in der Wissenschafts-PR-Forschung, die sich vor allem der Öffentlichkeitsarbeit von Hochschu-

len widmet (Baerns 1990; Heinemann 1991; als Überblick vgl. Zerges/Becker 1992; Ruß-Mohl 1990)

In einer *Befragung von 110 Wissenschaftlern* der Ohio State University stellten Duwoody/Scott (1982: 55) fest, daß Sozialwissenschaftler im Vergleich zu den anderen Wissenschaftlergruppen die meisten Medienkontakte aufwiesen. Die Autoren weisen jedoch darauf hin, daß die Beschränkung auf eine einzige Universität die Verallgemeinerbarkeit dieser Aussage einschränkt. In einer weiteren, nunmehr nationalen Befragung von 287 US-amerikanischen Wissenschaftlern (Dunwoody/Ryan 1985: 37) fanden sich in vier Punkten signifikante Unterschiede zwischen Sozial- und Naturwissenschaftlern, die darauf schließen lassen, daß Sozialwissenschaftler den Massenmedien insgesamt aufgeschlossener gegenüberstehen. So widersprachen die befragten Sozialwissenschaftler den Aussagen »Ein Wissenschaftler sollte nicht mit Journalisten kommunizieren, bevor die Arbeit in der Wissenschaft anerkannt ist« und »Die Bekanntgabe der Forschung durch die Massenmedien hat keinen Einfluß auf die Karrieremöglichkeiten in der Wissenschaft« in stärkerem Maße als die Naturwissenschaftler. Umgekehrt meldeten die Sozialwissenschaftler geringeren Widerspruch gegen folgende Aussagen an: »Einige wissenschaftliche Entdeckungen sind so bedeutend, daß Wissenschaftler verpflichtet sind, ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit noch vor einer wissenschaftlichen Publikation bekanntzugeben« und »Medienpräsenz fördert den Respekt unter Fachkollegen«.

Abele (1990) hat eine explorative Befragung von 148 Sozialwissenschaftlern (hier: Psychologen) in ihrer Rolle als Informationsquellen für die Medienberichterstattung durchgeführt, die vornehmlich mit offenen Fragen arbeitete. Demnach ging die Initiative zu einem Medienkontakt in der Mehrzahl der Fälle nicht von den Wissenschaftlern selbst aus. In den Fällen, in denen das doch der Fall war, waren die universitären Pressestellen und persönliche Kontakte zu Journalisten die wichtigsten Vermittlungsinstanzen; Nachrichtenagenturen und spezialisierte Fachdienste wurden seltener genannt.

Die vorhandenen Studien zur *Wissenschafts-PR* beschäftigen sich meist nicht mit der Vermittlung (sozial)wissenschaftlichen Wissens, sondern mit

Fragen der Image-Pflege oder der Organisationsstruktur und Ausstattung von PR-Stellen in Wissenschaftsinstitutionen (vgl. Dettmar 1994; Scheidelberger 1989; Topf 1986; Knorr 1984). Eine Ausnahme bildet die Arbeit von Heinemann (1991), in der der Wissenschaftstransfer als Teil der PR-Bemühungen einer Universität (hier der Ruhr-Universität Bochum) untersucht wird. Im Rahmen einer Inhaltsanalyse zur wissenschaftsbezogenen Berichterstattung zweier Lokalzeitungen wird auch danach gefragt, inwieweit sich dort »transferrelevante« Berichterstattung findet. Die Sozialwissenschaften werden dabei allerdings zu den Geisteswissenschaften gezählt und nicht einzeln ausgewiesen. Die Analyse zeigt im Ergebnis, daß die große Gruppe der »Geisteswissenschaften« in der transferrelevanten Berichterstattung jeweils die wichtigste Fächergruppe sind. In beiden untersuchten Zeitungen ist ihr Anteil 1976 am größten, schrumpft 1983 erheblich zusammen, um 1989 wieder beachtlich anzusteigen. Es bleibt offen, worauf diese wechselvolle Entwicklung zurückgeht.

Angesichts des geringen Kenntnisstands bleibt letztlich unklar, ob der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens aus den Hochschulen und sozialwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen sich überhaupt in nennenswertem Umfang der institutionalisierten Transfereinrichtungen und -kanäle (Pressestellen, Transferstellen) bedient oder ob informellere Formen, wie etwa direkte Kontakte zu Journalisten, bevorzugt werden. Baerns (1990) weist darauf hin, daß die Wissenschaften den Aufbau von Infrastrukturen für institutionalisierte Informationsangebote über Jahrzehnte vernachlässigt hätten. In ihrer Fallstudie zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der wissenschaftlichen Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen stellte sie fest, daß nur jeweils die Hälfte der untersuchten Einrichtungen die Massenmedien als wichtige Zielmedien ihrer Außenaktivitäten ansahen; bei den (öffentlich finanzierten) Hochschulen war diesbezüglich allerdings eine größere Aufgeschlossenheit festzustellen (Baerns 1990: 43).¹⁴ Hömberg (1992:88) konstatiert Defizite in der wissenschaftsbezogenen Öff-

entlichkeitsarbeit vor allem bei Universitäten und wissenschaftlichen Fachgesellschaften, weniger bei den Großforschungseinrichtungen.

1.3. Redaktionelle Infrastrukturen und Handlungsmuster

Auch über den Bereich der redaktionellen Infrastrukturen und Handlungsmuster ist in bezug auf die Sozialwissenschaften bisher fast nichts bekannt. Zwar behandelt die umfassende Studie von Hömberg (1990) auch die redaktionellen Infrastrukturen dieses Spezialressorts. Die Aussagen zu den redaktionellen Strukturen und Ressourcen sowie zu den Arbeitsabläufen werden jedoch nicht danach differenziert, inwieweit sie sich auch oder in besonderem Maße auf die Berichtersteller oder die Berichterstattung über Sozialwissenschaften beziehen. Lediglich im Bereich Personal/Qualifikation gibt die Befragung aus dem Jahre 1974 an zwei Punkten Aufschluß über sozialwissenschaftsspezifische Aspekte des Wissenschaftsjournalismus.

Das betrifft zum einen die *Studienfächer* der Wissenschaftsjournalisten. Nimmt man hier die drei Fächerkategorien zusammen, die den Sozialwissenschaften zuzurechnen sind (»Volks-, Betriebswirtschaft, Jura, Staatswissenschaften«, »Soziologie, Politologie, Psychologie, Pädagogik« sowie »Zeitungs-/Publizistik-/Kommunikationswissenschaft«), so ergibt sich ein Anteil sozialwissenschaftlicher Hauptfächer bei den Wissenschaftsjournalisten von 16,5 %. Stärker vertreten sind die Sozialwissenschaften als Nebenfächer (knapp 40%). Neuere Zahlen zu den Studienfächern von Wissenschaftsjournalisten liegen nicht vor. Insbesondere gibt es auch keine aktuellen repräsentativen Daten zu den Studienfächern der Journalisten anderer Ressorts. Diese Journalisten dürften jedoch zu einem noch höheren Grad sozialwissenschaftlich vorgebildet sein als die Wissenschaftsjournalisten. Denn erstens ist der Anteil der Hochschulabsolventen an den bundesdeutschen Journalisten seit 1974 deutlich auf heute rund zwei Drittel angestiegen. Und zwei-

¹⁴ In der von Baerns durchgeführten exemplarischen Analyse der Wissenschaftsberichterstattung der Nachrichtenagenturen wurden die Disziplinengruppen nicht unterschieden, so daß keine Aussagen über den Einfluß von Transferbemühungen im Bereich der Sozialwissenschaften auf die Berichterstattung der Nachrichtenagenturen möglich sind. Auch über die Bedeutung spezialisierter Fachmedien und -dienste für den Sozialwissenschaftstransfer liegen keine empirischen Erkenntnisse vor.

tens ist der Anteil naturwissenschaftlicher und medizinischer Hauptfächer bei den Nicht-Wissenschaftsjournalisten sehr gering, so daß hier der Anteil der sozialwissenschaftlichen Fächer fast zwangsläufig größer ist.

Zum zweiten gibt die Befragung von Hömberg (1990: 74) Aufschluß über die *thematischen Schwerpunkte* und *persönlichen Präferenzen der Wissenschaftsjournalisten*. Dabei zeigt sich, daß nur etwa jede fünfte Nennung aus dem hier sehr weit definierten Bereich der Sozialwissenschaften (»Pädagogik, Politik, Psychologie, Medien, Kybernetik, Verhaltensforschung, Umweltschutz«) stammte; diese Zahl hätte wohl noch niedriger gelegen, wenn der Umweltschutz nicht zu den sozialwissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkten gerechnet worden wäre. Da Mehrfachnennungen möglich waren, liegt die Zahl der Wissenschaftsjournalisten, die unter anderem auch einen sozialwissenschaftlichen Arbeitsschwerpunkt (einschließlich Umweltschutz) angaben bei 44,4 %.

Für die Sozialwissenschaften entscheidend ist aber, daß sie nur zu einem geringen Teil überhaupt von Wissenschaftsjournalisten bearbeitet werden. In der Studie von Weiss/Singer (1988: 57f.) waren das nur 7% der befragten Journalisten, die als Autoren von Sozialwissenschaftsberichten identifiziert worden waren. Die Arbeitsschwerpunkte dieser Journalisten lagen vornehmlich in den Bereichen »Allgemeines« (keine Spezialisierung), Wirtschaft, Politik und Soziales. Auch hier zeigt sich also, daß die Sozialwissenschaftsberichterstattung und vor allem die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung vorwiegend jenseits der Grenzen des Wissenschaftsressorts stattfindet. Die zukünftige Forschung sollte sich darauf einstellen.

1.4. Zusammenfassende Bewertung und Forschungsperspektiven

Die Aufarbeitung der vorhandenen kommunikationswissenschaftlichen Literatur zum Thema »Sozialwissenschaften in den Massenmedien« hat vor allem große Wissenslücken aufgezeigt. In thematischer Hinsicht sind nennenswerte Erkenntnisse eigentlich nur im Bereich der Be-

richterstattungsinhalte vorhanden. Die Bereiche Angebotsseite, redaktionelle Infrastrukturen und Handlungsmuster sowie Rezeption sind im Hinblick auf die Sozialwissenschaften dagegen fast völlig unerforscht. In medialer Hinsicht zeigen sich Forschungslücken im Bereich der elektronischen Medien, der Boulevardmedien sowie des medialen Vorfelds (Nachrichtenagenturen, Fachdienste, Fachzeitschriften).

Aber auch die vorhandene Literatur weist Mängel auf. So ist erst ansatzweise zu erkennen, daß sich die Forschung zum Bereich »Sozialwissenschaften in den Massenmedien« über den engen Fokus der Wissenschaftsjournalismusforschung hinausbewegt. Daß eine solche Entwicklung notwendig ist, zeigen die oben angeführten Ergebnisse aber recht deutlich: Im Rahmen des Wissenschaftsressorts spielen die Sozialwissenschaften nur eine geringe Rolle. Die Selektionskriterien, mit denen sozialwissenschaftliche Informationsangebote für die Berichterstattung ausgewählt werden, unterscheiden sich kaum von den allgemeinen Nachrichtenfaktoren. Das Thema solcher Informationsangebote ist daher der zentrale Bezugspunkt für die journalistische Verarbeitung und Präsentation der Sozialwissenschaften in der Medienberichterstattung.

Die Bewertung der Berichterstattungsqualität zieht daher die falschen Maßstäbe heran, wenn sie die Sozialwissenschaftsberichterstattung und die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung nur an den Kriterien der Wissenschaft oder der beteiligten Wissenschaftler selbst mißt, anstatt das unmittelbare journalistische Umfeld dieser Art von Berichterstattung, nämlich die thematische Berichterstattung in den klassischen Ressorts, als Vergleichsgröße heranzuziehen.

Für die künftige Entwicklung der Forschung im Bereich »Sozialwissenschaften in den Massenmedien« werden daher zwei Richtungen vorgeschlagen. Zum einen sollte die künftige Forschung die Rolle der Sozialwissenschaften im Kontext der allgemeinen Berichterstattung über politische, wirtschaftliche, kulturelle und andere Themen untersuchen. In einem so erweiterten Kontext sollten auch die dringend erforderlichen Studien zu den bisher völlig vernachlässigten Aspekten des Berichterstattungsprozesses stehen: zur Angebotsseite, zu den redaktionellen

Infrastrukturen und der Rezeption von Sozialwissenschaftsberichterstattung und sozialwissenschaftlich angereicherter Allgemeinberichterstattung. Es versteht sich fast von selbst, daß die Inhaltsanalyse dann durch die Methoden Befragung und teilnehmende Beobachtung ergänzt werden sollte.

Zum zweiten ist eine Ausweitung auch im Bereich der Inhaltsanalyse selbst wünschenswert. Mit einer Ausnahme haben sich alle bisherigen Studien auf die *manifesten* Inhaltsformen der Berichterstattung beschränkt. Analog der Blickerweiterung in der Verwendungsforschung - von sozialwissenschaftlicher Forschung als Daten hin zu Forschung als Ideen und Argumente (vgl. Weiss 1993 sowie Kap. 3.1. dieser Arbeit) - sollte auch die kommunikationswissenschaftliche Forschung die *argumentativen Kontexte*, in denen sozialwissenschaftliches Wissen in der Medienberichterstattung auftaucht, einbeziehen und sich daher auch mit latenten Inhalten wie sozialwissenschaftlichen Problemdeutungsmustern beschäftigen.

2. Wissensorientierte Ansätze der Policy-Forschung

Wissensorientierte Ansätze in der Policy-Forschung sind eine recht neue Entwicklung. M.G.Schmidt hat in einem Überblick zur Policy-Forschung aus dem Jahre 1993 noch sechs Schulen der Policy-Forschung unterschieden - von der sozio- bzw. polit-ökonomischen Schule über die Parteiendifferenz-These bis hin zu Theorien der institutionellen Rahmenbedingungen politischer Entscheidungsprozesse. Die Aufschlüsselung nach Schulen ist deutlich faktoriell ausgerichtet: Welchem Faktor, welchen gesellschaftlichen oder politischen Kräften wird die größte Erklärungskraft für Entwicklungen in einzelnen Politikfeldern zugeschrieben? Wissen und Wissenschaft spielen in dieser Übersicht keine bedeutende Rolle, ein wissensorientierter Ansatz ist noch nicht identifiziert. Das hat sich seitdem deutlich geändert, wobei 1993 für die Bundesrepublik das Jahr des Umschwungs gewesen sein dürfte. Die ersten wissensorientierten Ansätze in der angelsächsischen Policy-Forschung reichen bis in die Mitte der 80er Jahre zurück.

Im folgenden werden diese Ansätze zunächst in den Kontext der allgemeineren politikwissenschaftlichen Theoriebildung gestellt und damit theoretisch verortet (Kap. 2.1.). Im zweiten Schritt werden diejenigen Ansätze vorgestellt, die sich der Rolle von (sozialwissenschaftlichem) Wissen für den Policy-Prozeß widmen (Kap. 2.2.). Besonderes Gewicht wird dabei auf solche Ansätze und Arbeiten gelegt, die die (politische) Öffentlichkeit und/oder die Massenmedien in die Betrachtung des Policy-Prozesses einbeziehen. Schließlich werden Perspektiven für die weitere policyanalytische Forschung entwickelt, die das Wechselverhältnis zwischen politischen Entscheidungsträgern, Sozialwissenschaftlern und Massenmedien in den Mittelpunkt stellen (Kap. 2.3.; für eine Fortführung dieser Perspektive vgl. auch Kap. 4.).

2.1. Theoretische Verortung der wissensorientierten Ansätze

Die auf dem Gebiet der Policy-Forschung einsetzende Beschäftigung mit der kognitiven Dimensi-

on, mit Ideen, Ideologien, Wissen und Normen, mit der Definition und diskursiven Veränderung von Interessen, kann als Ausdruck einer Annäherung an die in den USA ablaufende *kognitive Wende* am Ausgang der Vorherrschaft institutionalistischer Ansätze gewertet werden. Die potentiell eher statische Anlage und mangelnde Prozeßhaftigkeit des institutionalistischen Grundansatzes verlangte nach Korrekturen, die Veränderungen auch als internen Prozeß des Lernens sichtbar machen konnten. Erst im Zuge dieser Hinwendung zu Ideen, Wissen und Wissenschaft kam es in der Bundesrepublik zur Zurückweisung der tradierten Politikberatungsperspektive (vgl. Mayntz 1994) und zur Herausbildung explizit wissensorientierter Ansätze der Policy-Forschung.

Wissensorientierte Ansätze (»knowledge perspective« - Radaelli 1995: 178) in der Politikwissenschaft sind Endprodukt einer theoretischen Bewegung, die sich zum einen gegen die diversen Spielarten pluralistischer bis marxistischer Politikerklärungen durch soziale Kräfteparallelogramme (Hall 1986; Majone 1993, Hall 1993) wandte. Die Hinwendung zu Ideen und Wissen ist dabei schon die zweite Welle dieser Gegenbewegung zum tradierten Rekurs auf Interessengruppen, Klassen und deren Konflikte. Zur ersten Welle können der neue Institutionalismus sowie staatszentrierte Ansätze (»statism«) gerechnet werden, die beide die Annahme der Neutralität und des fehlenden Eigengewichts von politischen Institutionen zu widerlegen suchten. Die Frage, wie in staats- und institutionsorientierten Ansätzen noch Wandel erklärt werden kann, trug zur Entstehung der zweiten Welle der »antipluralistischen« Bewegung in der Politikwissenschaft bei (vgl. Hall 1986; 1989).

Auf der anderen Seite sind wissensorientierte Arbeiten aus einer Kritik an den der Ökonomie entlehnten Modellen des rationalen, eigeninteressierten Akteurs mit gegebenen Präferenzen/Interessen und gegebenem Weltwissen entstanden. Sie können dabei ebenso zu deren Weiterentwicklung und Ergänzung beitragen wie zur Stützung alternativer Theorieansätze.

Wissenszentrierte Policy-Forschung fragt nach den Gründen und Ursachen für das Zustandekommen eines bestimmten politischen Outputs oder Outcomes. Vom Ergebnis her wird so auf die empirischen Bedingungen seiner Möglichkeit

und/oder Notwendigkeit reflektiert. Öffentlichkeit und Sozialwissenschaft kommen in den überwiegend kausalanalytisch gehaltenen Beiträgen zur Policy-Forschung immer dann in den Blick, wenn sie einen »Faktor« zur Erklärung einer Policy-Entwicklung darstellen. Diese Isolation von Ideen und Wissen als eigenständiger Faktor gilt dagegen in neueren Beiträgen als Problem, weil Wissen mit allen Elementen des Policy-Prozesses verbunden ist, mit ihnen interagiert oder in ihnen wirksam wird - wie die Thesen von Politiken als impliziten Theorien (Haas 1990, Hofmann 1993) oder von Institutionen als Verkörperungen von Wissen und Normen belegen (vgl. Radaelli 1995: 178; Nullmeier/Rüb 1993).

Aufgrund dieser Problematik kausalanalytischer Erklärungen ist mit den Ansätzen *interpretativer Policy-Analyse* eine zweite Strömung innerhalb der kognitiven Wende entstanden, die sich umfassend dem Wissen, den Bedeutungen und Deutungsmustern, den Zielen und Interpretationen politischer Akteure als »sozialen Konstruktionen« annimmt (Schneider/Ingram 1993; Yanow 1993; 1995). Auf die postpositivistischen methodologischen Hintergründe dieser interpretativen Forschungsrichtung kann hier nicht eingegangen werden. Ihr Kerngedanke liegt jedenfalls darin, die Wahrnehmung der Beteiligten und ihre Kausalannahmen bei der Konstruktion und politischen Bearbeitung eines gesellschaftlichen Problems zu erfassen, statt das Problem als gegeben vorauszusetzen (quasi in »Naturalform«) und sich politikwissenschaftlich den Formen administrativer Bearbeitung zuzuwenden. Bedeutung und Interpretation sind die Schlüsselvokabeln. Politikverläufe lassen sich nicht aus Nutzenmaximierungskalkülen erklären, sondern nur als Interpretationsprozesse und -kämpfe.

Im Hinblick auf die Rolle von sozialwissenschaftlichem Wissen in der politischen Öffentlichkeit werden diese Analysen dort bedeutsam, wo sie darauf hinweisen, daß wir es bei sprachlich formuliertem Wissen immer mit »multiple meanings and multiple interpretations ... as a norm« (Yanow 1993: 55) und nicht als Ausnahme zu tun haben. Jedes perzipierte Wissen findet sich zugleich in einen Raum vielfacher Deutungen und Interpretationen hineingestellt, die es verändern, ohne daß die Möglichkeit seitens der Sozialwissenschaft besteht, diese Deutungsprozesse vollständig zu kontrollieren. Die Erhöhung des Trans-

fers sozialwissenschaftlichen Wissens in die politische Öffentlichkeit bedeutet demnach nicht automatisch einen Zuwachs an Verwissenschaftlichung, sondern einen Zuwachs an (neu- oder um-)interpretierten wissenschaftlichen Deutungen in der Politik.

2.2. Sozialwissenschaftliches Wissen im Policy-Prozeß

2.2.1. Ideen als Determinanten der Policy-Entwicklung

Die breiteste Form der Annäherung an den hier interessierenden Themenkomplex bot die Fragestellung: Spielen Ideen überhaupt eine Rolle für die Policy-Entwicklung? Oder sind sie nur Legitimationsfiguren, »hooks«, die interessenbestimmten Entscheidungen zur symbolischen Garnierung beigefügt werden?

Für die Wende hin zu Ideen und ihrem politischen Einfluß steht beispielhaft der Sammelband von *Peter A. Hall* (1989) über den Einfluß des Keynesianismus auf die Politik der westlichen Industrieländer. Hatte Hall bereits in seinem institutionalistischen bzw. organisationszentrierten Ansatz zur Erklärung von Wirtschaftspolitiken (1986) Raum gelassen für Ideendiffusion, Innovation und Lernen, so erfolgte nun eine vergleichende Konfrontation von drei Erklärungswegen der Ideendiffusion: Dem »economist-centered approach«, der auf die theoretische Qualität der neuen ökonomischen Ideen und die institutionellen und informellen Einflußkanäle der Ökonomen zu den Regierungsapparaten verweist, stehen ein »state-centered« und ein »coalition-centered approach« gegenüber. Dem staatszentrierten Ansatz zufolge sind die institutionellen Strukturen innerhalb von Staat und Verwaltung ebenso wie die Erfahrung der administrativen Eliten mit bestimmten ökonomischen Politiken und den hinter ihnen stehenden Theorien für die Chancen einer Ideendiffusion ausschlaggebend. Das Koalitions-

modell sieht die Ideenübernahme dagegen aus der Existenz breiter Koalitionen sozialer und ökonomischer Gruppen mit Politikern erwachsen, während die Rolle der Bürokratie hier in den Hintergrund tritt (Hall 1989a). Die Übernahme von Ideen wird durch eine Kombination aus drei verschiedenen Bedingungen der Akzeptanz von Ideen (ihrer ökonomischen, politischen und administrativen »viability«) mit vier strukturellen Faktoren erklärt: der jeweiligen Regierungspartei, der Art der Staat-Gesellschaft-Beziehungen, dem »national political discourse« als dem grundlegenden national geteilten Wissensbestand und speziellen Ereignissen (Hall 1989b).

Während im staatszentrierten wie im ökonomenzentrierten Modell die Beziehungen zwischen Wissenschaft und Administrationen im Sinne tradierter Politikberatungsmodelle betont werden, ist im dritten Modell zwingend eine öffentliche Interaktion von politischen Akteuren, Sozialwissenschaft und sozialen Gruppen unterstellt. Entsprechend betont Hall auch die Bedeutung der Medien für den Übergang vom Keynesianismus zum Monetarismus in Großbritannien (Hall 1993: 288).

Auch im Bereich der internationalen Policy- und Regimeforschung fand eine Hinwendung zur Rolle von Ideen im politischen Prozeß statt, die in einem Sammelband von Judith Goldstein/Robert O. Keohane (1993) ihre Zusammenfassung fand. Die dort versammelten Untersuchungen konzentrieren sich auf den Nachweis, daß Ideen wichtige Determinanten der Entwicklung in den Politikfeldern sind. Ideen muß danach ebenso wie Interessen kausale Bedeutung für die Politikerklärung zugesprochen werden. Sie spielen eine eigenständige Rolle, und sind nicht ein bloßer Blickfang, eine Fassade zur Rationalisierung, Legitimierung oder Verschleierung von Interessen.¹⁵ Ideen spielen selbst dann eine eigenständige Rolle, wenn man am Modell des rationalen eigeninteressierten Akteurs festhält. Drei »causal pathways« der Beeinflussung von Policies durch Ideen finden sich bei Goldstein/Keohane:

¹⁵ Daß nachträgliche Rechtfertigungen und Rationalisierungen keinen »Mehrwert« zur Interessenauseinandersetzung liefern können, hat Majone (1993: 111f.) überzeugend widerlegt. Nachträglich entwickeltes Wissen systematisiert erstens ein bisher eher zusammenhangloses Feld politischer Einzelentscheidungen und erhöht damit für alle weitere Politikentwicklung den Zwang zur Konsistenz und Kohärenz der vorgeschlagenen Maßnahmen. Es hilft zweitens Ideen zu institutionalisieren, sie beständiger und zur Grundlage einer alltäglichen Praxis zu machen. Und drittens leitet es eine Sequenz von Argumentationen bei deutlich erhöhtem Begründungszwang ein.

1. Ideen liefern »Landkarten«, die es den politischen Akteuren einerseits ermöglichen, Klarheit über ihre Ziele zu erlangen; dazu müssen sie diese in Beziehung zu normativen Prinzipien setzen. Andererseits ermöglichen Ideen es die einzusetzenden Mittel und Wege zu klären, wozu die Akteure kausales Wissen benötigen.
2. Ideen sind prägend für die Ergebnisse strategischer Interaktionen, für die es nicht nur ein durch objektive Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten vorstrukturiertes Gleichgewicht gibt. Hier fungieren Ideen als »Brennpunkte«, die für die Bündelung von Interessen, für Koalitionsbildungen oder für das Finden einer kooperativen Lösung auch in Abwesenheit äußeren Zwangs und eindeutiger Konflikt- bzw. Kooperationskonstellationen sorgen.
3. Ideen wirken auf Dauer über ihre Einbettung in Institutionen (z.B. Verwaltungen, Gesetze). Sie werden als Ergebnis von politischen Prozessen »institutionalisiert«, auf Dauer gestellt und beschränken dann in ihrer institutionellen Eingefäßtheit solange die weitere Politikentwicklung, wie es nicht zu Innovationen kommt. Institutionen werden hier als abgelagertes, mit Geltungsmacht versehenes Wissen verstanden.

Bei Goldstein/Keohane werden drei Arten des Wissens (»belief«) unterschieden: 1. Weltansichten, »world views«, als jene Ideen, die die grundlegenden Möglichkeitsräume einer Kultur vorgeben, die ganze Ontologien und Kosmologien mit tiefliegenden Identitätsbestimmungen verbinden, mithin grundlegende normative wie kognitive Überzeugungen umfassen, 2. Prinzipien, »principled beliefs«, als normative Ideen, die definieren, was Recht und Unrecht, gut und falsch ist (z.B. »Meinungsfreiheit«), und 3. Kausalwissen, »causal beliefs«, das Annahmen über kausale Effekte und Beziehungen beinhaltet, die ihre Geltung dem Konsens anerkannter Eliten verdanken (heute meist: der wissenschaftlichen Eliten). Die Veränderungswahrscheinlichkeit ist bei Weltansichten recht gering, bei Kausalwissen dagegen am größten.

Die mit diesem Begriffsinstrumentarium operierenden Arbeiten zielen darauf ab zu klären,

wann mit einem erhöhten Einfluß *welchen* (sozial)wissenschaftlichen Wissens *in der politischen Öffentlichkeit* zu rechnen ist. Die »Landkartenfunktion« kann sozialwissenschaftliches Wissen erst bei Unsicherheit der politischen Akteure über die Auswirkungen des eigenen Handelns erfüllen. Nur dann werden causal beliefs politisch bedeutsam. Der Wissenstransfer wird wahrscheinlich, wenn ein neues Wissen erkennbar zur Unsicherheitsreduktion beiträgt. Auch für Prinzipien und normatives Wissen gilt, daß sie in der Funktion als Landkarte und Wegweiser nur relevant werden, wenn Unsicherheit über die Verfolgung bisheriger Eigeninteressen entsteht oder durch äußere Ereignisse und größere gesellschaftliche Wandlungen die bisherigen Interessen entwertet worden sind. Dann allerdings kann Wissen die Interessenlage und Zielrichtung direkt verändern. Allerdings können insbesondere normative Ideen auch als Bindemittel in uneindeutigen Situationen strategischer Interaktion gelten. Sie erlauben es, Bündnisse zu kreieren, die sich um die Anerkennung eines solchen eher abstrakten normativen Prinzips bilden. Jedoch ist diese Funktion von Ideen als Brennpunkt und Bindemittel nicht immer konfliktentschärfend. Genau so gut kann es zur Ausbildung zweier politisch zentrierender Ideen kommen, so daß im Effekt die Konfliktintensität gesteigert wird.

Otto Singer zufolge variiert die Bedeutung von Wissenschaft und speziell Sozialwissenschaft in politischer Öffentlichkeit in Abhängigkeit von drei Merkmalen:

- > der Komplexität der Problemlage (Sicherheit versus Unsicherheit),
- > der Fragmentation der Diskurse (Konsens versus Konflikt) und
- > der Offenheit bzw. Geschlossenheit von Debatten durch institutionellen Ausschluß von Teilnehmern oder durch die inneren Charakteristika eines Diskurses (Singer 1993a: 167).

Deutlich wird aber darauf hingewiesen, daß es sowohl für die Wirtschaftspolitik als auch generell noch an Forschung über das Zusammenspiel zwischen öffentlichen Diskursen und innerwissenschaftlichen Debatten fehlt (Singer 1993b: 104). Hier wäre insbesondere die Rolle der Wirt-

schaftspublizistik - für die es in Bezug auf die Sozialwissenschaften kein direktes Äquivalent gibt - näher zu untersuchen (vgl. Parsons 1989).¹⁶

2.2.2. Sozialwissenschaften und Policy Learning

Politik als Lernprozeß zu betrachten, war einer der Wege, um die Unzulänglichkeiten eines reinen Gruppenkonfliktmodells (neo-)pluralistischer oder (neo-)marxistischer Art zu überwinden. Hugh Hecló (1974) hat in einer vergleichenden Studie zur Entwicklung von Sozialpolitik als erster das Augenmerk der Policy-Forschung auf Lernprozesse gelenkt, ohne damit jedoch insgesamt einen wissensorientierten Ansatz zu verbinden. Die Fragerichtung geht in der sich an Hecló anschließenden Policy-Learning-Debatte von den zentralen Akteursgruppen und Veränderungen in einem Politikfeld zurück auf die Bedingungen, unter denen dort Lernprozesse jenseits der bloßen Verschiebung von Machtkonstellationen stattfinden. Man beginnt entsprechend nicht mit den Ideen, dem sozialwissenschaftlichen Wissen, und untersucht die Wirkungswege, sondern fragt nach den Umständen beobachtbarer Veränderungen und Lernprozesse in den Zentren politischer Entscheidungsfindung. Hecló entdeckte dabei den Motor von Lernprozessen weniger in (Sozial-)Wissenschaftlern und Politikern als in spezialisierten Ministerialbürokraten, die der Wissenschaft offen gegenüberstehen.

Wäre das zutreffend, so hätten sich die Sozialwissenschaften auf informelle und formelle Kontakte zu dieser innovativen Personengruppe auszurichten bzw. in der Öffentlichkeit vor allem diese Zielgruppe anzusprechen. Der These des innovativen Motors Ministerialbürokratie war jedoch bereits früh Peter Hall (1986: 274f.) entgegengetreten, der auch Parteien die Fähigkeit zum Anstoß von Policy-Lernprozessen zuschreiben konnte und damit die staatszentrierte Sicht Heclós attackierte. Heute kann man mindestens vier weitere politikwissenschaftliche Lernkonzepte nennen (nach: Bennett/Howlett 1992): »policy-oriented learning« bei Sabatier (siehe unten),

»social learning« bei Peter Hall (1993), »government learning« bei Lloyd Etheridge (1981) und »lesson-drawing« bei Richard Rose (1991). Umstritten ist in dieser Literatur sowohl, was Lernen ist, als auch, wer lernt oder Lernprozesse anstößt. Hall definiert »social learning« »as a deliberative attempt to adjust the goals or techniques of policy in response to past experience and new information« (Hall 1993: 278), und faßt damit Lernen als bewußte Anstrengung, während Hecló im Lernprozeß eine mehr implizite Reaktion auf äußere Veränderungen gesehen hatte. Der sehr engen staatszentrierten Sicht des »government learning« steht zudem mit dem »lesson-drawing« ein Konzept gegenüber, das die Übernahme von Erfahrungen in anderen Ländern und die internationale Ideendiffusion akzentuiert.

Ein Großteil der Literatur zu politischen Lernprozessen konzentriert sich auf die Differenzierung des Lernkonzepts in Niveaus (meist in Anlehnung an wissenschaftshistorische Konzepte von Kuhn und Lakatos). Hall (1993) arbeitet mit der Unterscheidung von »first order change« (Änderung von Niveaus und Ausgestaltungen bestehender Politikinstrumente), »second order change« (Änderung der Politikinstrumente) und »third order change« (Änderung der Paradigmen und Ziele). Eine ähnliche Dreiteilung der Lernniveaus mit der Reservierung des Lernbegriffs für die anspruchsvollste Ebene verwendet Ernst B. Haas (1990). Haas unterscheidet in seiner Untersuchung internationaler Organisationen drei Arten der Veränderung: Anpassung durch inkrementelles Wachstum, wobei neue Aufgaben und Ziele ohne Veränderung oder Infragestellung der alten einfach hinzugefügt werden, Anpassung durch turbulentes Wachstum, bei dem größere Veränderungen ohne Zielwechsel auftreten, und Lernen als Überprüfung der alten Ziele in wissensbasierten Entscheidungsprozessen. Bennett/Howlett (1992) schließlich schlagen in Synthetisierung der bisherigen Lernmodelle ebenfalls ein Dreiermodell vor, das auf der untersten Ebene »government learning« von staatlichen Bürokratien mit dem Effekt organisatorischer Veränderungen kennt, auf der mittleren Ebene »lesson-drawing« mit der Folge von Programmwechseln, in das ganze Policy-

¹⁶ Einen anderen Weg zur Klärung der Frage, wann sozialwissenschaftliches Wissen in der Öffentlichkeit bedeutsam werden kann, hat Giandomenico Majone mittels der Unterscheidung von Allokation und (Re-)Distribution geliefert. Er vertritt die These, daß Ideen nur in Fragen der Effizienz bzw. der Allokation politisch mächtig werden können, in Verteilungsfragen aber aufgrund des Nullsummenspiel-Charakters keine große Rolle spielen (Majone 1993).

Netzwerke einbezogen sind, und »social learning« auf der höchsten, weitreichendsten Ebene mit dem Wandel von ganzen Politikparadigmen.

Je nach Art des politischen Lernniveaus - wie immer diese im einzelnen auch bestimmt sein mögen - ist jeweils unterschiedliches sozialwissenschaftliches Wissen vonnöten, um diese Veränderungen und Lernprozesse zu befördern. Dies kann auch unterschiedliche Wege des Wissenstransfers in die Öffentlichkeit implizieren. »First order changes« verlangen ein niedrigeres Öffentlichkeitsengagement der Sozialwissenschaft als politische Paradigmenwechsel, bei denen Medien eine zentrale Rolle spielen: Für den Aufstieg des Monetarismus in Großbritannien konstatiert Hall daß, »the British press did not simply transmit the range of views to be found among economists about the direction of economic policy; it magnified the prominence given to monetarist doctrine and catapulted monetarist thinking onto the public agenda.« (Hall 1993: 288). Mit der Untersuchung, warum solche Ideen in den Medien eine so überragende Bedeutung erhalten, stößt das Konzept von Politik als Puzzle und Lernprozeß wieder auf Faktoren (Medienkonzerne, Rolle der Finanzmärkte etc.), in denen Politik als Machtkonflikt erscheint - ein Machtkonflikt allerdings, in den Wissen und Ideen hineingezogen sind, so daß Politik angemessen nur als Ineinander von Machtkonflikt und Lernprozeß begriffen werden kann (Hall 1993: 289f.).

2.2.3. Sozialwissenschaften und Problemdefinition

Welches sozialwissenschaftliche Wissen politisch bedeutsam wird, ist auch Gegenstand der mittlerweile umfangreicheren Literatur zum ersten Stadium des Policy-Zyklus, der Problemdefinition. In der Fülle von Dimensionen, durch die ein Problem beschrieben werden kann - von der Problemverursachung über Merkmale wie soziale Nähe, Umfang, Krisenhaftigkeit oder Neuheit des Problems etc. bis hin zur Art der potentiellen Lösung (Rochefort/Cobb 1993: 62) -, ist insbesondere die Dimension der *Verursachung* für die Frage nach der Rolle von Sozialwissenschaft bedeutsam.

Deborah Stone (1989) versucht in ihrer Arbeit zu »causal stories« zu analysieren, wie Schwierigkeiten, Schäden, bestimmte soziale Bedingungen überhaupt zu einem Problem werden, das dann als solches politisch bearbeitbar ist. Diese Umwandlung von bestimmten Situationen in politisch bearbeitbare Probleme liegt noch vor dem - besser untersuchten - Prozeß des Agenda-Setting. Grundbedingung dafür, daß überhaupt ein für politisches Handeln relevantes Problem vorliegt, ist, daß eine Deutung der Schwierigkeit als Schicksal oder als Zufall ausgeschlossen wird. In diesem Fall ist weder eine Zurechnung auf verursachende Schädiger noch eine politische Verantwortungszuweisung möglich (außer für die Bewältigung der Schadensfolgen wie bei Naturkatastrophen). Die Aufgabe der Problemdefinition muß es mithin sein, die Schwierigkeit entweder als erfolgreiches intentionales Handeln (z.B. bewußte Schädigung) erscheinen zu lassen oder als Fall von Unachtsamkeit, also einem gezielten Handeln mit nicht gewollten Folgen, oder schließlich als Fall mechanischer Verursachung, weil menschengemachte Einrichtungen (Maschinen oder mechanische Prozesse) zwischen die Intention und das Ergebnis treten (z.B. geplantes Veralten von Produkten).

Sozialwissenschaftliches Wissen, das diese Transformation zwischen den unterschiedlichen Typen von Kausalgeschichten leistet, also Probleme erst zu politisch bearbeitbaren, weil auf Intentionen zu beziehenden Problemen macht, hat mit weit höherer öffentlicher Aufmerksamkeit zu rechnen. Die Geeignetheit sozialwissenschaftlichen Wissens zur Durchsetzung eines bestimmten Typs von »causal stories« ist danach ein Faktor seiner öffentlichen Aufnahme und politischen Perzeption.

Eine weitere Sortierung der Bedeutung sozialwissenschaftlichen Wissens nimmt Majone vor, wenn er (1989: 69ff.; 1993: 106f.) die Frage nach der Machbarkeit bzw. nach den Restriktionen politischen Handelns betont. Wissen ist in diesem Sinne Wissen darüber, welche logische Möglichkeit als Handlungsmöglichkeit auszuschließen ist. Sozialwissenschaftliches Wissen ist dann öffentlich relevant, wenn es Machbarkeitsgrenzen hinauschiebt oder bisher als Handlungsmöglichkeit gehandelte Alternativen definitiv ausschließt. Die Relevanz ist besonders hoch, wenn es darum geht zu klären, ob eine Restrikti-

on lediglich selbst auferlegt ist oder objektiven Charakter hat und ob sie kurzfristiger oder langfristiger Art ist.

Die Hervorhebung von Wissen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten bei Majone wird von Nullmeier/Rüb (1993) erweitert zur generellen Akzentuierung der *Modalität*, die ein bestimmtes sozialwissenschaftliches Wissen verkörpert. Insbesondere interessiert die Rolle von sozialwissenschaftlichem Wissen bei der Konstruktion von politischen Notwendigkeiten, also Handlungsweisen, die als alternativlos gelten können. Die Modalität, die ein sozialwissenschaftliches Wissen der Öffentlichkeit nahelegt, ist mitentscheidend für die Perzeption im politischen Raum: Erweitert das Wissen die Möglichkeiten oder weist es auf Grenzen des Handelns hin, indem es Unmöglichkeiten statuiert - oder zwingt es gar politisches Handeln in genau eine notwendig einzuschlagende Richtung?

2.2.4. Sozialwissenschaften und Massenmedien als Teil von Advocacy Coalitions

Die Arbeiten von Paul A. Sabatier (1988; 1991; 1993a; 1993b; Sabatier/Jenkins-Smith 1993) und Hank Jenkins-Smith (1988; 1990; Jenkins-Smith/Sabatier 1993) zu Advocacy Coalitions sind aus einer Unzufriedenheit mit dem Policy-Zyklus als heuristischem Phasenmodell, also mit der üblichen Einteilung des Politikprozesses in Problemdefinition, Agenda-Setting, Politikformulierung, Implementation und Evaluation entstanden. Sabatier schlägt ein Modell vor, das den Einfluß von politischen Akteuren an der Übereinstimmung der eigenen Überzeugungen (»belief systems«) mit den in staatlichen Programmen und Gesetzen enthaltenen »impliziten Theorien« normativer und kausaler Art ermessen will (Sabatier 1993a: 121). Mit dieser Zentralstellung der »belief systems«, die weiter in »deep core«, »policy core« und »secondary aspects« differenziert

werden, wird ein Ansatz zur Erfassung des gesamten politischen Prozesses entwickelt, der Wissen zum grundlegenden Element und nicht zu einem Faktor neben anderen erhebt.¹⁷

Die zweite - analytische - Weichenstellung dieses Ansatzes liegt darin, die Vielzahl von Akteuren in einem Politikfeld - quer zu Institutionen und formellen Organisationen, quer zur Unterscheidung zwischen öffentlichen bzw. staatlichen Institutionen einerseits, privaten Organisationen und Akteuren des politischen Vermittlungssektors (Verbänden, Parteien, Bewegungen) andererseits - gemäß ihrer gemeinsamen Grundüberzeugungen in Advocacy Coalitions zusammenzufassen. Personen aus verschiedenen Organisationen und Institutionen bilden gemeinsam eine »Überzeugungskoalition«: Parlamentarier, Verbandsvertreter, Ministerialbeamte, Wissenschaftler und Fach-Journalisten (1993b: 37), aber auch einzelne Zeitungen und andere Massenmedien (Sabatier/Brasher 1993: 183) können so Teil der gleichen Koalition sein. In den meisten Politikfeldern gibt es zwei bis vier Advocacy Coalitions (zur inneren Struktur und zur Entstehung von Koalitionen vgl. Schlager 1995).

Jenseits der Advocacy Coalitions gibt es in Sabatiers Modell noch zwei andere Typen politischer Akteure:

1. Neutrale, die keiner Koalition angehören. Hierzu zählen insbesondere Forscher, die sich beteiligen, um ihre Fähigkeiten und ihr Wissen anzubieten, die aber gegenüber den zentralen Policy-Debatten neutral bleiben.
2. »Policy broker« oder Policy-Vermittler, die durch ihr Interesse an sachlicher Rationalität und einer angemessenen, vernünftigen Problemlösung definiert sind und nach einem Kompromiß zwischen den Advocacy Coalitions suchen, um die Konfliktintensität zu vermindern.

Das dritte konzeptionelle Grundelement des Advocacy-Coalitions-Ansatzes ist die Konzentration

¹⁷ Leslie A. Pal hat an dieser Differenzierung des »belief systems« die zu starke Orientierung an instrumenteller Rationalität kritisiert: Für stärker normativ ausgerichtete Politikfelder wie die internationale Menschenrechtspolitik seien hier konzeptionelle Umbauten erforderlich (Pal 1995: 187). Dies verweist auf die Sonderstellung von Politikfeldern, die explizit normativ und nicht durch einen Regelungsgegenstand definiert sind. Hier könnten auch andere Bedingungen für den Wissenschaftstransfer gelten (z.B. leichter Zugang für normativ ausgerichtete Wissenschaftler), eventuell aber mit einer ähnlichen Abstufung zwischen stabilem Kern und sekundären Elementen, nur auf dem Gebiet ethisch-rechtlicher und politisch-normativer Überlegungen und Theorien.

auf politische Lernprozesse. Politische Akteure lernen danach instrumentell. Sie versuchen, die Welt und die Politikprobleme besser zu verstehen, um ihre Ziele zu erreichen. Kernaspekte der Überzeugungssysteme (»deep cores«) werden aufgrund von neuem verfügbarem (wissenschaftlichen) Wissen nicht aufgegeben. Derartige Tiefenstrukturen lassen sich nur durch Wandlungen in der wirklichen Welt verändern, durch nicht-kognitive Faktoren, die gegenüber einer Policy den Charakter externer Ereignisse haben. Zu diesen politikfeldexternen Ereignissen werden auch grundlegende Wandlungen der öffentlichen Meinung gerechnet, über deren Ursachen im Rahmen einer politikfeldzentrierten Analyse nichts ausgesagt werden kann und deren Wirkung auf das Politikfeld Sabatier/Jenkins-Smith (1993: 223) eher gering einschätzen. Ihnen zufolge sind es eher die *politikfeldinternen Öffentlichkeiten*, die die Politikentwicklung bestimmen.

Sozialwissenschaftliches Wissen wird demnach in der politischen Öffentlichkeit dann rezipiert, wenn es sich um Wissen handelt, das die sekundären Aspekte der Überzeugungssysteme betrifft. Es kann der Fall auftreten, daß in diesem Bereich besonders intensiv gelernt wird - z.B. um eine Veränderung beim »policy core« gerade zu verhindern. Andererseits richten sich die Interessen der Advocacy Coalitions auf jene Forschungsfelder, die am ehesten in der Lage sind, ihre policybezogenen Grundüberzeugungen (»policy cores«) legitimatorisch oder durch Erfindung neuer Wege ihrer Verwirklichung zu stützen. Das kann zur Mobilisierung von neuer Forschung oder bereits vorhandenem Wissen sowie der damit verbundenen Wissenschaftler führen.

Zusätzlich lassen sich aber auch politische Lernprozesse über die Grenzen der einzelnen Koalitionen hinweg zwischen den Mitgliedern verschiedener Koalitionen beobachten. Bedingung eines solchen Lernens (im direkten Kontakt oder als Ergebnis einer gemeinsamen Debatte) ist erstens eine hinreichende Ausstattung aller Parteien mit wissenschaftlichen Ressourcen (Wissen, Experten, Infrastruktur), um Argumente in Gutachten, Berichten, Stellungnahmen etc. überprüfen und vorbringen zu können. Zweitens ist eine mittlere Intensität des Konfliktes erforderlich (zur Konfliktintensität und Debattenfähigkeit: Jenkins-Smith 1988), so daß nicht die Kernüberzeugungen der beteiligten Koalitionen in Frage ste-

hen, sondern nur die sekundären Aspekte aller Beteiligten oder aber der »policy core« nur einer der beteiligten Parteien, während es für alle anderen nur um sekundäre Aspekte geht. Drittens muß es einen Ort geben, an dem diese Debatten ausgetragen werden können. Dieser hat - soll Lernen über Koalitions Grenzen hinweg wahrscheinlich werden - bestimmte Bedingungen zu erfüllen. Offene Foren wie Parlamente bzw. öffentliche Anhörungen, die eine Vielzahl von Akteuren mit unterschiedlichsten »belief systems« zulassen, sind dazu nicht geeignet (Jenkins-Smith/Sabatier 1993: 53). An solchen Orten kommt es meist zum bloßen Austausch von Standpunkten. Auf der Basis der gemeinsamen Anerkennung wissenschaftlicher und/oder berufsethischer Standards restringierte, relativ apolitische *Foren* (wissenschaftliche Zeitschriften, zentrale wissenschaftliche Konferenzen, Akademien, Experten-Kommissionen), die über genügend Reputation verfügen, um Experten und Professionelle aus allen Koalitionen zur Teilnahme zu bewegen, bieten dagegen einen besseren Nährboden für Lernprozesse. Dabei bestehen in Fragen, die vorrangig naturwissenschaftliche Disziplinen betreffen, allerdings höhere Lernchancen als bei sozialwissenschaftlichen Problemen, weil bei letzteren die ins Kalkül oder Kausalmodell einzubeziehenden Variablen selbst aktive, handelnde, Strategien verfolgende Elemente sind, die nicht einfach kontrollierten Experimenten unterzogen werden können.

Selbst wenn es durch die erhöhte Verfügung und Diskussion von technischem Wissen in solchen professionellen Foren nicht zu einer Veränderung in den Meinungen der beteiligten Advocacy Coalitions kommt, kann eine politische Wirkung darin bestehen, die Überzeugungen der »policy broker« oder politikfeldexterner Akteure zu verändern (Sabatier/Jenkins-Smith 1993: 219), zu denen auch die Massenmedien gehören. Die Vermutung liegt daher nahe, daß solche professionellen Foren besonders geeignete Vermittlungswege für den Sozialwissenschaftstransfer mit hoher öffentlicher Aufmerksamkeit sein können, so daß die Höhe und Intensität des wirksamen Transfers u.a. von der Zahl und der Reputation solcher Foren abhängt.

Jenseits dieser besonderen Lernprozesse zwischen Koalitionen erlangt sozialwissenschaftliches Wissen öffentliche Bedeutsamkeit, wenn es

durch Sozialwissenschaftler und Journalisten, die Koalitionen angehören, in die Öffentlichkeit oder in jene Teile der Öffentlichkeit eindringt, die dieser Koalition nahestehen. Und umgekehrt: Ohne Anbindung an eine der politisch zentralen Koalitionen sind die direkten Wirkungschancen sozialwissenschaftlichen Wissens recht gering. Die politische Paßförmigkeit zu politisch relevanten »belief systems« ist die Vorbedingung öffentlicher Wirksamkeit. Für Bestandteile wissenschaftlichen Wissens, die etablierte Überzeugungen aller Koalitionen grundlegend bezweifeln und daher in ihrer Aufklärungsfunktion für die Öffentlichkeit bedeutsam wären, gelten erheblich erschwerte Bedingungen: Wissen, das die Kernstrukturen der bestehenden Advocacy Coalitions in Frage stellt, hat nur dann eine Chance, angenommen zu werden, wenn es mit einem externen Ereignis zusammentrifft, für das es keine kognitive Variation der sekundären Aspekte zur Sicherung des Kerns gibt (vgl. dazu genauer Kap. 4.).

Der autonome, der Politik gegenüberstehende Wissenschaftler taucht in dieser Skizze der Struktur von spezialisierten Politikfeldern zunächst nicht auf. In allen beteiligten Koalitionen sind Wissenschaftler integriert, die untereinander die Konflikte der Koalitionen reproduzieren. Dies können Konflikte zwischen Wissenschaftlern einer Disziplin, aber auch zwischen Disziplinen, etwa zwischen Ökonomen und Soziologen, sein.¹⁸ Durch die intentionale oder nur perzipierte Zuordnung zu Advocacy Coalitions stehen Wissenschaftler in solchen Politikfeldern mit dem Angebot ihres Wissens in der Öffentlichkeit »immer schon« in einem politisch strukturierten Konflikt-

feld. Das von ihnen transportierte und vorgetragene Wissen wird nicht als neutrales Angebot der Sozialwissenschaften wahrgenommen, sondern als Wissen, das sich in den politischen Konflikt einfügt. Ein Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen in die Öffentlichkeit kann dieser Vorstrukturierung des Feldes durch die Koalitionen und ihre differierenden Grundüberzeugungen in der Regel nicht entkommen. Transferbemühungen müssen nach den Überlegungen des Ansatzes von Sabatier mit dieser politisch vorstrukturierten Aufnahme sozialwissenschaftlichen Wissens rechnen. Allerdings ist mit dem Status des Neutralen noch die Möglichkeit der traditionellen Rolle des neutralen Beraters (im dezisionistischen Sinne) offengehalten worden. Und außerhalb der Advocacy Coalitions bietet auch die Rolle der »policy broker« alternative Möglichkeiten der Wissensdiffusion.¹⁹ »Policy broker« werden zwar keineswegs ausschließlich aus Kreisen der Wissenschaft gestellt, es kommen ebenso Träger öffentlicher Ämter, Beamte, Kommissionen etc. in Frage. Dennoch bleibt es eine von seiten der Wissenschaft zu entscheidende Frage, in welcher politischen Rolle, als »broker«, als Neutraler oder als Koalitionsangehöriger Wissen in die politische Öffentlichkeit transferiert wird.²⁰

Daß ganze Disziplinen zu zentralen Trägern von Koalitionen werden können, zeigen Sabatier/Jenkins-Smith (1993: 215) für die USA am Beispiel der Ökonomen, die sowohl in den wissenschaftlichen Einrichtungen wie in den Verwaltungen über erhebliches Gewicht verfügen. Entscheidend ist aber die Bindung fast aller Ökonomen an ein relativ kohärentes umfassendes Überzeugungssystem, eine normative wie kognitive Ele-

¹⁸ Diese Konflikte führen zur Senkung der Akzeptanz von Wissenschaft und wissenschaftlicher Politikberatung, falls sie nicht partiell überwunden werden, wofür Keyfitz (1995) Modelle anbietet.

¹⁹ Rein/Schon (1991: 274f.) unterscheiden demgegenüber nur zwei Akteurstypen in der öffentlichen Debatte. Öffentlichkeit ist bei diesen Autoren selbst differenziert in eine Vielzahl von politischen Foren, die Parlamente, Gerichte, Kommissionen, Parteien, Regierungsgremien ebenso umfassen wie politische Zeitungen und Zeitschriften, Radio und Fernsehen, aber auch die universitären Seminarräume. Innerhalb dieses sehr weit gefaßten Öffentlichkeitsbegriffs bewegen sich zum einen »sponsors«, individuelle und kollektive Akteure, darunter auch Wissenschaftler und Forschungseinrichtungen, die intellektuelle Unterstützung für bestimmte Deutungsmuster (Frames) mobilisieren, zum anderen »policy intellectuals«, die die spezielle Rolle übernehmen, die in sozialen Bewegungen implizit entwickelten politischen Ideen und Deutungen zu entfalten und zu verdeutlichen - eine spezielle Rolle auch für einzelne Teile der Sozialwissenschaft.

²⁰ Eine weitere Möglichkeit der öffentlichen Wirkung von Sozialwissenschaft kann daraus erwachsen, daß Akteure einer Advocacy Coalition (meist Behörden) zur Stärkung ihrer Koalition untersuchen, ob es nicht weitere, bisher politisch latente Interessenträger und Informationsträger gibt, die zugunsten ihrer Anliegen mobilisiert werden können. Administrationen versuchen so durch eine gezielte Politik der Mobilisierung von Wissenschaft, der Bereitstellung von Transferhilfen etc. neue Verbündete zu gewinnen. Hier geht der Impuls von politischen Akteuren aus und folgt der Sequenz: Politik --> Wissenschaft --> Öffentlichkeit --> Politik.

mente umfassende Basistheorie, die ihnen auch im politischen Raum über alle institutionellen Verpflichtungen hinweg »ideologische« Zusammengehörigkeit sichert (vgl. Singer 1993b). Es können außerdem, wie Sabatier/Jenkins-Smith ausführen, Aufrufe prominenter Ökonomen hinzutreten, die die Angehörigen der Disziplin auffordern, sich als parteiliche Anwälte der Effizienz zu verstehen, was in der Folge in einer Vielzahl politischer Felder in den USA wohl geschehen ist. Disziplinen treten in solchen Fällen wie nicht-organisierte kollektive Akteure auf, die ganz überwiegend einer politischen Koalition zugehören, und damit sogar zu Trägern des verbindenden Gedankenguts zwischen den Angehörigen dieser Koalition werden können.

2.2.5. Diskurskoalitionen zwischen Sozialwissenschaften und Politik

Stärker als im Konzept der Advocacy Coalitions werden die direkten Koalitionen und historischen Verbindungen zwischen Staat und Sozialwissenschaften im Konzept der Diskurskoalitionen betont. Peter Wagner (1990: 31) analysiert die Durchsetzungs- und Akzeptanzbedingungen von Wissen in seinem Werk »Sozialwissenschaften und Staat« anhand dreier Legitimitätsformen: der wissenschaftlichen Legitimität (intellektuelle Tradition), der institutionellen Legitimität (wissenschaftliche Institutionen) und der politischen Legitimität, womit Prägungen von Wissenschaft und Staat in beiderlei Richtungen erfaßt werden können.

Grundbegriff ist der an A. Giddens angelehnte Terminus *Diskursstrukturierung*, der die Herstellung und Sicherung von »kognitiver Affinität« zwischen gesellschaftlichen Diskursen und den in (staatlichen) Institutionen geronnenen Handlungsregeln bezeichnet. Untersucht werden in diesem Konzept auf der Makroebene historischer Veränderungen die *gemeinsamen* Transformationen von Sozialwissenschaft, Staat und ihren wechselseitigen Beziehungen. Besonders enge Interaktionen zwischen Sozialwissenschaft und Politik werden mit dem Begriff *Diskurskoalition* bezeichnet; die zuletzt bedeutendste Diskurskoalition ergab sich in den 60er Jahren zwischen einer policy-orientierten Sozialwissenschaft und wissenschaftsoptimistischen Reformpolitikern. Es

entstand damals eine enge - soziale wie kognitive - Verbindung zwischen Akteuren aus aufsteigenden Minoritätsgruppen (Sozialwissenschaften hier verstanden als minoritäre Disziplinen), die sich wechselseitig Legitimität und Ressourcen zuführten (Wagner 1990, 391f.). Diese Reformkoalitionen sind Wagner zufolge durch die Pluralisierung von Expertise inzwischen von Tendenzen der *Diskursregulierung* abgelöst worden, d.h. die Realitätsdefinitionen der staatlichen Politik durchdringen die der Sozialwissenschaft (Wagner 1990: 499; Wittrock/Wagner/Wollmann 1991: 78; vgl. Wittrock/Wagner 1992). So mündet diese Analyse in einer Kritik zeitgenössischer Sozialwissenschaft als kognitiv wie sozial staatsorientierter Forschung, in der die Wirkungsrichtung mehr vom Staat in Richtung Sozialwissenschaft als umgekehrt verläuft.

Unterstellt man die Richtigkeit dieser Analyse, dann ist sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer in die Öffentlichkeit nur eine »Verdoppelung« politisch-administrativer Sichtweisen, also eine wenig bedeutende Wiederholung bzw. Verstärkung dessen, was institutionell schon verankert ist. Aus dieser kritischen These kann aber zumindest die methodische Aufforderung abgelesen werden zu prüfen, ob ein Wissenstransfer eine genuine, eigenständige sozialwissenschaftliche Entwicklung in die Öffentlichkeit transportiert oder Begriffe, Kategorien, Denkweisen reproduziert, die sich bereits politischer bzw. staatlicher Wissensproduktion verdanken.

Die empirisch-wissenssoziologische Untersuchung bundesdeutscher Technologieförderungspolitik von Jeanette Hofmann (1993; 1995) hat in diesem Zusammenhang ergeben, daß Realitätsdeutungen der Akteure zu den Prämissen staatlicher Politik wie den Deutungen der Policy-Analyse in diametralem Gegensatz stehen. So stellt sich die Frage, wie eine Politikkonzeption fortbestehen kann, die sich »im offenkundigen Widerspruch zu den Wahrnehmungen und Handlungsweisen ausgerechnet jener Akteure befindet, auf die sie sich bezieht.« (Hofmann 1993: 174, vgl. auch 234). Die anscheinend überlegene staatliche Fähigkeit zur Verteidigung eines politischen Realitätsentwurfes korrespondiert im Feld Technologiepolitik mit einer dem staatlichen Entwurf auffallend ähnelnden Sicht auf seiten der Policy-Forschung, die hier entweder die staatliche Position nachvollzieht oder den

Anstoß gab für eine Realitätssicht, die sich über die praktischen Erfahrungen und die Eigensicht der sozialen Akteure erhebt.

2.2.6. Think Tanks im Dreieck von Politik, Sozialwissenschaft und Massenmedien

Der Advocacy-Coalitions-Ansatz ist von Winand Gellner (1991; 1994; 1995) auch für einen neuen Gegenstandsbereich der Politikberatungsforschung genutzt worden: die Think Tanks oder Ideenagenturen oder Denkfabriken. Solche nicht gewinnorientierten, in der Regel gemeinnützigen, aus Spenden, Stiftungsvermögen oder Forschungsaufträgen finanzierten Wissenschaftsorganisationen entwickeln nach Gellner vor allem einen spezifischen Typus von Wissen, nämlich Orientierungswissen, das in der Öffentlichkeit professionell verbreitet und »im Sinne strategischer Kommunikation einer bestimmten Klientel zur Verfügung« gestellt wird (Gellner 1995: 18). Ideenagenturen betreiben mithin »Interessenpolitik mit wissenschaftlichen Argumenten« (Gellner 1995: 19). Sie orientieren sich in ihrer Wissensproduktion an ihren Adressaten in der Öffentlichkeit und unter den politischen Eliten. Transferierten Ideen und Informationen wird in diesen Institutionen eine »Tendenz« gegeben, weil auch die politische Übernahme sozialwissenschaftlichen Wissens nicht nur von kognitiven Elementen, sondern von »normativ-affektiven« Einstellungen der politischen Akteure abhängt (Gellner 1995: 25). Entsprechend sind für Gellner in Übereinstimmung mit Sabatier Wissenschaftler bzw. Ideenagenturen als nicht-universitäre Wissenschaftsorganisationen Teil einer politischen Richtungs- oder Tendenzkoalition. Gellner verortet sie direkt im Dreieck von politischen Entscheidungseliten, Wissenschaft und Massenmedien - mit der zentralen Aufgabe der Vermittlung, Übersetzung und dem kommentierend-wertenden Transfer von Wissen (1995: 30). Amerikanische Think Tanks treten aktiv mit dem Ziel auf, die öffentliche Sphäre mit Ideen zu gestalten, insbesondere durch Wirkung in und über die Massenmedien. Die Einwirkung auf die Massenmedien erfolgt gemäß festgelegten Arbeitsplänen, die politische Grundausrichtung und Interessenbindung sowie Marktlage im Bereich politiknaher wissenschaftlicher Beratung in

Schwerpunktsetzungen und Handlungsstrategien umsetzen - eine Entwicklung, die für die Bundesrepublik erst in Zukunft zu erwarten sei. Der Weg verläuft vom Think Tank direkt zum Medium. Aus der Ideenagentur heraus werden einige Repräsentanten zu Spezialisten für die Wissens- und Meinungspräsentation im Fernsehen mit dem Ziel, dort möglichst häufig aufzutreten. Wissen tritt hier vorrangig in der Form von »sound bites«, griffigen Formeln auf, die affektive, normative und kognitive Momente in untrennbarer und vor allem medienwirksamer Weise verbinden.

Dieses von den Think Tanks angebotene bzw. aktiv über Pressekonferenzen, Kurzberichte etc. in die öffentliche Sphäre getragene Wissen erfüllt bereits die Eintritts- und Wirkungsbedingungen der Massenmedien. Es ist an die Nachrichtenfaktoren bzw. die Regeln von News- und Talkshows angepaßtes Wissen, das als wissenschaftliches, vom Alltagswissen deutlich getrenntes Wissen gar nicht mehr erkennbar ist. Die in ihrem Erfolg von der Medienpräsenz abhängigen Ideenagenturen müssen in ihren Themenkampagnen ebenso mit dem Instrumentarium des Ereignismanagements (Inszenierung von Pseudo-Ereignissen) arbeiten wie Verbände, Parteien und Regierungen. Gellner schließt daraus, daß die Form, d.h. »die verlässliche, überzeugende und bestimmte Art des Experten« (1995: 31) wichtiger wird als der Inhalt - bis hin zu dem Punkt, wo Experten und deren Wissen wegen zu häufiger Fernsehpräsenz aus dem Kreis der »Medienexperten« und »Fernsehintellektuellen« verschwinden.

Im Unterschied zu den USA sind derartige gezielte Marketing-Strategien in der Bundesrepublik erst sehr vereinzelt festzustellen. Gellner (1995: 256f.) vermutet jedoch, daß sich die Situation in der Bundesrepublik aufgrund wachsenden Orientierungsbedarfes in der Öffentlichkeit, den die Parteien nicht befriedigen können, in eine ähnliche Richtung wie in den USA entwickeln wird (für Großbritannien zeigt dies: Singer 1993b: 107f.). Dazu trägt auch die Konkurrenz zwischen den drei von Gellner unterschiedenen Typen von Ideenagenturen bei. Die bisher eher wissenschaftsorientierten »Universitäten ohne Studenten«, in der Bundesrepublik die großen Wirtschaftsforschungsinstitute, das WZB etc., geraten unter den Druck zum einen der interessengebundenen,

Parteien oder Verbänden angegliederten Institute und zum anderen der interessenorientierten, aber nicht organisatorisch eingebundenen Institute (wie z.B. des Miegel/Biedenkopf-Instituts IWG).

In einer solchen Konstellation stellt sich für die Think Tanks die Frage: Wann wird das angebotene Wissen noch als sozialwissenschaftliches interpretiert, wann als bloße Propaganda gewertet? Denn nur wenn die Zurechnung zur Wissenschaft im weiteren Sinne erhalten bleibt, kann ein entsprechender Autoritätsbonus eingestrichen werden. Wenn allerdings in einigen Feldern alle beteiligten Experten unter dem Verdacht der politischen Richtungszugehörigkeit stehen und wissenschaftliche wie politische Konfliktlinien parallel laufen, kann ein derartiger Autoritätsverlust dennoch dank fehlender Alternativen problemlos bleiben.

Die von den Think Tanks propagierten und in der Öffentlichkeit durchgesetzten (ökonomischen) Ideen und Konzepte müssen aber keineswegs den bloßen »Nachvollzug einer Diskursverlagerung in der akademischen Wirtschaftswissenschaft« (Singer 1993b: 109) darstellen. Die intermediäre Sphäre der Ideenagenturen kann sich vom akademischen Diskursverlauf lösen und - durchaus mit Wissenschaftsanspruch, aber ohne direkt der Wissenschaft zuzurechnende Experten - eigenständig Wissenskonjunkturen in der massenmedialen Öffentlichkeit inszenieren (ebd.: 113). So kann der akademischen Wissenschaft aus der Öffentlichkeit eine Art Theorienkonkurrenz erwachsen, weil dort - so ansatzweise geschehen mit der Supply Side Economics - Theoriemixe und Neustrukturierungen stattfinden, die so in der Disziplin vorher nicht vertreten waren. Ganze Disziplinen können sich so genötigt sehen, in der Konkurrenz zu anderen Disziplinen oder derartigen intermediären Wissensproduzenten eine Medienstrategie zur Verbesserung des eigenen Status und damit auch der Ressourcenbasis einzuschlagen - über den Weg von Pressemitteilungen und Berichten über die universitären Öffentlichkeitsabteilungen, durch eigene Artikel in wichtigen Zeitungen (so z.B.: Wilson 1993: 11f.), durch spezielle Konferenzen, individuelle Kontakte zu Journalisten bzw. politischen Akteuren oder durch intermediäre Institutionen (Weiss 1993: 35).

Einige Autoren versuchen, das Zwischenfeld von Wissenschaft und Politik mit Hilfe der Metapher bzw. des Begriffs »Markt« zu erschließen. Ausgangspunkt für die von Nullmeier/Rüb (1993; Nullmeier 1993) vorgeschlagene wissenspolitologische Politikanalyse sind die Begriffe »Wissensmarkt« (für die diversen Öffentlichkeiten, in denen sich Annahme und Ablehnung von Deutungen vollziehen) und »Schließung/Öffnung«. Während »Wissensmarktschließung« den sozialen und institutionellen Ausschluß von Teilnehmern an Wissensmärkten bezeichnet und so die »externen« Begrenzungen erfaßt, sucht der Terminus »interpretative Schließung« den Fall zu erfassen, daß Gründe und Kognitionen dominant werden, die in sich selbst bereits Alternativlosigkeit behaupten, wie dies bei deterministischen Kausalgesetzmäßigkeiten, zwingenden »Logiken« und Verweisen auf »evidente Erfahrungen« oder »Notwendigkeiten« gegeben ist. Geschlossene Wissensmärkte können auch durch relative Isolation von anderen Wissensgebieten auftreten. So ist z.B. die wissenschaftliche Bearbeitung der Alterssicherungspolitik durch Rentenexperten ein relativ isoliertes Feld mit eingespielten Sichtweisen und relativ großer Nähe zu den Institutionen der Sozialversicherung. Stärkere Abkoppelung von innerdisziplinären Entwicklungen geht einher mit schneller Anpassung an die institutionellen Interessen im Policy-Feld. Für Reformvorschläge wie die wissenschaftliche Evaluation der geltenden Regelungen gilt, daß sie nur von einem relativ kleinen und abgeschotteten Kreis von Wissenschaftlern vorgenommen und diskutiert werden. Der Wissensmarkt ist, obwohl er sich über mehrere Disziplinen erstreckt, ein mit anderen Wissensmärkten wenig vernetzter Markt, auf dem kaum neue Anbieter auftauchen. Diese wenigen spezialisierten Wissenschaftler sind in hohem Maße in das Politiknetz und die dort vorherrschenden Koalitionen inkorporiert. Ihr Zugang zu Massenmedien und Öffentlichkeit ist auch eine Funktion ihrer ausgeprägten und durch Mitgliedschaft in Beratungsgremien noch unterstützten Politiknähe.

In einer nicht-metaphorischen Bedeutung kommt der Marktidee auch von der Organisation der Politikberatungsgremien her Bedeutung zu: Im Unterschied zur bundesdeutschen Politikberatungsliteratur wird in der angelsächsischen Debatte die Anwendung der Prinzipien des »New Public Management« auf Politikberatung, insbesondere die

Bildung von externen oder internen *Beratungs-Märkten*, in ihren Vor- und Nachteilen diskutiert (skeptisch: Boston 1994). Ideenagenturen können durchaus als Anbieter auf dem »Markt der Wissensproduzenten« oder Ideenmarkt (Gellner 1995: 20 und 43) begriffen werden - im metaphorischen wie im ökonomisch-monetären Sinne -, wobei die Akzeptanz dieses Phänomens davon abhängt, inwieweit Monopolisierungen und Konzentrationsbewegungen verhindert werden. Die Marktmetapher lädt darüber hinaus dazu ein, auch die Beziehungen zwischen Öffentlichkeit und Sozialwissenschaft in ökonomischen Termini zu fassen, was u.a. bedeuten würde, den Produzenten wissenschaftlichen Wissens *Marketing-Strategien* zuzuordnen oder zu empfehlen.

2.2.7. Sozialwissenschaften und »Policy windows«

Eine noch offenere Konzeption der Wissenschafts-Politik-Beziehungen, als es die Marktmetapher nahelegt, bietet die Arbeit von J.W. Kingdon (1984) zu Prozessen des Agenda-Setting und der Politikformulierung. Die Wissenschafts-Politik-Kopplungen haben - ganz im Gegensatz zu Sabatier - keinen Koalitionscharakter (vgl. Kingdon 1993). Bei Kingdon ist das Universum der politisch relevanten Deutungsmuster in zwei »Ströme« aufgeteilt: den Strom der Problemdiagnose einerseits und den der Problemlösungen, Policy-Vorschläge, Handlungsalternativen oder kurz »ideas« andererseits. Diese zweigeteilte Ideenwelt, beherrscht von »persuasion« und »diffusion of ideas« wird bestimmt von jeweils unterschiedlichen Akteuren: nur die Problemlösungsebene ist von Wissenschaftlern bestimmt. Während die politische Agenda überwiegend von den Deutungsmustern der politisch Verantwortlichen geprägt wird, liefern die Wissenschaft und das angrenzende Feld spezialisierter Politikberatung die politischen Handlungsalternativen.

Nur wenn sich die »policy windows« öffnen, wenn sich also spezielle Situationen der Paßförmigkeit zwischen ansonsten unabhängigen Entwicklungen ergeben, können auch neue wissenschaftliche Konzepte zur Geltung kommen (vgl. Checkel 1993). Eine aktive Rolle können »policy entrepreneurs« übernehmen, die neue Probleme in den Vordergrund rücken, neue Vorschläge

verbreiten und die bei geöffneten »policy windows« für die erforderlichen Kopplungen zwischen Ideen, Problemen und Machtressourcen sorgen. Die Funktion von »policy entrepreneurs« können Wissenschaftler ebenso wie Journalisten oder Ministerialbeamte, Lobbyisten oder Politiker übernehmen. Wissenschafts-Politik-Koalitionen haben bestenfalls vorübergehenden Charakter und sind auf entgegenkommende situationelle Bedingungen angewiesen. Einer Bindung der Wissenschaft an bestimmte politische Koalitionen oder innerwissenschaftliche Vergemeinschaftungen oder Institutionen wird geringeres Gewicht beigemessen. Dafür wird die Bedeutung einzelner Wissenschaftler als »policy entrepreneurs« hervorgehoben. Allerdings ist damit ein nur für wenige Wissenschaftler gangbarer Weg bezeichnet. Der normale Wissenstransfer von den Sozialwissenschaften zur Öffentlichkeit reichert dagegen lediglich die »primeval soup« an Ideen an, aus der sich politische Entwicklungen beizeiten speisen mögen - oder auch nicht.

2.2.8. Rhetorische Struktur und medien-gerechter Zuschnitt sozialwissenschaftlichen Wissens

Die rhetorische Struktur auch wissenschaftlichen Wissens wird seit einigen Jahren in der geistes- und sozialwissenschaftlichen Grundlagenliteratur betont. Diese Theorieströmung hatte Ende der 80er Jahre auch die Policy-Forschung erreicht. Insbesondere G. Majone (1989: 41) hat die persuasive, rhetorische Rolle von Policy-Analyse als Argumentation in öffentlichen Debatten vor einem allgemeinen Auditorium (statt als Lieferant von Informationen und instrumentellem Wissen für Klienten) hervorgehoben und damit die Hinwendung der Policy-Forschung zur Öffentlichkeit unterstützt. Rhetorik wird so als neuer Modus der Wirkungsweise von Policy-Analyse (Fischer/Forrester 1993; Throgmorton 1991), zudem auch als spezielle Wissensform für Verwaltungen empfohlen (Green/Zinke 1993). Untersuchungen von rhetorischen Strukturen des Wissens in einzelnen Politikfeldern, insbesondere von Metaphern, finden sich nun häufiger (Dobuzinskis 1992; Nullmeier 1993). Die Analyse von Ideen und Wissen erstreckt sich in den stärker interpretativen Policy-Forschungs-Ansätzen auch auf jene nicht-rational-abstrakten, nicht-theoretischen

und nicht-empirischen Elemente von Narration und Expression - insbesondere unter dem Begriff politischer oder administrativer *Mythen* (z.B. Yanow 1992).

Als Schlußfolgerung ergibt sich aus diesem Strang der wissensorientierten Policy-Forschung, daß der Sozialwissenschaftstransfer und die öffentliche Wirkungsweise solchen Wissens sich auch am metaphorischen Gehalt und an der rhetorischen Qualität nicht allein der Wissensdarstellung, sondern bereits der zugrundeliegenden Theorien, Modelle und empirischen Generalisierungen festmacht. Die Transferierbarkeit ins System der Massenmedien wie von dort zu den politischen Eliten (oder auf anderen Wegen) hängt danach von der Art der in der Theorie selbst angebotenen Metaphern ab. Es sei betont, daß hiermit keine Frage der bloßen Präsentation, der äußeren mediengerechten Zuschneidung und Umformulierung sozialwissenschaftlichen Wissens gemeint ist, sondern die innere, selbst zur innerwissenschaftlichen Verständigung notwendig gehörende Metaphorik von Theorien und sonstigen komplexeren wissenschaftlichen Aussagen. In Ansätzen, die die Politisierung von Wissenschaft und des Wissenschaftstransfers in die massenmediale Öffentlichkeit hervorheben (z.B. Gellner 1995: 19), findet sich zwar ebenfalls eine Betonung von Rhetorik, Stilistik und auch Telegenität als Qualitäten von Wissen und Wissenspräsentation, allerdings in der spezifischen Verbindung mit dramaturgisch-symbolischer Inszenierung von Politik und professionellem Ideenmarketing. Der Wissenschaftstransfer unterliegt - gesteht man beiden Theorierichtungen Geltung zu - einer doppelten rhetorischen Qualifikation. Die innere, theorie- und wissensimmanente Metaphorik wird von einer rhetorischen Inszenierungspraxis überformt, die mediengerechte Bilder aus dem Theorie- und Wissensarsenal löst oder erst entwickelt.

2.3. Zusammenfassende Bewertung und Forschungsperspektiven

Trotz der besonderen Beachtung von Ideen, Wissen, »belief systems«, Normen, Weltansichten und Deutungsmustern ist in den bisher vorliegenden Arbeiten wissensorientierter Policy-Forschung die

Rolle der Sozialwissenschaften in der massenmedialen Öffentlichkeit nur selten thematisiert oder gar detailliert untersucht worden. Die Policy-Forschung hat sich auch mit den wissensorientierten Ansätzen noch nicht hinreichend für den Themenkomplex Medien, Öffentlichkeit und Policy-Entwicklung geöffnet. Wissenszentrierte Ansätze haben sich auf das Verhältnis von Wissen und politischen Akteuren bzw. Eliten in den politischen Institutionen und deren Teilöffentlichkeiten konzentriert. Das allgemeine Publikum wird oft nur als passive Öffentlichkeit gesehen.

Die Gegenüberstellung von Politik als allein interesseorientiertem Handlungssystem einerseits und rationaler Wahrheitssuche in der Wissenschaft andererseits ist in den wissensorientierten Ansätzen der Policy-Forschung zugunsten der Betonung des beiderseitigen Öffentlichkeitsbezuges meist überwunden (z.B.: Robinson 1992; Albaek 1995). Die einem Modell rationaler Politik verpflichtete Idee, daß ein höheres Maß an Informationen und Wissen politische Entscheidungsprozesse nicht nur beeinflusst, sondern auch verkürzt, beruhigt und gleichmäßiger gestaltet, findet keine empirische Bestätigung (Healy/Ascher 1995). Wissenschaft gilt zudem ebenso als wertgeladen wie Politik als notwendig wissensverwendend. Die wissensorientierten Ansätze haben gezeigt, daß nur bei einer Einbeziehung von normativem und deskriptivem Wissen unterschiedlichster Tiefe, Weite und Abstraktheit (von Daten über Argumente zu Ideen, vgl. Weiss 1991) die Rolle von sozialwissenschaftlichem Wissen analysiert werden kann. Die Möglichkeit der Diffusion »kleinteiligen« oder auch »orientierenden« sozialwissenschaftlichen Wissens in den politischen Raum hängt jedoch auch oder vor allem von der Paßförmigkeit (»kognitiven Affinität«) dieses Wissens zu politisch dominierenden Weltansichten und normativen Prinzipien ab.

Der Komplex Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft kann jedoch nicht mehr - wie in der Politikberatungsliteratur - vorrangig von den Institutionen her erschlossen werden - seien es Institutionen auf seiten der Politik, seien es spezifische Vermittlungs- oder Beratungsorganisationen (so z.B.: Euchner u.a. 1993 und die meisten Beiträge in Murswieck 1994) oder seien es Institutionen auf seiten der Wissenschaft. Auch liefern wissensorientierte Ansätze kein Kausalmodell der Beziehungen zwischen Sozialwissenschaft - Öff-

fentlichkeit/Massenmedien - öffentlicher Meinung/kollektiven Überzeugungen - Politik (zu den methodischen Schwierigkeiten der Identifizierung der Richtung kausaler Einflüsse: Page 1994).

Im Zentrum der wissensorientierten Policy-Forschung stehen vielmehr jene Formen von *Vernetzungen, Gemeinschaften, Koalitionen*, die quer zu Institutions- und Organisationsgrenzen, quer auch zur Grenze zwischen Wissenschaft und Politik die Entwicklung in einzelnen Politikfeldern bestimmen. Wissenschaftler werden in diesen Konzepten weniger als Einzelakteure außerhalb der politischen Arena verstanden denn als Mitglieder und Angehörige einer politischen oder politikrelevanten Koalition oder Gemeinschaft. Gegen die issue- oder mindestens politikfeldspezifischen Konzepte etwa des Advocacy-Coalitions-Ansatzes hat Livingston (1992) die Bedeutung übergeordneter »multi-issue knowledge communities« (ebd.: 239) hervorgehoben, die auf verschiedenen Politikfeldern auftreten und um Dominanz bei der Grunddeutung (Framing) des dortigen Geschehens kämpfen. Die Dynamik von Veränderungen im Wissenschaftsfeld über mehrere Politikfelder hinweg kann erst ersichtlich werden, wenn auch Vernetzungen zwischen Advocacy Coalitions verschiedener Politikfelder in die Betrachtung einbezogen werden. Dann kann es Personen, Gruppen, Institutionen oder bestimmte sozialwissenschaftliche Wissensbestandteile geben, die in der Öffentlichkeit eine Schlüsselstellung für mehrere Politikfelder gewinnen.

Die *innere Struktur der Wissenschaft* (institutionelle Verfaßtheit und Konsensualität zentraler Theoreme, Paradigmen etc.) ist zwar zentral für die Art des öffentlichen Auftretens und die politische Wirkungsmöglichkeit (Singer 1993b: 104), wird aber nur selten (so bei Wagner/Wittrock) in die Analyse miteinbezogen. Innerhalb der Wissenschaft und im Überschneidungsbereich von politischen Akteuren und Sozialwissenschaftlern ist von einer Vielzahl recht unterschiedlicher *Akteure* auszugehen. Das Spektrum reicht vom »reinen« Wissenschaftler, der ohne Eigenaktivität in Richtung öffentlicher Präsentation seine Forschungsergebnisse liefert, über den politikberatenden oder politikmachenden Universitätsprofessor als Einzelakteur über Gruppen und Gemeinschaften von öffentlichkeitsorientierten Wissenschaftlern (»Gelehrtenpolitik«, »Intellektuellenpolitik«) bis hin zu staatlichen oder halbstaatli-

chen Forschungsinstitutionen, interessegebundenen oder interessenorientierten Ideenagenturen und schließlich kommerziellen Forschungs- und Beratungsfirmen (vgl. Lindquist 1990). Zu fragen ist, ob Transferwirksamkeit auf einige der Typen wissenschaftlicher oder intermediärer Organisation beschränkt ist, also nur Wissen einer in spezifischer Weise verfaßten Wissenschaft in die Öffentlichkeit gelangen kann. Transferprozesse wären dann nicht allein als Problem der Transferinfrastrukturen und Organisation von Transferprozessen zu analysieren, sondern auch als Problem der Organisation von Wissenschaft oder der Ausbildung spezieller, auf Medien und politische Öffentlichkeit ausgerichteter intermediärer Organisationen wie der Ideenagenturen.

Klar erkennbar wird, daß an der Schnittstelle zwischen sozialwissenschaftlichen Wissensanbietern und massenmedialer Nachfrage nach sozialwissenschaftlichem Wissen die *mediengerechte Vorstrukturierung* des Wissens eine zunehmende Bedeutung erhält. Sozialwissenschaftliches Wissen tritt nur zu einem Teil als sozialwissenschaftliches Wissen, häufig jedoch als Äußerung eines Sozialwissenschaftlers oder einer Sozialwissenschaftlerin in die Medienöffentlichkeit. Grundannahme der wissenszentrierten Ansätze ist es, daß es von innerpolitischen Faktoren abhängig ist, ob »Nachfrage« nach sozialwissenschaftlichem Wissen besteht oder nicht. Die Konzeption einer eigenständigen Mediennachfrage nach Wissen und Wissenschaftlern findet sich dagegen nicht. Die Transfereinrichtungen zwischen Wissenschaft, Medien und Politik müßten jedoch, unterstellt man sowohl Mediennachfrage wie politische Nachfrage als auch deren Wechselspiel, auf schnell wechselnde Nachfragen mit jeweils spezifischen Anforderungsprofilen ausgerichtet werden.

Die Tendenz der Forschung geht dahin, Wissenschaft und Medien ebenso wie vorher bereits staatliche Verwaltungen und Institutionen in ein Politikmodell zu integrieren, das von Konflikten, aber auch von Lernprozessen gekennzeichnet ist, in dem es aber kaum mehr externe oder neutrale Standorte gibt. Wissenschaft wird Teil des politisch-öffentlichen Spieles, ohne deshalb die Funktion der Aufklärung und der technisch-instrumentellen Rationalisierung zu verlieren. Die zentrale Schlußfolgerung der wissensorientierten Ansätze der Policy-Forschung dürfte sein, daß ein

Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen in die politische Öffentlichkeit mit der Chance auf Wirksamkeit auch als politischer Prozeß betrachtet (und gestaltet) werden muß.

3. Verwendungsforschung

Die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in unterschiedlichen gesellschaftlichen Praxisbereichen ist der Gegenstand der Verwendungsforschung. Indem sie die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens *durch* die Praxis, weniger den Transfer dieses Wissens *in* die Praxis in den Mittelpunkt stellt, versucht die neuere Verwendungsforschung wissenschaftszentrische Konzepte älterer Forschungsrichtungen zu überwinden (vgl. als Überblick Beck/Bonß 1989b). Aus der Perspektive der Praxisbereiche heraus fragt diese Forschung also nach den Bedingungen und Formen von Wissensverwendung. Dabei folgt die Verwendungsforschung - bei aller Ähnlichkeit in der theoretischen Grundorientierung (Kap. 3.1.) - nicht einem einheitlichen theoretischen Konzept. Innerhalb des Forschungsfelds haben sich vielmehr (mindestens) drei theoretische Ansätze herauskristallisiert, die im folgenden überblicksartig dargestellt und auf ihren Erkenntniswert für das vorliegende Thema hin untersucht werden sollen (Kap. 3.2.).

Die Massenmedien selbst sind bisher kaum systematisch unter Verwendungsgesichtspunkten untersucht worden. Ausnahmen bilden die Arbeiten von Ronge (1988), der die Medienreferate der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten als spezifische organisationsinterne Verwendungskontexte untersucht hat, und Weßler (1995), der verwendungstheoretische Konzepte auf die Berichterstattungspraxis der Massenmedien anzuwenden versucht. Auf dieser Grundlage ist eine verwendungstheoretische Systematisierung der empirischen Forschung zur Sozialwissenschaftsberichterstattung möglich. Die redaktionelle Praxis bildet daher den einen Praxisbereich, der hier verwendungstheoretisch analysiert wird (Kap. 3.3.1.).

Darüber hinaus untersucht Lau (1989; siehe auch Lau/Beck 1989) die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens im öffentlichen Diskurs als öffentliches Begründungshandeln gesellschaftlicher Akteure. Hier existieren Anschlußpunkte an die policyanalytische Beschäftigung mit der Rolle der Sozialwissenschaften bei der Problemdefinition im Policy-Prozeß (vgl. Kap. 2.2.1.). Unter stärkerer Beachtung der Rolle der Massenmedien lassen sich verwendungstheoretische Konzepte daher auch zur Analyse des *medien*öffentlichen

Diskurses als zweitem zentralen Praxisbereich nutzen (Kap. 3.3.2.).

3.1. Theoretische Grundorientierung

Die Verwendungsforschung hat sich als Forschungsfeld etwa seit Mitte der 70er Jahre aus der Politikberatungs-, Implementations- und Evaluationsforschung heraus entwickelt. Den meisten neueren Arbeiten in diesem Bereich ist gemeinsam, daß sie das Wissenschaft-Praxis-Verhältnis im Vergleich zu diesen älteren Forschungssträngen anders konzeptualisieren (vgl. Wingens 1988: 82 ff.). Am augenfälligsten ist die Abwendung der neueren Verwendungsforschung von der punktuellen wissenschaftlichen Politikberatung als paradigmatischer Verwendungssituation (vgl. Lau 1989: 385) und die Hinwendung zu einer größeren Pluralität von Verwendungskontexten, Verwendungsformen und Wissensarten. Die älteren Fassungen des Wissenschaft-Praxis-Verhältnisses gingen zudem nicht nur von einer generellen Getrenntheit beider Bereiche aus, sondern auch von einem prinzipiellen Rationalitätsgefälle zwischen Wissenschaft und Praxis. Diese Vorstellung hat die neuere Verwendungsforschung zugunsten einer qualitativen Unterscheidung der Logiken von Wissenschaft und Praxisbereichen aufgegeben (Beck/Bonß 1989a). Geringere oder größere Rationalität wird von der neueren Verwendungsforschung nicht mehr als Eigenschaft des Wissens, sondern allenfalls als Merkmal des Verwendungsprozesses selbst betrachtet. Schließlich verband die ältere Forschung mit dem postulierten Rationalitätsgefälle auch die Vorstellung einer prinzipiell möglichen »authentischen« Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens im Sinne einer wissenschafts-adäquaten Anwendung oder Umsetzung in der Praxis. Demgegenüber geht die neuere Forschung von der inhaltlichen und formalen Transformation des Wissens im Verwendungsprozeß als Normalfall aus - einer Transformation, in deren Verlauf das sozialwissenschaftliche Wissen oft gerade seiner wissenschaftlichen Identität entkleidet wird (Bonß 1994: 101).

3.2. Ansätze der Verwendungsforschung

Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens findet in den unterschiedlichsten Kontexten statt und weist daher die verschiedensten Formalisierungsgrade auf. Sie kann in eigens für die Verwendung geschaffenen Scharnierinstitutionen (Ronge 1989) ebenso vorstatten gehen wie in institutionalisierten Handlungskontexten, die vorwiegend anderen Zwecken dienen, oder in kaum oder gar nicht institutionalisierten Kontexten wie dem Alltagsleben. Die Wissensverwender können dementsprechend professionelle Verwendungsspezialisten, teilspezialisierte Professionelle anderer Handlungskontexte oder Alltagsmenschen sein. Verorten läßt sich Verwendung in Institutionalierungsprozessen (etwa der Etablierung von Ressortforschungsinstituten [Ronge 1989] oder der Einrichtung des regelmäßig erscheinenden »Forum Humanwissenschaften« in der »Frankfurter Rundschau«), in langfristigen Prozessen der Versozialwissenschaftlichung von Berufsbildungsgängen (etwa der Lehrer- oder auch der Journalistenausbildung), in konkreten beruflichen Handlungssituationen wie Beratungen oder redaktionellen Publikationsentscheidungen und schließlich in Alltagssituation wie dem Gespräch mit dem Nachbarn oder der beiläufigen Nutzung einer Radiosendung. Unterschieden werden in der Verwendungsforschung daher zumindest drei Typen von Verwendung: die institutionelle, die professionelle und die alltägliche Verwendung (Beck/Bonß 1989a: 31 f.).

Darüber hinaus lassen sich im Forschungsfeld »Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens« drei relevante theoretische Ansätze finden, die jeweils spezifische Aspekte des Gegenstandsbereichs thematisieren:

1. ein institutionenorientierter Ansatz, der systemtheoretisch fundiert ist (Ronge 1989, 1988),
2. ein interaktionsorientierter Ansatz, der ethnomethodologisch und/oder etikettierungstheoretisch inspiriert ist (Kroner/Wolff 1984, 1989; Knauth/Wolff 1989; Wingens 1988; Wingens/Weymann 1988; siehe auch Wingens/Fuchs 1989) sowie
3. ein deutungsorientierter Ansatz mit partiellen Bezügen zur Kritischen Theorie (Beck/Bonß

1984, 1989a; Lau 1989, 1984; Beck/Lau 1989, 1982; vgl. auch Giesen 1982, 1983; Giesen/Schneider 1984, 1987).

Im Vordergrund des nun folgenden Überblicks über die Ansätze steht die Frage, welchen Beitrag die Ansätze zur verwendungstheoretischen Analyse der redaktionellen Praxis der Massenmedien sowie des öffentlichen Diskurses leisten können.

3.2.1. Verwendung als institutionalisierte Systemvermittlungsleistung: der institutionenorientierte Ansatz

Einen institutionenorientierten Ansatz der Verwendungsforschung hat vor allem Ronge (1989; 1988) entwickelt. Sein Augenmerk gilt solchen Institutionen, deren wesentliche Leistung in der Vermittlung zweier gesellschaftlicher Teilsysteme mittels der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens besteht. Verwendung ist diesem Ansatz zufolge also eine institutionalisierte Systemvermittlungsleistung. Ihren sozialen Ort findet diese Art der Verwendung in »Scharnierinstitutionen« (Ronge 1989: 336) zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen (wie Ressortforschungsinstitute, das Bundeszentrum Humanisierung des Arbeitslebens oder die Medienforschungsreferate der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten).

Besonderes Kennzeichen solcher Scharnierinstitutionen ist die organisatorische Zusammenfassung von Wissensproduktion und Wissensanwendung. »Verwendung von Sozialwissenschaften in institutionellen Kontexten heißt [...] zum Beispiel wiederum Forschen nach soziologischen Regeln, aber mit Anwendungsbezug; heißt die Verwendung von sozialwissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeitern oder Beratern und die zielbewußte, adressatenspezifische, didaktisch und methodisch »aufgeklärte« Umsetzung von Ergebnissen, die mit einem entsprechenden Forschungsauftrag überhaupt erst initiiert worden sind.« (Ronge 1989: 337) Ihre Existenz verdanken die Scharnierinstitutionen einer explizierten Nachfrage nach den Verwendungsleistungen seitens der gesellschaftlichen Praxisbereiche.

Im Hinblick auf die hier interessierenden Praxisbereiche Redaktion und medienöffentlicher Diskurs stellt sich die Frage, ob eine solche explizierte Nachfrage tatsächlich besteht, ob es sich bei Redaktionen und medienöffentlichen Diskursen also um Scharnierinstitutionen handelt. Im einzelnen ist zu fragen, ob der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens ein eigener organisatorischer Ort zugewiesen ist, ob es spezifische verwendungsbezogene Arbeitsschemata gibt und ob die Rolle von »Verwendungsspezialisten« ausdifferenziert wurde (vgl. Ronge 1989: 346).

Im Falle der redaktionellen Praxis bestehen die erbrachten Leistungen eindeutig nicht vorrangig in der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Verwendung ist allenfalls ein Nebenprodukt der redaktionellen Praxis (vgl. dazu genauer Kap. 3.3.1.). Als Scharnierinstitutionen sind Redaktionen daher nicht anzusehen. Bei medienöffentlichen Diskursen ist bereits eine institutionelle Verortung schwierig. Solche Diskurse sind nicht als Leistungen spezieller Institutionen anzusehen, sondern entfalten sich eher in einem Geflecht von Beziehungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen und Akteuren. Zwar nehmen die Massenmedien in diesem Geflecht eine zentrale Stellung ein; ohne die Beteiligung von Akteuren aus anderen gesellschaftlichen Teilbereichen sind medienöffentliche Diskurse aber nicht denkbar. Und auch im medienöffentlichen Diskurs bildet die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens nicht das primäre Prozeßziel, wenngleich die Rolle der Sozialwissenschaften für medienöffentliche Diskurse nicht zu vernachlässigen ist (vgl. dazu genauer Kap. 3.3.2. und Kap. 4.).

Redaktionelle Praxis und medienöffentlicher Diskurs sind also nicht als Scharnierinstitutionen im Sinne des institutionenorientierten Ansatzes aufzufassen. Dennoch sind die durch diesen Ansatz aufgeworfenen Fragen auch für die Analyse dieser beiden Verwendungskontexte von Bedeutung. Denn auch in Verwendungskontexten, deren primäre Leistung in anderen Bereichen liegt, prägt die Organisationsform von Verwendung die Art und Weise, wie Verwendung jeweils vonstatten gehen kann. Vier Aspekte sind dabei zu beachten:

1. der Institutionalierungsgrad: In welchem Ausmaß ist die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens an einem speziellen organisatorischen Ort gebündelt?
2. der Professionalisierungsgrad: Inwiefern schlägt sich die Verwendung in speziellen Berufsrollen nieder?
3. der Formalisierungsgrad: Inwieweit ist der Ablauf von Verwendungsprozessen geregelt?
4. der Grad der kognitiven Spezialisierung: Inwieweit ist der jeweilige Verwendungskontext kognitiv auf die Sozialwissenschaftlichkeit des zu verwendenden Wissens ausgerichtet?

Diese vier Aspekte erlauben es, die Organisationsform von Verwendung in den verschiedensten Praxisbereichen zu beschreiben. Sie werden daher auch bei der Anwendung verwendungstheoretischer Konzepte auf die redaktionelle Praxis und den medienöffentlichen Diskurs (Kap. 3.3.) eine zentrale Rolle spielen.

3.2.2. Verwendung als handlungspraktische Differenzherstellung: der interaktionsorientierte Ansatz

Der interaktionsorientierte Ansatz der Verwendungsforschung verfolgt ein dem gängigen Verständnis von Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens entgegengesetztes Verständnis. Im Rahmen dieses Ansatzes wird Verwendung nicht als ein kognitives, sondern als ein interaktives Phänomen interpretiert (Kroner/Wolff 1989: 116). Verwendung lasse sich nicht an bestimmten Wissensformen oder Wissens-elementen festmachen, sondern sei als eine spezifische Handlungsform anzusehen, die für die Beteiligten intuitiv erfaßbar und als »Verwendung« wiedererkennbar sei (Knauth/Wolff 1989). Empirisch orientiert sich dieser Ansatz am Beratungs- oder am Lehrgespräch als paradigmatischer Situation. Im Beratungsgespräch etwa konstituiere sich Verwendung als soziales Phänomen in einer bestimmten Abfolge von aufeinander bezogenen Handlungen. Dabei bringe zunächst ein Klient ein spezifisches Problem ein, daraufhin werde von einem Experten allgemeingültiges (wissenschaftliches) Wissen präsentiert, im dritten Schritt

schließlich werde dieses Wissen auf das zuvor eingebrachte Problem bezogen (Knauth/Wolff 1989). Durch eine solche koordinierte Handlungsfolge stellen die an der Verwendung Beteiligten - dem interaktionsorientierten Ansatz zufolge - handlungspraktisch eine Differenz zwischen der jeweiligen Verwendungssituation und der Wissenschaft einerseits sowie dem Alltagshandeln andererseits her.

Auffällig ist an diesem Ansatz zunächst der mikroanalytische Zuschnitt der empirischen Analysen: Mittels Konversationsanalyse werden soziale Situationen im größtmöglichen Detail untersucht. Die Vertreter des Ansatzes sehen dabei durchaus, daß die Anwendung des mikroanalytischen Instrumentariums nicht alle Fragestellungen der Verwendungsforschung zu bearbeiten gestattet. »Das heißt natürlich nicht, daß wir [...] beanspruchen, den Rahmen der soziologischen Verwendungsforschung vollständig abzudecken. Uns geht es nur darum zu überprüfen, ob man empirisch zeigen kann, daß dem Konzept ›Verwendung‹ ein gesellschaftlich institutionalisierter Sachverhalt, auf den sich die Akteure in ihrem Tun nachvollziehbar beziehen, zugeordnet werden kann. Andere Ansätze, die sich um Verwendung im weiteren Sinn, etwa im Zusammenhang eines Modells gesellschaftlicher Rationalisierung, bemühen, bleiben von einer derartigen Fragestellung unberührt. Gleichwohl kann man unserer Ansicht nach nicht sinnvoll von soziologischer Verwendungsforschung sprechen, wenn der Zentralbegriff ›Verwendung‹ nur metaphorisch gebraucht wird.« (Knauth/Wolff 1989: 399)

Doch auch wenn man den mikroanalytischen Zuschnitt zunächst akzeptiert, deckt der interaktionsorientierte Ansatz, so wie er expliziert wurde, nicht jede denkbare Situation ab, in der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens stattfindet. Die Vertreter des Ansatzes betonen nämlich die handlungspraktische Relevanz der Differenzherstellung: Nur wenn alle an einer Situation Beteiligten die Situation als Verwendungssituation interpretieren, konstituiere sich Verwendung als soziales Phänomen. Die Betrachtung der redaktionellen Praxis macht aber deutlich, daß ein großer Teil dessen, was journalistische Verwendung genannt werden könnte, (insbesondere die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung) mit dieser Definition von Verwendung nicht erfaßt werden kann.

So ist etwa die Auswahl eines sozialwissenschaftlichen Informationsangebots für die Berichterstattung durch einen Journalisten zumeist überhaupt keine Interaktionssituation; Verwendung ist hier vermittelt über ein materialisiertes Angebot, das kein direktes In-Kontakt-Treten erfordert. Zum zweiten aber kann diese journalistische Handlung vonstatten gehen, ohne daß für den Beteiligten die Sozialwissenschaftlichkeit des Informationsangebots von handlungspraktischer Relevanz sein muß. Und in der Tat zeigt die empirische Forschung, daß Journalisten selbst dann, wenn sie sozialwissenschaftliches Wissen verwenden, die sozialwissenschaftliche Herkunft dieses Wissens nicht bewußt ist (vgl. Weiss/Singer 1988: 56). Im Fall des medienöffentlichen Diskurses kann unterstellt werden, daß zumindest ein Teil der Beteiligten sozialwissenschaftliches Wissen bewußt in ihr Diskurshandeln einbauen. Da aber für die zentrale Vermittlungsinstanz solcher Diskurse, die Massenmedien, die Sozialwissenschaftlichkeit des Wissens von geringer Bedeutung ist, vollzieht sich Verwendung auch hier zumindest teilweise unbewußt. Entgegen dem interaktionsorientierten Ansatz erscheint daher die Interpretation einer Situation als Verwendungssituation nicht als notwendiges Kriterium für das Stattfinden von Verwendung. Wenn aber die interaktive Konstitution von Verwendung in bestimmten Situationen durch die Beteiligten nicht das Kriterium für das Stattfinden von Verwendung ist, bleibt Verwendung auch ein kognitives Problem. Der Inhalt des Wissens ist dann für das Stattfinden und die Form der Verwendung ein durchaus entscheidender Faktor. Zwei Aspekte können dabei unterschieden werden:

1. Selektionskriterien: Welche Art von sozialwissenschaftlichem Wissen wird jeweils ausgewählt, welchen Regeln folgt diese Auswahl?
2. Transformationsleistungen: In welcher Hinsicht und wie wird das sozialwissenschaftliche Wissen im Verlauf seiner Verwendung inhaltlich verändert?

3.2.3. Verwendung als Wandel von Problemdeutungen: der deutungsorientierte Ansatz

Der deutungsorientierte Ansatz der Verwendungsforschung stellt nun unmittelbar die inhaltliche Seite sozialwissenschaftlichen Wissens in den Mittelpunkt. Er fragt nach der Spezifik von sozialwissenschaftlichen gegenüber anderen Deutungen sowie nach dem Einfluß der Sozialwissenschaften auf die in einer Gesellschaft zirkulierenden Welt- und Problemdeutungen.

So unterscheidet Giesen (1993) vier verschiedene Arten der Deutung von sozialer Ordnung und ihrer Störung: die magische, die moralische, die medizinische und die sozialwissenschaftliche. Zentrales Kennzeichen sozialwissenschaftlicher Deutungen ist, daß «[g]esellschaftliche Sachverhalte [...] selbst als Ursachen von Störungen der Sozialordnung und abweichendem Verhalten und folglich auch als Feld des problemlösenden Eingriffs» gesehen werden. Die Störung der Sozialordnung personifiziert sich daher in sozial benachteiligten Personen, nicht in Besessenen, Sündern oder Kranken. Für jede der vier Deutungsarten gibt Giesen ein besonders passendes Medium an. Im Falle der Sozialwissenschaften ist das die »öffentliche Diskussion« (Giesen 1983: 247).²¹ Auch Lau (1989: 393 f.) weist darauf hin, daß der Einfluß der Sozialwissenschaften auf die Definition gesellschaftlicher Probleme, ihre Definitionsmacht, in öffentlichen Diskursen größer ist als in geschlossenen Situationen der Politikberatung. Damit ist die Frage nach der Rolle der Sozialwissenschaften in der Öffentlichkeit explizit gestellt.

Lau wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Vorstellung einer rein instrumentellen Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens durch die (politischen) Akteure. Er verweist auf die relative Autonomie von Sozialwissenschaft und Politik im öffentlichen Diskurs, vor allem aber auf die Eigendynamik öffentlicher Diskurse: »Weder kann Politik mit Hilfe von Wissenschaft umstandslos ihre Interessen in der Öffentlichkeit durchsetzen, noch kann Wissenschaft durch das Medium Öffentlichkeit unvermittelt aufklären,

²¹ Auch die Interaktion zwischen Wissenschaftlern und Praktikern untersuchen Giesen/Schneider (1984; siehe auch Schneider 1989; 1986) mit Hilfe von Deutungsanalysen. Hier sind es jedoch die Rollendeutungen, die sich Wissenschaftler und Praktiker in bezug auf sich und auf ihre jeweiligen Interaktionspartner machen, die als Erklärungsgrundlage herangezogen werden.

sondern beide begeben sich auf ein Feld, auf dem man zwar gewinnen kann, aber nach Regeln, über die man im Prinzip nicht verfügt.« (Lau 1989: 413 f.) Lau sieht daher ebenso wie Beck/Bonß (1989a: 10) eine Gleichzeitigkeit von instrumenteller und reflexiver Wissensverwendung, und damit von »strategischen« und »diskursiven« Lerneffekten, die die zuvor klar geschnittene Alternative zwischen Aufklärung oder Sozialtechnologie unscharf mache.

Diese Gleichzeitigkeit gilt gerade für den Fall von Verwendung, der im Zentrum der Studie von Lau/Beck (1989: 23) steht: die argumentative »Begründung einer Entscheidung, Handlung oder eines Handlungsprogramms« in öffentlichen Diskursen. »Verwendung« meint in diesem Sinne die *aktive ›Diskurspolitik‹* einer Behörde, eines Verbandes, politischer Akteure oder der massenmedialen Öffentlichkeit, relativ losgelöst und doch bezogen bzw. beziehbar auf tatsächliche Entscheidungen und Handlungen.« (Lau/Beck 1989: 23) Eine konzeptionelle Schwäche dieses Ansatzes besteht darin, daß die massenmediale Öffentlichkeit als Akteur gesehen und damit einer aktiven Diskurspolitik für fähig gehalten wird. Damit verfehlen die Autoren gerade die Doppelrolle der Massenmedien als Forum und Akteure in medienöffentlichen Diskursen (vgl. dazu genauer Kap. 4.).

Insgesamt stellt die Studie von Lau/Beck eine Reihe von begrifflichen Unterscheidungen bereit, die für eine deutungsorientierte Verwendungsforschung zentral sind. Dazu gehört die Unterscheidung von Deutungen in drei Ebenen: Problemdefinitionen, Kausalargumente und Metaargumente. »Problemdefinitionen konstituieren ein Wirklichkeitsfeld und ordnen es begrifflich dergestalt, daß eine Unterscheidung von Mitteln und Zwecken, problematischen und unproblematischen Sachverhalten, von problemrelevanten und problemirrelevanten Folgen möglich wird. Sie konstituieren also den Rahmen, innerhalb dessen kausale Argumente erst gültig und relevant sein können, und liefern damit quasi den begrifflichen Baukastensatz von Variablen, dessen sich die Kausalargumentation bedienen muß, wenn der problemdefinitorische Prozeß einmal abgeschlossen ist.« (Lau 1989: 395) Meta-

argumente ermöglichen es, Problemdefinitionen zu kritisieren und zu relativieren, »sie strukturieren den Möglichkeitsspielraum anzustrebender Zwecke und problematischer Handlungsanlässe« (Lau 1989: 395).

Im Hinblick auf den Einfluß der Sozialwissenschaften auf die in einem öffentlichen Diskurs vertretenen Problemdeutungen arbeiten Lau/Beck eine Reihe von Restriktionen heraus. Dazu gehört zum einen die kognitive Struktur von Alltagstheorien, wie sie die gesellschaftlichen Akteure zur Orientierung ihrer Handlungen notwendigerweise (implizit) verwenden. Alltagstheorien beruhen auf einer dualistischen Trennung zwischen einem manipulierbaren und einem nicht manipulierbaren Bereich und verfolgen ein lediglich lineares Kausalitätsmodell, das kaum Rückkopplungen und nicht-intendierte Handlungsfolgen kennt. Zudem beanspruchen Alltagstheorien bis zu einem gewissen Grad kontrafaktische Geltung und weisen vor allem bei bestimmten Schlüsselbegriffen semantische Unschärfen auf (vgl. Lau/Beck 1989: 121-152).²²

Gefragt werden kann und muß mit dem deutungsorientierten Ansatz in jedem Fall nach der Funktion von Verwendung für die jeweils beteiligten gesellschaftlichen Referenzbereiche. Für die redaktionelle Praxis ist der primäre Referenzbereich sicherlich das Publikum; im Falle der medienöffentlichen Diskurse wird vornehmlich die Funktion von Verwendung für die Politik (entweder in Gestalt einzelner politischer Akteure oder in bezug auf die Formen der gesellschaftlichen Problembearbeitung im allgemeinen) thematisiert. Die Verwendung in beiden Praxisbereichen hat darüber hinaus selbstverständlich Rückwirkungen auf die Sozialwissenschaften selbst. So wird bei der nun folgenden Anwendung des verwendungstheoretischen Instrumentariums auf die beiden Praxisbereiche jeweils auch nach der Funktion der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens für die Referenzbereiche Politik, Sozialwissenschaften und Publikum gefragt. Unterschieden wird dabei in Anlehnung an die genannte These von der Gleichzeitigkeit »strategischer« und »diskursiver« Lernprozesse zwischen der Funktion im instrumentellen und im reflexiven Sinne.

²² Über die Verwendung in öffentlichen Diskursen hinaus finden sich im Rahmen des deutungsorientierten Ansatzes der Verwendungsforschung auch Vermutungen zum langfristigen Einsickern sozialwissenschaftlicher Deutungen in das Alltagsbewußtsein (vgl. Beck/Bonß 1984: 395).

3.3. Verwendungstheoretische Konzepte für die Analyse von redaktioneller Praxis und medienöffentlichen Diskursen

3.3.1. Die redaktionelle Praxis

Die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens ist in *struktureller Hinsicht* in den Redaktionen der Massenmedien nicht an einem besonderen organisatorischen Ort gebündelt (vgl. Abbildung 1; die folgenden Ausführungen stützen sich weitgehend auf Weßler 1995). Auch die vielfach existierenden Wissenschaftsressorts bieten für die Sozialwissenschaften keine institutionelle Heimat. Sozialwissenschaftliches Wissen wird im Gegenteil hauptsächlich in den klassischen Ressorts Politik, Wirtschaft, Feuilleton, Lokales und Vermischtes verwendet (vgl. Kapitel 1 dieser Arbeit sowie Peters 1988: 75; Ruß-Mohl 1987: 270; Weiss/Singer 1988: 57f.).

Diesem geringen Institutionalisierungsgrad entspricht auch die Tatsache, daß es nur selten redaktionelle Spezialistinnen und Spezialisten für die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens gibt, also kaum hauptberufliche »Sozialwissenschaftsjournalisten«. Journalistische Verwendung ist mithin nur in geringem Maße professionalisiert. Wie für das gesamte Berufsfeld gibt es auch für die journalistische Verwendung keinen festgelegten Ausbildungsgang. Für den Bereich der Sozialwissenschaften existieren zudem - im Gegensatz zu den Bereichen Medizin und Technik - keine journalistischen Fachvereinigungen, in denen Probleme des beruflichen Handelns diskutiert oder gar professionelle Standards für die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens festgelegt werden könnten.

Ein Grund für diese geringe Professionalisierung liegt wohl darin, daß sich im täglichen Handeln von Journalisten und Journalistinnen kaum Routinen oder Regeln herausgebildet haben, die sich speziell auf die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens beziehen. Journalistische Verwendung vollzieht sich im Gegenteil weitgehend im Rahmen allgemeiner Routinen der Nachrichtenbeschaffung, -verarbeitung und -präsentation (vgl. Kap. 1.1.3. und 1.3.).

Insofern unterscheiden sich sozialwissenschaftliche Informationsangebote in den Augen von

Journalistinnen und Journalisten nicht prinzipiell von anderen Angeboten. Und andererseits sehen Journalisten im allgemeinen auch keinen prinzipiellen Unterschied zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und ihrem eigenen Hintergrundwissen. Die kognitive Spezialisierung auf Sozialwissenschaften ist im Journalismus daher minimal: Sozialwissenschaftliches Wissen kann - bildlich gesprochen - Journalisten deshalb nicht als solches ins Auge springen, weil es - in vereinfachter Form - ihren Blick bereits entscheidend mitprägt. Sozialwissenschaftliches Wissen hat sich gerade bei Journalisten mit dem »common sense« und einer besonderen sozialen Sensibilität zu einer weit verbreiteten »social science perspective« verbunden, wie sie Caplan (1975:53) auch bei politischen Entscheidungsträgern ausgemacht hat (vgl. Beck/Bonß 1984: 395).

Im Hinblick auf die *prozessuale Dimension von Verwendung* in der redaktionellen Praxis lassen sich zwei Aspekte unterscheiden: Selektionskriterien und Transformationsleistungen. Ein Modell der Selektionskriterien läßt sich in Abwandlung der Ergebnisse von Weiss/Bucuvalas (1980b) entwickeln, die in einer Befragung dem Selektionsverhalten von politisch-administrativen Entscheidungsträgern nachgegangen sind. Demnach wird sozialwissenschaftliches Wissen in der redaktionellen Praxis nach Maßgabe seiner Glaubwürdigkeit einerseits und seiner Nützlichkeit andererseits ausgewählt (vgl. Abbildung 2).

Entscheidend ist dabei, daß die Glaubwürdigkeit sozialwissenschaftlichen Wissens im Journalismus nach Kriterien eingeschätzt wird, die als alltagstheoretische Surrogate für wissenschaftliche Qualitätskriterien fungieren. So bedeutet Qualität sozialwissenschaftlichen Wissens für Journalistinnen und Journalisten nach der Studie von Weiss/Singer (1988: 33 f.), daß die Ergebnisse quantifizierbar sind (vgl. auch Beck/Lau 1982: 374; Ruß-Mohl 1983: 14), daß Einzelergebnisse und -aussagen in einen Zusammenhang eingeordnet werden (z.B. Daten zu verschiedenen Themen oder aus verschiedenen Quellen) und daß ein Überblick gegeben wird beispielweise über ein Thema oder eine bestimmte Bevölkerungsgruppe. Die methodische Strenge sozialwissenschaftlichen Wissens spielt also für die journalistische Selektion keine große Rolle. Neben den

Abbildung 1: Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der redaktionellen Praxis

Strukturelle Dimension von Verwendung

- Institutionalierungsgrad *Minimal:* kein eigenes Ressort
- Professionalisierungsgrad *Gering:* kaum redaktionelle Spezialisten
- Grad der Verfahrensformalisierung *Minimal:* keine speziellen Regeln
- Grad der kognitiven Spezialisierung *Minimal:* versozialwissenschaftlicher Blick der Journalisten

Prozessuale Dimension von Verwendung

- Selektionskriterien
 - > Glaubwürdigkeit des Wissens
 - > Nützlichkeit des Wissens
- Transformationsleistungen
 - > *Dekontextualisierung:*
 - > Kognitive Vereinfachung
 - > Weglassen der Entstehungs- und Geltungsbedingungen sowie des Bezugs zu anderem sozialwissenschaftlichem Wissen
 - > *Rekontextualisierung:*
 - > Personalisierung
 - > Kontrastierung/Balancierung

Funktionale Dimension von Verwendung

- Referenzbereich Politik
 - > *Instrumentell:*
 - Verbreiterung der Wissensbasis für Problembearbeitung
 - > *Reflexiv:*
 - Erweiterung des Möglichkeitsraums der Problembearbeitung
- Referenzbereich Sozialwissenschaften
 - > *Instrumentell:*
 - Leistungspräsentation
 - > *Reflexiv:*
 - Beobachtung der gesellschaftlichen Nachfrage
- Referenzbereich Publikum
 - > *Instrumentell:*
 - Bildung
 - > *Reflexiv:*
 - Versozialwissenschaftlichung alltäglicher Deutungsmuster

genannten Indikatoren für die Qualität wird die Glaubwürdigkeit sozialwissenschaftlichen Wissens im Journalismus anhand der Reputation ihres Urhebers eingeschätzt. Gemessen wird die Reputation dabei erstens an der Position und institutionellen Anbindung des Sozialwissenschaftlers, zum zweiten an der Resonanz, die er oder sie in anderen Medien, vor allem den Leitmedien, erhalten hat, und drittens an dem Ansehen, das er oder sie in der »scientific community« und bei anderen Experten genießt (Weiss/Singer 1988: 248).

Die Nützlichkeit sozialwissenschaftlichen Wissens weist dem Selektionsmodell zufolge zwei voneinander weitgehend unabhängige Dimensionen auf: die instrumentelle Nützlichkeit, die sich an den Erfordernissen der unmittelbaren Berichterstattungssituation orientiert, und die konzeptuelle Nützlichkeit, die eine Reflexion der bisherigen Problemsichten und damit auch der gängigen

Berichterstattungspraxis erlaubt. Bei der Bewertung der instrumentellen Nützlichkeit sozialwissenschaftlichen Wissens greifen Journalistinnen und Journalisten dem Selektionsmodell zufolge auf drei Arten von Kriterien zurück: erstens die Nachrichtenfaktoren, die journalistisches Selektionsverhalten insgesamt steuern, zweitens Kriterien der geringen kognitiven Komplexität des Wissens und drittens Kriterien der kognitiven Konsonanz mit gesellschaftlich vorherrschenden Problemsichten. Die konzeptuelle Nützlichkeit sozialwissenschaftlichen Wissens bemißt sich demgegenüber gerade an dessen Nicht-Übereinstimmung mit diesen Problemsichten und den entsprechenden Problembearbeitungsroutinen. Denn Weiss/Bucuvalas (1980b:307) haben gezeigt, daß es gerade die Herausforderung des Status Quo ist, die sozialwissenschaftliches Wissen für politisch-administrative Entscheidungsträger in konzeptueller Hinsicht interessant macht -

Abbildung 2:

Modell der journalistischen Selektionskriterien für sozialwissenschaftliches Wissen

Glaubwürdigkeit			Nützlichkeit	
Übereinstimmung mit Erwartungen	Qualität	Reputation	Instrumentelle Nützlichkeit	Konzeptuelle Nützlichkeit
> Übereinstimmung mit dem Vorwissen der Journalisten	> Quantifizierbarkeit der Ergebnisse	> Position/Institutionelle Anbindung des Sozialwissenschaftlers	> Inhaltliche Aktualität	> Herausforderung des Wert- und Zielkonsenses
> Übereinstimmung mit den Deutungsmustern des Alltagsbewußtseins	> Einordnung von Einzelaussagen und -ergebnissen	> Medienresonanz	> Personenbezug	> Herausforderung der etablierten Problembearbeitung
	> Überblick über einen Themenbereich/eine Bevölkerungsgruppe	> Ansehen bei Sozialwissenschaftlern und Experten	> Bezug zu Elitepersonen	
			> Mißstandsbezug	
			> Konfliktorientierung	
			> Einfache logische Struktur	
			> Anschaulichkeit/ Verständlichkeit	
			> Übereinstimmung mit der vorherrschenden Problemdefinition	
			> Unerwartetheit im Rahmen der vorherrschenden Problemdefinition	

Quelle: Weßler 1995: 25

auch wenn sie dieser Herausforderung letztlich nicht zustimmen.

Auf die Selektion sozialwissenschaftlichen Wissens folgen spezifisch journalistische Transformationsleistungen, die sich in Dekontextualisierungs- und Rekontextualisierungsleistungen unterteilen lassen. Zunächst wird sozialwissenschaftliches Wissen in der redaktionellen Praxis also aus seinen wissenschaftlichen Bezügen herausgelöst: Es wird kognitiv vereinfacht, seine Entstehungs- und vor allem seine Geltungsbedingungen werden vernachlässigt und sein inhaltlicher Bezug zu anderem sozialwissenschaftlichem Wissen wird häufig nicht deutlich gemacht. So entsteht in vielen Fällen das Bild einer kontextlosen, zeitlos wahren Sozialwissenschaft, deren Aussagen um so problemloser in neue - journalistikspezifische - Kontexte hineingestellt werden können (Weiss/Singer 1988: 238, 242, 255). Die Mechanismen dieser Rekontextualisierung bestehen vor allem in der Personalisierung und der Kontrastierung/Balancierung. So wird sozialwissenschaftliches Wissen im Journalismus vor allem in personale Handlungskontexte und in Konfliktstrukturen eingebunden (vgl. Weiss/Singer 1988:144-151).

In der *funktionalen Dimension der Verwendung* in der redaktionellen Praxis können drei »Richtungen« unterschieden werden: die Referenzbereiche Politik, Sozialwissenschaften und Publikum. Für jeden dieser Referenzbereiche erfüllt die Verwendung Funktionen sowohl in instrumenteller als auch in reflexiver Hinsicht.

a. Im Hinblick auf die Politik dient die journalistische Verwendung vor allem dazu, daß sozialwissenschaftliches Wissen in den öffentlich diskutierten Themenhaushalt aufgenommen wird. Sie ermöglicht es der Politik damit, die Sozialwissenschaften als Teil der gesellschaftlichen Realität zu beobachten und die dort artikulierten Problemsichten zur Kenntnis zu nehmen. In instrumenteller Hinsicht dient die journalistische Verwendung dazu, die Praxis der politischen Problembearbeitung durch die Rezeption von sozialwissenschaftlichem Faktenwissen auf eine gesichere Wissensbasis zu stellen. Reflexiv gewendet ermöglicht die journalistische Verwendung das Hinterfragen der

Problembearbeitungsmuster und damit eine Erweiterung der Möglichkeiten von Problemsicht und Problembearbeitung.

b. Die Sozialwissenschaften können durch die Verwendung ihres Wissens in den Redaktionen der Massenmedien ihre Problemsichten bekanntmachen. Sie können damit in instrumenteller Hinsicht ihre Leistungen öffentlich präsentieren in der Hoffnung, so ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern. In reflexiver Hinsicht können die Sozialwissenschaften über die journalistische Verwendung Art und Ausmaß der journalistischen (und anhand dessen letztlich der gesellschaftlichen) Nachfrage nach ihrem Wissen beobachten. Sie erhalten so - zusätzlich zu innerwissenschaftlichen Kriterien und unmittelbaren politisch-administrativen Forschungsaufträgen - einen weiteren Indikator für die Planung der eigenen Wissensproduktion.

c. Das Publikum schließlich kommt durch die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der redaktionellen Praxis zunächst überhaupt mit sozialwissenschaftlichen Deutungen in Kontakt. Eine andere, direktere Verbindung zu den Sozialwissenschaften gibt es für die große Mehrheit des Publikums nicht. Im instrumentellen Sinne trägt das journalistisch vermittelte sozialwissenschaftliche Wissen daher zur Bildung des Publikums im Hinblick auf bereits vorhandenen Wissensbedarf bei. Die Konfrontation mit sozialwissenschaftlichen Deutungen kann in reflexiver Hinsicht demgegenüber zur Versozialwissenschaftlichung alltäglicher Deutungsmuster und damit zu einer langfristigen Diffusion sozialwissenschaftlicher Denkweisen in das Alltagsbewußtsein beitragen.

Der hypothetische Charakter vieler der hier gemachten Aussagen gibt bereits Hinweise auf den Forschungsbedarf, der sich aus einer verwendungstheoretischen Perspektive auf die redaktionelle Praxis ergibt. Besonders im Hinblick auf die redaktionellen Infrastrukturen und die Rezeption sozialwissenschaftlich angereicherter Berichterstattung sind Forschungslücken festzustellen. Unter welchen konkreten Bedingungen wird sozialwissenschaftliches Wissen in den Redaktionen

verwendet? Wie werden die entsprechenden Medienprodukte in der Politik, durch das Publikum und schließlich auch in den Sozialwissenschaften aufgenommen? In eingeschränktem Maße sind auch die redaktionellen Handlungsmuster untersuchungsbedürftig. Zwar lassen sich aus inhaltsanalytischen Untersuchungen (vor allem der von Weiss/Singer 1988) Rückschlüsse auf die journalistischen Transformationsleistungen ziehen, über die Selektionskriterien ist dagegen weniger bekannt. Durch ihre Betonung der Spezifik sozialwissenschaftlicher Problemdeutungen gegenüber anderen Deutungstypen (vgl. Giesen 1983) lenkt die Verwendungsforschung den Blick stärker auf die latenten Formen des medialen Inhalts, als es die Journalismusforschung tut. Aspekte der publizistischen Qualität und detaillierte Fragen nach der Infrastruktur der Angebotsseite des redaktionellen Verwendungsprozesses treten in der Verwendungsperspektive dagegen tendenziell zurück.

3.3.2. Der medienöffentliche Diskurs

Der Vorschlag, den öffentlichen Diskurs als einen eigenen Verwendungskontext - auch neben der redaktionellen Praxis - aufzufassen, stammt von Lau (1989). Dieser Vorschlag soll hier aufgegriffen und präzisiert werden. Grundlagen für einen nicht-normativen, analytischen Begriff des medienöffentlichen Diskurses haben Gerhards/Neidhardt (1990) gelegt. Sie verstehen Öffentlichkeit in struktureller Perspektive als ein spezifisches Sozialsystem, das »prinzipiell für alle Mitglieder einer Gesellschaft offen und auf Laienorientierung festgelegt ist«. »Ihre Sinnorientierung bezieht sich auf die Herstellung von Allgemeinheit.« (Gerhards/Neidhardt 1990: 17, 19). In funktionaler Perspektive wird Öffentlichkeit als ein Vermittlungssystem zwischen den Meinungen und Interessen der Bürger und der kollektiven Akteure einer Gesellschaft einerseits sowie dem politischen System andererseits verstanden. Der zentrale Modus dieser Vermittlungsleistung der Öffentlichkeit besteht in der Herstellung von öffentlichen Meinungen, also Meinungen, »die in öffentlichen Kommunikationen mit breiter Zustimmung rechnen« können (Gerhards/Neidhardt 1990: 12). Die strukturelle und die funktionale

Perspektive lassen sich um eine prozessuale Perspektive ergänzen: Öffentlichkeit besteht in der Prozeßperspektive aus einer Vielzahl öffentlicher Diskurse.

Gerhards/Neidhardt unterscheiden drei Ebenen von Öffentlichkeit: »Encounters« (einfache Interaktionssysteme), öffentliche Veranstaltungen und Massenmedienkommunikation. Hier soll nur die oberste der drei Ebenen von Öffentlichkeit²³, die massenmediale Öffentlichkeit, betrachtet werden. Zwar ließen sich öffentliche Diskurse auf allen drei Ebenen untersuchen, erst durch die Massenmedien gewinnen sie aber ihre volle Wirkung. Daher soll hier anders als bei Lau, der z.B. auch den parlamentarischen und den verband-sinternen Diskurs als öffentlichen Diskurs versteht, das Untersuchungsfeld auf *medienöffentliche* Diskurse eingegrenzt werden.

Medienöffentliche Diskurse lassen sich zumindest durch folgende zwei Merkmale charakterisieren:

Thematische Zentrierung: Medienöffentliche Diskurse sind als inhaltlich begrenzte Zusammenhänge anzusehen, wobei die Diskursgrenzen nicht mit den durch die wissenschaftliche Sachlogik gegebenen sachlichen Grenzen übereinstimmen müssen. Die Abgrenzung von medienöffentlichen Diskursen ist daher nicht deduktiv, sondern induktiv durch Rekurs auf die von den Beteiligten selbst vorgenommenen thematischen Abgrenzungen vorzunehmen.

Alltagsnähe: Die zentrale Bedeutung der Massenmedien führt dazu, daß der Inhalt medienöffentlicher Diskurse eine weit größere Nähe zum Alltagswissen des Publikums aufweist als die internen Diskurse der Politik, der Wissenschaft etc. Akteure aus diesen Bereichen, die sich am medienöffentlichen Diskurs beteiligen, müssen daher die Relevanzhorizonte ihres Herkunfts-bereichs partiell überschreiten.

Sozialwissenschaftliches Wissen fungiert im medienöffentlichen Diskurs auf zweifache Weise:

1. als Argumentationsressource der an einem medienöffentlichen Diskurs beteiligten Akteure und

²³ Gerhards (1993: 34) differenziert die Ebene der öffentlichen Veranstaltungen noch einmal in Veranstaltungen (thematisch zentrierte Interaktionssysteme) und Proteste (thematisch zentrierte Handlungssysteme).

2. als Deutungsmuster, das dem medienöffentlichen Diskurs als kognitive Grundstruktur zugrundeliegt und auf das sich die Akteure beziehen können.

In *struktureller Hinsicht* ist die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens im medienöffentlichen Diskurs kaum stärker verankert als die Verwendung in der redaktionellen Praxis (vgl. Abbildung 3). So gibt es kaum Medien oder massenmediale Teilöffentlichkeiten, die sich auf die Verwendung von sozialwissenschaftlichem Wissen spezialisiert hätten (Institutionalisierungsgrad). Auch im medienöffentlichen Diskurs vollzieht sich Verwendung eher nebenbei, als Teil des Argumentationshandelns der Akteure. Dementsprechend gibt es im medienöffentlichen Diskurs auch jenseits der Massenmedien kaum Akteure, die eine explizite Spezialisierung auf die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens aufweisen (Professionalisierungsgrad). Dies gilt zumindest (noch) für die Bundesrepublik Deutschland. Wie Gellner (1995) für die USA nachgewiesen hat, spielen dort Think Tanks in medienöffentlichen Diskursen eine beachtliche Rolle, also Institutionen, die sich auf die Bereitstellung policyrelevanter, meist sozialwissenschaftlichen Wissens für die Öffentlichkeit spezialisiert haben (vgl. Kap. 2.2.6.).

Wie sozialwissenschaftliches Wissen in medienöffentlichen Diskursen verwendet wird, hängt weitgehend von der aktuellen Diskurskonstellation und den Interessen der Akteure ab, geregelt ist die Verwendung daher ebenfalls kaum (Grad der Verfahrensformalisierung). Der Grad der kognitiven Spezialisierung ist dagegen im medienöffentlichen Diskurs etwas größer als in der redaktionellen Praxis. So gehören auch sozialwissenschaftliche Experten zu den Diskursbeteiligten, für sachlich und zeitlich begrenzte Kontexte können sich daher im medienöffentlichen Diskurs beispielsweise Kontroversen über die Interpretation sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse ergeben. Eine begrenzte kognitive Spezialisierung ist daher möglich.

In *prozessualer Hinsicht* sind zunächst zwei Selektionskriterien für sozialwissenschaftliches Wis-

sen in medienöffentlichen Diskursen zu nennen. Zum einen muß sozialwissenschaftliches Wissen inhaltlich zu den jeweiligen Akteursinteressen passen bzw. passend gemacht werden können (vgl. Giesen 1982). Dazu gehört auch, daß aus dem sozialwissenschaftlichen Wissen konkrete Maßnahmen ableitbar sein müssen (Giesen 1982; vgl. auch Beck/Lau 1982). Für das Einbringen in medienöffentliche Diskurse ist es umgekehrt aber auch notwendig, daß das sozialwissenschaftliche Wissen den Anschein interessenneutraler Wissenschaftlichkeit erweckt (Beck/Lau 1982). Zum zweiten muß sozialwissenschaftliches Wissen relativ leicht in alltagsweltliche Terminologie und Denkmuster übersetzbar bzw. integrierbar sein, weil es die Selektionsfilter der Massenmedien passieren muß. Es kann daher davon ausgegangen werden, daß hier die Selektionskriterien der redaktionellen Praxis (Glaubwürdigkeit und Nützlichkeit; vgl. Kap. 3.3.1.) auch für den öffentlichen Diskurs gelten.

Im Unterschied zu den Selektionskriterien existieren in bezug auf die Transformationsleistungen des medienöffentlichen Diskurses in der Literatur noch nicht einmal Vermutungen. Was mit sozialwissenschaftlichem Wissen im Laufe eines medienöffentlichen Diskurses - jenseits der redaktionellen Transformationsleistungen - geschieht, müßte Gegenstand einer Prozeßanalyse medienöffentlicher Diskurse sein, wie sie etwa in Kap. 4. vorgeschlagen wird.

In der *funktionalen Dimension* lassen sich wieder die drei Referenzbereiche Politik, Sozialwissenschaften und Publikum unterscheiden.

- a. Für die Politik dient die Verwendung im medienöffentlichen Diskurs in instrumenteller Hinsicht dem Auspielen der argumentativen Ressourcen zur Begründung von Entscheidungen, Handlungen und Handlungsprogrammen. In reflexiver Hinsicht schafft die Verwendung die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Leitlinien der politischen Problembearbeitung zwischen den betroffenen Akteuren. Denn medienöffentliche Diskurse sind gerade dadurch charakterisiert, daß hier Akteure aufeinander reagieren.

Abbildung 3: Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens im medienöffentlichen Diskurs

Strukturelle Dimension von Verwendung

- Institutionalierungsgrad *Gering:* kaum spezielle Medien / Teilöffentlichkeiten für Sozialwissenschaften
- Professionalisierungsgrad *Gering:* kaum Verwendungsspezialisten als Diskursteilnehmer
- Grad der Verfahrensformalisierung *Minimal:* keine speziellen Regeln
- Grad der kognitiven Spezialisierung *Teilweise:* auch sozialwissenschaftliche Experten als Diskursteilnehmer

Prozessuale Dimension von Verwendung

- Selektionskriterien
 - > Inhaltliche Paßgenauigkeit des Wissens mit Akteursinteressen
 - > Übersetzbarkeit in alltagsweltliche Terminologie und Denkmuster
- Transformationsleistungen ?

Funktionale Dimension von Verwendung

- Referenzbereich Politik
 - > *Instrumentell:*
Ausspielen argumentativer Ressourcen der Akteure
 - > *Reflexiv:*
Möglichkeit der Verständigung über die Leitlinien der Problembearbeitung
- Referenzbereich Sozialwissenschaften
 - > *Instrumentell:*
Demonstration der eigenen Problembearbeitungskompetenz; Prestigegewinn
 - > *Reflexiv:*
Befruchtung durch außerwissenschaftliche Problemdeutungen
- Referenzbereich Publikum
 - > *Instrumentell:*
Absicherung eigener Problemdeutungen durch Wissenschaftsnimbus
 - > *Reflexiv:*
Ermöglichung einer vertieften Meinungsbildung

- b. Für die Sozialwissenschaften schafft die Verwendung ihres Wissens in medienöffentlichen Diskursen die Möglichkeit, ihre Bedeutsamkeit für die Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme zu demonstrieren. Durch die im medienöffentlichen Diskurs hergestellte Nähe sozialwissenschaftlichen Wissens zu den politischen Entscheidungsträgern streichen die Sozialwissenschaften zudem einen Prestigegewinn ein. In reflexiver Hinsicht führt die Verwendung im medienöffentlichen Diskurs dazu, daß die Sozialwissenschaften durch außerwissenschaftliche Problemdeutungen befruchtet werden können - eine Möglichkeit, die ohne solche Diskurse nur sehr eingeschränkt gegeben wäre.
- c. Das Publikum schließlich wird durch die Verwendung im medienöffentlichen Diskurs in die Lage versetzt, seine Problemdeutungen durch den Nimbus der Wissenschaftlichkeit des Wissens als extern abgesichert aufzufassen. Voraussetzung dafür ist die oben genannte Selektion des Wissens nach seiner Übersetzbarkeit in alltagsweltliche Denkweisen. In reflexiver Hinsicht wird dagegen eine sozialwissenschaftlich vertiefte Meinungsbildung des Publikums ermöglicht; denn die im medienöffentlichen Diskurs hergestellten öffentlichen Meinungen werden durch die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens zumindest partiell versozialwissenschaftlicht.

Perspektive ließe sich dann danach fragen, welcher Akteur wann mit welchem sozialwissenschaftlichem Wissen an die Öffentlichkeit geht und worauf das jeweils zurückzuführen ist. Aufgrund des geringen Kenntnisstandes in den Bereichen Infrastrukturen und Prozeß kann die Frage nach der Rezeption des in den medienöffentlichen Diskurs eingebrachten sozialwissenschaftlichen Wissens zunächst zurückgestellt werden - auch weil eine methodische Umsetzung in diesem Bereich auf besonders große Schwierigkeiten stößt. Denn bis zur Rezeption hat das sozialwissenschaftliche Wissen so viele Selektionsfilter durchlaufen (bei den Akteuren und den Medien), daß es, wie die Erfahrung der Verwendungsforschung lehrt, empirisch nur noch sehr schwer auszumachen, seine Rezeption daher nur schwer zu untersuchen ist.

Die verwendungstheoretische Analyse medienöffentlicher Diskurse kann sich derzeit auf noch weniger empirische Erkenntnisse stützen als die Analyse der redaktionellen Praxis. Vordringlicher Forschungsbedarf besteht in bezug auf die Infrastrukturen der massenmedialen Öffentlichkeit für die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens sowie im Hinblick auf eine Prozeßanalyse medienöffentlicher Diskurse. Dabei wäre zunächst danach zu fragen, welche Akteure des medienöffentlichen Diskurses welches Verhältnis zu den Sozialwissenschaften haben. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf solche Institutionen gelegt werden, die - wie etwa die Think Tanks - den Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit bereits ein Stück weit institutionalisiert und professionalisiert haben oder dazu in der Lage wären. In prozessualer

4. Syntheseversuch: Die Rolle der Sozialwissenschaften beim Deutungswandel im medienöffentlichen Diskurs

Abschließend soll hier der Versuch einer konzeptionellen Synthese aus den zuvor diskutierten Forschungssträngen präsentiert werden. Die Bezugnahme auf die Forschungsstränge ist dabei notwendig selektiv. Dennoch finden sich zentrale Erkenntnisse aus den vorangegangenen Ausführungen in dem hier präsentierten Modell wieder. Ziel des Modells ist es, die *Determinanten für den mittelfristigen Wandel von Problemdeutungen im medienöffentlichen Diskurs zu systematisieren und daraus spezifische Verlaufsformen dieses Wandels als Forschungshypothesen abzuleiten*.

Zugrundegelegt wird hier der analytische Begriff des öffentlichen Diskurses, wie er in Anlehnung an Gerhards/Neidhardt (1990) und Neidhardt (1994b) in Kap. 3.3.2. skizziert wurde.²⁴ Medienöffentliche Diskurse werden dabei bisweilen implizit oder explizit als relativ geregelte, quasi-institutionelle Verfahren aufgefaßt (vgl. die - allerdings eher beiläufige - Metapher von der »Abarbeitung« der Themen in der Öffentlichkeit bei Gerhards 1993: 38, 48). Demgegenüber erscheinen medienöffentliche Diskurse aus der Perspektive der Akteure meist als schlecht berechenbare und nur schwer steuerbare Prozesse. Die Frage, wie geregelt medienöffentliche Diskurse tatsächlich sind, muß als empirisch offen gelten. Die Ausführungen in Kap. 3.3.2. legen jedoch die Hypothese nahe, daß der Grad der Institutionalisierung, Professionalisierung, Formalisierung und kognitiven Spezialisierung öffentlicher Diskurse zumindest in bezug auf die Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens nicht durchgängig gleich Null ist. Es müßten sich also im Rückgriff auf die jeweils relevante Literatur Faktoren benennen lassen, die den Wandel von Problemdeutungen im medienöffentlichen Diskurs bestimmen. Diese Faktoren sollen in sachliche, soziale und zeitliche differenziert werden (vgl. Abbildung 4). Gemäß der hier interessierenden Frage

nach der Rolle der Sozialwissenschaften im medienöffentlichen Diskurs steht die Sachdimension im Mittelpunkt der Erklärung des Deutungswandels. Im folgenden soll kurz das begriffliche Instrumentarium dieses Modells vorgestellt werden, um dann die Hypothesen zu den Verlaufsformen des Deutungswandels deutlich zu machen.

4.1. Die Sachdimension medienöffentlicher Diskurse

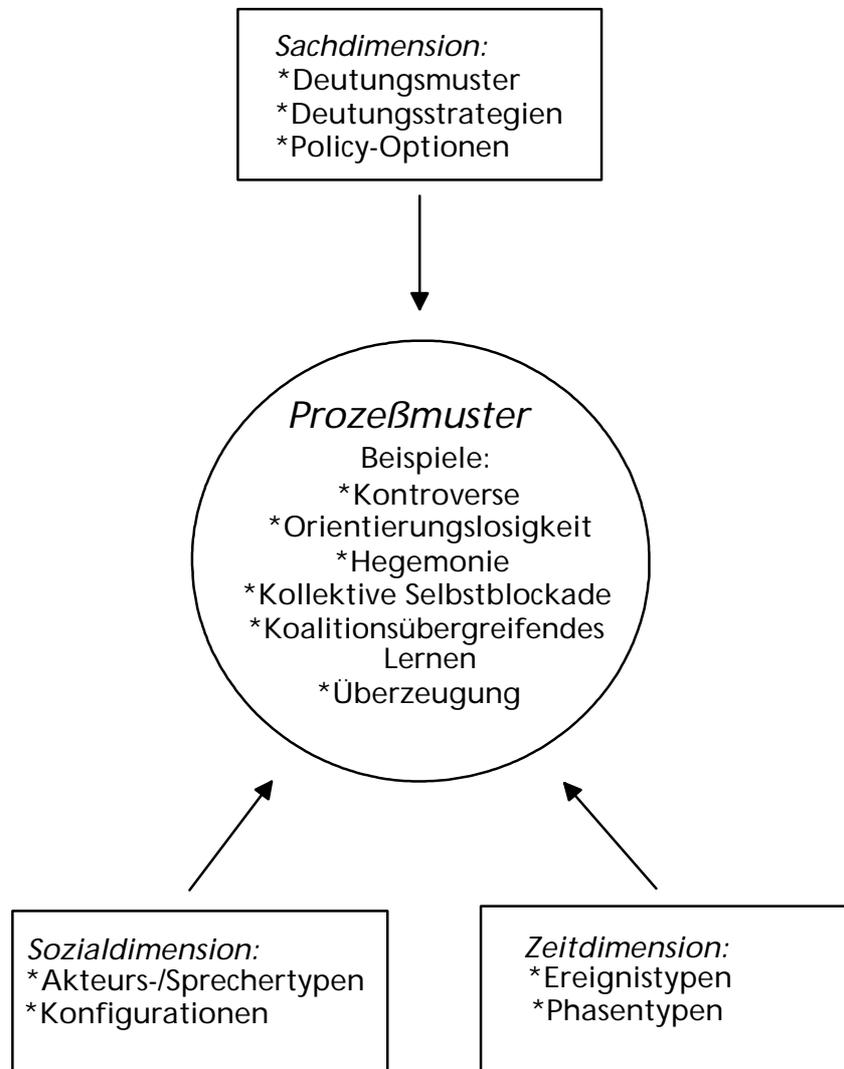
Der zentrale Begriff des Modells heißt *Deutungsmuster* (vgl. dazu allgemein Meuser/Sackmann 1992; Lüders 1991). Darunter sind zusammenhängende Aussagenkomplexe zu verstehen, die ein je spezifisches Problemverständnis enthalten, indem sie Auskunft darüber geben, was an einem Thema als problematisch angesehen wird (Problemdimension), welche Ursachen für dieses Problem angenommen werden (Ursachendimension) und in welche Richtung eine Lösung des Problems gehen müßte (Zieldimension).²⁵

Diese Fassung des Deutungsmusterbegriffs unterscheidet sich insofern vom Framing-Ansatz bei Snow/Benford (1988) und Gerhards (1992; vgl. auch Gerhards 1993; Kliment 1994), als hier die unmittelbar handlungsbezogenen Aspekte von Deutungsprozessen, also die Definition von Maßnahmen, Erfolgsaussichten, Adressaten, Gegnern, Verbündeten sowie die Mobilisierung von Anhängern, von den Deutungsmustern unterschieden und als Deutungsstrategien bezeichnet werden. Deutungsmuster werden hier als zeitlich relativ stabile, verfestigte kognitive Grundstrukturen eines medienöffentlichen Diskurses definiert. Damit werden Problemdeutungen im Unterschied zum Framing-Ansatz nicht unmittelbar aus der Perspektive der an einem Diskurs beteiligten Akteure betrachtet. Oder anders gesagt: »Frames« existieren als kognitive Strukturierung auch jenseits der akteursspezifischen »Framing«-Aktivitäten. Dieser Ansatz trägt dem Umstand

²⁴ Gerhards/Neidhardt verstehen Öffentlichkeit im wesentlichen als politische Öffentlichkeit. Eine solche Eingrenzung ist angesichts der Strukturveränderungen des Mediensystems nicht mehr sinnvoll. Das hier vorgestellte Modell möchte jedenfalls den Blick für die Bedeutung (scheinbar) unpolitischer Alltagsvorstellungen für den medienöffentlichen Diskurs schärfen.

²⁵ Ein Deutungsmuster vereint daher - in der Sprache von Lau/Beck (1989) - eine Problemdefinition mit einer Reihe spezifischer Kausalargumente.

Abbildung 4: Determinanten und Prozeßmuster des Deutungswandels im medienöffentlichen Diskurs



Rechnung, daß nicht in allen medienöffentlichen Diskursen Mobilisierung eine derart große Rolle spielt wie dort, wo - wie in den von Snow/Benford, Gerhards oder Kliment analysierten Fällen - soziale Bewegungen zu den zentralen Akteuren gehören. Differenzen bestehen außerdem zwischen dem hier verwendeten Deutungsmusterbegriff und der Rahmen-Analyse von Goffman (1980), weil hier Problemdeutungen und nicht Situationsdeutungen im Vordergrund stehen.

Mit *Deutungsstrategien* sind alle Formen der strategischen Bezugnahme von Akteuren auf die

in einem medienöffentlichen Diskurs aktuell vorfindlichen Deutungsmuster gemeint. Deutungsstrategien können gewechselt werden, während sich Deutungsmuster nur sehr langsam und als (zum Teil nicht-intendiertes) Ergebnis vieler einzelner Deutungsbemühungen verändern. Eine für die öffentliche Wirkung der Sozialwissenschaften zentrale Deutungsstrategie ist der Argumenttransfer aus dem wissenschaftlichen Kontext in den Kontext der Medienöffentlichkeit (vgl. dazu Lau 1989).

Von den Deutungsmustern und Deutungsstrategien werden ferner die *Policy-Optionen* unterschieden. So kann ein Deutungsmuster mehrere Policy-Optionen »unterstützen« und eine Policy-Option kann sich auf mehrere Deutungsmuster beziehen. Policy-Optionen können zudem Bestandteil vieler verschiedener Deutungsstrategien sein.

4.2. Die Sozialdimension medienöffentlicher Diskurse

In der Sozialdimension sind zunächst unterschiedliche *Akteurs- bzw. Sprechertypen* zu unterscheiden. Neidhardt (1994b) differenziert Sprecher in der Öffentlichkeit danach, wen oder was sie vertreten, und kommt zu folgenden fünf Gruppen: Repräsentanten, Advokaten, Experten, Intellektuelle und journalistische Kommentatoren.²⁶ Sozialwissenschaftler treten in medienöffentlichen Diskursen naturgemäß am ehesten als Experten oder Intellektuelle auf. Die neuere Literatur zeigt jedoch, daß es bei Sozialwissenschaftlern nicht selten zu einer Konfundierung von Experten- und Advokatenrolle kommt (vgl. H.P.Peters 1994; siehe auch Neidhardt 1994d).

Neben den Akteurs-/Sprechertypen sind für die Sozialdimension medienöffentlicher Diskurse die *Konfigurationen* der beteiligten Akteure/Sprecher entscheidend. Zentral ist hier das Advocacy-Coalitions-Konzept von Sabatier (vgl. Kap. 2.2.4.). Denn es lenkt den Blick auf solche Koalitionen, bei denen Sprecher/Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen und Institutionen sich unter ein und demselben Deutungsmuster zusammenfinden. Alle oben genannten Sprechertypen können Teil von Advocacy Coalitions sein. Für die hier interessierende Fragestellung ist insbesondere die Beteiligung von Sozialwissenschaftlern an solchen bereichsübergreifenden Koalitionen von Bedeutung, da sie möglicherweise Einfluß auf den Grad der Versozialwissenschaftlichung des jeweiligen Deutungsmusters haben.

Die Deutungsmacht einer Koalition, so kann man vermuten, wächst mit dem Grad ihrer bereichsübergreifenden Verflechtung. Auch hier wäre die Rolle der beteiligten Sozialwissenschaftler zu untersuchen. Die begrenzte Anzahl von Advocacy Coalitions - Sabatier geht von zwei bis vier Koalitionen pro Politikfeld aus - stellt die soziale Basis für den Verlauf des Deutungswandels dar.

4.3. Die Zeitdimension medienöffentlicher Diskurse

In der zeitlichen Dimension sind medienöffentliche Diskurse durch Ereignisse und Phasen strukturiert. Als *Ereignistypen* wären zumindest aktursgenerierte, mediengenerierte und extern generierte zu unterscheiden. Über die Wirkung dieser Ereignistypen auf den Verlauf des Deutungswandels ist jedoch kaum etwas bekannt. Inhaltsanalytische Vorstudien zu dieser Expertise lassen jedoch vermuten, daß es den Sozialwissenschaften so gut wie nie gelingt, selbst Thematisierungen vorzunehmen, also Ereignisse zu generieren, die einen Deutungswandel nach sich ziehen könnten. Die Ereignisstruktur wird vielmehr offenbar von einigen wenigen politischen Akteuren sowie unbeeinflussbaren äußeren Bedingungen gesetzt. Die Sozialwissenschaften üben ihren Einfluß offenbar auf anderem Wege aus.

Bei der Unterscheidung von *Phasentypen* kann immerhin auf die empirische Forschung zu medialen Themenkarrieren zurückgegriffen werden. So weist etwa Gonzenbach (1994) beim Drogenthema eine Themenkarriere nach, die - mit einer Abfolge von Vorphase, Entdeckungsphase, Plateauphase und Abstiegsphase - in etwa dem »issue-attention cycle« von Downs (1972) entspricht. Jedoch zeigte sich auch dort, daß einzelne Ereignisse, insbesondere solche, die von etablierten politischen Akteuren generiert werden, zu besonderen Berichterstattungshöhepunkten führen, die aus der Phasenfolge herausfallen. Offen bleibt auch hier bisher, welche Bedeutung

²⁶ Ob diese Sprecher jeweils Akteursstatus erlangen, d.h. ob sie aus der Kombination von eigenen Zielen und zur Verfügung stehenden Ressourcen eine spezielle Kommunikationsstrategie im medienöffentlichen Diskurs entwickeln, hängt einerseits vom ihrem Selbstverständnis und andererseits davon ab, ob durch den Verlauf eines solchen Diskurses die unmittelbaren Ziele eines Sprechers tatsächlich berührt werden, ob er also zum »stakeholder« wird.

die Phasen einer Themenkarriere für den Wandel der Problemdeutungen haben.

4.4. Prozeßmuster des Deutungswandels im medienöffentlichen Diskurs

Die Prozeßmuster des Deutungswandels, so die These des hier vorgestellten Modells, sind als Resultate des Zusammenwirkens von Faktoren aus den drei genannten Dimensionen des medienöffentlichen Diskurses anzusehen. Eine systematische oder gar empirisch abgestützte Typologie der Prozeßmuster liegt bisher nicht vor. Daher werden hier hypothesenartig Beispiele für solche Prozeßmuster des Deutungswandels genannt.²⁷

Die *Kontroverse* stellt wohl den häufigsten Fall eines Prozeßmusters im medienöffentlichen Diskurs dar, weil die Konkurrenz unterschiedlicher Problemdeutungen - neben der Themenkonkurrenz - zu den Grundmerkmalen von Öffentlichkeit schlechthin gehört. Hier ist insbesondere interessant, ob sich die Konfliktlinien tatsächlich inhaltlich an den Grenzen der Deutungsmuster und sozial an den Grenzen der Advocacy Coalitions orientieren. Außerdem ist zu vermuten, daß sich Deutungskonkurrenzen um bestimmte (Schlüssel-)Ereignisse herum kristallisieren, weil die Akteure hier Berichterstattungshöhepunkte erwarten und damit die Gefahr einer diskursiven Übermacht der jeweils anderen Koalition(en) als besonders hoch einschätzen.

Orientierungslosigkeit dürfte insbesondere bei neuen Themen, bei substantiell neuen Erkenntnissen zu bekannten Themen sowie bei unerwarteten Ereignissen anzutreffen sein. Dieses Prozeßmuster wird jedoch immer nur eine Zwischenphase bilden, weil Akteure daran interessiert sein müssen, die Deutungshoheit über den unklaren Sachverhalt für sich zu gewinnen.

Hegemonie herrscht vor, wenn ein Deutungsmuster ein klares und stabiles Übergewicht hat. Es ist zu vermuten, daß Hegemonie vor allem auf die Beteiligung etablierter politischer Akteure so-

wie auf fest institutionalisierte Problembearbeitungsstrukturen zurückzuführen ist.

Kollektive Selbstblockade liegt dann vor, wenn zentrale Akteure ihre eigenen Deutungen absolut setzen, ohne daß sie die Ressourcen besitzen, sich kommunikativ durchzusetzen. Der Unterschied zur Kontroverse besteht darin, daß die Konfliktparteien »nicht mit sich reden lassen« und sich »in einem Gehäuse selbstgeschaffener Zwänge« verlieren (Nullmeier 1993: 186). Selbstverständlich können auch Sozialwissenschaftler Teil einer solchen kollektiven Blockadestruktur sein.

Koalitionsübergreifendes Lernen stellt das genaue Gegenteil von kollektiver Selbstblockade dar. Mit Sabatier (1993a) läßt sich vermuten, daß in medienöffentlichen Diskursen in seltenen Einzelfällen Lerneffekte über die Grenzen von Advocacy Coalitions hinaus möglich sind, sofern nicht alle Beteiligten ihre grundlegenden Problemdeutungen (»core beliefs«) in Frage stellen müssen, das Problem kognitiv relativ einfach zu erfassen ist und die Massenmedien die unterschiedlichen Deutungen insgesamt fair vermitteln. Gemessen am Normalfall medienöffentlicher Diskurse sind die Bedingungen für dieses Prozeßmuster allerdings äußerst anspruchsvoll. Erleichtert werden könnten koalitionsübergreifende Lernprozesse im Einzelfall durch die Beteiligung sozialwissenschaftlicher Experten oder Intellektueller, wenn sich diese in ihrem Diskursverhalten nicht eindeutig auf die Seite einer Koalition stellen.

Die *Überzeugung* des Publikums stellt das zentrale Ziel jedweder öffentlichen Kommunikation von Akteuren dar. Für die Analyse der Prozeßmuster des Deutungswandels im medienöffentlichen Diskurs sollte jedoch die Überzeugung von anderen beteiligten Akteuren als Kriterium ausreichen. Zwar ist es unwahrscheinlich, daß zentrale Akteure aus gegnerischen Advocacy Coalitions umschwenken werden. Denkbar ist aber die Überzeugung von Akteuren bzw. Sprechern, die bisher am jeweiligen medienöffentlichen Diskurs nur sporadisch beteiligt waren, die keiner der Advocacy Coalitions eindeutig zugehören und die selbst keine »stakeholders« sind. In je-

²⁷ Die Anregungen für diese Beispiele stammen aus verschiedenen Kontexten: für »Kontroverse« und »Hegemonie« Prittwitz (1994: 186-191), für »Kollektive Selbstblockade« Nullmeier (1993: 186), für »Koalitionsübergreifendes Lernen« Sabatier (1993a: 139-141; vgl. auch Kap. 2.2.4.) und für »Überzeugung« Neidhardt (1994b: 18-20).

dem Fall dürfte sich die Überzeugung eher auf bestimmte Teilaspekte des in Frage stehenden Problems beziehen, die mit Kausalargumenten bearbeitet werden, als auf die grundlegenden Problemdefinitionen. Zu fragen wäre dann nach dem Stellenwert sozialwissenschaftlicher Kausalargumente für den Überzeugungsprozeß.

Inwieweit diese exemplarisch skizzierten Prozeßmuster tatsächlich die für den mittelfristigen Deutungswandel charakteristischen Muster darstellen und ob sie durch die genannten sachlichen, sozialen und zeitlichen Bedingungsfaktoren hinreichend beschrieben sind, ist eine offene empirische Frage. Ebenso ist weiterhin zu fragen, inwieweit sich der hier ausgeführte Ansatz mit Forschungsperspektiven sinnvoll verknüpfen läßt, die einem der dargestellten Forschungsstränge verpflichtet sind. Die Offenheit des Forschungsfeldes, die mit diesen Ausführungen deutlich gemacht werden sollte, erfordert und ermöglicht solche Überlegungen gleichzeitig.

5. Auswahlbibliographie

Abele, Andrea, 1990: Psychologie in den Medien. Anmerkungen zu einem diffizilen Thema. *Psychologische Rundschau* 41, 37-45.

Adler, Emanuel, 1992: The Emergence of Cooperation: National Epistemic Communities and the International Evolution of the Idea of Nuclear Arms Control. *International Organization* 46, 101-145.

Adler, Emanuel/Peter M. Haas, 1992: Conclusion: Epistemic Communities, World Order, and the Creation of a Reflective Research Program. *International Organization* 46, 367-390.

Albaek, Erik, 1995: Between Knowledge and Power: Utilization of Social Science in Public Policy Making. *Policy Sciences* 28, 79-100.

Albrecht, Günter, 1982: Muß angewandte Soziologie konforme Soziologie sein? Zum Verhältnis von Theorie und angewandter Soziologie im Bereich des abweichenden Verhaltens und der sozialen Kontrolle. In: Beck, Ulrich (Hg.): *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt Sonderband 1*. Göttingen, 161-204.

Argyris, Chris, 1994: Initiating Change that Perseveres. *Journal of Public Administration Research and Theory* 4, 343-355.

Ascher, William, 1986: The Evolution of the Policy Sciences. *Journal of Policy Analysis and Management* 5, 365-373.

Ascher, William, 1987: Policy Sciences and the Economic Approach in a »Post-Positivist« Era. *Policy Sciences* 20, 3-9.

Ashford, Douglas E. (Hg.), 1992: *History and Context in Comparative Public Policy*. Pittsburgh/London.

Austermann, Anton, 1985: Polemische Anmerkungen zur Wissenschaftsberichterstattung in der Lokalpresse einer Universitätsstadt. *Publizistik* 30, 17-24.

- Bader, Renate, 1990: How Science News Sections Influence Newspaper Science Coverage: A Case Study. *Journalism Quarterly* 67, 88-96.
- Badura, Bernhard, 1984: Zur Politik der Nutzung und Nichtnutzung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Bundesrepublik. In: Hellstern, Gerd-Michael/Hellmut Wollmann (Hg.): *Handbuch der Evaluierungsforschung*. Opladen, 590-595.
- Badura, Ulrike, 1982: Wissenschaftsberichterstattung - Impressionen einer Auszählung. *Soziologie* 10, 17-36.
- Badura, Ulrike, 1984: *Konzepte und Strategien der Kommunikation zwischen Wissenschaftlern und Praktikern in praxisorientierten soziologischen Zeitschriften*. Schlußbericht des DFG-Projekts Az. Zu 38/9-1. Hattingen.
- Baerns, Barbara, 1990: Wissenschaftsjournalismus und Öffentlichkeitsarbeit: Zur Informationsleistung der Pressedienste und Agenturen. In: Ruß-Mohl, Stephan (Hg.): *Wissenschaftsjournalismus und Öffentlichkeitsarbeit. Tagungsbericht zum 3. Colloquium Wissenschaftsjournalismus vom 4./5. November 1988 in Berlin*. Gerlingen, 37-53.
- Baumgartner, Frank R./Bryan D. Jones, 1991: Agenda Dynamics and Policy Subsystems. *The Journal of Politics* 53, 1044-1074.
- Beck, Ulrich (Hg.), 1982: *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt Sonderband 1*. Göttingen.
- Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß, 1984: Soziologie und Modernisierung. Zur Ortsbestimmung der Verwendungsforschung. *Soziale Welt* 35, 381-406.
- Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß, 1989a: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 7-45.
- Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.), 1989b: *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main.
- Beck, Ulrich/Christoph Lau, 1982: Die »Verwendungstauglichkeit« sozialwissenschaftlicher Theorien. Das Beispiel der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung. In: Beck, Ulrich (Hg.): *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt Sonderband 1*. Göttingen, 369-394.
- Beck, Ulrich/Christoph Lau, 1983: Bildungsforschung und Bildungspolitik - Öffentlichkeit als Adressat sozialwissenschaftlicher Forschung. *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* 3, 165-173.
- Bennett, Colin J./Michael Howlett, 1992: The Lessons of Learning: Reconciling Theories of Policy Learning and Policy Change. *Policy Sciences* 25, 275-294.
- Beyme, Klaus von, 1994: Die Massenmedien und die politische Agenda des parlamentarischen Systems. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 320-336.
- Böhme-Dürr, Karin/Anette Grube, 1989: Wissenschaftsberichterstattung in der Presse. *Publizistik* 34, 448-466.
- Bonß, Wolfgang, 1994: Die Soziologie in der Gesellschaft - Verwendung und Relevanz soziologischer Argumentationen. In: Görg, Christoph (Hg.): *Gesellschaft im Übergang: Perspektiven kritischer Soziologie*. Darmstadt, 88-106.
- Boston, Jonathan, 1994: Purchasing Policy Advice: The Limits of Contracting Out. *Governance* 7, 1-30.
- Brosius, Hans-Bernd/Peter Eps, 1993: Verändern Schlüsselereignisse journalistische Selektionskriterien? Framing am Beispiel der Berichterstattung über Ausländer und Asylanten. *Rundfunk und Fernsehen* 41, 512-530.

- Brosius, Hans-Bernd, 1994: Agenda-Setting nach einem Vierteljahrhundert Forschung: Methodischer und theoretischer Stillstand? *Publizistik* 39, 269-288.
- Caplan, Nathan, 1975: The Use of Social Science Information by Federal Executives. In: Lyons, Gene M. (Hg.): *Social Research and Public Policies. The Dartmouth/OECD Conference*. Hanover/New Hampshire, 46-67.
- Caplan, Nathan, 1980: The Use of Social Science Knowledge in Policy Decisions at the National Level. In: OECD (Hg.): *The Utilisation of the Social Sciences in Policy Making in the United States*. Paris, 161-234
- Checkel, Jeff, 1993: Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution. *World Politics* 45, 271-300
- Chock, Phyllis Pease, 1995: Ambiguity in Policy Discourse: Congressional Talk about Immigration. *Policy Sciences* 28, 165-184.
- DeLeon, Peter, 1988: *Advice and Consent. The Development of the Policy Sciences*. New York.
- DeLeon, Peter, 1989: The Contextual Burdens of Policy Design. *Policy Studies Journal* 17, 297-309.
- DeLeon, Peter, 1991: Political Events and the Policy Sciences. In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss /Björn Wittrock/Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 86-109.
- DeLeon, Peter, 1992a: The Democratization of the Policy Sciences. *Public Administration Review* 52, 125- 129.
- DeLeon, Peter, 1992b: Policy Formulation: Where Ignorant Armies Clash by Night. *Policy Studies Review* 11, 389-405.
- DeLeon, Peter, 1993: Demokratie und Policy-Analyse: Ziele und Arbeitsweise. In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24, Opladen, 471-485.
- DeLeon, Peter, 1994a: Reinventing the Policy Sciences: Three Steps back to the Future. *Policy Sciences* 27, 77-95.
- DeLeon, Peter, 1994b: The Policy Sciences Redux: New Roads to Post-positivism. *Policy Studies Journal* 22, 176-184.
- Depenbrock, Gerd, 1976: *Journalismus, Wissenschaft und Hochschule. Eine aussagenanalytische Studie über die Berichterstattung in Tageszeitungen*. Bochum.
- Dettmar, Rainer, 1994: *PR ohne Plan. Pressestellen an deutschen Universitäten - Ausstattung, Personal, Aufgaben, Konzepte*. Unveröffentlichte Diplomarbeit, Dortmund.
- Dewe, Bernd/Enno Schmitz, 1985: Das Verhältnis soziologischer Erkenntnis und praktischer Erfahrung als Grundproblem sozialwissenschaftlicher Verwendungsforschung. *Angewandte Sozialforschung* 13, 93-100.
- DiBella, Suzan M./Anthony J. Ferri/Allan B. Paderud, 1991: Scientists' Reasons for Consenting to Mass Media Interviews: A National Survey. *Journalism Quarterly* 68, 740-749.
- Dobuzinskis, Laurent, 1992: Modernist and Post-modernist Metaphors of the Policy Process. Control and Stability vs. Chaos and Reflexive Understanding. *Policy Sciences* 25, 355-380.
- Dornan, Christopher, 1990: Some Problems in Conceptualizing the Issue of »Science and the Media«. *Critical Studies in Mass Communication* 7, 48-71.
- Downs, Anthony, 1972: Up and down with Ecology - the »Issue-Attention« Cycle. *Public Interest* 28, 28-50.
- Dryzek, John, 1982: Policy Analysis as a Hermeneutic Activity. *Policy Sciences* 14, 309-329.
- Dryzek, John, 1987a: *Rational Ecology. Environment and Political Economy*. London/New York.
- Dryzek, John, 1987b: Complexity and Rationality in Public Life. *Political Studies* 35, 424-442.

- Dryzek, John, 1990a: *Discursive Democracy. Politics, Policy, and Political Science*. Cambridge.
- Dryzek, John, 1990b: Designs for Environmental Discourse: The Greening of the Administrative State. In: Paehlke, Robert/Douglas Torgerson (Hg.): *Managing Leviathan. Environmental Politics and the Administrative State*. Leviston, NY, 97-111.
- Dryzek, John, 1992a: The Good Society versus the State. Freedom and Necessity in Political Innovation. *Journal of Politics* 54, 518-540.
- Dryzek, John, 1992b: Ecology and Discursive Democracy: Beyond Liberal Capitalism and the Administrative State. *Capitalism, Nature, Socialism* 3, 18-42.
- Dryzek, John, 1992c: How Far is it from Virginia and Rochester to Frankfurt? Public Choice as Critical Theory. *British Journal of Political Science* 22, 397-417
- Dryzek, John, 1993: Policy Analysis and Planning: From Science to Argument. In: Fischer, Frank/John Forester (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham, NC/London, 213-232.
- Dryzek, John, 1995a: Toward an Ecological Modernity. *Policy Sciences* 28, 231-242.
- Dryzek, John, 1995b: Critical Theory as a Research Program. In: Stephen K. White (Hg.): *The Cambridge Companion to Habermas*. Cambridge, 97-119.
- Dryzek, John, 1995c: *Ecological Democratization*. Paper prepared for Presentation at the Annual Conference of the American Political Science Association. August 31-September 3 1995, Chicago. Parkville, Victoria.
- Dryzek, John S./Jeffrey Berejikian, 1993: Reconstructive Democratic Theory. *American Political Science Review* 87, 48-60.
- Dryzek, John S./Davis B. Bobrow, 1987: *Policy Analysis by Design*. Pittsburgh, PA.
- Dryzek, John S./Douglas Torgerson, 1993: Democracy and the Policy Sciences: A Progress Report. *Policy Sciences* 26, 127-137.
- Dunn, William N. (Hg.), 1983: *Values, Ethics, and the Practise of Policy Analysis*. Lexington, Mass./Toronto.
- Dunwoody, Sharon, 1986: The Scientist as Source. In: Friedman, Sharon M./Sharon Dunwoody/Carol L. Rogers (Hg.): *Scientists and Journalists*. New York, 3-16.
- Dunwoody, Sharon/Michael Ryan, 1985: Scientific Barriers to the Popularization of Science via the Mass Media. *Journal of Communication* 35, 26-42
- Dunwoody, Sharon/Byron T. Scott, 1982: Scientists as Mass Media Sources. *Journalism Quarterly* 59, 52-59
- Dunwoody, Sharon/Holly Stocking, 1985: Social Scientists and Journalists: Confronting the Stereotypes. In: Rubinstein, Eli A./Jane D. Brown, (Hg.): *The Media, Social Science, and Social Policy for Children*. Norwood NJ, 167-187.
- Durning, Dan, 1993: Participatory Policy Analysis in a Social Service Agency: A Case Study. *Journal of Policy Analysis and Management* 12, 297-322.
- Etheridge, Lloyd, 1981: Government Learning: An Overview. In: Long, S.L. (Hg.): *The Handbook of Political Behavior* 2. New York.
- Euchner, Walter/Frank Hampel/Thomas Seidl, 1993: *Länder-Enquete-Kommissionen als Instrumente der Politikberatung. Rechtliche Ordnung, Fallbeispiele und ihre Praxis im Urteil von Mitgliedern*. Baden-Baden.
- Evers, Adalbert/Helga Nowotny, 1989: Über den Umgang mit Unsicherheit. Anmerkungen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 355-383.

- Fischer, Frank, 1980: *Politics, Values and Public Policy: The Problem of Methodology*. Boulder, CO.
- Fischer, Frank, 1985: Critical Evaluation of Public Policy: A Methodological Case Study. In: Forester, John (Hg.): *Critical Theory and Public Life*. Cambridge, Mass., 231-257.
- Fischer, Frank, 1987: Policy Expertise and the »New Class«: A Critique of the Neoconservative Thesis. In: Fischer, Frank/John Forester (Hg.): *Confronting Values in Policy Analysis: The Politics of Criteria*. Newbury Park, 94-126.
- Fischer, Frank, 1989: Beyond the Rationality Project: Policy Analysis and the Postpositivist Challenge. *Policy Studies Journal* 17, 941-951.
- Fischer, Frank, 1990: *Technocracy and the Politics of Expertise*. Newbury Park, CA.
- Fischer, Frank, 1991: Risk Assessment and Environmental Crisis: Toward an Integration of Science and Participation. *Industrial Crisis Quarterly* 5, 113-132.
- Fischer, Frank, 1993a: Bürger, Experten und Politik nach dem »Nimby«-Prinzip: ein Plädoyer für die partizipatorische Policy-Analyse. In: Adrienne Héritier (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24. Opladen, 451-470.
- Fischer, Frank, 1993b: Reconstructing Policy Analysis: A Postpositivist Perspective. *Policy Sciences* 25, 333-339.
- Fischer, Frank, 1993c: Policy Discourse and the Politics of Washington Think Tanks. In: Fischer, Frank/John Forester (Hg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham, NC/London, 21-42.
- Fischer, Frank, 1995a: *Evaluating Public Policy*. Chicago.
- Fischer, Frank, 1995b: Hazardous Waste Policy, Community Movements, and the Politics of Nimby: Participatory Risk Assessment in the USA and Canada. In: Fischer, Frank/Michael Black (Hg.): *Greening Environmental Policy. The Politics of a Sustainable Future*. London, 165-182.
- Fischer, Frank/John Forester (Hg.), 1987: *Confronting Values in Policy Analysis: The Politics of Criteria*. Newbury Park.
- Fischer, Frank/John Forester (Hg.), 1993: *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*. Durham, NC/London.
- Friedman, Sharon M./Sharon Dunwoody/Carol L. Rogers (Hg.), 1986: *Scientists and Journalists: Reporting Science as News*. New York.
- Funkhouser, G. Ray, 1973: The Issues of the Sixties: An Exploratory Study in the Dynamics of Public Opinion. *Public Opinion Quarterly* 37, 62-75.
- Gamson, William A./Andre Modigliani, 1989: Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. *American Journal of Sociology* 95, 1-37.
- Gellner, Winand, 1991: Politikberatung und Parteiensatz: Politische »Denkfabriken« in den USA. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22, 134-149.
- Gellner, Winand, 1994: Politikberatung durch nichtstaatliche Akteure - Typen, Funktionen, Strategien. In: Murswieck, Axel (Hg.): *Regieren und Politikberatung*. Opladen, 175-192.
- Gellner, Winand, 1995: *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen.
- Gerhards, Jürgen/Friedhelm Neidhardt, 1990: *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze*. Berlin, WZB-Discussion Paper FS III 90-101.
- Gerhards, Jürgen, 1992: Dimensionen und Strategien öffentlicher Diskurse. *Journal für Sozialforschung* 32, 307-318.

- Gerhards, Jürgen, 1993: *Neue Konfliktlinien in der Mobilisierung öffentlicher Meinung. Eine Fallstudie*. Opladen.
- Gerhards, Jürgen, 1994: Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 77-105.
- Giesen, Bernhard, 1982: Drogenproblem und Sozialpolitik. Zur praktischen Heuristik soziologischer Theorien. In: Beck, Ulrich (Hg.): *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt Sonderband 1*. Göttingen, 135-157.
- Giesen, Bernhard, 1983: Moralische Unternehmer und öffentliche Diskussion. Überlegungen zur gesellschaftlichen Thematisierung sozialer Probleme. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 35, 230-254.
- Giesen, Bernhard/Wolfgang Schneider, 1984: Von Missionaren, Technokraten und Politikern. Deutungsmuster als Determinanten der Interaktion von Wissenschaftlern und Praktikern. *Soziale Welt* 35, 458-479.
- Giesen, Bernhard/Wolfgang Schneider, 1987: Drogenkonsum als soziales Problem. Thematisierungsstrukturen in der Medienberichterstattung. In: Friedrichs, Jürgen (Hg.): *23. Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen*. Opladen, 321-325.
- Gillroy, John Martin/Maurice Wade (Hg.), 1992: *The Moral Dimensions of Public Policy Choice. Beyond the Market Paradigm*. Pittsburgh, PA/London.
- Goffman, Erving, 1980: *Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen*. Frankfurt am Main.
- Goldstein, Judith/Robert O. Keohane (Hg.), 1993: *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca, London.
- Gonzenbach, William J., 1994: The Media's Language of the Drug Issue, 1984-1991: Considerations for the Cultural Definition of an Issue over Time. *The Howard Journal of Communication* 5, 46-68.
- Green, Richard T./Robert C. Zinke, 1993: The Rhetorical Way of Knowing and Public Administration. *Administration & Society* 25, 317-334.
- Greenberg, Davis H./Philip K. Robins, 1986: The Changing Role of Social Experiments in Policy Analysis. *Journal of Policy Analysis and Management* 5, 340-362.
- Haas, Ernst B., 1990: *When Knowledge Is Power. Three Models of Change in International Organizations*. Berkeley.
- Haas, Peter M., 1992: Introduction: Epistemic Communities and International Policy Coordination. *International Organization* 46, 1-35.
- Habermas, Jürgen, 1968: *Technik und Wissenschaft als Ideologie*. Frankfurt am Main.
- Hall, Peter A., 1986: *Governing the Economy. The Politics of State Intervention in Britain and France*. Cambridge.
- Hall, Peter A. (Hg.), 1989: *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*. Princeton.
- Hall, Peter A., 1989a: Introduction. In: Hall, Peter A. (Hg.): *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*. Princeton, 3-26.
- Hall, Peter A., 1989b: Conclusion: The Politics of Keynesian Ideas In: Hall, Peter A. (Hg.): *The Political Power of Economic Ideas: Keynesianism across Nations*. Princeton, 361-391.
- Hall, Peter A., 1993: Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain. *Comparative Politics* 25, 275-296.
- Haller, Michael, 1987: Wie wissenschaftlich ist Wissenschaftsjournalismus? Zum Problem wissenschaftsbezogener Arbeitsmethoden im tagesaktuellen Journalismus. *Publizistik* 32, 295-319.

- Haller, Michael, 1992: Mit großer Pose die tumbe Welt erwecken? Wissenschaft und Journalismus - vom Gegensatz zur Partnerschaft. Die Mittlerrolle des Journalisten. In: Gerwin, Robert (Hg.): *Die Medien zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit*. Stuttgart, 39-48.
- Hampel, Frank, 1991: Politikberatung in der Bundesrepublik: Überlegungen am Beispiel von Enquete-Kommissionen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 22, 111-133.
- Hawkesworth, M. E., 1988: *Theoretical Issues in Policy Analysis*. Albany, NY.
- Healy, Robert G./William Ascher, 1995: Knowledge in the Policy Process: Incorporating New Environmental Information in Natural Resources Policy Making. *Policy Sciences* 28, 1-19.
- Heclo, Hugh, 1974: *Modern Social Politics in Britain and Sweden. From Relief to Income Maintenance*. New Haven.
- Heinemann, Gordon J., 1991: *Wissenschaftstransfer als Vehikel von Universitäts-PR. Zum Problem des Kommunikationsmix für Hochschul-Öffentlichkeitsarbeit*. Bochum.
- Hellmann, Manfred, 1985: Informationsquelle Buch. Ihre Bedeutung für die Wissenschaftsberichterstattung der deutschen Presse. *Bertelsmann Briefe*, 3-9.
- Héritier, Adrienne (Hg.), 1993: *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24*, Opladen.
- Hilgartner, Stephen/Charles L. Bosk, 1988: The Rise and Fall of Social Problems: a Public Arenas Model. *American Journal of Sociology* 94, 53-78.
- Hitzler, Ronald/Anne Honer/Christoph Maeder (Hg.), 1994: *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen.
- Hömberg, Walter, 1978: Soziologie und Sozialwissenschaften in den Massenmedien. Beobachtungen, Fragen, Vorschläge. *Soziologie* 6, 5-23.
- Hömberg, Walter, 1980: Glashaus oder Elfenbeinturm? Zur Entwicklung und zur Lage der Wissenschaftskommunikation. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30, B28, 37-46.
- Hömberg, Walter, 1981: Blindstellen des Wissenschaftsjournalismus. Zur Berichterstattung über Politik-, Sozial-, und Wirtschaftswissenschaften in der Tagespresse. *Materialien zur politischen Bildung* 9, 70-76.
- Hömberg, Walter, 1989: *Das verspätete Ressort. Die Situation des Wissenschaftsjournalismus*. Konstanz.
- Hömberg, Walter, 1992: Stagnation rather than Expansion. Science and the Mass Media in Germany. In: Zerges, Kristina/Werner Becker (Hg.): *Science and the Media - A European Comparison*. Berlin, 79-95.
- Hofferbert, Richard I., 1990: *The Reach and Grasp of Policy Analysis. Comparative Views of the Craft*. Tuscaloosa/London
- Hoffmann-Riem, Wolfgang, 1991: Rollenkonflikte und Transferprobleme zwischen Wissenschaft, Politik und Medienpraxis. In: Roß, Dieter/Jürgen Wilke (Hg.): *Umbruch in der Medienlandschaft. Beziehungen zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis*. München, 51-69.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang, 1993: Media Politics and Policy Research in Germany. A Precarious Relationship. In: Peters, B. Guy/Anthony Barker (Hg.): *Advising West European Governments*. Edinburgh, 123-136.
- Hofmann, Jeanette, 1993: *Implizite Theorien in der Politik. Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik*. Opladen.
- Hofmann, Jeanette, 1995: Implicit Theories in Policy Discourse: An Inquiry into the Interpretation of Reality in German Technology Policy. *Policy Sciences* 28, S.127-148.
- Hubbard, Jeffrey C./Melvin L. DeFleur/Lois B. DeFleur, 1975: Mass Media Influences on Public Conceptions of Social Problems. *Social Problems* 23, 22-34.

- Huber, Joseph/Georg Thurn (Hg.), 1993: *Wissenschaftsmilieus. Wissenschaftskontroversen und soziokulturelle Konflikte*. Berlin.
- Ingram, Helen/Steven Rathgeb Smith (Hg.), 1993: *Public Policy for Democracy*. Washington, D.C.
- Jacobsen, John Kurt, 1995: Much Ado about Ideas: The Cognitive Factor in Economic Policy. *World Politics* 47, 283-310
- Jarren, Otfried/Gerhard Vowe, 1991: *Vermittlung von Wissenschaft und Journalismus. Zwanzig Dienstleistungen auf dem Prüfstand*. Pre-print 15 des Projekts »Recherchefeld Wissenschaft«, Freie Universität Berlin. Berlin.
- Jarren, Otfried/Klaus-Dieter Altmeppen/Wolfgang Schulz, 1993: Parteiintern - Medien und innerparteiliche Entscheidungsprozesse. Die Nachfolge Genschers und die Kür Engholms zum SPD-Kanzlerkandidaten. In: Donsbach, Wolfgang/Otfried Jarren/Hans Mathias Kepplinger/Barbara Pfetsch: *Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*. Gütersloh, 111-157.
- Jarren, Otfried/Thorsten Grothe/Christoph Rybarczyk, 1993: Medien und Politik - eine Problemskizze. In: Donsbach, Wolfgang/Otfried Jarren/Hans Mathias Kepplinger/Barbara Pfetsch: *Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*. Gütersloh, 9-44.
- Jasanoff, Sheila (Hg.), 1995: *Handbook of Science and Technology Studies*. Thousand Oaks.
- Jenkins-Smith, Hank C., 1988: Analytical Debates and Policy Learning: Analysis and Change in the Federal Bureaucracy. *Policy Sciences* 21, 169-211.
- Jenkins-Smith, Hank C., 1990: *Democratic Politics and Policy Analysis*. Pacific Grove, CA.
- Jenkins-Smith, Hank C./Paul A. Sabatier, 1993: The Dynamics of Policy-Oriented Learning. In: Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, CO, 41-56.
- Kathlene, Lyn/John A. Martin, 1991: Enhancing Citizen Participaton: Panel Designs, Perspectives, and Policy Formation. *Journal of Policy Analysis and Management* 10, 46-63.
- Keyfitz, Nathan, 1995: Inter-disciplinary Contradictions and the Influence of Science on Policy. *Policy Sciences* 28, 21-38.
- Kingdon, John W., 1984: *Agendas, Alternatives, and Public Policies*. Boston/Toronto.
- Kingdon, John W., 1993: How do Issues get on Public Policy Agendas? In: Wilson, William Julius (Hg.): *Sociology and the Public Agenda*. Newbury Park, 40-50.
- Klandermans, Bert, 1988: The Formation and Mobilization of Consensus. *International Social Movement Research* 1, 173-196.
- Kliment, Tibor, 1994: *Kernkraftprotest und Medienreaktionen. Deutungsmuster einer Widerstandsbewegung und öffentliche Rezeption*. Wiesbaden.
- Knauth, Bettina/Stephan Wolff, 1989: Verwendung als Handlungsform. Ein konversationsanalytischer Beitrag zur Verwendungsforschung. *Soziale Welt* 40, 397-417.
- Knorr, Ragnwolf H., 1984: *Public Relations als System-Umwelt-Interaktion. Dargestellt an der Öffentlichkeitsarbeit einer Universität*. Wiesbaden.
- Kohler, Ursula, 1986: Sozialwissenschaften in schweizerischen Tageszeitungen. In: Schanne, Michael (Hg.): »Wissenschaft« in den Tageszeitungen der Schweiz. Universität Zürich, Zürich, 83-104.
- Kreißl, Reinhard, 1989: Soziologie und soziale Kontrolle. Mögliche Folgen einer Verwissenschaftlichung des Kriminaljustizsystems. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 420-456.

- Kroner, Wolfgang/Stephan Wolff, 1984: Auf der Suche nach der verlorenen Soziologie. Zu einigen Problemen empirischer Verwendungsforschung. *Soziale Welt* 35, 429-457.
- Kroner, Wolfgang/Stephan Wolff, 1989: Pädagogik am Berg. Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens als Handlungsproblem vor Ort. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 72-121.
- Krupp, Hans-Jürgen, 1994: Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung. In: Bentele, Karlheinz/Bernd Reissert/Ronald Schettkat (Hg.): *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Frankfurt/New York, 308-325.
- Lasswell, Harold D., 1951: The Policy Orientation. In: Lerner, Daniel/Harold D. Lasswell (Hg.): *The Policy Sciences. Recent Developments in Scope and Method*. Stanford, CA, 3-15.
- Lasswell, Harold D., 1971: *A Pre-View of Policy Sciences*. New York.
- Lau, Christoph, 1984: Soziologie im öffentlichen Diskurs. Voraussetzungen und Grenzen sozialwissenschaftlicher Rationalisierung gesellschaftlicher Praxis. *Soziale Welt* 35, 407-428.
- Lau, Christoph, 1989: Die Definition gesellschaftlicher Probleme durch die Sozialwissenschaften. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 384-419.
- Lau, Christoph/Ulrich Beck, 1989: *Definitionsmacht und Grenzen angewandter Sozialwissenschaft. Eine Untersuchung am Beispiel der Bildungs- und Arbeitsmarktforschung*. Opladen.
- Lau, Christoph, 1991: Paradigmawechsel der Verwendungsforschung? *IGW-report* 5, Heft 3, 19-28.
- Lautmann, Rüdiger/Michael Meuser, 1986: Verwendungen der Soziologie in Handlungswissenschaften am Beispiel von Pädagogik und Jurisprudenz. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 38, 685-708.
- Legnaro, Aldo, 1984: Die öffentliche Inszenierung von Drogenkonsum als ein soziales Problem. In: Giesen, Bernhard et al.: *Schlußbericht zum DFG-Projekt »Transfer- und Anwendungsbedingungen soziologischen Wissens in sozialpolitischen Administrationen. Das Beispiel des Drogenproblems«*. Unveröffentlichtes Manuskript. Gießen, 56-169.
- Lehmbruch, Gerhard/Otto Singer/Edgar Grande/Marain Döhler, 1988: Institutionelle Bedingungen ordnungspolitischen Strategiewechsels im internationalen Vergleich. In: Schmidt, Manfred G. (Hg.): *Staatstätigkeit. International und historisch vergleichende Analysen. PVS-Sonderheft 19*, Opladen, 251-283.
- Levine, Adeline Gordon, 1982: *Love Canal: People, Science, and Politics*. Lexington, MA/Toronto.
- Lindblom, Charles E., 1959: The Science of Muddling Through. *Public Administration Review* 19, 79-99.
- Lindblom, Charles E., 1979: Still Muddling, Not Yet Through. *Public Administration Review* 39, 517-526.
- Lindblom, Charles E., 1986: Who needs what Social Research for Policymaking? *Knowledge: Creation, Diffusion, Utilization* 7, 345-366.
- Lindblom, Charles E., 1990: *Inquiry and Change. The troubled Attempt to understand and shape Society*. New Haven/ London.
- Lindblom, Charles E., 1994: Modes of Inquiry. *Journal of Public Administration Research and Theory* 4, 327-341.
- Lindblom, Charles E./David K. Cohen, 1979: *Usable Knowledge. Social Science and Social Problem Solving*. New Haven, CT.

- Lindquist, Evert A., 1990: The Third Community, Policy Inquiry, and Social Scientists. In: Brooks, Stephen/Alain-G. Gagnon, (Hg.): *Social Scientists, Policy, and the State*. New York, 21-51.
- Livingston, Steven G., 1992: Knowledge Hierarchies and the Politics of Ideas on American International Commodity Policy. *Journal of Public Policy* 12, 223-242.
- Lüders, Christian, 1991: Deutungsmusteranalyse. Annäherungen an ein risikoreiches Konzept. In: Garz, Detlef/Klaus Kraimer (Hg.): *Qualitativ empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*. Opladen, 377-408.
- Majone, Giandomenico, 1989: *Evidence, Argument, and Persuasion in the Policy Process*. New Haven.
- Majone, Giandomenico, 1993: Wann ist Policy-Deliberation wichtig? In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24*, Opladen, 97-115.
- Mayntz, Renate, 1994: Politikberatung und politische Entscheidungsstrukturen: Zu den Voraussetzungen des Politikberatungsmodells. In: Murswieck, Axel (Hg.): *Regieren und Politikberatung*. Opladen, 17-29.
- Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf, 1995: Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus. In: Mayntz, Renate/Fritz W. Scharpf (Hg.): *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*. Frankfurt/New York, 39-72.
- McAdam, Doug, 1994: Taktiken von Protestbewegungen. Das »Framing« der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 393-412.
- McCall, Robert B./Holly Stocking, 1982: Between Scientists and Public. Communicating Psychological Research through the Mass Media. *The American Psychologist* 37, 985-995.
- McCall, Robert B., 1988: Science and the Press. Like Oil and Water? *American Psychologist* 43, 87-94.
- Meuser, Michael/Reinhold Sackmann, 1992: Zur Einführung: Deutungsmusteransatz und empirische Wissenssoziologie. In: Meuser, Michael/Reinhold Sackmann (Hg.): *Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie*. Pfaffenweiler, 9-37.
- Meyer, Philip, 1973: *Precism Journalism. A Reporter's Introduction to Social Science Methods*. Bloomington.
- Mikinovic, Stephan, 1978: Die Transformation sozialwissenschaftlichen Wissens. Zur selektiven Rezeption der Sozialwissenschaften in der Öffentlichkeit. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 3, 19-26.
- Mosier, Nancy R./Andrew Ahlgren, 1981: Credibility of Precism Journalism. *Journalism Quarterly* 58, 375-381, 518.
- Murswieck, Axel (Hg.), 1994: *Regieren und Politikberatung*. Opladen.
- Neidhardt, Friedhelm (Hg.), 1994a: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 34/1994.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994b: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 7-41.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994c: Öffentlichkeit und die Öffentlichkeitsprobleme der Wissenschaft. In: Zapf, Wolfgang/Meinolf Dierkes (Hg.): *Institutionenvergleich und Institutionendynamik*. WZB-Jahrbuch 1994. Berlin, 39-56.
- Neidhardt, Friedhelm, 1994d: Öffentlichkeit und Selbstkontrolle: Die Rolle der Experten. *ZUMA-Nachrichten* 35, 18-27.
- Nelkin, Dorothy, 1987: *Selling Science. How the Press covers Science and Technology*. New York.

- Nowotny, Helga, 1990: *In Search of Usable Knowledge. Utilization Contexts and the Application of Knowledge*. Frankfurt am Main, Boulder/Colorado.
- Nullmeier, Frank, 1993: Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell. In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. PVS-Sonderheft 24, Opladen, 175-196.
- Nullmeier, Frank/Friedbert W. Rüb, 1993: *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat*. Frankfurt/New York.
- Offe, Claus, 1982: Sozialwissenschaften zwischen Auftragsforschung und sozialer Bewegung. In: Beck, Ulrich (Hg.): *Soziologie und Praxis. Erfahrungen, Konflikte, Perspektiven. Soziale Welt Sonderband 1*. Göttingen 107-113.
- Page, Benjamin I., 1994: Democratic Responsiveness? Untangling the Links between Public Opinion and Policy. *PS: Political Science & Politics* 27, 25-29.
- Pal, Leslie A., 1995: Competing Paradigms in Policy Discourse: The Case of International Human Rights. *Policy Sciences* 28, 185-207.
- Parsons, W., 1989: *The Power of the Financial Press. Journalism and Economic Opinion in Britain and America*. Aldershot.
- Peters, Bernhard, 1994: Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42-76.
- Peters, B.Guy, 1994: Agenda-setting in the European Community. *Journal of European Public Policy* 1, 9-26.
- Peters, Birgit, 1994: »Öffentlichkeitseleite« - Bedingungen und Bedeutungen von Prominenz. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 191-213.
- Peters, Hans Peter, 1982: Vergleich physikalischer und soziologischer Wissenschaftsberichterstattung und Darstellung einiger Veränderungen auf den Wissenschaftsseiten von Zeitungen seit 1959. *Soziologie* 10, 37-45.
- Peters, Hans Peter, 1984: *Entstehung, Verarbeitung und Verbreitung von Wissenschaftsnachrichten am Beispiel von 20 Forschungseinrichtungen*. Jülich.
- Peters, Hans Peter/Jens Krüger, 1985: *Der Transfer wissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit aus der Sicht von Wissenschaftlern*. Jülich.
- Peters, Hans Peter, 1987: Journalismus und Sozialwissenschaften - zwei feindliche Brüder? *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 10, 21-36.
- Peters, Hans Peter, 1988: Sozialwissenschaften in den Massenmedien - Empirische Bestandsaufnahmen: Bundesrepublik Deutschland. In: Wiebe, Burckhard (Hg.): *Zwischen Marktplatz und Elfenbeinturm. Gesellschaft und Sozialwissenschaften*. Berlin, 71-82.
- Peters, Hans Peter, 1990: Ein Blick über den Teich. Anmerkungen zu Forschung und Praxis in den USA. In: Ruß-Mohl, Stephan (Hg.): *Wissenschaftsjournalismus und Öffentlichkeitsarbeit. Tagungsbericht zum 3. Colloquium Wissenschaftsjournalismus vom 4./5. November 1988 in Berlin*. Gerlingen, 55-78.
- Peters, Hans Peter, 1994: Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Kommunikation über Technik, Umwelt und Risiken. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 162-190.
- Pfetsch, Barbara, 1993: Strategien und Gegenstrategien - Politische Kommunikation bei Sachfragen. Eine Fallstudie aus Baden-Württemberg. In: Donsbach, Wolfgang/Otfried Jarron/Hans Mathias Kepplinger/Barbara Pfetsch: *Beziehungsspiele - Medien und Politik in der öffentlichen Diskussion*. Gütersloh, 45-110.

- Pontussen, Jonas, 1995: From Comparative Public Policy to Political Economy: Putting Political Institutions in their Place and Taking Interests Seriously. *Comparative Political Studies* 28, 117-147
- Prittwitz, Volker von, 1994: *Politikanalyse*. Opladen.
- Radaelli, Claudio M., 1995: The Role of Knowledge in the Policy Process. *Journal of European Public Policy* 2, 159-183
- Rein, Martin/Donald Schon, 1991: Frame-Reflective Policy Discourse. In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock/Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 262-289.
- Robinson, John B., 1992: Risks, Predictions and other Optical Illusions: Rethinking the Use of Science in Social Decision-making. *Policy Sciences* 25, 237-254.
- Rochefort, David A./Roger W. Cobb, 1993: Problem Definition, Agenda Access, and Policy Choice. *Policy Studies Journal* 21, 56-71.
- Ronge, Volker, 1988: Der Medienreferent und sein Metier. Die institutionelle Verwendung von Medienforschungsergebnissen in Rundfunkanstalten. *Rundfunk und Fernsehen* 36, 347-359.
- Ronge, Volker, 1989: Verwendung sozialwissenschaftlicher Ergebnisse in institutionalisierten Kontexten. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 332-354.
- Rose, Richard, 1991: What is Lesson-Drawing? *Journal of Public Policy* 11, 3-30.
- Rothman, Stanley, 1992: Expertenurteil und Medienberichterstattung. In: Wilke, Jürgen (Hg.): *Öffentliche Meinung - Theorie, Methoden, Befunde: Beiträge zu Ehren von Elisabeth Noelle-Neumann*. Freiburg/München, 143-155.
- Rubinstein, Eli A./Jane D. Brown (Hg.), 1985: *The Media, Social Science and Social Policy for Children*. Norwood NJ.
- Rucht, Dieter, 1994: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 337-358.
- Rühl, Manfred, 1981: Journalismus und Wissenschaft - Anmerkungen zu ihrem Wirklichkeitsverständnis. *Rundfunk und Fernsehen* 27, 211-222.
- Ruß-Mohl, Stephan, 1983: Sozialwissenschaften in der Medienberichterstattung. Streitbare Thesen zum Verhältnis von Medien- und Wissenschaftsbetrieb. *Soziologie* 11, 13-27.
- Ruß-Mohl, Stephan, 1985: Journalistik-»Wissenschaft« und Wissenschafts-Journalistik. Anmerkungen zu Theorie und Praxis des Wissenschaftsjournalismus. *Publizistik* 30, 265-279.
- Ruß-Mohl, Stephan (Hg.), 1986: *Wissenschaftsjournalismus. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis*. München.
- Ruß-Mohl, Stephan (Hg.), 1990: *Wissenschaftsjournalismus und Öffentlichkeitsarbeit. Tagungsbericht zum 3. Colloquium Wissenschaftsjournalismus vom 4./5. November 1988 in Berlin*. Gerlingen.
- Ryan, Michael, 1975a: A Factor Analytic Study of Scientists' Responses to Errors. *Journalism Quarterly* 52, 333-336.
- Ryan, Michael, 1975b: Attitudes of Scientists and Journalists Toward Media Coverage of Science News. *Journalism Quarterly* 52, 18-26, 53.
- Ryan, Michael/Sahron L. Dunwoody, 1975: Academic and Professional Training Patterns of Science Writers. *Journalism Quarterly* 52, 239-246, 290.
- Sabatier, Paul A., 1988: An Advocacy Coalition Framework of Policy Change and the Role of Policy-oriented Learning therein. *Policy Sciences* 21, 129-168.

- Sabatier, Paul A., 1991: Toward Better Theories of the Policy Process. *PS: Political Science & Politics* 24, 147-156.
- Sabatier, Paul A., 1993a: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24*, Opladen, 116-148.
- Sabatier, Paul A., 1993b: Policy Change over a Decade or More. In: Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, CO, 13-39.
- Sabatier, Paul A./Brasher, Anne M., 1993: From Vague Consensus to Clearly Differentiated Coalitions: Environmental Policy at Lake Tahoe 1964-1985. In: Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, CO, 177-208.
- Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.), 1993: *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, CO.
- Sabatier, Paul A./Jenkins-Smith, Hank C., 1993a: The Advocacy Coalition Framework: Assessment, Revisions, and Implications for Scholars and Practitioners. In: Sabatier, Paul A./Hank C. Jenkins-Smith (Hg.): *Policy Change and Learning. An Advocacy Coalition Approach*. Boulder, CO, 211-235.
- Sabatier, Paul A., 1995: The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning. *American Political Science Review* 89, 201-203.
- Saretzki, Thomas, 1996: Wie unterscheiden sich Argumentieren und Verhandeln? In: Prittwitz, Volker von (Hg.): *Verhandeln und Argumentieren. Interessen, Macht und Dialog in der Umweltpolitik*. Opladen, i.E.
- Schaber, Thomas/Cornelia Ulbert, 1994: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorie-debatte. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1, 139-169.
- Scheidelberger, Christine, 1989: *Corporate Identity der Universität Salzburg*. Salzburg.
- Schimmelpfennig, Frank, 1995: *Debatten zwischen Staaten. Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte*. Opladen.
- Schlager, Edella, 1995: Policy Making and Collective Action: Defining Coalitions within the Advocacy Coalition Framework. *Policy Sciences* 28, 243-270
- Schneider, Anne/Helen Ingram, 1993: Social Construction of Target Populations: Implications for Politics and Policy. *American Political Science Review* 87, 334-347.
- Schneider, Wolfgang, 1986: »Nun sag mir mal, wie ich's denn anwenden kann« - Sozialwissenschaftler contra Verwaltung. Analyse einer Diskussion. In: Aufenanger, Stefan/Margrit Lenssen (Hg.): *Handlung und Sinnstruktur. Bedeutung und Anwendung der objektiven Hermeneutik*. München, 229-275.
- Schneider, Wolfgang, 1989: Kooperation als strategischer Prozeß. Administrative Auftragsforschung im Spannungsfeld zwischen professionellem Interesse und politischer Instrumentalisierung. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.), 1989b: *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 302-331.
- Schöne, Hubert, 1982: Public Relations im Wissenschaftssystem und für die Wissenschaft. In: Ronneberger/Rühl (Hg.): *Public Relations der Non-Profit-Organisationen*. Düsseldorf, 16-33.
- Scott Hixson, Vivian, 1981: Caveat Lector: Reviewing Popular Social Science. *Journal of Communication* 31, 168-177.
- Signitzer, Benno, 1992: Elements of Strategic Public Relations for Universities. In: Zerges, Kristina/Werner Becker (Hg.): *Science and the Media - A European Comparison*. Berlin, 147-155.

- Singer, Eleanor/Phyllis Endreny, 1986: The Reporting of Social Science Research in the Mass Media. In: Ball-Rokeach, Sandra J./Muriel Cantor (Hg.): *Media, Audience and Social Structure*. Beverly Hills.
- Singer, Eleanor, 1988: Sozialwissenschaften in den Massenmedien - Empirische Bestandsaufnahmen: USA. In: Wiebe, Burckhard (Hg.): *Zwischen Marktplatz und Elfenbeinturm. Gesellschaft und Sozialwissenschaften*. Berlin, 61-69.
- Singer, Otto, 1990: Policy Communities and Discourse Coalitions. The Role of Policy Analysis in Economic Policy Making. *Knowledge: Creation, Diffusion, Utilization* 11, 428-458.
- Singer, Otto, 1993a: Policy Communities und Diskurs-Koalitionen: Experten und Expertise in der Wirtschaftspolitik. In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung. PVS-Sonderheft 24*, Opladen, 149-175.
- Singer, Otto, 1993b: Die Wirtschaftspolitik und ihre Experten. In: Czada, Roland/Manfred G. Schmidt (Hg.): *Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit*. Opladen, 101-122.
- Snow, David A./Robert D. Benford, 1988: Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. *International Social Movement Research* 1, 197-217.
- Stocking, Holly, 1981: Don't Overlook the »Social« in Science Writing Course. *Journalism Educator* 36, 4, 55-57.
- Stocking, Holly/Sharon L. Dunwoody, 1982: Social Science in the Mass Media: Images and Evidence. In: Sieber, Joan E. (Hg.): *The Ethics of Social Research*. New York, Heidelberg, Berlin, 151-169.
- Stone, Deborah A., 1988: *Policy Paradox and Political Reason*. Glenview, IL.
- Stone, Deborah A., 1989: Causal Stories and the Formation of Policy Agendas. *Political Science Quarterly* 104, 281-300
- Tankard Jr., James W./Michael Ryan, 1974: News Source Perceptions of Accuracy of Science Coverage. *Journalism Quarterly* 51, 219-225, 334.
- Throgmorton, J.A., 1991: The Rhetorics of Policy Analysis. *Policy Sciences* 24, 153-179.
- Tichenor, Phillip J./Clarice N. Olien/Annette Harrison/George Donohue, 1970: Mass Communication Systems and Communication Accuracy in Science News Reporting. *Journalism Quarterly* 47, 673-683.
- Topf, Cornelia, 1986: *Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen des Hochschulmarketings. Interne und externe Informations- und Kommunikationsbeziehungen der Hochschulen*. Frankfurt am Main.
- Vowe, Gerhard, 1994: Politische Kognition. Umrisse eines kognitionsorientierten Ansatzes für die Analyse politischen Handelns. *Politische Vierteljahresschrift* 35, 423-447.
- Wagner, Peter, 1990: *Sozialwissenschaften und Staat. Frankreich, Italien, Deutschland 1870-1980*. Frankfurt/New York.
- Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock/Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge.
- Walter-Busch, Emil, 1994: Gemeinsame Denkfiguren von Experten und Laien. Über Stufen der Verwissenschaftlichung und einfache Formen sozialwissenschaftlichen Wissens. In: Hitzler, Ronald/Anne Honer/Christoph Maeder (Hg.): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen, 83-102.
- Weigel, Russell H./Jeffrey J. Pappas, 1981: Social Science and the Press. A Case Study and its Implications. *The American Psychologist* 36, 480-487.
- Weingart, Peter, 1983: Verwissenschaftlichung der Gesellschaft - Politisierung der Wissenschaft. *Zeitschrift für Soziologie* 12, 225-241.

- Weiss, Carol H., 1979: The Many Meanings of Research Utilization. *Public Administration Review* 39, 426-431.
- Weiss, Carol H./Michael J. Bucuvalas, 1980a: *Social Science Research and Decision-Making*. New York.
- Weiss, Carol H./Michael J. Bucuvalas, 1980b: Truth Tests and Utility Tests. Decision-makers' Frames of Reference for Social Science Research. *American Sociological Review* 45, 302-313.
- Weiss, Carol H., 1984: Forschung zum Nutzen der Politik. Die Aufklärungsfunktion sozialwissenschaftlicher Forschung. In: Hellstern, Gerd-Michael/Hellmut Wollmann (Hg.): *Handbuch der Evaluierungsforschung*. Opladen 1984, 541-556.
- Weiss, Carol H., 1991: Policy Research: Data, Ideas, or Arguments? In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock/Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 307-332.
- Weiss, Carol H., 1993: The Interaction of the Sociological Agenda and Public Policy. In: Wilson, William Julius (Hg.): *Sociology and the Public Agenda*. Newbury Park, 23-39.
- Weiss, Carol H./Eleanor Singer, 1988: *Reporting of Social Science in the National Media*. New York.
- Weiss, Carol H./Björn Wittrock, 1991: Summing up: Social Sciences and Modern States. In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock/Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 356-368.
- Weßler, Hartmut, 1995: Die journalistische Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Diskurse. *Publizistik* 40, 20-38.
- Weymann, Ansgar/Matthias Wingers, 1989: Die Versozialwissenschaftlichung der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Eine kritische Zwischenbilanz zur öffentlichen Argumentation. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.), 1989b: *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 276-301.
- White, Louise G., 1994: Values, Ethics, and Standards in Policy Analysis. In: Nagel Stuart (Hg.): *Encyclopedia of Policy Studies*. New York, 857-878.
- Wiebe, Burckhard, 1986: Sozialwissenschaften - zu Unrecht vernachlässigt. In: Ruß-Mohl, Stephan (Hg.): *Wissenschaftsjournalismus. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis*. München 1986, 206-212.
- Wiebe, Burckhard (Hg.), 1988: *Zwischen Marktplatz und Elfenbeinturm. Gesellschaft und Sozialwissenschaften*. Berlin.
- Wilson, William Julius, 1993: Can Sociology play a Greater Role in Shaping the National Agenda? In: Wilson, William Julius (Hg.): *Sociology and the Public Agenda*. Newbury Park, 3-22.
- Wingers, Matthias, 1988: *Soziologisches Wissen und politische Praxis. Neuere theoretische Entwicklungen der Verwendungsforschung*. Frankfurt am Main.
- Wingers, Matthias/Ansgar Weymann, 1988: *Die Verwendung soziologischen Wissens in der bildungspolitischen Diskussion*. Bremen.
- Wingers, Matthias/Stephan Fuchs, 1989: Ist die Soziologie gesellschaftlich irrelevant? Perspektiven einer konstruktivistisch ansetzenden Verwendungsforschung. *Zeitschrift für Soziologie* 18, 208-219.
- Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.), 1975: *Die Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Ergebnissen an die Öffentlichkeit*. Berlin.

Wittrock, Björn, 1991: Social Knowledge and the Public Policy: Eight Models of Interaction. In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock /Hellmut Wollmann (Hg.), 1991: *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 333-353.

Wittrock, Björn/Peter Wagner, 1992: Policy Constitution Through Discourse: Discourse Transformations and the Modern State in Central Europe. In: Ashford, Douglas E. (Hg.): *History and Context in Comparative Public Policy*. Pittsburgh/London, 227-246.

Wittrock, Björn/Peter Wagner/Hellmut Wollmann, 1991: Social Science and the Modern State: Policy Knowledge and Political Institutions in Western Europe and the United States. In: Wagner, Peter/Carol H. Weiss/Björn Wittrock /Hellmut Wollmann (Hg.): *Social Sciences and Modern States. National Experiences and Theoretical Crossroads*. Cambridge, 28-85.

Yanow, Dvora, 1992: Silences in Public Policy Discourse: Organizational and Policy Myths. *Journal of Public Administration Research and Theory* 2, 399-423.

Yanow, Dvora, 1993: The Communication of Policy Meanings: Implementation as Interpretation and Text. *Policy Sciences* 26, 41-61.

Yanow, Dvora, 1995: Practises of Policy Interpretation. *Policy Sciences* 28, 111-126.

Zerges, Kristina/Werner Becker (Hg.), 1992: *Science and the Media - A European Comparison. University Public Relations in a United Europe*. Berlin.

Hartmut Weßler

Universität Hamburg
Institut für Journalistik

Sozialwissenschaften in der Drogenberichterstattung der Printmedien - eine Inhaltsanalyse

Zusammenfassung

Ziel dieser Untersuchung war es zu ermitteln, unter welchen Kontextbedingungen sozialwissenschaftliches Wissen in manifester Form in die Medienberichterstattung einfließt und unter welchen Bedingungen dies eher nicht der Fall ist. Als manifeste Formen sozialwissenschaftlichen Wissens wurden Informationen zu sozialwissenschaftlichen Studien, Expertenstatements von Sozialwissenschaftlern sowie sozialwissenschaftliche Einzelergebnisse definiert. Untersucht wurden die Berichterstattungskontexte des Sozialwissenschafts-Transfers am Beispiel der Drogenberichterstattung in den Printmedien.

Die Ergebnisse der Untersuchung lassen sich in folgenden Thesen zusammenfassen:

1. These:

Es gibt zwei völlig unterschiedliche Berichterstattungsmodi für sozialwissenschaftliches Wissen aus Studien einerseits sowie Einzelergebnisse und Expertenstatements andererseits. Studien stehen eher im Zentrum des jeweiligen Beitrags, Einzelergebnisse und Expertenstatements fungieren eher als Zusatzelemente.

2. These:

Vorrangige Transferkanäle unter den Printmedien-Gattungen sind in der Drogenberichterstattung die Qualitätsmedien, allen voran die überregionalen Tageszeitungen, gefolgt von den Wochenzeitungen und den Nachrichtenmagazinen.

3. These:

Der direkte, persönliche Wissenstransfer durch Sozialwissenschaftler (in Form von Originalbeiträgen und Interviews) macht quantitativ nur einen sehr geringen Anteil des beobachtbaren Sozialwissenschafts-Transfers in die Massenmedien aus.

4. These:

Sozialwissenschaftliches Wissen ist thematisch hauptsächlich der Hintergrundberichterstattung zuzuordnen und dient der Deutung und Illustrati-

on des Geschehens auf der »Vorderbühne«, in den kontroversen Diskussionsfeldern.

5. These:

Sozialwissenschaftliches Wissen erfüllt in der Medienberichterstattung unterschiedliche Funktionen, die nach dem Bezug des Berichterstattungsthemas zu den Stadien des Policy-Zyklus variieren: Das Stadium der Policy-Formulierung geht mit relativ geringem und thematisch diffusum Transfer einher; in einer Phase der routinisierten Problembemerkung und -bearbeitung nimmt der Transfer dagegen ein weit überdurchschnittliches Ausmaß an und ist thematisch stärker fokussiert; im Zusammenhang mit der Evaluation einer bestimmten neuen Policy ist der Transfer ebenfalls überdurchschnittlich, die thematische Fokussierung dabei maximal.

6. These:

Sozialwissenschaftliches Wissen wird in der Mehrheit der Fälle nicht von sozialwissenschaftlichen Experten, sondern von anderen Akteuren transferiert. Es wird von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem aus der Politik, als Wissensressource für die Auseinandersetzung in der Medienöffentlichkeit genutzt. Eine eigenständige Thematisierungsleistung ist von den Sozialwissenschaften dabei nicht zu erwarten.

7. These

Ereignisse von herausragender Bedeutung produzieren nicht nur Berichterstattungshöhepunkte, sondern auch erhöhten Deutungsbedarf und damit überproportional viel Sozialwissenschafts-Transfer.

8. These:

In Ereignisphasen heftet sich der Sozialwissenschafts-Transfer vorrangig an »genuine« Ereignisse von herausragender Bedeutung. In Phasen zwischen solchen Ereignissen vollzieht sich der Transfer relativ abgekoppelt von der realen Ereignisgeschichte im Berichterstattungsfeld.

1. Einleitung¹

Die Sozialwissenschaften sind kein klassisches Medienthema. Das zeigt die tägliche Zeitungslektüre ebenso wie die - wenige - empirische Forschung zu diesem Thema. Die Berichterstattung über Themen aus dem Bereich der Sozialwissenschaften nimmt einen Anteil an der Gesamtberichterstattung der Massenmedien von - je nach Definition und methodischem Zugriff - etwas weniger oder etwas mehr als 1% ein (vgl. als Überblick über die relevante Literatur Jarren/Weßler in diesem Band). Und dennoch ist sozialwissenschaftliches Wissen zu einem festen Bestandteil der Berichterstattung zumindest in den Qualitätsmedien geworden. Dieses Wissen hat - das legen die Erkenntnisse der Verwendungsforschung nahe (vgl. Beck/Bonß 1989b) - inzwischen eine gesellschaftliche Verbreitung gefunden, die weit über die engen, spezialisierten Praxisbereiche hinausgeht, über die dieses Wissen etwas aussagt.

Wie läßt sich diese Diskrepanz zwischen geringem Anteil der Sozialwissenschaften an der Berichterstattung und weiter gesellschaftlicher Verbreitung der Sozialwissenschaften erklären? Eine mögliche Antwort auf diese Frage besteht in der beinahe schon klassischen Klage der Sozialwissenschaften über mangelnde Medienpräsenz. Sie mündet in dem Vorwurf an die Massenmedien, daß sie die Sozialwissenschaften nicht ihrer »realen« gesellschaftlichen Bedeutung entsprechend beachtet. Doch besteht in puncto Medienpräsenz der Sozialwissenschaften tatsächlich eine Mangelsituation? Woran ließe sich diese messen, bei welchem Prozentsatz könnte von einer »ausreichenden« Medienpräsenz gesprochen werden? Und wie sinnvoll ist es, Medienpräsenz ausschließlich am prozentualen Berichterstattungsanteil festzumachen?

Die vorliegende Studie will zur Diskussion um eine mangelhafte oder ausreichende Medienpräsenz der Sozialwissenschaften nichts beitragen. Sie will vielmehr zunächst die Frage aufwerfen, in welchen Formen die Sozialwissenschaften in den Massenmedien überhaupt präsent sind. Ist mit der Analyse wissenschaftsjournalistischer Beiträ-

ge über sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse bereits »die« Medienpräsenz der Sozialwissenschaften erfaßt? In welchen anderen Formen fließt sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung ein? Und durch welche Berichterstattungskontexte wird dieses Einfließen begünstigt bzw. behindert? Diesen Fragen wird mit Hilfe einer quantitativen Medieninhaltsanalyse nachgegangen. Das untersuchte Fallbeispiel ist die Berichterstattung der Printmedien über illegale Drogen.

¹ Mein besonderer Dank gilt den Studierenden Jan Behrens, Joachim Pestlin, Rolf von der Reith und Heike Vowinkel für ihre sehr engagierte Mitarbeit bei der Codierung des Untersuchungsmaterials, der Auswertung der Daten und der Aufbereitung der Ergebnisse. Otfried Jarren, Patrick Donges und Ulrike Röttger danke ich für ihre kritischen und konstruktiven Kommentare zu einer früheren Version dieses Berichts.

2. Kontext und Analysekonzept der Untersuchung

2.1. Der Forschungsstand

Wenn es darum geht, die Medienpräsenz der Sozialwissenschaften zu bestimmen, können zunächst zweierlei Berichterstattungsformen unterschieden werden, durch die sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung einfließt (vgl. Jarren/Weßler in diesem Band, Kap. 1.):

- > Die am leichtesten eingrenzbar und am besten untersuchte Berichterstattungsform ist die *Sozialwissenschaftsberichterstattung im Wissenschaftsressort*. Hier bilden die Sozialwissenschaften ein - neben Medizin, Naturwissenschaften und Technik - quantitativ eher untergeordnetes Berichterstattungsgebiet. Zu denken wäre etwa an Berichte über neue sozialwissenschaftliche Erkenntnisse zu Freizeitverhalten oder Lebensstilen, die sich gelegentlich auf den Wissenschaftsseiten der Printmedien finden.
- > Anders als bei Medizin, Naturwissenschaften und Technik finden sich Beiträge über sozialwissenschaftliche Themen jedoch nur zu einem geringeren Anteil auf den Wissenschaftsseiten oder in Wissenschaftsmagazinen der elektronischen Medien. Für das Einfließen sozialwissenschaftlichen Wissens ist daher auch die *Sozialwissenschaftsberichterstattung in den klassischen Ressorts* von Bedeutung. Je nach thematischer Affinität wird in den Ressorts Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Vermischtes sowie auf Sonderseiten zu Themen wie »Frau und Gesellschaft«, »Jugend« oder »Freizeit und Familie« *auch* über sozialwissenschaftliche Erkenntnisse berichtet.

Die bisherige Forschung hat das Einfließen sozialwissenschaftlichen Wissens in die Medienberichterstattung also fast durchweg als Spezialfall der Wissenschaftsberichterstattung betrachtet. Damit wurde jener Teil der Berichterstattung erfaßt, bei dem die Sozialwissenschaften als Thema eines journalistischen Beitrags erkennbar waren. Ausgeblendet wurden Beiträge, die nur zum Teil auf sozialwissenschaftliches Wissen zurückgreifen.

> Weiss/Singer (1988) haben zum ersten Mal nicht nur Beiträge zu sozialwissenschaftlichen Themen (»focus items«) untersucht, sondern auch Beiträge zu anderen Themen, die sozialwissenschaftliches Wissen als Zusatzelement verwenden (»ancillary items«). Damit wurde neben der Sozialwissenschaftsberichterstattung im engeren Sinne auch die für die Präsenz der Sozialwissenschaften in den Massenmedien bedeutsame *sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung* analysiert. Es zeigte sich, daß die »ancillary items« die »focus items« im Untersuchungsjahr 1982 sogar mit zwei Dritteln zu einem Drittel überwogen. Und nur für die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung konstatierten Weiss/Singer (1988: 181) einen Zuwachs in ihrem Untersuchungszeitraum (zwischen 1970 und 1982), der allerdings von Medium zu Medium variierte.

Diese Ergebnisse sprechen dafür, daß mit der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung, in der sozialwissenschaftliches Wissen eine Zusatzfunktion erfüllt, ein bedeutsamer Teil des Gegenstandsbereichs »Sozialwissenschaften in den Massenmedien« neu erschlossen wurde. Für den deutschsprachigen Raum existiert bisher allerdings keine Studie, die diese Erweiterung des Untersuchungsgegenstands mitvollzogen hätte.

Neben den genannten, mehr oder weniger gut erforschten drei Berichterstattungsformen gibt es zwei weitere Möglichkeiten, wie sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung einfließen kann, die in der empirischen Forschung bisher keine Beachtung gefunden haben:

> Zunächst können sozialwissenschaftliche oder sozialwissenschaftlich abgestützte Argumente durch gesellschaftliche Akteure in die medienvermittelte Auseinandersetzung eingebracht werden. Zu denken wäre hier an die interessegeleitete *instrumentelle Verwendung sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse*, wenn es darum geht, *in der Medienöffentlichkeit* bestimmte Positionen zu untermauern (vgl. dazu Jarren/Weßler in diesem Band, Kap. 3.3.2.). Es kann sich dabei um »zufällig« verfügbares sozialwissenschaftliches Wissen handeln oder auch um Forschung, die speziell zur argumentativen Stützung bestimmter Positionen in Auftrag ge-

geben oder von einzelnen Akteuren selbst durchgeführt wurde.

- > Die unmerklichste Form des Einfließens schließlich besteht in der *weitgehend unbewußten, nicht-intendierten Diffusion sozialwissenschaftlicher Problemdeutungen in die Medienberichterstattung*. Eine solche Diffusion kann beispielsweise darauf zurückgeführt werden, daß immer mehr Journalisten selbst sozialwissenschaftlich vorgebildet sind. Sozialwissenschaftliches Wissen wird durch diese Art des »Einsickerns« zu einem Teil des nicht mehr hinterfragten gesellschaftlichen Hintergrundkonsenses bei der Deutung bestimmter sozialer Phänomene (vgl. Beck/Bonß 1989a; Weßler 1995). Die sozialwissenschaftliche Herkunft dieses Wissens verliert dabei immer mehr an Bedeutung, das Wissen wird immer weniger als sozialwissenschaftliches Wissen erkennbar.

2.2. Das Analysekonzept

Geht man von den fünf genannten Formen aus, in denen sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung einfließen kann, so lassen sich zunächst idealtypisch zwei unterschiedliche Analysekonzepte unterscheiden, mit denen dieses Einfließen untersucht werden könnte: Die Sozialwissenschaftsberichterstattung (im Wissenschafts- oder in einem anderen Ressort) sowie die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung lassen sich durch eine Untersuchung auf der Ebene einzelner journalistischer Beiträge analysieren. Der argumentativen Verwendung und der nicht-intendierten Diffusion kann demgegenüber nur nachgegangen werden, wenn die sozialwissenschaftlichen Problemdeutungen auf der Ebene einzelner Aussagen erfaßt und inhaltlich genau untersucht werden.

Im Rahmen der vorliegenden Studie konnte und sollte eine systematische Analyse der argumentativen Verwendung oder der nicht-intendierten Diffusion sozialwissenschaftlicher Problemdeutungen aus Zeit- und Kostengründen nicht vorgenommen werden. Die Studie versteht sich vielmehr als ein empirischer Schritt, mit dem das Erkenntnispotential einer Analyse auf der Beitragsebene möglichst weitgehend ausgeschöpft werden soll. Die Studie integriert dabei analytische Konzepte, die erste Rückschlüsse insbeson-

dere im Hinblick auf die argumentative Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der öffentlichen Diskussion ermöglichen (vgl. dazu Lau 1989).

Das Analysekonzept der vorliegenden Untersuchung läßt sich wie folgt charakterisieren:

- > Die Studie greift die von Weiss/Singer (1988) eingeführte Unterscheidung zwischen »focus items« und »ancillary items« auf und bezieht konsequent auch die sozialwissenschaftlich angereicherte Allgemeinberichterstattung in die Untersuchung ein.

Untersuchungseinheit ist der einzelne journalistische Beitrag. Erfasst werden nur manifeste Transferformen sozialwissenschaftlichen Wissens, d.h. nur solche Wissens Elemente, die sich ohne größere Interpretationsleistungen den Sozialwissenschaften zurechnen lassen. Unterschieden wird dabei - den Ergebnissen von Weiss/Singer folgend - zwischen Studien, Expertenstatements und Einzelergebnissen.

- > Anders als die Untersuchung von Weiss/Singer deckt diese Studie die Medienberichterstattung nicht in ihrer thematischen Breite ab, sondern beschränkt sich auf ein Themenfeld: die Berichterstattung über illegale Drogen.

Dieses Thema bietet sich als Untersuchungsgegenstand deshalb an, weil es ein geradezu klassisches soziales Problem darstellt. Das bedeutet, daß hier erstens ein ausreichender Textkorpus existiert, der sich zweitens relativ zwanglos von anderen Berichterstattungsthemen unterscheiden und damit als Untersuchungsgegenstand isolieren läßt und daß drittens ein Mindestmaß an sozialwissenschaftlichem Wissen existiert, das in der Medienberichterstattung identifiziert werden kann.

- > Um dem Zusatzcharakter des sozialwissenschaftlichen Wissens im Rahmen der sozialwissenschaftlich angereicherten Allgemeinberichterstattung gerecht zu werden, wurde bei der Erhebung konsequent zwischen dem Beitrag als ganzem und dem möglicherweise darin enthaltenen sozialwissenschaftlichen Wissens Element (Transferform) unterschieden. So wurden insbesondere die Kategorien Akteur und Thema jeweils für den Gesamtbeitrag und die

Transferform gleichermaßen erhoben (zum Kategoriensystem im einzelnen vgl. Kap. 3.2.): Unterschieden wird also zwischen dem *Beitragsthema* einerseits und dem *Transferthema*, also demjenigen Themenbereich, auf den sich das sozialwissenschaftliche Wissensselement bezieht, andererseits. Beitragsthema und Transferthema müssen nicht identisch sein, vor allem dann nicht, wenn es sich um einen längeren Beitrag handelt.

Auch bei den Akteuren wird zwischen dem für den Beitrag maßgeblichen Handlungsträger (*Hauptakteur*) und demjenigen Handlungsträger differenziert, der im Beitrag als Träger des sozialwissenschaftlichen Wissensselements auftaucht (*Transferakteur*). Auch diese müssen nicht identisch sein, zumal dann nicht, wenn das sozialwissenschaftliche Wissensselement erst im hinteren Teil des Beitrags plaziert ist.

> Zusätzlich zur Unterscheidung von Hauptakteur und Transferakteur wird erhoben, ob der Transferakteur sein *eigenes Wissen* oder ob er *Wissen aus fremden Quellen transferiert*. Diese Unterscheidung folgt der Beobachtung, daß sozialwissenschaftliches Wissen nicht in jedem Fall von den Sozialwissenschaften direkt in die Massenmedien gelangt, sondern daß es vorher bereits von anderen Akteuren verwendet wird (Primärverwendung), um dann etwa zur Unterstützung eigener Positionen in die Öffentlichkeit gebracht zu werden. In besonderer Weise trifft dies natürlich für Auftragsforschung zu, die in hochgradig politisierten Themenfeldern wie der Drogenpolitik eine besondere Rolle spielt.

> Wichtigstes Ziel der Untersuchung ist es, diejenigen Berichterstattungskontexte zu benennen, in denen überdurchschnittlich viel bzw. wenig sozialwissenschaftliches Wissen in die Berichterstattung einfließt. Dazu wurden vier Kontextdimensionen definiert:

Der *mediale Kontext* des Transfers umfaßt das Medium sowie die Art und den Umfang des Beitrags, in dem das sozialwissenschaftliche Wissensselement plaziert ist.

Der *thematische Kontext* ist bestimmt durch das Beitragsthema, das Transferthema und die Beziehung zwischen beiden sowie durch den Berichterstattungsanlaß des Beitrags.

Zum *Akteurskontext* gehören der Hauptakteur und der Transferakteur.

Der *Ereigniskontext* des Transfers schließlich wird erfaßt durch die Unterscheidung zwischen herausgehobenen Ereignissen und den Zeiten zwischen solchen Ereignissen (Ereignisphasen und Zwischenphasen).

> Eine Besonderheit des hier verwendeten Analysekonzepts besteht schließlich im Rückgriff auf das Konzept des Policy-Zyklus. Dieses Konzept gliedert den Politikprozeß, also die Entwicklung und Umsetzung von Politikkonzepten, in eine Reihe idealtypischer Stadien: Ein Policy-Zyklus beginnt demnach mit der Identifizierung eines Problems (*Problemdefinition*); im zweiten Schritt wird dieses Problem von bestimmten Akteuren auf die Tagesordnung gesetzt (*Agenda-Setting*); danach werden politische Maßnahmenvorschläge entwickelt, propagiert und ausgehandelt (*Politikformulierung*); mit der Implementation treten die Politikkonzepte in die Realisierungsphase, der Erfolg der Implementation wird schließlich durch *Evaluation* kontrolliert, aus deren Ergebnissen dann Rückschlüsse für einen neuen Zyklus der Politikentwicklung gezogen werden.

Das Konzept des Policy-Zyklus ist aus verschiedenen Gründen kritisiert worden, insbesondere deshalb, weil es den tatsächlichen Verlauf von Politikprozessen empirisch nicht angemessen beschreiben kann (vgl. z.B. Sabatier 1993): In der Realität können z.B. mehrere der Stadien parallel verlaufen, oder ein späteres Stadium baut nicht logisch auf einem früheren auf.

Das Konzept des Policy-Zyklus wird deshalb auch hier nicht als Realmodell des Politikprozesses verwendet. Es dient vielmehr als heuristisches Modell, das es erlaubt zu prüfen, inwiefern den idealtypisch konzipierten Stadien des Policy-Zyklus jeweils spezifische Formen des Sozialwissenschafts-Transfers in die Massenmedien entsprechen: Fließt beim Agenda-Setting und der Formulierung von Politikkonzepten sozialwissenschaftliches Wissen in größerem oder geringerem Umfang in die Medienberichterstattung ein als etwa im Zusammenhang mit der Implementation oder Evaluation von Policies?

3. Methodik

3.1. Untersuchungsmaterial und -zeiträume

Das Einfließen sozialwissenschaftlichen Wissens in die Drogenberichterstattung wurde mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse von Printmedientexten untersucht (vgl. den Überblick über die Methodik der Untersuchung). Die Beschränkung auf die Printmedien erfolgte aus forschungspraktischen Gründen: Die Sicherung des Untersuchungsmaterials ist hier mit weit geringerem Aufwand möglich als bei den flüchtigen elektronischen Medien Hörfunk und Fernsehen. Um innerhalb der Printmedien eine möglichst große Vielfalt von Mediengattungen und einzelnen Medien abzudecken, wurde bei der Sammlung des Analysematerials auf bestehende Presseauschnittarchive zurückgegriffen. So konnte darauf verzichtet werden, die für das Thema Drogen relevanten Beiträge am Originalmaterial zu erheben - ein Vorgehen, das fast zwangsläufig dazu führt, daß die Analyse auf einzelne ausgewählte Titel beschränkt werden muß.

Als Basis wurde daher zunächst das Presseauschnittarchiv des Deutschen Bundestags genutzt. Hier konnten bereits knapp 90% des späteren Untersuchungsmaterials gesichert werden. Über die Vollständigkeit bzw. Repräsentativität des im Bundestagsarchiv gesammelten Materials können keine exakten empirischen Aussagen gemacht werden. Allerdings haben Gerhards/Lindgens (1995) im Rahmen ihrer umfangreichen Analyse zum Abtreibungs-Diskurs die Berichterstattung der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« und der »Süddeutschen Zeitung« stichprobenartig mit den im Bundestagsarchiv gesammelten Artikeln verglichen. »Der Vergleich zeigt, daß im Bundestagsarchiv im Durchschnitt 70 Prozent der veröffentlichten Artikel registriert wurden. Eine systematische Verzerrung der Auswahl durch das Bundestagsarchiv [...] konnte nicht festgestellt werden. Insofern gehen wir davon aus, daß die Artikelsammlung des Bundestagsarchivs ein repräsentatives Sample der Grundgesamtheit der in den beiden Zeitungen publizierten Artikeln darstellt.« (Gerhards/Lindgens 1995: 5).

Um dennoch nicht von einer einzigen Quelle abhängig zu sein, wurde im Rahmen dieser Untersuchung als zweite Quelle das Presseauschnittarchiv des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs

(HWWA) genutzt. Hier wurden noch einmal gut 10% des späteren Untersuchungsmaterials erhoben. Schließlich wurde der so entstandene Textkorpus mit Hilfe von zwei weiteren Referenzquellen auf Vollständigkeit hin geprüft und in einigen wenigen Fällen weiter ergänzt. Genutzt wurde dabei der Zeitungsindex von Gorzny, der größere Zeitungsartikel aus ausgewählten deutschsprachigen Zeitungen und Zeitschriften verzeichnet, sowie das Register des »Spiegel«.

Im Ergebnis kann davon ausgegangen werden, daß der Textkorpus, der der Untersuchung schließlich zugrundelag, im Bereich der Qualitätspresse (überregionale Tageszeitungen, Wochenzeitungen, Nachrichtenmagazine) ein repräsentatives Abbild der Grundgesamtheiten darstellt. Inwieweit dies auch für die regionale und lokale Presse gilt, ist nicht endgültig geklärt.

Erkennbar ist beim Bundestagsarchiv in jedem Fall das Bemühen, eine große Anzahl unterschiedlicher, auch kleinerer regionaler und lokaler Tageszeitungen bei der Presseauswertung abzudecken. Im HWWA-Archiv existiert ein spezieller Sammelschwerpunkt für die Hamburger Lokalzeitungen, so daß hier von einer weitgehend vollständigen Ausschöpfung ausgegangen werden kann. Es ist deshalb möglich, daß die Vollständigkeit des Untersuchungsmaterials zwischen Hamburg und anderen Regionen variiert; aus diesem Grund wird bei der Auswertung auf regionale Vergleiche ganz verzichtet.

Persönliche Nachfragen in den Archiven ergaben darüber hinaus keine Anhaltspunkte dafür, daß das Material im Hinblick auf die Fragestellung dieser Untersuchung, also das Einfließen sozialwissenschaftlicher Wissensselemente, Verzerrungen aufweist. Insgesamt scheint daher auch bei den regionalen und lokalen Zeitungen eine dem Untersuchungsaufwand angemessene Qualität des Untersuchungsmaterials erreicht worden zu sein.

Bei den Boulevardzeitungen und Publikumszeitschriften ist von einer größeren Selektivität der Archive auszugehen. Wie Nachfragen in den Archiven ergaben, schlagen mögliche Verzerrungen in der Auswahl des Materials hier in jedem Fall zugunsten längerer, »substantiellerer« Beiträge aus. Da zu vermuten ist, daß sich sozialwissenschaftliche Wissensselemente am ehesten in solchen längerer Beiträgen finden, stellen diese möglichen Verzerrungen für die in dieser Unter-

Sozialwissenschaften in der Drogenberichterstattung der Printmedien - Methodik der Inhaltsanalyse im Überblick -

Untersuchungsgegenstand:

- > Berichterstattung über illegale Drogen in bundesdeutschen Printmedien
- > Manifeste Transferformen sozialwissenschaftlichen Wissens

Untersuchte Mediengattungen:

- > Überregionale Tageszeitungen
- > Nachrichtenmagazine
- > Wochenzeitungen
- > Regionale/lokale Tageszeitungen
- > Boulevardzeitungen
- > Publikumszeitschriften

Quellen:

- > Presseauschnittarchiv des Deutschen Bundestags
- > Presseauschnittarchiv des Hamburger Weltwirtschaftsarchivs (HWWA)
- > Gorzny: Zeitungsindex
- > »Spiegel«-Register

Untersuchungszeiträume und Grundgesamtheiten:

- I. Drogenberichterstattung insgesamt
 - > Juli 1993 bis Februar 1995; n = 1.698 Beiträge
- II. »Freigabe«-Debatte
 - > September 1988 bis Februar 1995; n = 1.446 Beiträge

suchung verfolgte Fragestellung kein grundsätzliches Problem dar: Daß ein relevanter Teil des Sozialwissenschafts-Transfers durch die Selektivität der Archive verloren gegangen sein könnte, ist nicht anzunehmen.

Der Gesamttextkorpus gliedert sich in zwei thematisch und zeitlich unterschiedliche Grundgesamtheiten. Der größte Teil der Analysen bezieht sich auf die gesamte Berichterstattung über illegale Drogen im Zeitraum von Juli 1993 bis Februar 1995. In diese Zeit fallen 1.698 Beiträge. Die meisten Dimensionen des Analysekonzepts lassen sich mit dieser Grundgesamtheit analysieren. Lediglich für die Analyse des Ereigniskontextes, also die Unterscheidung von Ereignisphasen und Zwischenphasen schien ein längerer Untersuchungszeitraum wünschenswert. Aus diesem Grund wurde ein zentraler Teil der Drogenberichterstattung zusätzlich über einen längeren Zeitraum (September 1988 bis Februar 1995) untersucht. Dabei handelt es sich um die sogenann-

te »Freigabe«-Debatte, die aus folgenden drei Diskussionssträngen besteht:

- > der Diskussion über eine mögliche strafrechtliche Entkriminalisierung von Cannabis,
- > der Debatte über eine medizinisch kontrollierte Vergabe von Heroin an Süchtige sowie
- > der allgemeinen Diskussion über die Vor- und Nachteile einer eher liberalen bzw. eher repressiven Drogenpolitik.

Nicht immer ging es in der »Freigabe«-Debatte um eine Freigabe im wörtlichen Sinne, also um die Legalisierung bisher illegaler Drogen. Alle drei genannten Aspekte werden in der Berichterstattung selbst jedoch meist unter dem Begriff oder mit Bezug auf den Begriff der »Freigabe« diskutiert. Deshalb wird hier ebenfalls diese Bezeichnung verwendet. Um den häufig ungenauen Wortgebrauch in der Debatte selbst zu kennzeichnen, wird der Begriff »Freigabe« allerdings in Anführungszeichen gesetzt. Die

Grundgesamtheit betrug bei der »Freigabe«-Debatte 1.446 Beiträge.

3.2. Das Kategoriensystem

Das in dieser Studie verwendete Kategoriensystem gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil wurden diejenigen Informationen codiert, die für die Verwaltung des Datensatzes notwendig sind. Der zweite Teil betrifft die formalen Merkmale des Beitrags, der dritte Teil den allgemeinen, nicht-transferbezogenen Inhalt des Beitrags. Im vierten Teil schließlich geht es um die Existenz eines sozialwissenschaftlichen Wissenslements und seine nähere Charakterisierung.

3.2.1. Formale Merkmale des Beitrags

Zu den formalen Merkmalen des Beitrags gehören:

- > das *Medium*, in dem der Beitrag erschienen ist,
- > das *Erscheinungsdatum*,
- > die *Länge* des Beitrags in *Zeilen*,
- > die *Länge* einer durchschnittlichen *Druckzeile* in Anschlägen sowie
- > die *Textgattung* des Beitrags.

Da die untersuchten Beiträge aus sehr unterschiedlichen Medien stammten, war die Textdichte von Beitrag zu Beitrag sehr unterschiedlich. Um für die Auswertung ein über alle Beiträge vergleichbares Maß für die Textmenge zu erhalten, wurde der Textumfang auf eine Zeilenlänge von 35 Anschlägen standardisiert.

3.2.2. Allgemeiner Inhalt des Beitrags

Der allgemeine, nicht-transferbezogene Inhalt des Beitrags wurde durch die Kategorien Beitragsthema, Berichterstattungsanlaß, Akteur (ggf. mit Parteizugehörigkeit) und räumlicher Bezug erfaßt:

> Die Erhebung des *Beitragsthemas* folgt einer Unterscheidung zwischen drogenpolitischen Diskussionsfeldern und Hintergrundthemen. In den Diskussionsfeldern findet die politische Diskussion über allgemeine Konzepte und einzelne Maßnahmen der Drogenpolitik statt. Dazu gehört neben den genannten Aspekten der »Freigabe«-Debatte (z.B. Entkriminalisierung von Cannabis) etwa die Diskussion über die Einrichtung von Fixerräumen oder die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität.

Zu den Hintergrundthemen gehören einerseits Routineberichte etwa über die aktuellen Drogentotenzenzahlen oder über Fahndungserfolge der Polizei; andererseits finden sich hier Themenbereiche wie »Prävention/Ursachen des Drogenkonsums« oder »Gebrauchsmuster/Einstellungen zu Drogen«, in deren Rahmen Hintergrundinformationen gegeben werden, ohne daß ein expliziter Bezug zu einem der Diskussionsfelder hergestellt wird.

Aufgrund einer zu Beginn der Untersuchung bereits bestehenden recht genauen Kenntnis der thematischen Struktur der Drogenberichterstattung wurden neun drogenpolitische Diskussionsfelder und neun Hintergrundthemen definiert. Die Codieranweisung sah vor, daß immer zuerst geprüft werden sollte, ob der Beitrag einem Diskussionsfeld zuzuordnen war; wenn dies nicht der Fall war, sollte ein Hintergrundthema codiert werden. Auf diese Art und Weise konnten annähernd 90% der Beiträge thematisch differenziert erfaßt werden.

> Die Erfassung des *Berichterstattungsanlasses* orientierte sich an der Unterscheidung zwischen Pseudoereignissen und »genuinen« Ereignissen, wie sie Schmitt-Beck/Pfetsch (1994) in Anlehnung an Kepplinger verwendet haben. Unter einem *Pseudoereignis* ist ein Ereignis zu verstehen, das ausschließlich zu dem Zweck stattfindet, daß die Medien darüber berichten. In diese Gruppe fallen vor allem Pressekonferenzen und Stellungnahmen von Akteuren.

Zwar sind auch »genuine« *Ereignisse* häufig mediatisiert, d.h. in ihrer konkreten Gestaltung auf eine erwünschte Medienberichterstattung hin ausgerichtet, sie finden jedoch primär wegen ihrer Funktion in medienexternen Funktionszusammenhängen statt. Diese Funktionszusammenhänge können politischer oder nicht-politischer Art sein.

Entsprechend wurde bei den »genuinen« Ereignissen zwischen politischen Ereignissen und nicht-politischen Ereignissen (vor allem Ereignissen aus den verschiedenen Bereichen der praktischen Problembearbeitung wie der Justiz, der Drogenhilfe etc.) unterschieden. Schließlich gab es die Möglichkeit, daß dem Beitrag kein Ereignis als Berichterstattungsanlaß zugrundelag, daß in dem Beitrag also etwa über eine längerfristige Entwicklung berichtet wird.

Zusätzlich zu dieser Unterscheidung der Ereignisarten enthält die Kategorie »Berichterstattungsanlaß« eine Differenzierung zwischen sozialwissenschaftlichen und nicht-sozialwissenschaftlichen Berichterstattungsanlässen.

Fünf unterschiedliche *Berichterstattungsanlässe mit Sozialwissenschaftsbezug* wurden definiert: im Bereich der Pseudoereignisse die Vorstellung einer sozialwissenschaftlichen Studie auf einer Pressekonferenz, die Stellungnahme eines Sozialwissenschaftlers sowie die Publikation in einem sozialwissenschaftlichen Fachmedium;

als »genuines« politisches Ereignis das Parlamentarische Ereignis unter Beteiligung von Sozialwissenschaftlern (etwa im Zusammenhang mit Expertenanhörungen oder Enquête-Kommissionen);

als »genuines« nicht-politisches Ereignis der sozialwissenschaftliche Kongreß (Tagung, Veranstaltung).

- > Der *Hauptakteur* des Beitrags wurde mittels vier großer Akteursklassen erhoben: Politiker, professionelle Problembearbeiter, Experten und Betroffene. Bei den Experten wurde weiter zwischen wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Experten unterschieden, die wissenschaftlichen Experten schließlich nach Disziplinenzugehörigkeit erfaßt.
- > Die *Parteizugehörigkeit* wurde für diejenigen Akteure erfaßt, für die eine Parteizugehörigkeit im Beitrag angegeben war bzw. bei denen dies allgemein bekannt ist (Bundesminister, Ministerpräsidenten). Dies traf bei rund einem Viertel der Hauptakteure zu.
- > Schließlich wurde der *räumliche Bezug des Hauptgeschehens* verschlüsselt. Unterschieden wurde hier zwischen den verschiedenen Ebenen: Lokale Ebene, Landesebene, Bundesebene, Ausland/internationale Ebene. Innerhalb

der Ebenen wurde der räumliche Bezug jeweils noch genauer erfaßt. Es war jedoch auch möglich zu codieren, daß der Inhalt des Beitrags keinen räumlichen Bezug aufweist, etwa weil allgemeingültige Aussagen über den Drogenkonsum getroffen werden. Dies war bei 8,5% der Beiträge der Fall.

3.2.3. Transferbezogener Inhalt des Beitrags

Der transferbezogene Inhalt des Beitrags wurde wie folgt erfaßt:

> Zur Identifikation eines *sozialwissenschaftlichen Wissenselements (Transferform)* mußten zwei Bedingungen gleichzeitig erfüllt sein (vgl. dazu das analoge Vorgehen bei Weiss/Singer 1988): Zum einen mußte ein spezifisches inhaltliches Element explizit genannt sein: eine Forschungsarbeit/Studie, ein empirisches Ergebnis/empirische Daten, eine Forschungsmethode oder eine Theorie.

Zum anderen mußte dieses inhaltliche Element einer der für diese Untersuchung relevanten sozialwissenschaftlichen Disziplinen zuzuordnen sein (Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Wirtschaftswissenschaft, Kriminologie, Epidemiologie, Ethnologie).

War eine Textstelle identifiziert, die ein so definiertes sozialwissenschaftliches Wissenselement enthielt, so wurde nun codiert, ob es sich dabei um eine *Studie*, ein *Expertenstatement*, ein *Einzelergebnis* oder eine *sonstige Transferform* sozialwissenschaftlichen Wissens handelte. Analysiert wurde jeweils nur die chronologisch zuerst vorkommende Transferform; mögliche weitere Transferformen wurden nicht einzeln, sondern über die Kategorie Transfer-Anteil am Beitrag miterfaßt (siehe unten).

Enthielt der Beitrag eine Transferform sozialwissenschaftlichen Wissens, so wurden schließlich folgende Kategorien codiert:

- > An welcher Stelle ist das sozialwissenschaftliche Wissenselement im Beitrag plazierte (*Plazierung*)?
- > Welchem *Transferakteur* wird das sozialwissenschaftliche Wissenselement im Beitrag zuge-

schrieben? Hier wurde die gleiche Systematik verwendet wie beim Hauptakteur des Beitrags.

- > Wie ist der *Name des Transferakteurs*?
- > Zu welcher *Partei* gehört der Transferakteur?
- > Handelt es sich bei dem sozialwissenschaftlichen Wissensselement um *Eigenwissen des Transferakteurs* oder um Wissen aus fremden Quellen?
- > Auf welches Thema bezieht sich das sozialwissenschaftliche Wissensselement (*Transferthema*)? Wiederum wurde hier die Systematik zugrundegelegt, die bereits beim Beitragsthema Verwendung fand.
- > Welchen flächenmäßigen *Anteil* nehmen alle Transferformen sozialwissenschaftlichen Wissens *am Gesamtbeitrag* ein?

4. Ergebnisse

4.1. Ausmaß und Art des sozialwissenschaftlichen Wissens

4.1.1. Die Transferquote

Das zentrale Maß für die Intensität des Sozialwissenschafts-Transfers stellt die Transferquote dar. Damit ist der Anteil der Beiträge mit sozialwissenschaftlichem Wissensselement an der jeweiligen Grundgesamtheit gemeint. Eine Transferquote von 10% besagt also, daß von 100 untersuchten Beiträgen zehn eine Transferform enthalten. Die vorliegende Untersuchung baut auf dem Vergleich der Transferquoten in unterschiedlichen Teilmengen des Materials auf.

Für die Drogenberichterstattung insgesamt beträgt die Transferquote 7,6%. Sozialwissenschaftliches Wissen nach der hier verwendeten Definition findet sich in 129 der 1.698 untersuchten Artikel (Schaubild 1). 59 der untersuchten Beiträge enthalten ein sozialwissenschaftliches Einzelergebnis (3,5%), 51 berichten über Studien (3%), 15 Beiträge beinhalten ein sozialwissenschaftliches Expertenstatement (0,9%) und 4 Beiträge (0,2%) eine sonstige Transferform sozialwissenschaftlichen Wissens.

4.1.2. Zentrum oder Zusatzelement: Platzierung und Anteil der Sozialwissenschaften im Beitrag

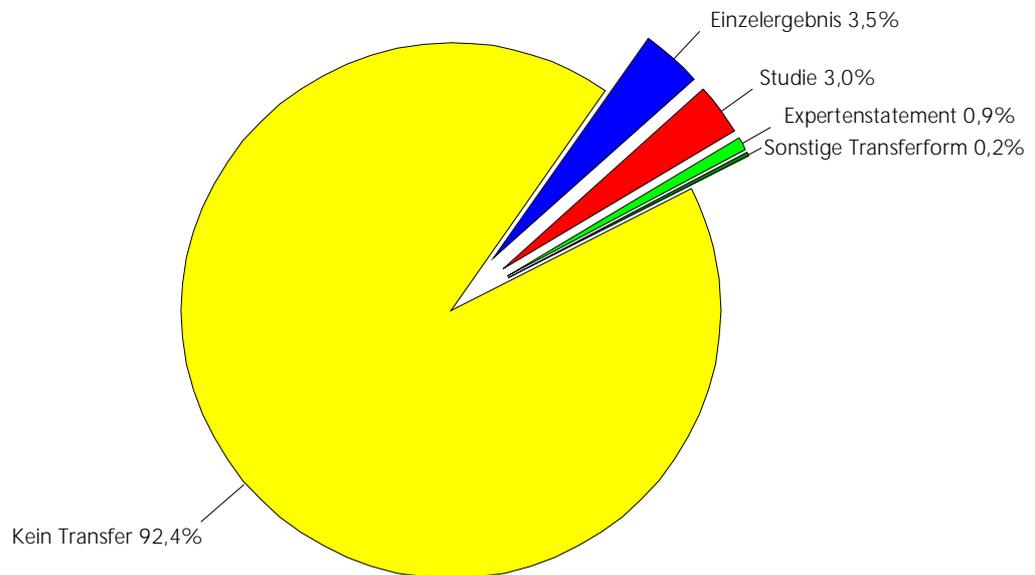
Beim Vergleich der unterschiedlichen Transfertypen läßt sich eine klare Zweiteilung zwischen Studien einerseits sowie Expertenstatements und Einzelergebnissen andererseits feststellen (Tabelle 1).

Sozialwissenschaftliche *Studien* finden sich - im Vergleich zu den anderen Transfertypen - überwiegend in kürzeren Beiträgen; im Durchschnitt sind diese Beiträge 92 Zeilen lang.² Auf Studien wird in der Hälfte der Fälle bereits in der Überschrift verwiesen, in einem weiteren knappen Viertel der Fälle werden die Studien im ersten Drittel des Textes genannt. Der Sozialwissenschafts-Transfer nimmt in Beiträgen, die sich auf

² Dabei sind Beiträge mit sozialwissenschaftlichen Wissensselementen insgesamt länger als Beiträge ohne Transfer, die durchschnittlich 74 Zeilen aufweisen.

Schaubild 1:

Sozialwissenschaftliche Wissens Elemente in der Drogenberichterstattung



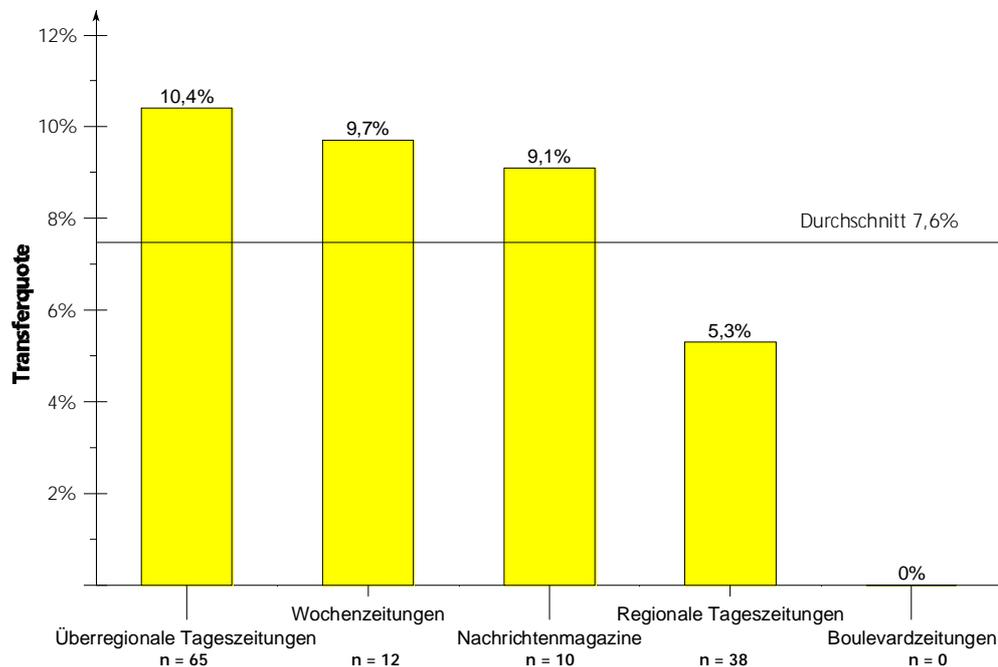
n = 1.698

Tabelle 1: Transfertypen nach Beitragslänge, Platzierung und Anteil des Transfers im Beitrag

Transfertyp	Beitragslänge			Plazierung des Transfers im Beitrag			Transfer-Anteil im Beitrag	
	bis 90 Zeilen	90 bis 180 Zeilen	über 180 Zeilen	in der Überschrift	im 1. Text-drittel	weiter hinten	mehr als ein Drittel	weniger als ein Drittel
Studien n = 51	63% (32)	31% (16)	6% (3)	51% (26)	22% (11)	27% (14)	82% (42)	18% (9)
Ergebnisse/ Statements n = 74	35% (26)	35% (26)	30% (22)	7% (5)	35% (26)	58% (43)	19% (14)	81% (60)

Schaubild 2:

Transferquoten nach Mediengattungen



sozialwissenschaftliche Studien beziehen, zudem einen beträchtlichen Anteil des Beitragstextes in Anspruch; in 27% der Fälle mit Studien beansprucht der Transfer sogar 100% des jeweiligen Beitrags.

Bei den *Expertenstatements und Einzelergebnissen* ist der Befund genau umgekehrt: Die Beiträge, in denen diese Transferformen zu finden sind, sind mit 167 Zeilen im Durchschnitt relativ lang. Ein knappes Drittel der Expertenstatements und Einzelergebnisse findet sich in Artikeln, die länger sind als 180 Zeilen. Knapp drei Fünftel dieser Transferformen stehen erst im zweiten oder letzten Drittel des jeweiligen Beitrags. Und in vier Fünfteln der Beiträge mit Expertenstatements und Einzelergebnissen beansprucht der Transfer weniger als ein Drittel des Gesamtbeitrags.

Die **1. These** lautet daher:

Es gibt zwei völlig unterschiedliche Berichterstattungsmodi für sozialwissenschaftliches Wissen aus Studien einerseits sowie Einzelergebnisse und Expertenstatements andererseits. Studien stehen eher im Zentrum des jeweiligen Beitrags, Einzelergebnisse und Expertenstatements fungieren eher als Zusatzelemente.

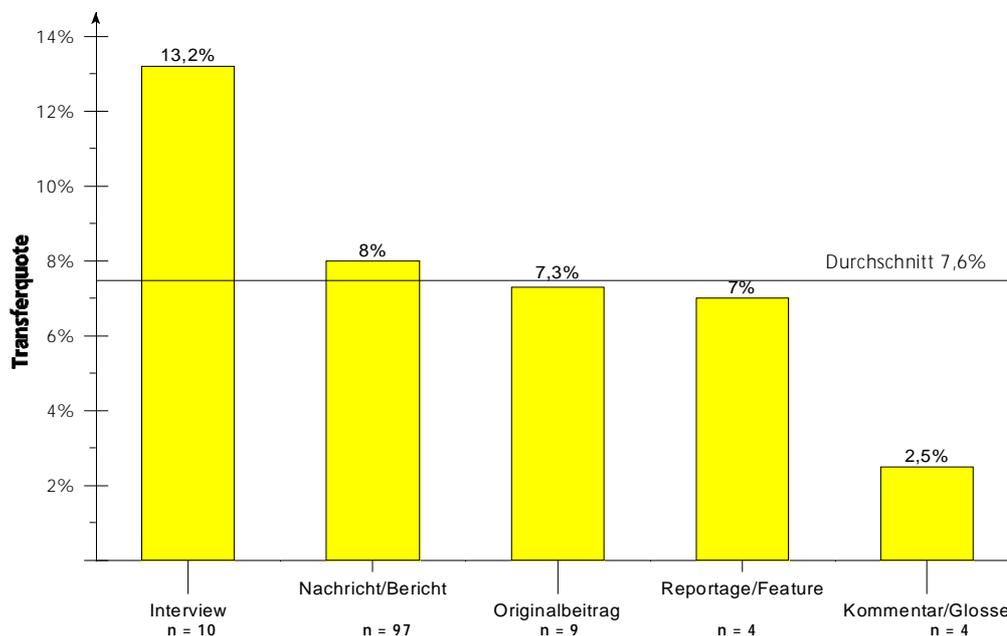
4.2. Der mediale Kontext des Transfers

4.2.1. Transferquoten der Mediengattungen

Überproportional häufig findet sich sozialwissenschaftliches Wissen erwartungsgemäß in den überregionalen Tageszeitungen (65 von 628 Beiträgen, Transferquote: 10,4%), den Wochenzeitungen (12 von 124 Beiträgen oder 9,7%) und den Nachrichtenmagazinen (10 von 110 Beiträgen oder 9,1%) (Schaubild 2). Die regionalen und lokalen Tageszeitungen liegen mit einer Transferquote von 5,3% (38 von 711 Beiträgen) dagegen unter dem Durchschnitt. In den Boulevardzeitungen findet sich kein sozialwissen-

Schaubild 3:

Transferquoten nach Textgattungen



In das Schaubild wurden nur Textgattungen mit mindestens 4 Transferformen aufgenommen.

schaftliches Wissensselement; bei den Publikumszeitschriften und den Anderen Mediengattungen erscheint die Berechnung von Transferquoten aufgrund geringer Grundgesamtheiten nicht sinnvoll.³

Die große Bedeutung der überregionalen Medien für den Sozialwissenschafts-Transfer wiederholt sich - unabhängig vom Verbreitungsgebiet der einzelnen Medien - auch auf inhaltlicher Ebene. So finden sich sozialwissenschaftliche Wissensselemente am ehesten in Beiträgen mit einem bundesweiten räumlichen Bezug sowie in solchen, die keinen räumlichen Bezug aufweisen, etwa weil sie allgemeingültige Aussagen über den Drogenkonsum machen. In der Lokalberichterstattung treten die Sozialwissenschaften dagegen kaum in Erscheinung.

Als **2. These** bleibt festzustellen:

Vorrangige Transferkanäle unter den Printmediengattungen sind in der Drogenberichterstattung die Qualitätsmedien, allen voran die überregionalen Tageszeitungen, gefolgt von den Wochenzeitungen und den Nachrichtenmagazinen.

4.2.2. Sozialwissenschafts-Transfer in unterschiedlichen Textgattungen

Überdurchschnittlich viele Transferformen finden sich in den untersuchten Interviews (10 von 66 Beiträgen, Transferquote: 13,2%) (Schaubild 3). In kommentierenden Beiträgen findet sich dagegen nur außerordentlich selten ein sozialwissenschaftliches Wissensselement (4 von 158 Beiträgen oder 2,5%). Informierende und subjektiv-erzählende Beitragsformen sowie Originalbeiträge liegen mit ihren Transferquoten etwa im Durchschnitt: Nachrichten und Berichte enthalten in 97 von 1.211 Fällen (8%) ein sozialwissenschaftliches Wissensselement, Originalbeiträge in 9 von

³ Bei den Publikumszeitschriften enthalten 3 von 34 Beiträgen ein sozialwissenschaftliches Wissensselement, bei den Anderen Mediengattungen ist es 1 Beitrag von 23.

122 Fällen (7,3%) und Reportagen und Features in 4 von 57 Fällen (7%). Nicht sinnvoll erscheint die Berechnung einer Transferquote bei den Leserbriefen (2 von 57 Beiträgen enthalten ein sozialwissenschaftliches Wissensselement) und den Sonstigen Texten (3 von 13 Beiträgen).

Die Transferquoten der in Schaubild 3 dargestellten Textgattungen lassen sich zum Teil durch die unterschiedlichen Beitragslängen erklären. Längere Beiträge bieten schon vom verfügbaren Platz her eher die Möglichkeit, ein sozialwissenschaftliches Wissensselement zu integrieren. So steigt mit der Länge eines Beitrags auch die Transferquote an: Beiträge zwischen 60 und 90 Zeilen liegen mit einer Transferquote von 7,9% etwa im Durchschnitt; alle kürzeren Beiträge weisen geringere, alle längeren Beiträge höhere Transferquoten auf. Setzt man nun die Textgattungen mit der Länge der Beiträge in Beziehung, so zeigt sich, daß die Textgattung mit der geringsten Transferquote, Kommentar/Glosse, auch die durchschnittlich kürzesten Beiträge aufweist. Umgekehrt ist das Bild nicht ganz so eindeutig: Interviews, die als Textgattung die höchste Transferquote besitzen, sind zwar überdurchschnittlich lang. Die mit Abstand längsten Beiträge sind jedoch Reportagen und Features; sie weisen je-

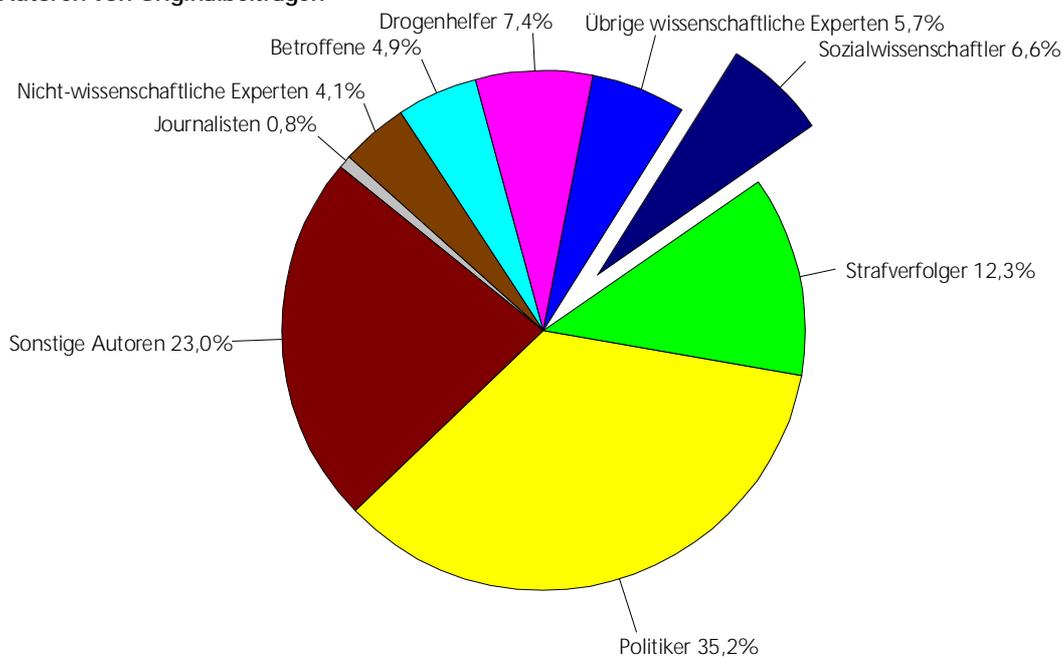
doch nur eine durchschnittliche Transferquote auf.

Dieser erkennbare, aber nicht eindeutige Zusammenhang zwischen Textgattungen und Beitragslängen legt den Schluß nahe, daß nicht die Beitragslänge allein über die Höhe der Transferquote entscheidet, sondern daß die Besonderheiten einzelner Textgattungen ebenfalls einen Einfluß auf den Transfer besitzen. Deshalb werden im folgenden zwei Textgattungen genauer betrachtet, von denen angenommen werden kann, daß sie wichtige Transferkanäle für Sozialwissenschaftler darstellen: Originalbeiträge und Interviews.

Die Vermutung, daß Sozialwissenschaftler bevorzugt mit *Originalbeiträgen* zu Wort kommen, wird durch die vorliegende Untersuchung nicht gestützt (Schaubild 4): Nur 8 der 122 Originalbeiträge (6,6%) wurden erkennbar von Sozialwissenschaftlern verfaßt. Weitere 7 Originalbeiträge stammen von anderen wissenschaftlichen Experten: 3 von Medizinern, 2 von Rechtswissenschaftlern, bei den übrigen 2 Wissenschaftlern ging die Fachrichtung aus dem Beitrag nicht hervor. Nicht die wissenschaftlichen Experten dominieren also als Autoren von Originalbeiträgen,

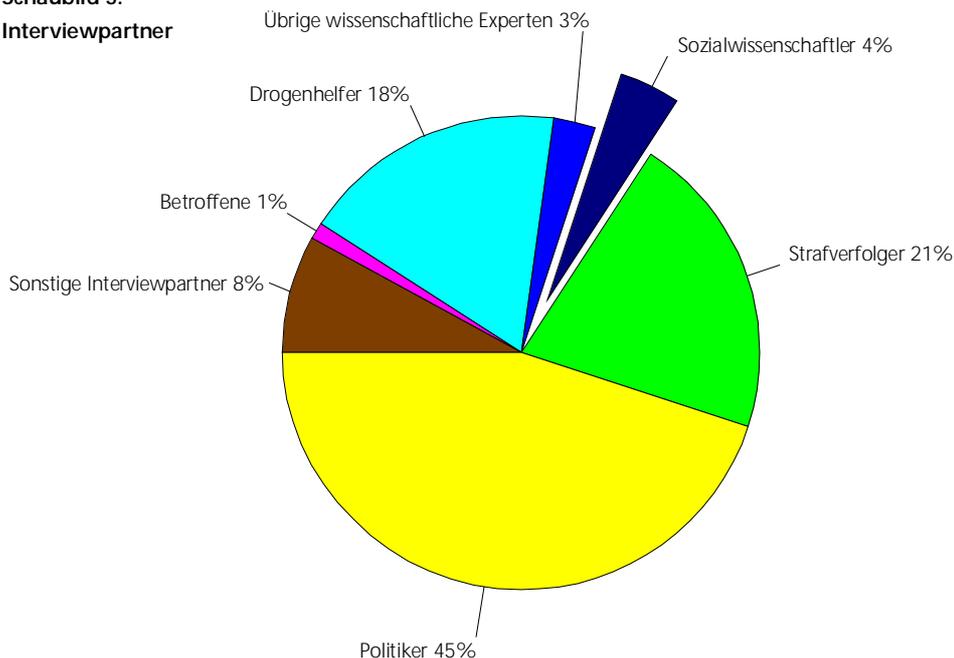
Schaubild 4:

Autoren von Originalbeiträgen



n = 122

Schaubild 5:
Interviewpartner



n = 76

sondern - mit 43 von 122 Beiträgen oder rund 35% - die politischen Akteure. Sie werden gefolgt von den Strafverfolgern mit 15 Originalbeiträgen. Alle anderen Akteursklassen sind zahlenmäßig von untergeordneter Bedeutung.⁴

Obwohl in abgedruckten *Interviews* überdurchschnittlich häufig sozialwissenschaftliche Wissensselemente anzutreffen sind, ist der Anteil der als Sozialwissenschaftler erkennbaren Interviewpartner mit 3 von 76 (4%) außerordentlich niedrig (Schaubild 5). Auch hier dominieren die Politiker (34 Interviews), gefolgt von den Strafverfolgern (16) und den Drogenhelfern (14).⁵

Aus diesen Ergebnissen folgt als **3. These:**

Der direkte, persönliche Wissenstransfer durch Sozialwissenschaftler (in Form von Originalbeiträgen und Interviews) macht quantitativ nur einen sehr geringen Anteil des beobachtbaren Sozialwissenschafts-Transfers in die Massenmedien aus.

4.3. Der thematische Kontext des Transfers

4.3.1. Sozialwissenschaftliche Berichterstattungsanlässe

Längst nicht allen Beiträgen, die ein sozialwissenschaftliches Wissensselement enthalten, liegt ein Ereignis aus dem Bereich der Sozialwissenschaften als Berichterstattungsanlaß zugrunde: Nur 2,5% der untersuchten Beiträge (43 Beiträge) weisen einen solchen sozialwissenschaftlichen Berichterstattungsanlaß auf (Tabelle 2). Dabei handelt es sich meist um die Vorstellung einer sozialwissenschaftlichen Studie auf einer Pressekonferenz (16 Beiträge), um eine sozialwissenschaftliche Publikation als Berichterstattungsanlaß (12 Beiträge) oder eine sozialwissenschaftliche Tagung (9 Beiträge). Die Transferquote liegt bei den Beiträgen mit sozialwissenschaftlichem Berichterstattungsanlaß bei 72% (31 von 43 Beiträge). Das bedeutet umgekehrt aber auch: In gut einem Viertel der Beiträge mit sozialwissenschaftlichem Berichterstattungsanlaß wurde kein sozialwissenschaftliches Wissen transferiert. Das deutet darauf hin, daß es nicht in jedem Bericht

⁴ Neben den genannten Akteursklassen entfallen auf Drogenhelfer 9, auf Betroffene 6, auf nichtwissenschaftliche Experten 5, auf Journalisten 1 und auf Sonstige Autoren 28 Originalbeiträge.

⁵ Auf die übrigen wissenschaftlichen Experten (Nicht-Sozialwissenschaftler) entfallen 2, auf Betroffene 1 und auf Sonstige Interviewpartner 6 Interviews.

über Themen aus den Sozialwissenschaften oder unter Beteiligung von Sozialwissenschaftlern auch primär um das Wissen gehen muß, das die Sozialwissenschaften produzieren und bereitstellen.

4.3.2. Thematische Einbettung des sozialwissenschaftlichen Wissens

4.3.2.1. Beitragsthemen

Zur Analyse des thematischen Berichterstattungskontextes wurde - wie oben dargestellt - die Drogenberichterstattung in eine Reihe von drogenpolitischen Diskussionsfeldern einerseits und in verschiedene Hintergrundthemen andererseits eingeteilt. Gemessen an den Beitragsthemen zeigt sich zunächst: Sozialwissenschaftliches Wissen findet sich vor allem in den Beiträgen zu Hintergrundthemen: Hier liegt die Transferquote bei 10,5%, während sie bei den Beiträgen, die sich direkt auf ein oder mehrere Diskussionsfelder beziehen, nur 6% beträgt. In Schaubild 6 sind die einzelnen Themenkategorien mit ihren jeweiligen

Transferquoten verzeichnet; Hintergrundthemen sind dabei dunkel, Diskussionsfelder hell dargestellt.⁶

Als Transfer-Spitzenreiter unter den Themenkategorien erweisen sich die Bereiche »Prävention/Ursachen des Drogenkonsums« (26 von 65 Beiträgen oder 40%), »Allgemeine Gebrauchsmuster und Einstellungen zu Drogen« (16 von 61 oder 26,2%) sowie »Substitution« (18 von 84 oder 21,4%). Nur eine weitere Themenkategorie weist eine überdurchschnittliche Transferquote auf (»physische, psychische und soziale Wirkungen einzelner Substanzen« mit 9,8%), alle übrigen liegen mit ihrer Transferquote unter dem Durchschnitt von 7,6%. Dazu zählen insbesondere auch die drei Diskussionsfelder, die die »Freigabe«-Debatte bilden (»Entkriminalisierung Cannabis«, »Kontrollierte Heroinvergabe« sowie die Kategorie »Mehrere Diskussionsfelder«, die auch die allgemeine Diskussion über eine liberale bzw. repressive Drogenpolitik erfaßt).

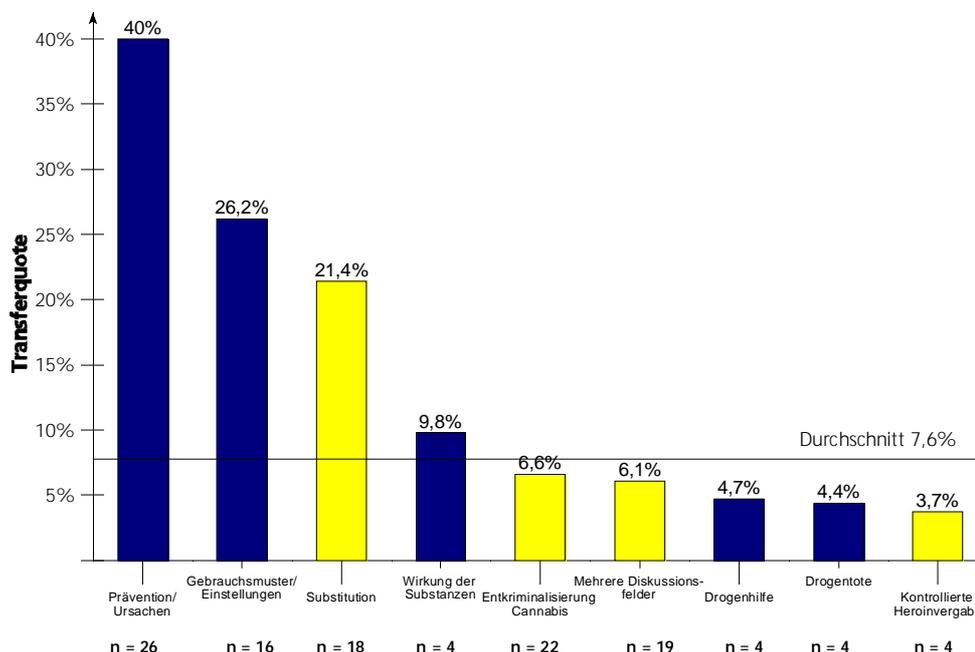
Die Themenkategorien mit überdurchschnittlichen Transferquoten gehören meist zum Hintergrundbereich. Einzige Ausnahme ist das Themen-

Tabelle 2: Sozialwissenschaftliche Berichterstattungsanlässe nach Transfertypen

Berichterstattungsanlaß	Studie	Expertenstatement	Einzel-ergebnis	Kein Transfer	Gesamt
Pressekonferenz zu einer sozialwissenschaftlichen Studie	13	--	2	1	16
Stellungnahme eines Sozialwissenschaftlers	2	--	--	1	3
Sozialwissenschaftliche Publikation	10	--	--	2	12
Parlamentsereignis mit Sozialwissenschaftsbezug	--	--	--	3	3
Sozialwissenschaftliche Tagung/Kongreß	1	2	1	5	9
Gesamt	26	2	3	12	43

⁶ In das Schaubild aufgenommen wurden nur Themenkategorien mit mindestens 4 Transferformen. Entfallen sind folgende Beitragsthemen: Organisierte Kriminalität (1 Beitrag mit Transfer), Ökonomie der Drogenproduktion/des

Schaubild 6:
Transferquoten nach Beitragsthemen (Diskussionsfelder und Hintergrundthemen)



feld »Substitution«. Hier stammt das sozialwissenschaftliche Wissen, auf das in den Beiträgen Bezug genommen wird, fast ausschließlich aus der Begleitforschung zu Methadon-Programmen in verschiedenen Bundesländern. Insofern ist es tatsächlich sehr eng an die politische Diskussion über Substitutionstherapien gekoppelt. Die überdurchschnittliche Transferquote im Themenbereich »Substitution« lässt sich also aus der Art des zur Verfügung stehenden Wissens erklären: In keinem anderen Themenbereich der Drogenberichterstattung existieren sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten, die sich ähnlich direkt auf eine einzelne drogenpolitische Maßnahme beziehen (vgl. dazu genauer Kap. 4.3.3.).

4.3.2.2. Transferthemen

Betrachtet man nun im zweiten Schritt die Transferthemen, also die Themenbereiche, auf die sich das transferierte sozialwissenschaftliche Wissen selbst - unabhängig vom Beitragsthema - bezieht, so zeigt sich das Gewicht der drei genannten Transfer-Spitzenreiter noch deutlicher: Bei den Transferthemen machen die Bereiche »Gebrauchsmuster/Einstellungen« (35% der Trans-

ferformen), »Prävention/Ursachen« (20%) und »Substitution« (15%) zusammen über zwei Drittel des Transfers aus. Alle anderen Themenkategorien sind als Transferthema nahezu unbedeutend.

Erneut bestätigt sich die Bedeutung der Hintergrundinformation für den Transfer: So gehören 70% aller Transferthemen zum Hintergrundbereich. Doch auch in diesen Fällen spielt die drogenpolitische Diskussion als Bezugspunkt des Sozialwissenschafts-Transfers eine Rolle. Denn über ein Drittel der Transfers (33 von 90 Fälle), deren Transferthema dem Hintergrundbereich zuzuordnen ist, findet sich in Artikeln, die vom Beitragsthema her zu den Diskussionsfeldern gehören.

Die **4. These** faßt diese Befunde zusammen: Sozialwissenschaftliches Wissen ist thematisch hauptsächlich der Hintergrundberichterstattung zuzuordnen und dient der Deutung und Illustration des Geschehens auf der »Vorderbühne«, in den kontroversen Diskussionsfeldern.

4.3.3. Bezug des Transfers zu den Stadien des Policy-Zyklus

Drogenhandels (1), Lebenswelt der Drogenkonsumenten (1), Lokale Drogenszene (Hintergrund) (2), Fahndungserfolge (1) sowie Sonstige Beitragsthemen (6).

Einen Ansatzpunkt für die Erklärung der unterschiedlichen Transferquoten in den verschiedenen Themenfeldern bietet der Vergleich zwischen Beitragsthemen und Transferthemen. So wurde im dritten Schritt für diejenigen Beitragsthemen, die eine beachtliche absolute Anzahl von Transfers aufweisen,⁷ untersucht, welche Transferthemen dort bevorzugt vorkommen. Die Kombination von Beitragsthemen und Transferthemen weist dabei klare Strukturen auf. Drei Arten von Themenfeldern lassen sich unterscheiden:

- > In Beiträgen zum Themenfeld »Substitution« (18 Beiträge mit Transfers) beschäftigen sich auch die sozialwissenschaftlichen Wissenselemente fast ausschließlich mit Substitution als Transferthema. In bezug auf den Sozialwissenschafts-Transfer handelt es sich hier also um ein inhaltlich *stark fokussiertes Themenfeld*.
- > In Beiträgen zu »Gebrauchsmuster/Einstellungen« (16 Beiträge mit Transfers) und »Prävention/Ursachen« (26 Transfers) behandeln die Transfers entweder auch das jeweilige Beitragsthema, oder das sozialwissenschaftliche Wissenselement bezieht sich auf das jeweils andere der beiden Themenfelder. Beide Themenbereiche bilden im Hinblick auf die Sozialwissenschaften also ein *relativ stark fokussiertes gemeinsames Themenfeld*.
- > Die Beiträge zu den Diskussionsfeldern »Entkriminalisierung Cannabis« (22 Beiträge mit Transfers) und »Mehrere Diskussionsfelder« (19 Transfers) enthalten sozialwissenschaftliche Wissenselemente, die sich auf eine Vielzahl unterschiedlicher Themenaspekte beziehen. Hier handelt es sich - auch gemessen am Sozialwissenschafts-Transfer - also um *diffuse Themenfelder*.

Die unterschiedliche Kombination von Beitragsthemen und Transferthemen in den drei Arten von Themenfeldern läßt sich durch ihren unterschiedlichen Bezug zu den Stadien des Policy-Zyklus erklären.

1. In den diffusen Themenfeldern, in denen es um Entkriminalisierung und damit um die

Grundkonzeption von Drogenpolitik geht, wird um die Beibehaltung bestehender oder die *Formulierung neuer Policy-Optionen* gestritten. Hier wird ein stark normativ aufgeladener Grundsatzstreit über den richtigen Weg in der Drogenpolitik geführt. Eine gesicherte Forschungsbasis existiert dazu (noch) nicht, so daß sich sozialwissenschaftliches Wissen, wenn es in der Medienberichterstattung herangezogen wird, mit den unterschiedlichsten Aspekten beschäftigt, aus denen sich Aussagen zu den strittigen drogenpolitischen Fragen ableiten lassen. Die Transferquote ist hier unterdurchschnittlich.

2. Das große relativ geschlossene Themenfeld, das den gesamten Bereich von Drogengebrauch, Einstellungen zu Drogen, Ursachen des Konsums und Präventionsmöglichkeiten einschließt, läßt sich als ein Feld der *routinisierten Problembemerkung und -bearbeitung* beschreiben, das die Implementation der traditionellen drogenpolitischen Konzepte begleitet. Die Policy-Konzepte, die dieser Problembearbeitung zugrunde liegen, sind nicht in einer Weise strittig, wie das bei der drogenpolitischen Debatte um eine mögliche Entkriminalisierung der Fall ist. Es hat sich eine institutionelle Struktur der Problembearbeitung herausgebildet, die zumindest zum Teil durch sozialwissenschaftliche Forschung gestützt ist. Die Transferquote ist in diesem breiten Themenfeld stark überdurchschnittlich.
3. Im geschlossenen Themenfeld »Substitution« ist eine neue Policy bereits vor einiger Zeit eingeführt worden, zum Teil in Form von Modellversuchen: die Vergabe von Ersatzdrogen an Abhängige. Diese neue Policy wird durch Begleitforschung einer *Evaluation* unterzogen; das so produzierte Wissen in die politische Diskussion über die Beibehaltung der Policy eingebracht. Auch hier findet sich eine überdurchschnittliche Transferquote.

An dieser Aufschlüsselung der Themenfelder wird deutlich, daß die Transferintensität (gemessen an der Transferquote) sowie der Zusammenhang zwischen Beitragsthemen und Transferthe-

⁷ Schaubild 6 weist fünf Beitragsthemen aus, die zwischen 16 und 26 Transfer-Beiträge auf sich vereinigen; sie werden hier untersucht. Die übrigen vier Themenkategorien mit jeweils nur vier Transfer-Beiträgen werden aufgrund der geringen Fallzahlen hier vernachlässigt.

men mit dem Rückgriff auf das Konzept des Policy-Zyklus erklärt werden kann: In der Frühphase des Policy-Zyklus, bei der Policy-Formulierung, läßt sich eine thematische Fokussierung des Sozialwissenschafts-Transfers noch nicht erkennen. Das ändert sich zum Teil dann, wenn sich eine drogenpolitische Konzeption institutionell verfestigt hat: Nun setzt - zumindest im Idealfall - eine fortgesetzte sozialwissenschaftliche Problembeobachtung ein, auf die auch die Medien zurückgreifen. Die stärkste thematische Fokussierung des Sozialwissenschafts-Transfers findet sich jedoch, wenn eine ganz bestimmte neue Policy evaluiert wird. Sowohl die Akteure als auch die Medien haben hier ein Interesse daran, die vorhandene Begleitforschung öffentlich zu diskutieren.⁸

Zusammenfassend läßt sich daher die folgende

5. These formulieren:

Sozialwissenschaftliches Wissen erfüllt in der Medienberichterstattung unterschiedliche Funktionen, die nach dem Bezug des Berichterstattungsthemas zu den Stadien des Policy-Zyklus variieren: Das Stadium der Policy-Formulierung geht mit relativ geringem und thematisch diffusem Transfer einher; in einer Phase der routinisierten Problembeobachtung und -bearbeitung nimmt der Transfer dagegen ein weit überdurchschnittliches Ausmaß an und ist thematisch stärker fokussiert; im Zusammenhang mit der Evaluation einer bestimmten neuen Policy ist der Transfer ebenfalls überdurchschnittlich, die thematische Fokussierung dabei maximal.

4.4. Der Akteurskontext des Transfers

Die These, daß sozialwissenschaftliches Wissen vornehmlich zur Deutung und Illustration des Geschehens auf der »Vorderbühne« eingesetzt wird

(4. These), läßt sich auch anhand der in den Beiträgen vorkommenden Hauptakteure und Transferakteure belegen. So ist nur in 20 der 1.698 untersuchten Beiträge (1,2%) ein Sozialwissenschaftler als *Hauptakteur* genannt. Eine Thematisierungsleistung geht also von anderen, vor allem von politischen Akteuren aus, die rund 40% aller Hauptakteure ausmachen.

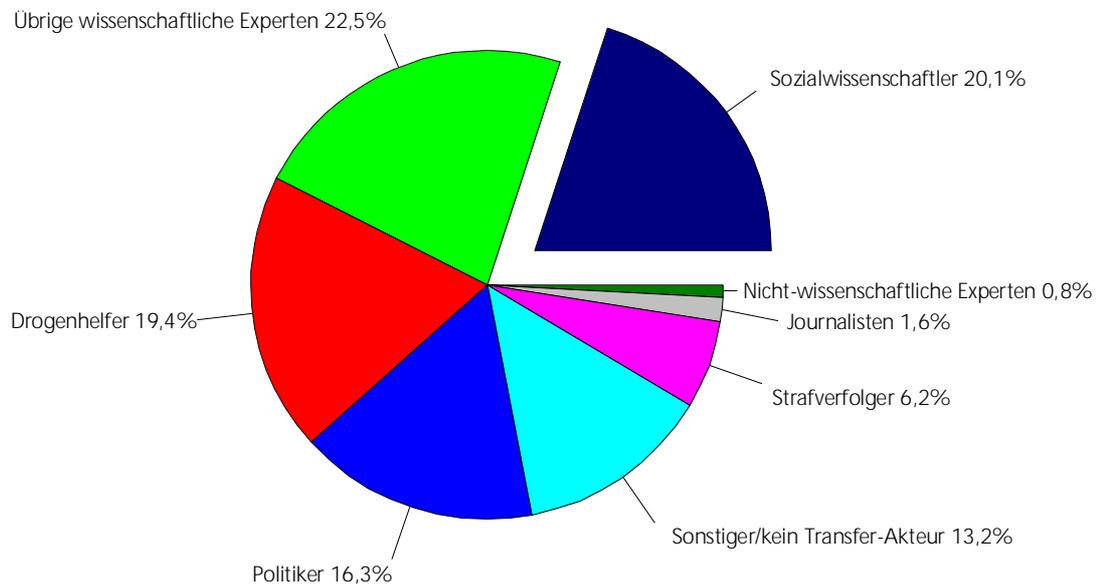
Unter den *Transferakteuren* dominieren die wissenschaftlichen Experten zwar mit 42,6% (55 von 129), ihr Vorsprung vor den anderen Akteursklassen fällt jedoch geringer aus, als man erwarten könnte (Schaubild 7). Zudem sind nur knapp die Hälfte der wissenschaftlichen Transferakteure eindeutig als Sozialwissenschaftler zu identifizieren (26 Personen bzw. ein Fünftel aller Transferakteure). Die andere Hälfte der wissenschaftlichen Transferakteure besteht aus Medizinern (4 Personen), wird in den Beiträgen mehreren (5) oder keiner Fachrichtung (20) eindeutig zugeordnet. Das letztgenannte Ergebnis ist als Hinweis darauf zu werten, daß die disziplinäre Zuordnung wissenschaftlicher Experten für die journalistische Berichterstattung von untergeordneter Bedeutung ist. In vielen Beiträgen werden wissenschaftliche Experten schlicht als »Drogenexperten« oder »Drogenforscher« tituliert.

In 74 von 129 Beiträgen mit Transferformen sind die Transferakteure namentlich genannt. Die Liste der häufigsten Nennungen (Tabelle 3) wird angeführt von zwei Sozialwissenschaftlern (Hurlmann und Raschke), gefolgt von einem Akteur aus dem Bereich der Drogenhilfe (Bossong) sowie einer Politikerin und einem Politiker (Bergmann-Pohl und Müntefering). Auch bei den übrigen Transferakteuren mit mehr als einer Nennung sind Drogenforscher und Drogenpolitiker gleichermaßen vertreten.⁹

⁸ Diese policyanalytische Interpretation des Sozialwissenschafts-Transfers in die Massenmedien weist auf einen Aspekt hin, der in dieser Untersuchung ansonsten nicht weiter beleuchtet werden kann: Grundlage für den Transfer ist in jedem Fall das - themenspezifisch - verfügbare Wissen aus den Sozialwissenschaften selbst. Dieses Wissensangebot wiederum beruht auf spezifischen Strukturen der sozialwissenschaftlichen Wissensproduktion, die zwischen dem Drogenthema und anderen Themen sowie - innerhalb des Drogenthemas - noch einmal zwischen verschiedenen Themenfeldern sehr differieren kann.

⁹ Aufgeführt sind jeweils die im Beitrag genannten Funktionen, unabhängig davon, ob die Personen diese Funktionen auch heute noch bekleiden. In die Tabelle aufgenommen wurden nur Transferakteure, die in mindestens zwei Beiträgen genannt wurden. Legt man der Analyse nicht - wie in Tabelle 3 - die Drogenberichterstattung insgesamt, sondern die »Freigabe«-Debatte im Zeitraum September 1988 bis Februar 1995 zugrunde, so werden zum Teil andere Transferakteure na-

Schaubild 7:
Transferakteure in der Drogenberichterstattung



n = 129; die Gesamtsumme von 100,1% geht auf Rundungsfehler zurück.

Tabelle 3: Namentlich genannte Transferakteure in der Drogenberichterstattung

Name	Funktion (wie im Beitrag genannt)	Anzahl der Nennungen
Klaus Hurrelmann	Professor für Erziehungswissenschaften, Bielefeld	8
Peter Raschke	Professor für Politikwissenschaft, Hamburg	6
Horst Bossong	Hamburger Drogenbeauftragter	4
Franz Müntefering	Nordrhein-westfälischer Gesundheitsminister (SPD)	3
Sabine Bergmann-Pohl	Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium (CDU)	3
Hermann-Josef Arentz	Landtagsabgeordneter in NRW (CDU)	2
Günter Esser	Forscher am Zentralinstitut für seelische Gesundheit, Mannheim	2
Hubert Hüppe	Drogenpolitischer Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion	2
Peter Tossmann	Diplom-Psychologe, Drogentherapeut und Forscher am Sozialpädagogischen Institut, Berlin	2

n = 74 namentliche Nennungen von Transferakteuren

Die fast gleichrangige Nennung von Transferakteuren aus Politik und Drogenhilfe gegenüber solchen aus den Sozialwissenschaften legt bereits nahe, daß manche dieser Akteure nicht ihr eigenes Wissen transferieren, sondern in der Öffentlichkeit mit sozialwissenschaftlichen Wissens-elementen operieren, die aus anderen Quellen stammen. Ein Sechstel der Transferakteure (22 von 129) transferiert Fremdwissen in diesem Sinne. Erwartungsgemäß liegen die wissenschaftlichen Experten bei der Vermittlung von Eigenwissen eindeutig an der Spitze (89% Eigenwissen), dicht gefolgt von den Transferakteuren aus der Drogenhilfe (84% Eigenwissen). Politische Transferakteure transferieren dagegen nur in 43% der Fälle Eigenwissen; dieses Wissen stammt zumeist aus behördeneigener Forschung. Das bedeutet umgekehrt, daß sie in 57% der Fälle Fremdwissen weitergeben.¹⁰ Die Sozialwissenschaften stellen demnach eine Wissensressource auch für andere gesellschaftliche Bereiche, vor allem für die Drogenpolitik, bereit. Akteure aus diesen Bereichen können sozialwissenschaftliches Wissen instrumentell nutzen, indem sie es von sich aus in die medienvermittelte Auseinandersetzung einspeisen. Dadurch wird dieses Wissen in einen neuen - häufig politischen - Kontext hineingestellt.

Die **6. These** lautet daher:

Sozialwissenschaftliches Wissen wird in der Mehrheit der Fälle nicht von sozialwissenschaftlichen Experten, sondern von anderen Akteuren transferiert. Es wird von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, vor allem aus der Politik, als Wissensressource für die Auseinandersetzung in der Medienöffentlichkeit genutzt. Eine eigenständige Thematisierungsleistung ist von den Sozialwissenschaften dabei nicht zu erwarten.

4.5. Der Ereigniskontext des Transfers

4.5.1. Die »Freigabe«-Debatte

Zusätzlich zu einer Analyse der Drogenberichterstattung im Querschnitt war für die vorliegende Untersuchung von Interesse, wie sich der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens im Zeitverlauf darstellt. Dazu wurde ein Teil der drogenpolitischen Diskussion - die »Freigabe«-Debatte - über einen längeren Zeitraum nachverfolgt (vgl. Kap. 3.1). Untersuchungszeitraum war dabei die Zeit von September 1988 bis Februar 1995, also rund 6 ½ Jahre. In diesem Zeitraum zeigte die Debatte zwei besondere Berichterstattungshöhepunkte: Februar/März 1992 und April/Mai 1994 (Schaubild 8).

Beide Berichterstattungshöhepunkte haben mit dem Bundesverfassungsgericht (BVG) zu tun. Am 26. Februar 1992 hatte das Lübecker Landgericht unter dem Vorsitzenden Richter Wolfgang Neskovic das BVG angerufen, um die Verfassungsmäßigkeit des Cannabis-Verbots überprüfen zu lassen. Dieses Ereignis erregte soviel Aufsehen, daß am 11. März 1992 eine Aktuelle Stunde im Bundestag zur Drogenpolitik stattfand. Ungefähr zwei Jahre später, am 28. April 1994, verkündete das BVG seinen Beschluß zur Verfassungsmäßigkeit des Cannabis-Verbots, der als Haschisch-Urteil des BVG bekannt geworden ist. Aufgrund dieses Beschlusses erließ der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek (SPD) am 13. Mai 1994 den sogenannten Krumsiek-Erlaß, in dem die vom BVG angesprochene »geringe Menge«, bei deren Besitz von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann, auch auf die »harten« illegalen Drogen (Heroin und Kokain) angewandt wurde.¹¹

Die Transferquote liegt bei der »Freigabe«-Debatte mit durchschnittlich 5,2% deutlich niedri-

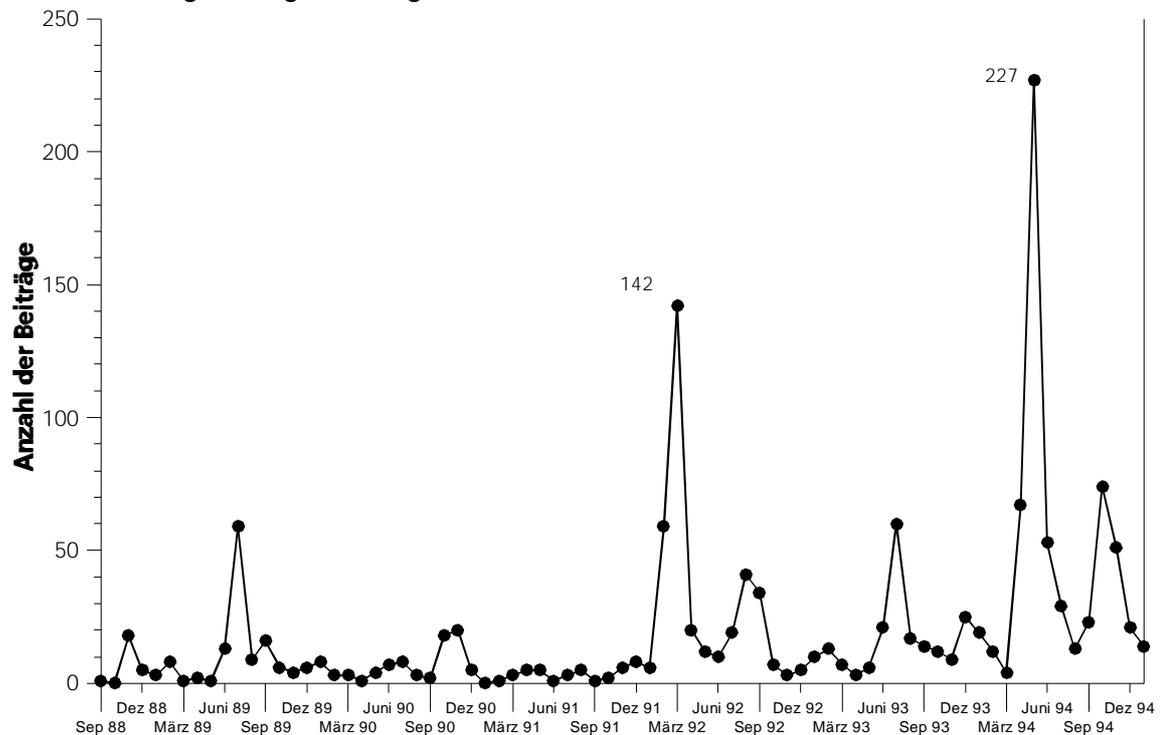
mentlich genannt. Neben Hurrelmann (5 Nennungen) und Arentz (2) sind dies: Milton Friedman, Nobelpreisträger für Ökonomie (3 Nennungen); Peter Noller, Soziologe, Frankfurter Institut für Sozialforschung (3); Wolfgang Neskovic, Vorsitzender Richter am Lübecker Landgericht (2); Werner W. Pommerehne, Professor für Ökonomie, Universität des Saarlandes (2). Zur »Freigabe«-Debatte im einzelnen vgl. Kap. 4.5.

¹⁰ Alle anderen Arten von Transferakteuren weisen so geringe Fallzahlen auf, daß eine Berechnung der Eigen- und Fremdwissensanteile nicht sinnvoll ist.

¹¹ Schaubild 8 zeigt vier weitere, kleinere Berichterstattungshöhepunkte (Juli 1989, August/September 1992, Juli 1993, Oktober/November 1994). Diese gehen zumeist nicht auf ein einzelnes Ereignis und dessen Folgen, sondern auf mehrere Ereignisse und Themenaspekte zurück. Eine Ausnahme bildet der Höhepunkt im Juli 1989: Zu dieser Zeit hatte Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau sein Vorhaben vorgestellt, in einem Modellversuch Heroin unter medizinischer Kontrolle an Süchtige zu vergeben.

Schaubild 8:

Berichterstattungsumfang der »Freigabe« -Debatte 1988-1995



ger als bei der Drogenberichterstattung insgesamt. Das hat jedoch vor allem methodische Gründe: Bei der Auswahl der Beiträge, die zur »Freigabe«-Debatte zählen, wurden nur die drei Diskussionsfeld-Kategorien »Entkriminalisierung Cannabis«, »Kontrollierte Heroinvergabe« und »Mehrere Diskussionsfelder« berücksichtigt. Hintergrund-Themenkategorien, in denen sich - wie oben beschrieben - überdurchschnittlich viele Transferformen finden, wurden also bewußt außer Acht gelassen.

4.5.2. Ereignisphasen und Zwischenphasen

Isoliert man nun die Berichterstattung zu den beiden genannten Hauptereignissen (alle Beiträge aus der Zeit vom 27. Februar 1992 bis zum 12. März 1992 und vom 29. April 1994 bis 21. Mai 1994) und stellt sie der Berichterstattung zur »Freigabe«-Debatte in allen übrigen Phasen gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: Ein gutes Viertel der Beiträge zur »Freigabe«-Debatte (26,1% oder 378 Artikel) erschien in den beiden Ereignisphasen; die restlichen knapp drei Viertel in den Zwischenphasen (73,9 % oder 1.068 Beiträge). Von den 75 Beiträgen mit Sozialwissen-

schafts-Transfer finden sich 32 (43%) in den Ereignisphasen und 43 (57%) in den Zwischenphasen. Die Transferquote liegt in den Ereignisphasen daher mit 8,5% deutlich über dem Durchschnitt der »Freigabe«-Debatte (5,2%), während sie in den Zwischenphasen auf 4% und damit unter den Durchschnitt sinkt.

Als 7. These läßt sich daher festhalten:

Ereignisse von herausragender Bedeutung produzieren nicht nur Berichterstattungshöhepunkte, sondern auch erhöhten Deutungsbedarf und damit überproportional viel Sozialwissenschafts-Transfer.

Dieser erhöhte ereignisbezogene Deutungsbedarf wird erwartungsgemäß überproportional durch Expertenstatements und unterproportional durch Wissenstransfer aus Studien gedeckt (Tabelle 4).

Ein weiterer deutlicher Unterschied zwischen Ereignis- und Zwischenphasen besteht in bezug auf die Art der Ereignisse, die als Berichterstattungs-

Tabelle 4: Verteilung der Transfertypen nach Ereignis- und Zwischenphasen (nur »Freigabe« -Debatte)

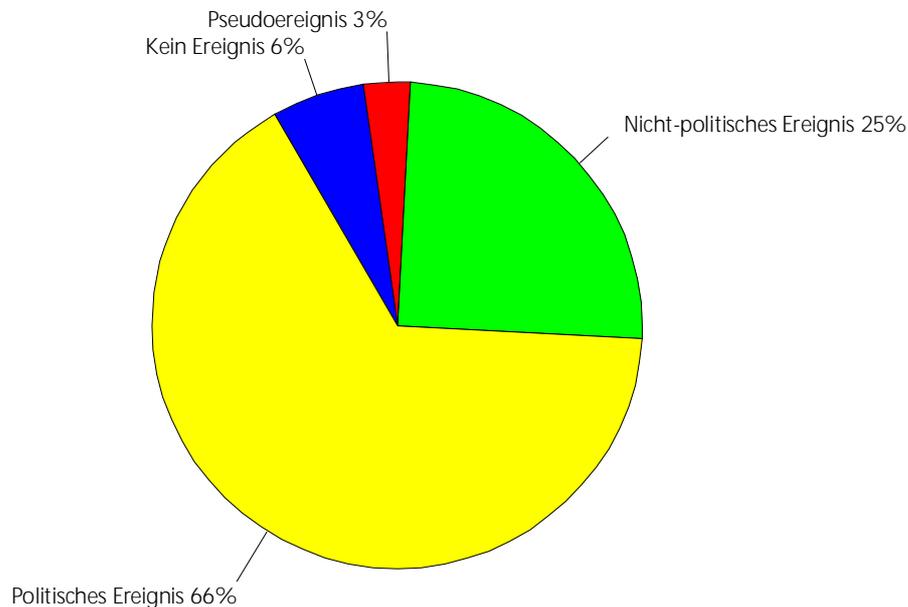
Transfertyp	»Freigabe« -Debatte insgesamt		Ereignisphasen		Zwischenphasen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Studie	13	17%	3	9%	10	23%
Expertenstatement	20	27%	12	38%	8	19%
Einzelergebnis	39	52%	16	50%	23	53%
Sonstiger Transfer	3	4%	1	3%	2	5%
Gesamt	75	100%	32	100%	43	100%

Tabelle 5: Berichterstattungsanlässe der »Freigabe« -Debatte

Berichterstattungsanlaß	Ereignisphasen		Zwischenphasen	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Politisches Ereignis	219	58%	307	29%
Nicht-politisches Ereignis	58	15%	140	13%
Pseudoereignis	83	22%	400	37%
Kein Ereignis	18	5%	221	21%
Gesamt	378	100%	1.068	100%

Schaubild 9:

Berichterstattungsanlässe der Transfer-Beiträge in Ereignisphasen (nur »Freigabe« -Debatte)



n = 32; davon sind: 21 Politische Ereignisse, 8 Nicht-politische Ereignisse, 1 Pseudoereignis, 2mal Kein Ereignis

anlässe fungieren (Tabelle 5). Betrachtet man zunächst die Anlässe aller Beiträge der »Freigabe«-Debatte - unabhängig vom Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens - so zeigt sich in den Ereignisphasen ein Übergewicht der »genuinen« (politischen und nicht-politischen) Ereignisse (zusammen 73%). In den Zwischenphasen sind dagegen knapp drei Fünftel der Beiträge von einem Pseudoereignis oder keinem Ereignis veranlaßt.

Betrachtet man nun nur die Berichterstattungsanlässe der Transfer-Beiträge, also derjenigen Beiträge, die sozialwissenschaftliches Wissen enthalten, so verstärkt sich der Unterschied zwischen Ereignisphasen und Zwischenphasen noch weiter: In den Ereignisphasen knüpft sich der Transfer zu 91% an politische oder nicht-politische »genuine« Ereignisse. Pseudoereignisse und längerfristige Prozesse spielen hier als Berichterstattungsanlässe kaum eine Rolle (Schaubild 9). Gemessen an den Berichterstattungsanlässen scheint die Funktion sozialwissenschaftlichen Wissens in den Ereignisphasen daher vorrangig in der Deutung »genuiner« Ereignisse zu bestehen.

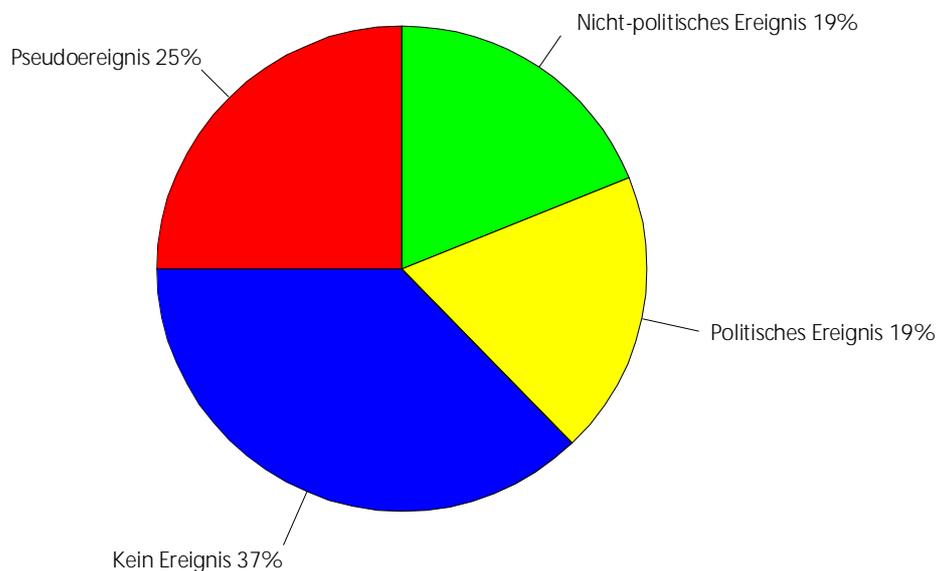
In den Zwischenphasen spielen dagegen die Kategorien »Pseudoereignis« und »Kein Ereignis« eine besondere Rolle: Auf sie entfallen zusam-

men 62% der Berichterstattungsanlässe von Transfer-Beiträgen (Schaubild 10). Der Sozialwissenschafts-Transfer dient hier wohl einer stärker ereignisunabhängigen Hintergrunddeutung der »Freigabe«-Debatte.

Die **8. These** hält diesen Zusammenhang fest: In Ereignisphasen heftet sich der Sozialwissenschafts-Transfer vorrangig an »genuine« Ereignisse von herausragender Bedeutung. In Phasen zwischen solchen Ereignissen vollzieht sich der Transfer relativ abgekoppelt von der realen Ereignisgeschichte im Berichterstattungsfeld.

Schaubild 10:

Berichterstattungsanlässe der Transfer-Beiträge in Zwischenphasen (nur »Freigabe« -Debatte)



n = 43; davon sind: 8 Politische Ereignisse, 8 Nicht-politische Ereignisse, 11 Pseudoereignisse, 16mal Kein Ereignis

5. Zusammenfassung und Ausblick

Diese Untersuchung zeigt deutlich, welche Rolle die Sozialwissenschaften in der Medienberichterstattung spielen können und wo ihre Grenzen liegen. So ist von den Sozialwissenschaften eine eigenständige Thematisierungsleistung kaum zu erwarten, sie werden vielmehr zur Deutung und Illustration bereits eingeführter Medienthemen oder punktueller Ereignisse herangezogen. Sozialwissenschaftliches Wissen ist dabei nicht zwangsläufig an Sozialwissenschaftler als Personen gebunden; es wird vielfach auch von anderen Akteuren in die Medienberichterstattung eingebracht. Sozialwissenschafts-Transfer ist im Bereich der Printmedien vor allem eine Sache der überregionalen Qualitätspresse. Über die verschiedenen Typen sozialwissenschaftlicher Wissens Elemente wird zudem in deutlich unterschiedlicher Form berichtet: Sozialwissenschaftliche Studien stehen eher im Zentrum von meist kürzeren Artikeln, Expertenstatements und Einzelergebnisse fungieren eher als Zusatzelemente in größeren Beiträgen.

Unklar ist bisher allerdings, inwieweit sich die Ergebnisse dieser Untersuchung verallgemeinern lassen. Vieles spricht dafür, daß sich die hier ermittelten Grundstrukturen des Sozialwissenschafts-Transfers auch in anderen Themengebieten bestätigen würden. Das gilt insbesondere für die Unterschiede in der Berichterstattung zwischen Studien einerseits und Expertenstatements/Einzelergebnissen andererseits sowie für die Bedeutung der überregionalen Qualitätsmedien für den Transfer. Beim thematischen Kontext des Transfers konnten demgegenüber themenspezifische Bezüge zwischen der Drogenberichterstattung und den Stadien des Policy-Zyklus aufgezeigt werden. Zu prüfen wäre in zukünftigen Forschungsarbeiten, ob sich dieses policy-analytische Konzept tatsächlich erkenntnisfördernd auf den Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens auch in anderen Themenbereichen anwenden läßt. Ähnliches gilt für die Erkenntnisse zum Akteurs- und Ereigniskontext: Sind andere Themengebiete in ähnlich starker Weise politisiert, und zeigen sich die Effekte herausragender »genuiner« Ereignisse auf den Sozialwissenschafts-Transfer auch in anderen thematischen

tischen Zusammenhängen ähnlich deutlich wie bei der Analyse der Drogenberichterstattung?

Unabhängig davon, was zukünftige Studien im Hinblick auf diese Fragen ergeben, eines hat diese Studie in jedem Fall gezeigt: Die Art und Weise, wie sozialwissenschaftliches Wissen in den Massenmedien verarbeitet wird, läßt sich zu einem Teil schon dann aufschlüsseln, wenn man nur die manifesten Formen sozialwissenschaftlichen Wissens betrachtet und die Analyse auf der Ebene der Beiträge ansiedelt. Noch näher freilich käme man an die journalistischen Verwendungsweisen für sozialwissenschaftliches Wissen heran, wenn man neben dem thematischen Kontext, dem Akteurskontext und dem Ereigniskontext auch den argumentativen Kontext mit einbeziehen würde, in den sozialwissenschaftliches Wissen in der Medienberichterstattung eingebunden wird. Die vorliegende Studie hat mit der Analyse von Eigen- bzw. Fremdwissensanteilen für unterschiedliche Arten von Transferakteuren nur erste Hinweise in dieser Richtung ergeben.

Eine argumentationsorientierte Analyse würde allerdings ein anderes Analysekonzept voraussetzen, als es hier verfolgt wurde. Man müßte das sozialwissenschaftliche Wissen dann nicht auf der Beitragsebene, sondern auf der Ebene einzelner Aussagen erheben. Dabei böte es sich an, der Integration sozialwissenschaftlicher Deutungen in die öffentlich zirkulierenden Problemdeutungen zu einem oder mehreren spezifischen Themen genauer nachzugehen, also auch das latente Einfließen sozialwissenschaftlichen Wissens in die Medienberichterstattung zu betrachten.

Eine solche Analyse müßte dann allerdings unter einem anderen Leitbegriff als dem des Transfers stehen. Konzeptionelle Anleihen können hier bei der Verwendungsforschung gemacht werden, die zu dem Ergebnis kommt, daß das sozialwissenschaftliche Wissen im Zuge seiner Verwendung ebenso einer Transformation unterliegt wie das im jeweiligen Praxisbereich oder Diskurskontext zirkulierende Wissen. »Denn praktische Relevanz erlangen wissenschaftliche Argumentationen nur dann, wenn sie ihrer disziplinären Identität entkleidet werden. Aus der Perspektive der Wissenschaft bedeutet dies, daß Wissenschaft in

der Verwendung ›verschwindet‹; aus der Perspektive der Praxis [...], daß Wissenschaft als ein fremdes und zugleich integrierbares Wissen aufgebaut wird.« (Beck/Bonß 1989a: 37)

Als Leitbegriff für eine Analyse, die sich an der Vorstellung einer beiderseitigen Transformation von Wissen orientiert, wird daher hier der Begriff der Diskurskopplung vorgeschlagen.¹² Der Begriff verweist darauf, daß sozialwissenschaftliches Wissen eine Ressource in der Interaktion zwischen unterschiedlichen Diskursen - in den Sozialwissenschaften, in der Politik, in den Massenmedien und im jeweiligen Praxisfeld - darstellt. Er macht auch deutlich, daß die Richtung und Intensität der Diffusion von Deutungen zwischen diesen Diskursen eine empirisch offene Frage ist. Diskurskopplung kann keinesfalls ausschließlich als gerichteter Prozeß von den Sozialwissenschaften (gegebenenfalls über die Politik) in die Massenmedien gedacht werden. Insofern wird mit der häufig gestellten Frage nach dem Einfluß der Sozialwissenschaften auf gesellschaftliche Problemdeutungen nur eine mögliche Form von Diskurskopplung in den Blick genommen.

Gemessen an diesen Fragestellungen versteht sich die vorliegende Studie als ein *Sondierungsversuch*. Sie sagt mehr über die Formen aus, in denen sozialwissenschaftliches Wissen in die Medienberichterstattung einfließt, als über den Inhalt dieses Wissens. Und sie beschränkt sich auf jene Aspekte von Wissen, die auch für einen halbwegs vorgebildeten Leser als »sozialwissenschaftlich« erkennbar sind. Neben einer Überprüfung der hier präsentierten Ergebnisse an anderen Themengebieten wird deshalb für die zukünftige Forschung auch eine Änderung der Perspektive in Richtung auf die schwerer entschlüsselbaren, aber nicht weniger folgenreichen Prozesse der Diskurskopplung zwischen Sozialwissenschaften, Politik, Massenmedien und gesellschaftlichen Praxisbereichen vorgeschlagen.

¹² Eine ähnliche Zielrichtung verfolgen - mit besonderem Akzent auf der Bedeutung von Metaphern in der Diskurskopplung - Maasen/Weingart 1995.

Literatur

- Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß, 1989a: Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 7-45.
- Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.), 1989b: *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main.
- Böhme-Dürr, Karin/Anette Grube, 1989: Wissenschaftsberichterstattung in der Presse. In: *Publizistik* 34, 448-466.
- Gerhards, Jürgen/Monika Lindgens, 1995: *Diskursanalyse im Zeit- und Ländervergleich. Methodenbericht über eine systematische Inhaltsanalyse zur Erfassung des öffentlichen Diskurses über Abtreibung in den USA und der Bundesrepublik in der Zeit von 1970 bis 1994*. Wissenschaftszentrum Berlin, Discussion Paper FS III 95-195.
- Hömburg, Walter, 1981: Blindstellen des Wissenschaftsjournalismus. Zur Berichterstattung über Politik-, Sozial-, und Wirtschaftswissenschaften in der Tagespresse. In: *Materialien zur politischen Bildung* 9, 70-76.
- Hömburg, Walter, 1989: *Das verspätete Ressort. Die Situation des Wissenschaftsjournalismus*. Konstanz.
- Jarren, Otfried/Harmut Weßler, 1995: *Sozialwissenschaften und Massenmedien. Empirische Ergebnisse, Theorieperspektiven, Erkenntnispotentiale. Expertise im Auftrag der Schader-Stiftung, Darmstadt*. In diesem Band, 5-64.
- Lau, Christoph, 1989: Die Definition gesellschaftlicher Probleme durch die Sozialwissenschaften. In: Beck, Ulrich/Wolfgang Bonß (Hg.): *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens*. Frankfurt am Main, 384-419.
- Maasen, Sabine/Peter Weingart, 1995: Metaphors - Messengers of Meaning. A Contribution to an Evolutionary Sociology of Science. In: *Science Communication* 17, 9-31.
- Peters, Hans Peter, 1988: Sozialwissenschaften in den Massenmedien - Empirische Bestandsaufnahmen: Bundesrepublik Deutschland. In: Wiebe, Burckhard (Hg.): *Zwischen Marktplatz und Elfenbeinturm. Gesellschaft und Sozialwissenschaften*. Berlin, 71-82.
- Peters, Hans Peter, 1994: Wissenschaftliche Experten in der öffentlichen Diskussion über Technik, Umwelt und Risiken. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 162-190.
- Sabatier, Paul A., 1993: Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik. In: Héritier, Adrienne (Hg.): *Policy-Analyse. Kritik und Neuorientierung*. Sonderheft 24 der Politischen Vierteljahresschrift, 116-148.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Barbara Pfetsch, 1994: Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Sonderheft 34 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 106-138.
- Weiss, Carol H./Eleanor Singer, 1988: *Reporting of Social Science in the National Media*. New York.
- Weßler, Hartmut, 1995: Die journalistische Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens und ihre Bedeutung für gesellschaftliche Diskurse. In: *Publizistik* 40, 20-38.

Schader-Stiftung

Workshop
Hamburg, den 6. und
7. März 1996

Dokumentation

Sozialwissenschaften und Massenmedien - Empirische Ergebnisse, praktische Erfahrungen und Forschungsperspektiven

Zur Einführung

Hans-Dieter Weger, Schader-Stiftung

Zum Einstieg in die Diskussionen stellte Herr Weger kurz das grundsätzliche Anliegen der Schader-Stiftung vor und erläuterte, welche Fragen sich hieraus für diesen Workshop ergeben.

Gesellschaftswissenschaft soll nach Möglichkeit praktisch werden und Wirkung entfalten - und dies zu dem altmodischen und möglicherweise naiv klingenden Zweck, die Welt, in der wir leben zu verbessern. Dies bedeute aber keineswegs, daß Soziologen verbindliche Rezepte zur Gesellschaftsgestaltung formulieren sollten. Vielmehr bräuchten diejenigen Bürger und Politiker, die zur Lösung der Probleme unserer Gesellschaft etwas tun wollen, Fakten, Argumente und Analysen. Dies gelte beispielsweise für die Verkehrsprobleme wie für den Wohnungsmarkt, für den Umgang mit der steigenden Zahl älterer Menschen wie auch für die Integration der hier lebenden Ausländer.

Selbstverständlich werde Wissen allein nicht zur Problemlösung genügen. Ebenso selbstverständlich sei es, daß die Gesellschaftswissenschaften nicht die einzigen sind, die etwas zur Lösung solcher Probleme beitragen müßten. Es sollte aber möglich sein, im Dialog soziale und effiziente Lösungen für derartige Probleme zu finden. Und eben dazu könnten Fakten, Argumente und Analysen aus den Gesellschaftswissenschaften einen guten Teil beitragen.

Damit die Gesellschaftswissenschaften ihren Beitrag leisten könnten, müßten sie in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Zwischen Praxis und Gesellschaftswissenschaften gebe es zwar eine Vielfalt von Netzen, in denen über spezielle Themen kommuniziert wird. Doch wie weit diese Netzwerke in die Praxis hineinreichen, sei fraglich. Die Massenmedien seien dagegen eine der Hauptquelle unseres Wissens über die Welt. Dort aber werde über die Sozialwissenschaften zu wenig und wenig fundiert berichtet - wie mancher meine. Zudem habe er den Eindruck, als säßen die Sozialwissenschaften zwischen den Ressortstühlen. Sie seien für die Wissenschaftsseite zu

unwissenschaftlich, für's Allgemeine aber wiederum zu wissenschaftlich.

Um die wahre Bedeutung der Massenmedien für die Vermittlung gesellschaftswissenschaftlicher Ideen zu erkennen, müssten zuerst einige schlichte Fragen gestellt werden: Was ist bereits bekannt? Was sollte noch in Erfahrung gebracht werden? Und vor allem: Wie sollte gefragt werden, wenn wir mehr wissen wollen? Diese Fragen sollten auf dem Workshop diskutiert werden. Besonderes Gewicht habe für ihn die Frage nach den richtigen Begriffen, Bildern oder Modellen für das Zusammenspiel von Wissensproduktion, medialer Verarbeitung und der Aufnahme dieses Wissens in den politischen Diskurs.

Mit der Diskussion auf diesem Workshop wolle die Schader-Stiftung eine *wissenschaftliche* Diskussion über die Verbreitung und Verwendung gesellschaftswissenschaftlichen Wissens in den Massenmedien anregen. Er wünsche sich natürlich, daß in dieser Diskussion die Praxisrelevanz des Gesagten für Politik, Medien und die eigene Disziplin im Blick bleibe.

1. Was wissen wir? Empirischer Kenntnisstand und praktische Erfahrungen zum Thema »Sozialwissen- schaften in den Massen- medien«

1.1. Der Transfer sozialwissenschaft- lichen Wissens in die Massenmedien - Forschungsstand und empirische Ergebnisse einer Inhaltsanalyse

Otfried Jarren/Hartmut Weßler,
Universität Hamburg

Herr Jarren und Herr Weßler stellten ihr analytisches Modell des Transferprozesses in den Massenmedien vor (siehe Schaubild 1) und berichteten über Ergebnisse einer nach diesem Modell durchgeführten Inhaltsanalyse.

Im Bereich der kommunikationswissenschaftlichen Forschung beschränkt sich die Zahl der Studien, die etwas zum Thema Sozialwissenschaften und Massenmedien sagen, auf ganze 14. Ergebnisse liegen im wesentlichen nur für die Printmedien vor, und auch hier lediglich als Messung des manifesten Outputs an Erwähnung sozialwissenschaftlicher Informationen in den Artikeln. Über den Input in die Medien, die Verarbeitung sozialwissenschaftlichen Wissens durch die Medien sowie die Rezeption dieses Wissens durch die Leserschaft existierten keine Forschungsergebnisse.

Der Transferprozeß, so Herr Jarren, könne mittels eines Input-, Throughput-, Output- und Rezeptionsmodells beschrieben werden (siehe Schaubild 1).

Dieses analytische Modell unterscheidet auf der Seite des *Inputs* nach Anlässen für eine Berichterstattung und den Akteuren, die Wissen bereitstellen.

Im Bereich des *Throughputs* betrachten sie die inhaltliche Orientierung der Medien aneinander (Leitmedien-Folgemedien) sowie die interne organisatorische Strukturierung der Redaktionen als relevant für die mediale Bearbeitung des Wissens.

Beim *Output* wird zwischen manifesten und latenten Transferformen unterschieden. Manifeste Transfer geschehe, wenn in der Medienberichterstattung erkennbar auf Sozialwissenschaften Bezug genommen wird. Latenter Transfer ist die nicht so offensichtliche Vermittlung von Deutungsmustern und Argumenten sozialwissenschaftlicher Herkunft.

Die *Rezeption* und ihre Rückwirkung auf den Input wurde nicht behandelt.

Die Inhaltsanalyse suchte nach manifesten sozialwissenschaftlichen Wissens-elementen in der Drogenberichterstattung der Printmedien.¹ Im Mittel enthielten 7,7% der untersuchten Artikel Transfer-elemente: In erster Linie waren dies einzelne Forschungsergebnisse, Ergebnisse einzelner Studien und Expertenstatements. In Übereinstimmung mit den Erwartungen war der Transferanteil in überregionalen Tageszeitungen, Nachrichtenmagazinen und Wochenzeitungen überdurchschnittlich, in regionalen Tageszeitungen und Boulevardzeitungen dagegen unterdurchschnittlich. Es fanden sich deutliche Hinweise darauf, daß sozialwissenschaftliches Wissen vor allem in die Hintergrundberichterstattung einfließt. Beachtlich war, daß nur zu etwa 20% Sozialwissenschaftler auch Träger des sozialwissenschaftlichen Wissens waren. In etwa gleich stark (15 bis 20%) tauchen Experten der Drogenhilfe, Vertreter der Politik und in ihrer Fachrichtung nicht erkennbare Wissenschaftler in der Presse als Transferakteure auf.

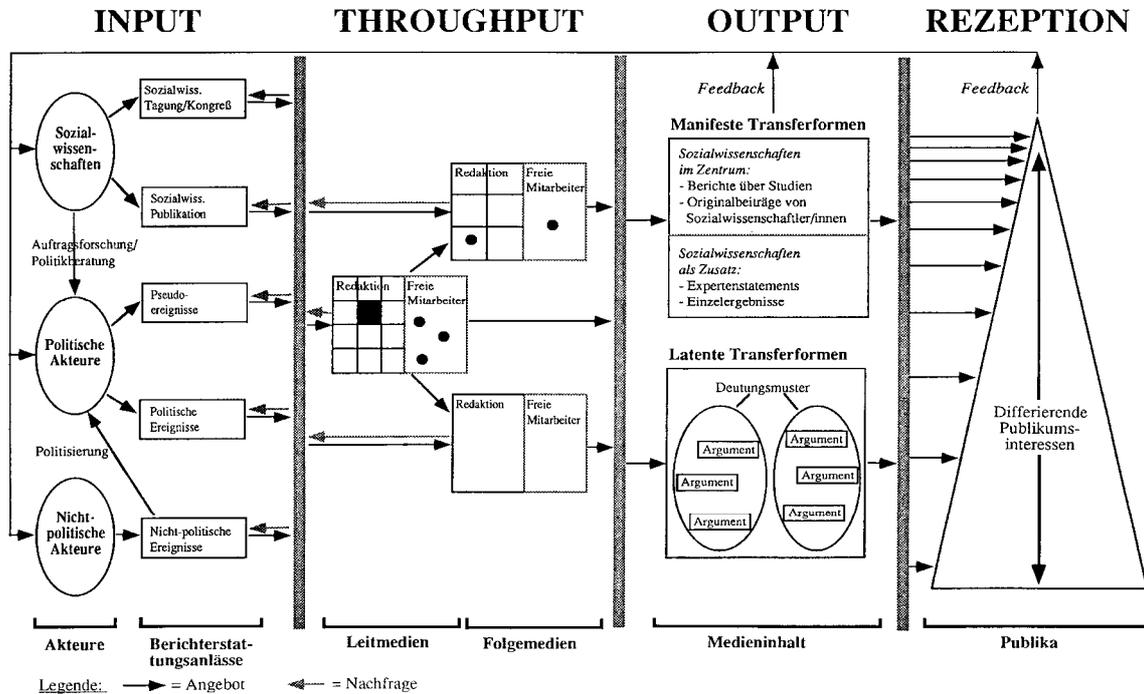
Das vorläufige Fazit der Studie: Die Aufnahme sozialwissenschaftlichen Wissens in die Massenmedien bedarf bestimmter Berichterstattungskontexte, wie z.B. besonderer Ereignisse. Zudem wird offenbar vorrangig über Ergebnisse einzelner Studien oder auch einzelne Teilergebnisse berichtet.

Diskussion

Auf die Frage, welche Ergebnisse man bei einer Untersuchung von 35 Berichterstattungsfeldern bzw. Politikfeldern erwarten könnte, antwortete Herr Jarren, bei der Inhaltsanalyse handele es sich um einen ersten Einstieg in die Untersu-

¹ Siehe auch den ausführlichen Ergebnisbericht »Sozialwissenschaften in der Drogenberichterstattung der Printmedien« in diesem Band.

Sozialwissenschaften und Massenmedien: Analysemodell



chung des Zusammenhangs zwischen Politikfeldern und Medienstrukturen. Er vermutet einen Zusammenhang zwischen der inneren Organisation der Medien (Ressorts) und ihrer inhaltlichen Berichterstattung.

Herr Czada sah im wesentlichen drei Faktoren eines Policy-Feldes, die die Nachfrage nach sozialwissenschaftlichen Wissens erhöhen: Dies seien der alltagweltliche Bezug, der Politisierungsgrad und die Rolle des Parteienwettbewerbs. Je stärker diese drei Faktoren ausgeprägt seien, desto mehr Nachfrage nach Sozialwissenschaft sei zu erwarten.

1.2. Eckart Klaus Roloff, Rheinischer Merkur, Bonn

Herr Roloff ist seit 1988 Redakteur für das Ressort Wissenschaft und Praxis. Er war 1974 an der Studie von Walter Hömberg über den Wissenschaftsjournalismus beteiligt.

Herr Roloff vertritt die These, daß die Sozialwissenschaften in den Medien zu kurz kommen. Dafür sieht er im wesentlichen 6 Gründe:

1. Die Ressorts (Wissenschaft, moderne Zeiten, Politik etc.) konkurrieren hier um die gleichen Themen und Inhalte, so daß die Sozialwissenschaften keinen festen Platz in der Ressortstruktur haben. Nur weil ein Soziologe erwähnt werde, wandere der Artikel nicht direkt auf die Wissenschaftsseite.
2. Es existiert im Bereich der Sozialwissenschaften ein Mangel an Infrastruktur, an PR-Stellen, an Pressediensten u.ä.
3. Die Ausstattung der Leitmedien für die Bearbeitung dieses Themenfeldes sei recht schwach. Von den ca. 500 festen Redakteuren der dpa seien nur 2 Wissenschaftsjournalisten.
4. Das Soziologenchinesisch. Die prominente Verwendung abstrakter theoretischer Begriffe (System, Akteur) verstelle den Blick auf hochinteressante und journalistisch sehr gut

- verwertbare historisch-politische Stories oder Argumentationsfiguren (erfolgreiches Scheitern).
5. Die Rezeption des Medienoutputs müsse durch die Leserforschung (Copy-Tests) eigentlich intensiv bekannt sein. Ob diese Ergebnisse allerdings der sozialwissenschaftlichen Präsenz zugute kommen, bezweifle er.
 6. Da sozialwissenschaftliches Wissen den journalistischen Blick bereits entscheidend mitgeprägt habe, trete es nicht mehr als erkennbares Wissen in den Vordergrund.

4. Die in der Expertise geäußerte Vermutung, die sozialwissenschaftliche Berichterstattung habe seit den 70ern Jahren zugenommen, konnte Frau Mreschar aus ihrer Erfahrung nicht bestätigen. Eine große Rolle würden in diesem Feld die Pressestellen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen spielen, deren Qualität jedoch stark schwanke. Auch bei den wissenschaftlichen Fachgesellschaften (z.B. der Deutschen Gesellschaft für Psychologie) seien Defizite festzustellen. Versuche seitens der Fachgesellschaften, hier Verbesserungen zu erzielen, seien jedoch ihres Wissens nach bisher ohne Erfolg geblieben. (z.B. Preis für Wissenschaftspublizistik der Deutschen Gesellschaft für Psychologie sowie deren Vorhaben eines Pressedienstes).

1.3. Renate Mreschar, Deutscher Forschungsdienst, Bonn

Vor dem Hintergrund ihrer langjährigen beruflichen Erfahrung als »Sozialwissenschaftsjournalistin« nahm Frau Mreschar zu den empirischen Befunden der Expertise Stellung.

1. Es sei tatsächlich so, daß die Sozialwissenschaften auf Seiten wie Jugend, Familie, Frauen, Vermischtes oder etwa den Wochenendbeilagen ihren Platz finden und weniger auf den Wissenschaftsseiten.
2. Aus ihrer Berufserfahrung konnte sie ebenfalls bestätigen, daß Prominenz eines Wissenschaftlers und seine Methodik wenig Einfluß auf die Berichterstattung haben.
3. Geringe Transferaktivitäten regionaler Tageszeitungen, wie sie in der Inhaltsanalyse über Drogenberichterstattung beobachtet wurden, konnte Frau Mreschar dagegen nicht bestätigen. Ihrer Erfahrung nach berichten regionale Tageszeitungen gleichrangig über Sozialwissenschaften wie über Naturwissenschaften und Technik. Zum Teil würde das sozialwissenschaftliche Angebot des Deutschen Forschungsdienstes von den regionalen Medien sogar besser angenommen als die Naturwissenschaften. Sie verweist hier auf eine Magisterarbeit von Petra Thorbrietz (1981), die die Berichterstattung des Deutschen Forschungsdienstes untersuchte.

Frau Mreschar zeigte sich besonders an Forschung über den Throughput interessiert: Wie und nach welchen Kriterien treffen Redakteure ihre Auswahlentscheidungen? Sind die Anlässe für die Auswahl bestimmter Themen/Artikel über alle Redaktionen gleich? Im übrigen interessierte sie sich gerade als langjährige Praktikerin in diesem Feld für Informationen über Beitragslängen, Beitragsinhalte und Verfassertypen (Wissenschaftsjournalisten, Wissenschaftler, Politiker). Auch das Ausmaß des Aktualitätsbezugs der Sozialwissenschaftsberichterstattung sowie der Umfang, in dem politik- oder wirtschaftsjournalistische Berichterstattung sozialwissenschaftlich angereichert wird, sei für sie interessant. Aus der Beantwortung solcher Fragen könne sie unmittelbaren Nutzen für ihre journalistische Arbeit ziehen. In diesem Zusammenhang wäre es auch interessant zu erfahren, welche Wissenschaftsjournalisten als Sozialwissenschaftsspezialisten gelten könnten. Es sei wohl an der Zeit, die Ergebnisse der Studie von Depenbrock (1974) zu überprüfen.

Es bestünden erhebliche Defizite auf der Seite des *Angebotes an sozialwissenschaftlichem Wissen* an die Massenmedien, so Frau Mreschar. Damit widersprach sie der impliziten Grundannahme der Diskussion, es gäbe ein ausreichendes und qualitativ gutes Wissensangebot seitens der Sozialwissenschaften, woran es mangle sei dagegen eine größere Nachfrage der Massenmedien. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Nicht die fehlende Nachfrage der Medien sei der Grund für eine als zu gering empfundene Be-

richterstattung über Sozialwissenschaft, sondern ein Mangel an einem entsprechendem Artikel-Angebot. Wenn sie ein umfangreicheres Angebot an sozialwissenschaftlicher Berichterstattung anbieten könnte, so Frau Mreschar, dann würde sie deutlich mehr Abdrucke erzielen.

Diskussion

Die Frage von Herrn Pürer, ob die »Two-Step-Flow-These« zutreffe, wonach Themen von den Leitmedien zur regionalen Presse weitergereicht würden, verneinte Frau Mreschar. Ihrer Ansicht nach gebe es eher Wellenbewegungen, wobei das Thema von einem Medientypus zu einem anderen Medientypus weitergereicht würde. Dies sei beispielsweise der Fall, wenn das Thema von der überregionalen Presse zur regionalen Presse, zum Rundfunk und wieder zum nächsten Medientypus wandere. Hier sei wohl ein Diffusionsmodell angemessener.

1.4. Thomas Assheuer, Frankfurter Rundschau

Herr Assheuer betreut seit 1987 das Forum Humanwissenschaften, das zweimal monatlich eine Seite der FR füllt. Im Forum beziehen Wissenschaftler Stellung. Dem Forumsprinzip folgt auch das Konzept der Seite: Diese besteht aus zwei Artikeln, wovon mindestens einer von einem Wissenschaftler verfaßt wird. Das inhaltliche Spektrum umfaßt Sozialphilosophie, Literaturwissenschaft, Medientheorie und Psychoanalyse und ist damit enger als ursprünglich beabsichtigt. Politikwissenschaft und die harte empirische Sozialwissenschaft spielen hier eine Nebenrolle. Als Publikum der Seite vermutet er eine universitäre Teilöffentlichkeit, wobei er sich des esoterischen Charakters seines Ressorts durchaus bewußt ist.

Der Verzicht auf journalistische Übersetzer von Wissenschaft sei wohlbegründet: Damit solle eine Differenzqualität zum Feuilleton erzielt werden; zudem verspreche man sich eine höhere argumentative Qualität, wenn die Beiträge direkt von Wissenschaftlern stammen. In der Praxis ha-

be es sich aber gezeigt, daß die Zusammenarbeit mit dem akademischen Betrieb ausgesprochen schwierig ist: Zum einen wegen dessen Eigenzeitlichkeit, zum anderen wegen dessen komplizierten und von außen oft undurchschaubaren Anerkennungsstrukturen. Bei einer Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern müsse man aber anerkennen, daß Autonomie und Indifferenz gegenüber der Öffentlichkeit Grundbedingungen der Forschung sind.

Zur Gültigkeit der empirischen Ausführungen in der Expertise könne er keine hilfreichen Bemerkungen machen. Es sei ihm aufgefallen, daß seine journalistische Selbstbeobachtung nach der Lektüre der Expertise nur noch nach den dort vorgegebenen Mustern und Kategorien erfolgte: Das angeeignete sozialwissenschaftliche Wissen filterte so die Wirksamkeit von Antworten nach der Wirkung sozialwissenschaftlichen Wissens innerhalb der redaktionellen Praxis.

Das Problem des Workshops sehe er vor allen Dingen darin, wie denn das sozialwissenschaftliche Wissen dingfest zu machen sei. Es sei wohl so, daß die Unsichtbarkeit des sozialwissenschaftlichen Wissens von seiner Allpräsenz zeuge. Ein Umstand, der von Beck/Bonß auch als »Dialektik der Verwissenschaftlichung« bezeichnet worden ist. Generell sei die Differenz von Alltagswissen und Expertenwissen unscharf geworden. Der Missionar der Wissenschaft stehe heute keinen redaktionellen Eingeborenen mehr gegenüber. Die Journalisten besäßen heute mittlerweile einen im weitesten Sinne sozialwissenschaftlich geschulten Blick. Die redaktionellen Selektionskriterien bei der Auswahl von Beiträgen seien jedoch von starken normativen Grundüberzeugungen (man ist bei der Frankfurter Rundschau) geprägt. Schließlich ist man nicht nur Forum, sondern zugleich auch Akteur in der Debatte. Zwar gäbe es formale Auswahlkriterien, doch vieles sei pure Devisen. Auswahlkriterien seien etwa der Wunsch nach einem weiten Themenspektrum, die Reputation des Autors oder des Themas. Vorzugsweise sollte ein Artikel eine neue Sicht auf etwas Altes bieten. Günstig sei auch ein Bezug des Artikels zu Mißständen oder eine Nähe zur eigenen Position in der Debatte.

Herr Assheuer betonte, daß man sich in der Redaktion keinerlei Hoffnungen über eine direkte Implementierbarkeit sozialwissenschaftlichen Wis-

sens in die Politik mache. Die gegenwärtige Situation sei am ehesten mit einem Zustand nüchterner Trauer zu vergleichen. Sozialwissenschaft sei zum Hintergrundgeräusch des Alltags geworden. Sie stehe vor dem Problem, daß sie sich im empirischen Detail verliere und nichts mehr über das gesellschaftliche Ganze aussagen könne - was wohl auch darauf zurückzuführen sei, daß es dieses gesellschaftliche Ganze nicht mehr gibt.

1.5. Diskussion

Sozialwissenschaftliches Wissen als Hintergrundgeräusch des Alltags?

Seit wann, so wurde kritisch gefragt, bilde sozialwissenschaftliches Wissen das Hintergrundgeräusch des Alltags? Seit dem Niedergang starker, parteilich identifizierter Links-Rechtspositionen, so Herr Neidhardt. Nun stoßen sozialwissenschaftliche Deutungsschemata in die vorher ideologisch geführte Lücke hinein. Herr Assheuer setzte dagegen, die Schwäche der Sozialwissenschaften habe zur gleichen Zeit mit der Schwäche der großen Ideologien eingesetzt.

Als problematisch erweise sich der Versuch, das »Hintergrundgeräusch« empirisch zu erfassen. Angesichts der Universalisierung und Trivialisierung sozialwissenschaftlichen Wissens fiele es schwer, seine Spuren zu erkennen. Auch Herr Weingart hielt die These vom Hintergrundgeräusch für plausibel. Weil dies so sei, gingen Operationalisierungen nach Art der »manifesten Transferformen« an der Sache vorbei. Man müsse allerdings fragen, ob Transfer überhaupt das Problem sei. Denn diese Sicht der Dinge verdanke sich einem alten Aufklärungsmodell, das auf eine Verbesserung der Berichterstattung der Medien zielte. Die Sozialwissenschaften hätten jedoch im Vergleich zu den Naturwissenschaften ein wesentlich geringeres Sprachproblem, könnten sich also deutlich leichter verständlich machen. Statt nach dem Transfer müßte man also fragen, was die Selektionsbedingungen der medialen Aufmerksamkeit sind, die die Diskurse steuern.

Auf den Einwand von Herrn Austermann, der hinter der These vom Hintergrundgeräusch eine Banalität vermutete, schränkte Herr Assheuer ein, dies gelte nicht für jedermann, sondern für Fachjournalisten wie ihn. Eine soziologisch begründete Selbstaufklärung scheitere an der faktischen Allpräsenz dieses Wissens.

Zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen

Auch die nachfolgende Diskussion konzentrierte sich auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen wissenschaftlichem, speziell sozialwissenschaftlichem Wissen und außerwissenschaftlichem Wissen sowie den Modellen und Begriffen, mit denen dieses Verhältnis adäquat erfaßt werden kann.

Herr Wagner wies zunächst darauf hin, daß Sozialwissenschaften eine andere Art von Wissen produzieren als andere wissenschaftliche Disziplinen: Sie präsentieren keine Entdeckungen. Dies könnte der Grund dafür sein, daß sie auf den Wissenschaftsseiten nur in in geringem Maße, in den übrigen Ressorts dafür stärker auftauchen. Im übrigen könne angesichts der Erfahrungen und Forschungsergebnisse der letzten 20 bis 25 Jahre heute nicht mehr über die Verbesserung des Transfers im Sinne einer Verbesserung der Transferstrukturen gesprochen werden. Die Verwendungs- oder Transferforschung sei in den 60er/70er Jahren mit der Annahme gestartet worden, daß die Sozialwissenschaften ein überlegenes Wissen bereitstellen könnten, welches transferiert werden solle. Die kurze Geschichte dieser Forschung sei im wesentlichen die Geschichte des Infragestellens dieser Annahme.

Herr Ronge pflichtete dem bei: Das Projekt »Moderne« (die Entzauberung der Welt) sei seit Max Weber soweit vorangeschritten, daß man heute nicht mehr zwischen dem Sozialwissen des Alltags und dem wissenschaftlichen Wissen über das Soziale unterscheiden könne. Man müsse daher weg vom Transferbegriff; statt dessen solle man besser von der »*Metamorphose*« des Wissens sprechen. Die Vorstellung eines Transfers zwischen zwei Systemen (Wissenschaft und Praxis) sei ein unzutreffendes Bild der Wissensverwendung. Angemessener sei die Vorstellung,

daß die Wissensprodukte des einen Systems im anderen System nur dann verwandt werden können, wenn sie eine Metamorphose erfahren haben.

Künftige Forschung sollte daher fragen, wer an diesem Metamorphose-Prozeß beteiligt ist und was sich durch diesen Prozeß in der Sache verändert. Es werde in Jarrens analytischem Modell zwar nach den Akteuren gefragt, jedoch nicht nach der Sache. Bei einer bloßen Betrachtung der »manifesten Transferformen« würde dem Wissen selbst zuwenig Beachtung geschenkt.

Herr Peters gab zu bedenken, ob für die redaktionelle Auswahl und Selektion nicht die besondere Konkurrenzsituation zwischen dem Alltagswissen und einem sozialwissenschaftlichen Wissen, das nicht über eine wissenschaftliche Überlegenheit verfügt, entscheidend ist. Sozialwissenschaft hat unter Umständen nur dann besondere Attraktivität, wenn sie Wissenslücken füllen könne, z.B. über neue Gegenstände. Attraktiv ist sie möglicherweise auch dann, wenn sie neue Deutungsangebote machen kann, die mit dem Alltagswissen nicht konform gehen.

Während Frau Mreschar kritisierte, die Diskussion sei zu abstrakt und zu theoretisch, bestätigte Herr Assheuer die Kritik am Modell der linearen Vermittlung von den Sozialwissenschaften über die Medien. Dies sei verkehrt; der Zusammenhang zwischen Medien und Wissenschaft sei nicht so eindeutig und linear. Das heuristische Modell von Herrn Jarren und Herrn Weßler solle zwar keine Richtung haben, dennoch gäbe es Input und Output sowie schließlich den Throughput, der als redaktionelle Arbeit eher gerichtet sei. Im übrigen müsse man fragen, was daraus folge, wenn die Medien die wichtigsten Vermittler sind. Sind die Journalisten dann die Schuldigen, wenn das Wissen folgenlos bleibt?

Wie Empirie betreiben?

Es ist möglich, die Metamorphose sozialwissenschaftlichen Wissens im Zuge seiner journalistischen Bearbeitung zu beobachten, so die Diskussionsteilnehmer. So erwog beispielweise Herr Pürer eine Input-/Output-Analyse journalistischer Schreibweise als methodischen Ansatz. Von ei-

nem anderen Ansatz berichtete Herr Ronge anhand eines Forschungsprojekts aus der Verwendungsforschung der 80er Jahre. Dies ging von der Annahme aus, daß der Niederschlag sozialwissenschaftlichen Wissens nicht immer aktienförmig oder abfragbar ist, sondern nur beobachtet werden kann. Dazu wurden Gesprächssequenzen aus der Bergführerausbildung des Alpenvereins auf ihren sozialwissenschaftlichen Gehalt hin untersucht. Als Ergebnis zeigte sich, daß Transfer vor allem als Banalisierung des Wissens beobachtet werden kann.

Herr Ronge begründete, warum in der Verwendungsforschung der 80er Jahre die Medien nur am Rande berücksichtigt wurden. Dies lag wohl daran, daß die Medien als Ganzheit ein gesellschaftliches Teilsystem sind, als einzelne Organisation jedoch gegenüber anderen Organisationen empirisch schwerer faßbar seien. Im übrigen lägen sie in eigentümlicher Weise zwischen den zu kontrastierenden Welten, nämlich den Naturwissenschaften und dem Alltag sowie den Sozialwissenschaften und dem Alltag. Während naturwissenschaftliches Wissen zur Bewältigung des Alltages zumeist nicht notwendig ist, sondern von ihm völlig separiert werden kann, gilt dies für die Sozialwissenschaften nicht. Man kann einen Stromschalter bedienen, ohne etwas von Elektrizität zu wissen. Für die Sozialwissenschaften gilt dagegen, daß jeder in bezug auf Sozialisationsinstanzen wie Schule, Medien etc. über Sozialwissen verfüge. Die zentrale Frage sei hier, welches Wissen dies ist (evtl. falsches, wie Vorurteile etc.) und wie dieses Wissen geändert werden kann.

Herr Wagner meinte, es käme nicht nur darauf an, wieviel Sozialwissenschaft in den Medien sei, sondern auch, welche Sozialwissenschaft in welcher Form dort auftaucht. Auf das Projekt bezogen bedeutet dies, daß man fragen müsse, ob die Sozialwissenschaften überhaupt etwas zu dem betreffenden Thema zu sagen haben. Unter Umständen sei es angemessen, daß nicht viel über Sozialwissenschaften berichtet wird, da sie zu diesem Thema wenig oder nichts zu sagen haben.

Warum die Verwendung nachweisen?

Herr Neidhardt warf die Frage auf, warum die Identifizierbarkeit sozialwissenschaftlichen Wissens überhaupt interessant sei. Verberge sich dahinter nur eine berufsständische Interessenpolitik oder gäbe es andere Fragen? Herr Ronge antwortete, es bedürfe eines Glaubens an so klassische Kategorien wie Aufklärung und Öffentlichkeit, um dem Thema Transfer eine Bedeutung zuzumessen. Im übrigen sei disziplinärer Egoismus berechtigt, da es die Zunft der Historiker sei, die heute das politische Bewußtsein schaffe.

Herr Czada sah dagegen keine Notwendigkeit, mit Kategorien wie Aufklärung oder Öffentlichkeit das Interesse an Verwendung zu begründen: Es gäbe sehr wohl Unsicherheiten, auf die die Sozialwissenschaften Antworten geben könnten. Gehe man von den in der Praxis interessierenden Fragestellungen aus, so eröffne sich der Blick auf die Qualität wie Quantität der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Dies belege die umfangreiche - und nicht unbedingt sozialwissenschaftliche - Literatur, die es z.B. zu Fragen der Kooperation in der Wirtschaft, der Motivation am Arbeitsplatz oder etwa ganz generell zu Fragen des Umgangs miteinander in den verschiedensten sozialen Kontexten (im Team, im Verein etc.) gäbe.

so der Einführung eigener Seiten, dem Ausbau von Agenturen, Redaktionen u.ä.. Heute, 10 bis 20 Jahre später, müsse man aber feststellen, daß die Situation stabil marginal geblieben ist. Der Wissenschaftsjournalismus sei noch immer ein Schwellenressort.

Neben das Institutionalierungsmodell hatte Herr Hömberg 1982 das Infiltrationsmodell als eine Alternative gestellt. Doch auch heute hat er noch Zweifel, ob über eine problembezogene Berichterstattung sozialwissenschaftliches Wissen in die Medien einsickern könne. Dies sei letztlich eine nur empirisch zu beantwortende Frage. Seine Zweifel am Einsickereffekt gründe darauf, daß das Publikum wissenschaftliche Expertise in erster Linie in Form von Ratgeberjournalismus erwarte.

Der Ratgeberjournalismus konnte in den letzten Jahrzehnten einen enormen Aufschwung verzeichnen, denn infolge des sozialen Wandels seien brauchbare Hinweise nicht mehr unbedingt im unmittelbaren sozialen Umfeld zu finden. Doch obwohl der Ratgeberjournalismus eine Einflugschneise für die Wissenschaft sein könnte, werden hier die Laien immer wichtiger. Ihr »Expertenstatus« leite sich z.B. aus einer persönlichen Betroffenheit ab. Der Ratgeberjournalismus biete damit ein Beispiel dafür, wie das Erkenntnismonopol der Wissenschaft zunehmend bestritten wird und die Pluralisierung von Erkenntnis voranschreitet.

1.6. Walter Hömberg, Kath. Universität Eichstätt

Herr Hömberg wies darauf hin, daß es ähnliche Zusammenkünfte wie diese bereits in den 70er und 80er Jahren gegeben habe. Dort sei im wesentlichen die marginale Situation des Wissenschaftsjournalismus beklagt worden. Inhaltsanalysen hatten damals ergeben, daß Medizin- und Naturwissenschaft thematisch dominierten und Wissenschaftsjournalismus vor allem in wenig attraktiven Formen daher kam. Die detaillierteste Untersuchung in dieser Hinsicht wurde von Depenbrock vorgelegt: Danach entfielen 2/3 der sozialwissenschaftlichen Medieninhalte auf die breite Demoskopie sowie Wirtschafts- und Konjunkturforschung. Die damaligen Vorschläge gingen vor allem in Richtung Institutionalisierung, al-

1.7. Volker Ronge, Universität Wuppertal

Das analytische Modell von Herrn Jarren und Herrn Weßler baue auf bestimmten Vorentscheidungen, die seiner Ansicht nach problematisch sind: Dies ist zum einen die Unterscheidung von Sozialwissenschaft und Medien, zum anderen das Input-/Output-Modell.

Im ersten sieht er eine allzu einfache Konstruktion von zwei Systemen, deren Grenzen und Schnittmengen noch nicht ausreichend diskutiert seien. Es stelle sich nämlich die Frage nach der Zuordnung des empirisch Beobachtbaren zu den jeweiligen Systemen. Durch diese Grundkon-

struktion gerate aus dem Blick, daß der journalistisch arbeitende Soziologe oder der soziologisch gebildete Journalist für den Wissenstransfer entscheidende Bedeutung haben kann, ohne daß dies analytisch angemessen berücksichtigt würde.

Zum anderen lege das Input-/Output-Modell eine Verlaufsrichtung des Transfers nahe - trotz gegenteiliger Beteuerungen. Hier sei an den Usen- and Gratification-Ansatz der Kommunikationswissenschaft zu erinnern. Es müsse danach gefragt werden, wo die Nutzer der Medien auftauchen. Wenn die Nutzung der Sozialwissenschaften durch die Massenmedien von ratsuchenden Journalisten und/oder Lesern geprägt würde, wie dies Herr Hömberg andeutete, resultiere dies in einer der Input/Output-Richtung entgegengesetzten Bewegung. Auch mit Blick auf den Throughput müsse gefragt werden, ob die Journalisten Durchgangsstation sozialwissenschaftlichen Wissens seien oder Nutzer bzw. Adressaten dieses Wissens. Man könne spekulieren, daß die Journalisten als Nutzer fungieren und ihr so erworbenes Wissen in völlig anderen Kontexten wieder zum Vorschein bringen.

Im übrigen müsse die die Diskussion leitende Vorstellung in Frage gestellt werden, mehr Transfer sei besser als weniger Transfer. Hier könne auf drei Quellen der Transferidee rekurriert werden: Zum einen seien alle Transferüberlegungen im engsten Sinne ökonomistisch motiviert, da es immer um Input in die Produktentwicklung gehe. Heute würde sozialwissenschaftliches Wissen in dem Maße transfergeeignet, in dem die Organisation, die Konstellation und die Motivation der Arbeitenden zum Produktionsfaktor werde. Dies wirke hochgradig selektiv auf die Transfereignung des sozialwissenschaftlichen Wissens. Dies gelte zweitens gleichermaßen für die Politik. Nach dieser Transfer-Vorstellung solle alles, was auf eine Steuerung der Gesellschaft durch Politik hin anwendbar ist, transferiert werden. Auch dies führe zu einer hohen Selektivität. Zu fragen sei überdies, ob man Sozialtechnologie überhaupt will. Die dritte Quelle der Transferidee habe die Aufklärung zum Ziel: Die Wissenschaft solle der Gesellschaft die Möglichkeit herrschaftsfreier Diskurse vorexerzieren. Herr Ronge zeigte sich jedoch im Hinblick auf die Erfolgchancen dieses Vorhabens skeptisch.

Statt zu fragen, ob und wieviel transferiert wird, solle man daher auf die Selektivität im Transfer schauen und fragen, was transferiert wird. Nicht das Faktum des Transfers als solches sei interessant, sondern das Wissen, das in diesen Prozeß Eingang findet.

Dies führe zur Frage, ob Transfer immer gut und richtig sei. So zeige das Beispiel der Wahlforschung, daß zu bestimmten Zeiten Transfer nicht opportun ist, z.B. kurz vor Wahlen. Herr Ronge empfiehlt daher, die Ausgangsannahme, Transfer sei immer gut, zu überdenken.

1.8. Diskussion

Zunächst nahm Herr Jarren Stellung zu den vorangegangenen Statements und erläuterte sein Erkenntnisinteresse. Er halte die These vom sozialwissenschaftlichen Blick der Journalisten für plausibel, da der Anteil der Geistes- und Sozialwissenschaftler unter den Kommunikatoren erheblich gestiegen ist. Es gehe nicht um eine abstrakte Hebung der Sozialwissenschaften und auch nicht um den Transfer. Ihn interessiere ein bestimmter Problemzusammenhang, nämlich der Prozeß, in dem verschiedene Akteure aushandeln, was in die Medien hineinkommt. Dabei betrachte er diesen Produktionsprozeß des Medieninhalts unter der Perspektive eines gesellschaftlichen Problemzusammenhangs - und aus dieser Sicht heraus interessiere ihn die Rolle der Sozialwissenschaften.

Es gelte jenen Prozeß besser zu verstehen, den man als »Wissenstransfer« bezeichnet hat, für den aber Begriffe wie Transformation, Metamorphose oder Infiltration angemessener erscheinen. Man müsse fragen, wie er stattfindet, unter welchen Bedingungen er so stattfindet, oder auch, welche Rolle die politische Lagerverteilung darin spielt. Hier sehe er z.Zt. zwei analytische Ansätze oder Perspektiven: Die eine betone die Komplexität des Gegenstandes und daß er empirisch nicht faßbar sei, die andere setze an den Strukturen an und bleibe damit notgedrungen vorerst oberflächlich. Als wichtige analytische Elemente könnten sich die Wandlungsprozesse von Ak-

teurskonstellationen erweisen sowie die Betrachtung von argumentativen Deutungsmustern.

Die hieran anschließende Diskussion konzentrierte sich im wesentlichen auf zwei zentrale Fragen: Dies war zum einen die Frage danach, wie das Wissen in die Medien hineinkommt, welche Selektionskriterien hier wirken und welche kognitiven oder institutionellen Strukturen diesen Selektionsprozeß beeinflussen. Zum anderen wurde danach gefragt, wie der Output der Sozialwissenschaft in Quantität wie Qualität zu beurteilen sei. Was zeichnet sozialwissenschaftliches Wissen aus, wie kann man es erkennen und unterscheiden?

Wie kommt das Wissen in die Medien hinein?

Herr Jarren beantwortete Herrn Ronges Hinweis auf das Problem der empirischen Grenzziehung zwischen den Systemen Medien und Sozialwissenschaft damit, daß Soziologen und Journalisten sich in ihren Berufsrollen völlig unterschiedlich verhalten würden. Journalisten agierten programmgesteuert, ihr Tun werde von Nachrichtenfaktoren u.ä. Kriterien beeinflusst. Soziologie könne in diesem Zusammenhang als Hintergrundfolie des Entscheidens wesentlich werden, doch wie solle man dies methodisch in den Griff kriegen? Allenfalls die Suche nach spezifischen Selektionsmustern böt hier eine Möglichkeit.

Herr Saxer sagte, in den Medien sei ein falsches Bewußtsein des eigenen Tuns sehr stark verbreitet. So spulten beispielsweise Kunstjournalisten entgegen ihrer festen Behauptung, sie würden anders als die übrigen Journalisten auswählen und berichten, tatsächlich doch nur die Routine der Nachrichtenwerte ab. Methodisch müsse man daher unter die Ebene der Bewußtheit der Journalisten gehen, wenn man etwas über die Selektionsmuster erfahren wolle.

Herr Neidhardt wies darauf hin, daß eine Selbstbeobachtung, eine Reflexion des eigenen Tuns und eine anschließende Selbstkontrolle im Journalismus offenbar gering verbreitet seien. Selbstbeobachtung, so Herr Assheuer, geschehe allen-

falls in Krisensituationen, sei dann aber an redaktionelle Kriterien und nicht an externes Wissen gebunden. Zur Zeit sei der Außendruck viel zu groß, als daß eine Chance auf eine Selbstreflexion der Medien über die Folgen ihres Tun bestünde. Die Selbstberichterstattung der Medien habe zugenommen, so Herr Weingart, eine Selbstkontrolle existiere jedoch kaum. Dem hielt Herr Austermann entgegen, es gäbe durchaus eine ausgeprägte Form der Selbstbeobachtung. Üblich sei es, das eigene Tun an dem der Konkurrenz auszurichten, die - wie z.B. in einem Zweizeitungskreis - intensiv beobachtet werde. Im übrigen habe die Kommunikatorforschung gezeigt, daß das Zielpublikum der Journalisten andere Journalisten sind. Leider verfehlten sie damit ihr eigentliches Publikum.

Binnenstrukturen der Medien und mediale Inhalte

Herr Jarren zufolge hat von den 50er bis zu den 90er Jahren ein gigantischer Ausdifferenzierungsprozeß der Medien stattgefunden, der heute von einem sich fortsetzenden internen Entdifferenzierungsprozeß der Medien begleitet werde. Letzterer könne am Auflösen traditioneller Ressorts und Redaktionen, sowie in dem vermehrten Auftreten nur schwer abgrenzbarer Zeitschriftenrubriken, wie Life Style u.ä. beobachtet werden. Diese Entwicklung habe Folgen für die Medieninhalte: Gerade neu entstehende Medien (z.B. Privatradios) würden keine inneren Strukturen mehr ausbilden. Damit fehle ihnen jedoch die Kompetenz zur Beobachtung bestimmter gesellschaftlicher Bereiche und damit zur Berichterstattung. Gleichzeitig seien sie für diese gesellschaftlichen Bereiche von außen nicht mehr zugänglich. Dies belegte Herr Jarren am Beispiel der Landespolitik, wo sich Pressereferenten und Redakteure der neuen privaten Medien nicht mehr namentlich kennen - im Gegensatz zu den traditionellen Medien .

Dem hielt Herr Pürer entgegen, die Auflösung von Ressorts geschehe bei den Funkmedien in aller Regel aus pragmatischen Gründen: Eine innere Organisation eines Radiosenders nach Sendezeiten (Vormittagsteam, Nachmittagsteam) statt nach inhaltlichen Themen (traditionelle Redaktionen) diene der Verbesserung der internen Kom-

munikation innerhalb der Redaktionen, was besonders bei der Produktion aktueller Nachrichtensendungen im Minuten- und Stundentakt ein zwingendes Erfordernis sei. Bei der Ausbildung von Rubriken mit Titeln wie Life Style o.ä. in neuen Magazinen handele es sich um eine Defacto-Ressortgründung.

Herr Czada meinte, die interne Strukturierung der Medien könne mit Rückgriff auf die Industriosozologie (Chandler) erklärt werden: Die innere Struktur von Organisationen sei eine Anpassung der Änderungen der Organisationsumwelt. So könne die Ausbildung neuer Ressorts in den Medien als Anpassung an den Markt und eine Orientierung am Kunden begriffen werden. Allerdings geschehen Veränderungen der Binnenstrukturen von Organisationen wie von Medien nicht im unmittelbaren Reflex auf Umweltänderungen. Eine Selbständerung werde erst dann notwendig, wenn sich die konkurrierenden Organisationen ändern. Als Beispiel dafür nannte er den Einzug der Farbe in die Tageszeitungen. Dieses Muster gelte auch für die klassischen Ressortgrenzen. Hier habe sich der Anpassungsdruck bislang nicht mitgeteilt. Herr Assheuer wandte dagegen ein, daß dadurch nicht erklärt werden könne, warum sich der Konkurrent ändert. Er sieht im Einzug der Farbe im wesentlichen eine Anpassung an veränderte Sehgewohnheiten der Leserschaft (TV, Illustrierte). Die Nichtänderung diene der Distinktion, der gewollten Unterscheidung von der Medienumwelt. Nur als Bildungsbürgerblatt in Schwarzweiß könnten sich FAZ und NZZ noch von den Konkurrenzprodukten abheben.

Die Medienumwelt bestehe nicht allein aus der Leserumwelt, meinte Herr Hömberg, sondern aus der gesamten Gesellschaft. Daher sei es in der Tat erstaunlich, daß sich die Medienstruktur seit Beginn des Jahrhunderts nicht geändert habe: So stünden fünf Ressorts beispielsweise einer Fülle neuer Fächer der Wissenschaft gegenüber. Die Orientierung der Redakteure an ihren Bezugsgruppen in der Gesellschaft (Kulturredakteur - Schauspieler) werde jedoch in aller Regel von der extrem starken Kollegenorientierung überlagert (»Woran denken sie bei der Produktion ihrer Wissenschaftssendung?« »Daß es den Kollegen vom Bayerischen Rundfunk die Schuhe auszieht!«). Eine Selbstreflexion der Medien finde

statt und zwar in Form spezieller Medien-Medien und durch die weit verbreiteten Medienressorts.

Für die Einnahme einer Systemperspektive gegenüber einer Akteurszentrierung argumentierte Herr Jarren. So seien die alten Medien von gesellschaftlichen Institutionen getragen worden und hätten deren wichtigste Kategorien abgebildet. Die neuen Medien täten dies nicht. Medien mit neuen Ressortstrukturen wiesen andere Öffentlichkeitsbezüge aus. Während die alten Medien von einem abstrakten Öffentlichkeitsbezug gekennzeichnet seien, herrsche in den neuen Medien eine Orientierung auf Output und Zielgruppen vor. Dies sei insgesamt normativ gesehen ein Problem.

Wissensselektion nach Gutdünken des wissenschaftsjournalistischen Einzelkämpfers?

Nach Ansicht von Herrn Pürer müsse man zwischen sozialwissenschaftlich ausgebildeten Journalisten, die über Politik, Kultur oder Wirtschaft schreiben, unterscheiden und den Journalisten, die Wissenschaftsberichterstattung über sozialwissenschaftliche Themen betreiben. Im Bereich des Wissenschaftsjournalismus seien überwiegend Einzelkämpfer am Werk. Am Beispiel des Wissenschaftsredakteurs der Salzburger Nachrichten erläuterte er seine These, daß die bislang diskutierten Konstrukte für die Erklärung von Selektion zu komplex seien. Wahrscheinlich seien die Verhältnisse viel einfacher, und die Auswahl der Medieninhalte könne sich aus den Arbeitsbedingungen der Einzelkämpfer ergeben: Diese müßten Seiten füllen, und wählten daher nicht nach persönlichen Präferenzen, sondern nach der Lage des Angebotes aus.

Dies deckt sich mit den Erfahrungen von Frau Mreschar: Das Einzelkämpfertum der Wissenschaftsjournalisten bestimme deren Selektionsverhalten. Deswegen falle es auch sehr individuell aus. Bedauerlicherweise wisse der Deutsche Forschungsdienst sehr wenig über seine Kunden, die vor allem aus der mittleren und der regionalen Tagespresse bestünden. Daher ist Frau Mreschar an deren Selektionskriterien interessiert. Auch Füllstoff, so Herr Czada, werde nach bestimmten Kriterien ausgesucht.

Herr Roloff bestätigte Herrn Pürers These. Für die meisten Zeitungen sei die Situation des wissenschaftsjournalistischen Einzelkämpfers normal. Nur die FAZ, die Zeit und die SZ mit je 5 bis 7 Redakteuren seien absolute Ausnahmen. Die Selektionsentscheidungen der betreffenden Wissenschaftsjournalisten würden mit Sicherheit auch durch die redaktionellen Vorbehalte gegenüber »Neigungsbeiträgen« über ihre wissenschaftlichen Herkunftsdisziplinen beeinflusst.

Berichterstattungsdefizit oder Nachfrageüberhang?

Der These, es gäbe ein Defizit an Berichterstattung über sozialwissenschaftliche Ergebnisse, widersprach Herr Wagner. Zwar stehe die ganze Debatte unter dem Zeichen des Mangels, doch Frau Mreschar habe dem als Praktikerin widersprochen: Sie war der Ansicht, wenn es ein Angebot gibt, so fände es auch Abnehmer. Aus eigener Erfahrung könne er vom WZB-Presseecho berichten, welches monatlich einen erheblichen Umfang besäße. Man müsse also umgekehrt eher fragen, wieviel Anrecht auf mediale Aufmerksamkeit die Sozialwissenschaft eigentlich habe. Mit Blick auf die Zeit, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung oder Berliner Zeitungen wie den Tagesspiegel könne nicht von einer Abwesenheit sozialwissenschaftlicher Ergebnisse in den Medien gesprochen werden. Die Situation sei wohl treffender beschrieben, wenn man von einem Nachfrageüberhang spräche. Vermutlich gibt es in den Medien einen Bedarf an soziologischer Zeitdiagnose, der derzeit nicht oder nicht in der richtigen Weise erfüllt wird.

Herr Nullmeier stellte dem Hinweis auf die mediale Nachfrage das Bemühen der Wissenschaftler um Medienpräsenz gegenüber. In der historischen Entwicklung der Sozialwissenschaften habe es stets ein Bemühen um gesellschaftliche und politische Wirkung gegeben. Dabei habe man sich Veränderungsimpulse von jeweils anderen gesellschaftlichen Akteuren erhofft. Diese Hoffnungen hätten sich in den 60er und 70er Jahren zum einen an den Regierungsapparat, zum anderen an die Studenten-, Ökologie- und andere Bewegungen geknüpft. Zusammen mit diesen Wirksamkeitshoffnungen seien auch die Organisationsorientierung und Parteinähe von

Sozialwissenschaftlern geschwunden. Heute erhoffe man sich nun politische und gesellschaftliche Wirksamkeit von den Medien.

Eine neue Erscheinung sei der Typus des Medienintellektuellen nach französischem Vorbild. Dies habe eine Verschiebung der wissenschaftlichen Reputationskriterien zur Folge, da man nun Reputation auch über die Medien erwerben könne. Dieser Trend führe jedoch nicht zu einer verstärkten Darstellung sozialwissenschaftlichen Wissens in den Medien, zumindest nicht in Form der Berichterstattung über Studien auf den Wissenschaftsseiten. Die mediale Aufmerksamkeit richte sich nicht auf eine Wissenschaft und ihre Aussagen, sondern auf die Person des Wissenschaftlers, der sich mit eigenen Artikeln und bebilderten Homestories der Öffentlichkeit präsentiert. Zur Zeit könne ein regelrechtes gegenseitiges Hochschaukeln von Focus und Spiegel in dieser Hinsicht beobachtet werden.

Man müsse sich jedoch fragen, so Herr Czada, woher das verstärkte Interesse an Wissenschaftlern und ihrer Person kommt. Er vertrat die Ansicht, daß die verstärkte Wissenschaftsberichterstattung auf eine Zunahme von Problemen und Unsicherheiten zurückzuführen ist. Das verstärkte Interesse an Wirtschaftswissenschaftlern, wie sie beispielsweise anhand der Serie der Zeit über die Ökonomen zu beobachten ist, könnte darauf zurückzuführen sein, daß die sachliche Unsicherheit, z.B. in Fragen der Arbeitslosigkeit heute höher ist als dies zur Hochzeit keynesianischer Politik in den 60er Jahren der Fall war.

Statt Transfer Diskurskopplung erforschen?

Auf die Frage nach der angemessenen begrifflichen und analytischen Beschreibung des »Wissensvermittlungsprozesses« kam Herr Weißler zurück. Als alternative Sichtweise zum problematischen Transferbegriff könne »Diskurskopplung« dienen. In dem hier interessierenden Prozeß würden unterschiedliche Diskurse aus den Bereichen Medien, Sozialwissenschaften und Politik gekoppelt. Diese Kopplung habe eine soziale Dimension, wenn journalistisches und sozialwissenschaftliches Denken in einer Person zusammenträfen. Zugleich habe Kopplung eine sachliche Dimension, nämlich die der Diskursinhalte. Der Kopp-

lungsprozeß habe zwei Aspekte: Zum einen sei er von aktiven, handelnden Akteuren geprägt, die eine bestimmte Deutung durchsetzen, in die Medien bringen und damit etwas bewirken wollten. Zum anderen gäbe es einen mittelfristigen Deutungswandel, der sich nicht allein auf das Durchsetzungshandeln von Akteuren reduzieren ließe.

Man müsse nun fragen, so Herr Weßler weiter, welche Dimensionen von Wissen für die Diskurskopplung relevant seien. Zudem sei interessant, wie eine Kopplung zustande kommt und welche Wissenssorten dabei eine Rolle spielen. Die Betrachtung des mittelfristigen Deutungswandels werfe die Frage auf, wie Deutungsmuster intern beschreibbar seien. Deutungsmuster seien Kausalerklärungen bestimmter, für problematisch gehaltener Sachverhalte, die zugleich bestimmte Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Daraus leitet sich auch das Interesse an sozialwissenschaftlichem Wissen ab: Es handele sich hierbei um ein spezifisches Wissen, das soziale Sachverhalte erklärt und politische Handlungsmöglichkeiten eröffnen kann.

Diese analytische Perspektive hat Herrn Neidhardt zufolge erhebliche methodische Konsequenzen. Wenn sich das Interesse auf die inhaltliche Kopplung von Diskursen richte, dann dürfe Sozialwissenschaft nicht mehr als Black box behandelt werden. Dann sei zu fragen, was der sozialwissenschaftliche Output an Wissen ist, welche Art von Wissen es ist und worauf sich das Wissen bezieht. Dabei sei sicher relevant, ob es sich hierbei um eine große Geräuscentfaltung handelt - oder ob das sozialwissenschaftliche Wissen ein Bezug zu dem hat, was anderenorts als relevant angesehen wird.

Herr Weingart meinte mit Bezug auf die Ausführung von Herrn Weßler, eine abstraktere Fassung der Fragestellung der Transferforschung biete die Untersuchung von Metaphern: Metaphern werden in andere Kontexte transferiert, wobei sich die Bedeutung, die sie im Ursprungskontext besaßen, verändert. Zugleich aber verändern sie den neuen Kontext, in den sie transferiert wurden. Hieran könne man ein Analysemodell anlehnen, wobei zu fragen wäre, was die Untersuchungseinheiten bzw. die Wissenseinheiten sein sollen.

In methodischer wie theoretischer Hinsicht könne er hervorragend mit »Diskurskopplung« leben, meinte Herr Ronge. Dann jedoch müßten die Themen im Diskurs thematisiert werden. Er wies darauf hin, daß es sich hierbei von vornherein um qualitative Forschung handele.

Das Ergebnis der Verwendungsforschung faßte Herr Ronge dahingehend zusammen, daß die Versozialwissenschaftlichung der Welt die Forschung über den Transfer von sozialwissenschaftlichem Wissen in die Praxis verhindere. Für die Medialisierung der Welt gelte das gleiche. Denn wenn alle gesellschaftlichen Systeme durchmedialisiert seien, so verändere dies die Bedeutung von Transfer zwischen den gesellschaftlichen Systemen. Medien könnten nicht als ein begrenztes System betrachtet werden, durch das etwas hinein- und hinausgeht, sondern seien Bestandteile aller übrigen gesellschaftlichen Teilsysteme oder -bereiche.

Wenn man sich bei der empirischen Untersuchung nicht auf manifeste Transferformen beschränken will und somit Sozialwissenschaften nicht als eine Black box aufgefaßt werden sollen, so müsse man fragen, worin die Versozialwissenschaftlichung gesellschaftlicher Probleme bestehe. Herr Ronge zufolge verändert die Versozialwissenschaftlichung gesellschaftlicher Themen die Zurechnung von Beteiligten oder Betroffenen, von Schuldigen oder Verantwortlichen. Das Musterbeispiel hierfür sei die Kriminologie, die grob vereinfacht gesprochen sagt: Nicht der Täter sei verantwortlich, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen er lebt. Ein anderes Beispiel biete die Bildungsforschung, z.B. in der Diskussion über Begabung, Lernen oder Schichtspezifik. Der zentrale Tenor sei, daß das Schulversagen soziale Gründe habe und nicht individuelle Schuld sei. Auch das Thema AIDS mit seiner Diskussion über Risikofaktoren und Risikogruppen könne als Beispiel für die Versozialwissenschaftlichung von Diskursen herangezogen werden.

Herr Neidhardt verwies in diesem Zusammenhang auf Tenbruck, der die Soziologie eben dafür kritisierte, daß infolge ihrer Argumentation individuelle Zurechenbarkeit nicht erkennbar sei. Da alles von außen begründet werde, gäbe es keine individuelle Schuld mehr. Dies entspräche tatsächlich den Grundstrukturen des sozialwis-

senschaftlichen Wissens: Bereits Durkheim zufolge erklärt die Soziologie Soziales durch Soziales.

Was haben wir aus der Diskussion gelernt?

Herr Jarren faßte die aus seiner Sicht wichtigsten Punkte zusammen:

- > Aus der traditionellen Vorgehensweise der inhaltsanalytischen Wissenschaftsjournalismusforschung müsse man heraus. Der auf diese Weise erzielbare Informationsertrag bleibe zu gering.
- > Er habe den argumentativen »Hammer der Verwendungsforschung« kennengelernt. Danach verhindere die Versozialwissenschaftlichung der Welt die Erforschung des Transfers sozialwissenschaftlichen Wissens in die Praxis. Aber wenn es gelänge, tiefer in die Dinge hinein zu schauen, könnte man den Hammer loswerden.
- > Ein System- oder Politikfeldbezug sei wichtiges Element empirischer Untersuchungen. Allerdings sei die Auswahl eines bestimmten Politikfeldes genau zu überlegen. Da die Politikfelder jeweils spezifische Medien- und Beobachterstrukturen aufweisen, werden dort auch jeweils spezifische Öffentlichkeitsstrukturen und damit auch variierende Formen und Inhalte der Wissensvermittlung zu finden sein.
- > Da abstrakter Transfer nicht untersucht werden könne, sei der Bezug auf ein Problem wichtig. Die Operationalisierungs- und Abgrenzungsüberlegungen in dieser Hinsicht müssten gründlich überlegt werden, da die entsprechenden Entscheidungen folgenreich für Forschungsergebnisse seien.
- > Da sich die analytische Aufmerksamkeit auf den Produktionsprozeß der Medienberichte richte, sei auch die Akteursdimension relevant.

In der Gesamtschau sah Herr Jarren sein analytisches Design als bestätigt an. Herr Weßler fügte an, das Input-Output-Schaubild habe wohl in der Diskussion für Irritationen gesorgt. Wissenstransfer müsse in latente und manifeste Formen getrennt werden, das Schaubild werde aber der be-

sonderen Qualität der latenten Transferformen nicht gerecht. In der Diskussion habe sich gezeigt, daß die Analyse des Medieninhalts alleine (wie in der Inhaltsanalyse geschehen) nicht ausreiche. Es reiche wohl auch nicht, allein den Mediendiskurs zu beobachten und die stattgefundenen Kopplungen (gleich Transferatbestände) aus diesem Material herauslesen zu wollen. Ihm erscheine es im Moment sinnvoller, zunächst mehrere Diskurse analytisch zu unterscheiden und dann deren Kopplungen zu untersuchen.

Zum Abschluß der Diskussion wies Herr Neidhardt darauf hin, daß auch die Forschung zum Wissenstransfer sich über ihre Praxisrelevanz bewußt werden sollte. Besonders praxisrelevant seien jedoch nicht jene Faktoren, denen die Forschung eine besonders hohe Erklärungskraft für das Zustandekommen sozialer Prozesse zumißt. Praxisrelevant seien die Faktoren, die für Akteure aus Praxis und Politik Interventionsmöglichkeiten bieten. Eine analytische Perspektive, die den Blick auf Akteure, Akteurskonstellationen und institutionelle Rahmenbedingungen lenkt, erhöhe die Chancen, Interventionsmöglichkeiten zu finden. Man müsse sich also fragen, wie durch die Anlage der Forschung systematisch Attraktivität für außersozialwissenschaftliche Rezipienten hergestellt werden kann.

2. Was wollen wir wissen? Wie sollen wir fragen? Forschungsfragen und Forschungsstrategien

2.1. Wechselwirkungen zwischen Sozialwissenschaften, Medienöffentlichkeit und Policy-Diskursen - Theoretische Überlegungen zur Zukunft eines Forschungsfeldes

Otfried Jarren/Hartmut Weßler,
Universität Hamburg

Auf die Frage »Was wollen wir wissen?« antworteten Herr Jarren und Herr Weßler: Wir wollen den Prozeß der Produktion medial präsentierten Wissens beobachten. Dabei seien sie sich darüber im klaren, daß es sich hierbei nicht um gerichtete Prozesse handele. Weil Wissen verarbeitet wird, ist es an das Handeln von Akteuren gebunden. Sie suchten nach Antworten darauf, ob und wie sozialwissenschaftliches Wissen identifizierbar ist. In welcher Weise wird von wem und in welchem Kontext auf sozialwissenschaftliches Wissen zurückgegriffen? Wie wird es für die Verwendung in den Medien generiert?

Ein Vergleich von Problemfeldern könne Antworten ermöglichen. Ein Weg wäre beispielsweise der Vergleich der Problemfelder Drogen und Alter, die sich durch je unterschiedliche Strukturen der Wert- oder Problemorientierung, der Verfestigung von politischen Positionen etc. auszeichnen. Aus dem Bezug auf ein Problemfeld ergebe sich auch der Bezug auf ein bestimmtes gesellschaftliches Teilsystem bzw. Politikfeld. Dies erlaube es, die Folgen unterschiedlicher Akteurskonstellationen zu untersuchen.

Als Antwort auf die Überschrift »Wie sollen wir fragen?« schlugen sie eine Neukombination verschiedener Ansätze vor und begründeten ihre Wahl jeweils knapp:

1. Warum Öffentlichkeitssoziologie?

Weil mit diesem Ansatz keine rein medienzentrierte Perspektive verbunden sei. Dieser Ansatz erlaube den Bezug auf das Publikum

und die Produktionsstruktur von Diskursinhalten.

2. Warum Policy-Analyse?

Weil in verschiedenen Politikfeldern verschiedene institutionelle Strukturen vorherrschen. Bisher sei die Rolle der Medien in der Policy-Analyse nicht berücksichtigt worden. Es sei jedoch zu vermuten, daß die Beobachterstrukturen der Medien von entscheidender Bedeutung für die Kommunikationsstruktur innerhalb eines Politikfeldes sind. Neben der Strukturdimension müßten aber auch die Inhalte berücksichtigt werden. Die Rolle von sozialwissenschaftlichen Deutungsmustern oder Konzepten könne nämlich nur dann erfaßt werden, wenn man die inhaltliche Dimension gegenüber der Strukturdimension konzeptionell privilegiert.

3. Warum Deutungsmuster?

Weil die interne Struktur von Wissen einen bestimmenden Einfluß auf die Verwendungsformen dieses Wissens in medienöffentlichen Diskursen habe. So könnten beispielsweise normative Aussagen koalitionsbildend und polarisierend wirken, im Gegensatz zu kausalen Aussagen. Die zentrale Dimension der Verwendbarkeit von Deutungsmustern sei ihre Paßförmigkeit mit den bereits vorhandenen Deutungsmustern innerhalb wichtiger Akteurkonfigurationen sowie innerhalb des Publikums. Worin genau Paßförmigkeit besteht, sei bislang jedoch unklar. Bisherigen Ansätzen zufolge könnte sie in einer speziellen »causal story« bestehen, die das Zustandekommen von Problemen erklärt, sowie in dem Aufzeigen spezifischer Handlungsmöglichkeiten.

4. Warum Advocacy Coalitions?

Überzeugungs- oder Tendenzkoalitionen existierten quer zu institutionellen oder systemischen Grenzen. Sie zeichnen sich durch ihre Bindung an bestimmte Grundüberzeugungen aus. Diese Koalitionen hätten für die Aufnahme von Wissen strukturierende und selektierende Funktionen. Da Wissen Fürsprecher brauche, die es in die Öffentlichkeit tragen, bedürfe es der Paßförmigkeit zu den bestehenden Advocacy Coalitions, die das Rückgrat des medienöffentlichen Diskurses bilden.

5. Warum mittelfristige Prozeßperspektive?
Der Policy-Zyklus sei als Realmodell untauglich, der Mediendiskurs zudem von dem ständigen Bemühen um Aktualität und der Fixierung auf Ereignisse gesteuert. Deswegen würde eine historische Perspektive zu einer Trivialisierung führen, wogegen bei einer zu kurzfristigen Perspektive die Gefahr einer Überbewertung von Einzelereignissen bestehe.

und Wissenschaft herausgefunden werden. Dies gehe über Agenda-Setting und Themenkonjunkturen deutlich hinaus. Man solle beachten: »Medien sind neben Wissenschaften eine Agentur der Informationsverarbeitung auf kollektiver Ebene.« Allerdings müsse er feststellen, daß sich die Diskussion über Öffentlichkeitssoziologie in einem gewissen Spannungsverhältnis zur Fragestellung der Stiftung befindet. Auf der einen Seite würde Transferforschung gewünscht, auf der anderen Seite müsse die Soziologie sagen, dies sei nicht die richtige Frage.

2.2. Peter Weingart, Universität Bielefeld

Das Thema sei nun offensichtlich nicht mehr eine reine Transferforschung, sondern habe sich auf die Wechselwirkungen von Wissenschaft und Öffentlichkeit verlagert. In den Blick gerate nun die Doppelfunktion der Medien, Wissen zu repräsentieren sowie es zu konstruieren. Interessant seien nun die Rückwirkungen der Beobachtung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Medien auf Medien und Wissenschaften selbst. Er vermute einen strategischen Umgang der Wissenschaft mit den Medien im Sinne einer Nutzung der medienwissenschaftlichen Ergebnisse und deren Umsetzung in Rezepte. Zugleich frage er sich, welche Rückwirkungen die Wirkungsbeobachtung auf die Medien selbst habe.

Aus dem Stand der Diskussion seien folgende methodische Konsequenzen zu ziehen: Zum einen sei es notwendig, von einer ausschließlichen Betrachtung der Medien weg zu kommen. Eine Inhaltsanalyse alleine reiche nicht, möglicherweise sei eine Redaktionsbeobachtung nach Art der Laborkonstruktivisten sinnvoll. Die Analyse der Selektionsbedingungen müsse voran getrieben werden, da der bisherige Stand nur grob und krude sei und sich auf Common-sense-Ebene befinde. Zudem wäre zu überlegen, ob die gewählte Analyseebene es erlaube, Selbstabschließungstendenzen des Mediensystems zu beobachten.

Wenn bei einem Forschungsprojekt die Diskurskopplung bzw. Diskursverschiebung zum Thema gemacht würde, so könnten darüber die Selektionsleistungen der Medien gegenüber Poli-

Diskussion

Zur Ergänzung zitiert Herr Roloff Herrn Weingart: »Der implizite Paternalismus der Wissenschaft gegenüber den Medien ist nicht mehr angemessen.« »Die Medien müssen erkennen, daß der von ihnen verbreitete Eindruck sicherer Erkenntnisse der Wissenschaft dem modernen Forschungsprozeß nicht angemessen ist und in handlungsbezogenen Bereichen (Gesundheit, Ernährung, Umwelt beispielsweise) Unsicherheit statt Aufklärung erzeugt.« Man müsse da doch fragen, so Herr Roloff, ob es die Medien seien, die diesen Eindruck verbreiteten oder die Wissenschaftler, die diesen Eindruck gerne erwecken würden.

2.3. Friedhelm Neidhardt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Herr Neidhardt nahm zu der von Herrn Weßler und Herrn Jarren vorgeschlagenen Forschungsstrategie für künftige empirische Arbeiten Stellung.

Es gehe in der Diskussion um die drei Komplexe Sozialwissenschaft, Medienöffentlichkeit und Politik. Es empfehle sich jedoch nicht, alle drei Beziehungen gleichzeitig zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen, sondern statt dessen müsse eine bewußte Beschränkung auf einen Ausschnitt stattfinden.

Im übrigen seien Vorklärungen im Hinblick auf die drei Beziehungen erforderlich. So könne man nicht unterstellen, daß die »Mediengeräusche« in jeder Hinsicht relevant für die Politikentwicklung seien. So habe Herr von Beyme die politischen Schlüsselentscheidungen des Bundestages der Nachkriegsgeschichte untersucht. Von diesen etwa 150 Entscheidungen seien nur rund 50% von einer nennenswerten öffentlichen Diskussion begleitet worden. Vermutlich wegen fehlender Nachrichtenwerte käme es in vielen Problemfeldern gar nicht erst zu einer öffentlichen Diskussion. Man dürfe also die Bedeutung der Beziehungen zwischen Sozialwissenschaften und Massenmedien für die Politikergebnisse nicht überschätzen.

Die Beeinflussung der Politik durch die Sozialwissenschaften verlaufe nach seiner persönlichen Beobachtung zu einem nicht unerheblichen Teil in Direktverkehr zur Politik. Eine effektive Beeinflussung und Beratung der Politik könne am besten durch persönliche Kontakte erfolgen und nicht durch die Kette wissenschaftlicher Artikel - Medienberichterstattung - Politikprozeß. Im übrigen würden die Medien für die Politikergebnisse auch deswegen eine geringe Rolle spielen, da die Entscheidungsvorgänge in der Politik eine so lange Laufzeit haben, daß die Medien dabei außer Atem kommen. Man solle sich also im Hinblick auf die Erklärung von Politikergebnissen in den Ansprüchen bescheiden und einen Ausschnitt zum Beobachtungsgegenstand wählen.

Ergebnisse können nur mit ausreichend langen Beobachtungsfristen erzielt werden. Eine Beobachtung kurzer Zeiträume erfasse nur folgenloses Palaver, erst über längere Zeit hinweg könne man erkennen, was Bestand hat. Wenn es richtig sei, daß sich die Wirkungen der Sozialwissenschaften eher langsam und schleichend auf einer Kulturebene oder, anders gesprochen, auf der Ebene der für Entscheidungen wichtigen Weltbilder und Sichtweisen vollzieht, so läßt sich dies erst mit mittelfristigen Perspektiven beobachten. Dies könne ein Zeitraum von 8-12 Jahren sein, wesentlich sei jedoch, daß die Karriere eines bestimmten Problems verfolgt wird.

Die Wahl des Themengebietes einer empirischen Studie sollte sich nicht nach der disziplinären Gliederung der Sozialwissenschaften richten. Vielmehr müsse von der Sache her auf die Sozial-

wissenschaften zurückgefragt werden. Was als Sache gelten könne, werde politisch definiert. Daher müsse man von einem öffentlichen Problem ausgehend nach den damit befaßten Akteuren, Veränderungen der Akteurskonstellation sowie den Konfliktlinien zwischen den Akteuren fragen. Da man erwarten könne, daß die Ergebnisse in einem hohen Maße vom issue, also dem Thema, abhängen, stimmt er nachdrücklich einer Untersuchung mindestens zweier issues zu. Aus pragmatischen Erwägungen heraus sollten jedoch nicht Problemfelder (wie Alter, Wohnen etc.) gewählt werden, sondern Problemfälle. Bei der Problemauswahl sei auch zu berücksichtigen, daß die Sozialwissenschaften in bestimmten Feldern und in Bezug auf bestimmte Problemfälle keine Rolle spielen. Man müsse sich fragen, welche Chancen bestehen, sozialwissenschaftliches Wissen in den Medieninhalten und anderswo zu entdecken.

Zeitlich, so seine Vermutung, sei sozialwissenschaftliches Wissen eher in den Anfangsphasen einer Problemkarriere zu finden. Herr Neidhardt nahm zudem an, daß die Sozialwissenschaften eher die Rolle des Problemaufreißers als die eines Problembearbeiters hätten, weswegen er ein geringeres Auftreten in den Phasen der Programmformulierung und -abarbeitung vermutet.

In jedem Fall werde es nötig sein, auf die Inhalte des Wissens einzugehen und in eine Analyse der Deutungsmuster einzutreten. Dies sei ein schweres Geschäft, das Raffinement in der Forschung erfordere, was er durch eigene Arbeiten am WZB wisse.

Mit Blick auf die Praxisrelevanz solcher Forschungsarbeiten müsse man sich fragen, unter welchen Bedingungen eine Studie der Policy-Bedeutung der Sozialwissenschaften selber eine solche Bedeutung habe. Von Seiten der Politik würden von der Wissenschaft stets Hinweise auf Interventionsstellen gewünscht. Um solche Hinweise geben zu können, müßten institutionelle Kontexte berücksichtigt werden. Welche Orte gibt es für Diskurse? Welche informellen Regeln, Zuständigkeiten und Rahmenbedingungen haben Einfluß auf den Gegenstand? Dies seien die politisch interessanten Aspekte. Deshalb werde eine Studie dann besonders ertragreich, wenn sie international vergleichend angelegt ist. Der internationale Vergleich sei Königsweg für Erkenntnisse

über die Bedeutung institutioneller und kultureller Einflüsse.

Diskussion

Herr Weßler ergänzte, daß Anfangs- und Endpunkte des Beobachtungszeitraums vom Thematisierungszeitraum abhängig gemacht werden müßten. Bei der Analyse des Drogenthemas betrage der Beobachtungszeitraum 6,5 Jahre, wobei der Diskussionsprozeß aber noch nicht abgeschlossen sei. Dies decke sich mit Herrn Neidhardts Vorstellungen von Mittelfristigkeit.

Herr Roloff sagte, daß von Beymes Beobachtung, politische Schlüsselentscheidungen würden ohne Publikum getroffen, zur Politikwissenschaft ohne Publikum werden könne, wenn nicht entsprechende PR-Maßnahmen getroffen werden. Herr Czada erwiderte, diese Erkenntnis sei für die Politikwissenschaft nicht neu. Untersuchungen der schwedischen Sozialpolitik hätten ergeben, daß die wichtigsten politischen Entscheidungen sogar außerhalb der parlamentarischen Öffentlichkeit getroffen wurden.

Herr Saxer bestätigte Herrn Neidhardt darin, daß eine Argumentationsanalyse fürchterliche Arbeit sei, was er aus eigener Erfahrung wisse.

2.4. Peter Wagner, University of Warwick

Der Literaturbericht erzähle die Geschichte der beständigen Erweiterung eines jungen Forschungsfeldes. So seien in der wissensorientierten Policy-Forschung mittlerweile wohl schon alle denkbaren Hypothesen vertreten worden.

Die Ausgangsfrage des Forschungsfeldes »Wie wird Wissen vermittelt?« habe sich im Verlauf der letzten 20 bis 25 Jahre aufgelöst: Da Wissen immer schon da ist, könnten wir seine Eintrittsmechanismen nicht finden. Damit sei der Forschungszyklus wohl am Ende. Das bedeute jedoch nicht, daß der Wissensbedarf bereits befriedigt sei. So sei die Redaktion als Ort der Produkti-

on und Verarbeitung sozialwissenschaftlicher und politischer Deutungsmuster bisher noch kaum bearbeitet worden.

Allerdings seien die Grenzen des Forschungsfeldes in der Expertise noch nicht weit genug zurückgestoßen worden: Die Suche nach identifizierbarem sozialwissenschaftlichen Wissen (manifeste Transferformen) werde von den bisherigen Ergebnissen grundlegend in Frage gestellt. Man müsse stattdessen den Blick auf die Qualität des vermittelten Wissens lenken. Dies spreche gegen das konventionelle Vorgehen. So hat z.B. die Untersuchung von Jeanette Hoffmann über implizite Theorien in der Politik gezeigt, daß Erkenntnisse der Innovationsforschung in einem hohen Maße in die Politik eingegangen sind. Dies sei aber zum Schaden des Politikfeldes gewesen, weil es sich hierbei um falsche Konzepte gehandelt habe. Doch auch bei so einem Blickwechsel bleibe man der grundlegenden Vorstellung der Stiftung verhaftet (der alle anderen Anwesenden ja auch anhängen würden), nämlich daß besseres Wissen auch zu einer besseren Politik oder zu besserer Praxis führe.

Der Problembezug eines Forschungsvorhabens sollte so ausgewählt werden, daß ein Maximum an Verwendung wissenschaftlichen Wissens gefunden werden könne. Daher sollte man Problemfelder wählen, in denen ein Konflikt zwischen Sozialwissenschaften und den vorherrschenden politischen Deutungsmustern besteht. Ein Musterfall für die Wirkung und Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der Politik sei der Keynesianismus, was von Peter Hall untersucht wurde. Eine international vergleichende Betrachtung erlaubte es in diesem Fall die »Erfolgsbedingungen« der Verwendung zu benennen. Die Drogenpolitik sei dagegen kein gut gewähltes Beispiel. Weder das Problem der Cannabisfreigabe mit seiner stark normativen Komponente noch die Frage der Heroinsubstitution mit ihrem allein kriminologischen Bezug böten ausreichendes Potential im Sinne der Fragestellung.

Interessante Problemfelder wären z.B.

> die Arbeitsmarktpolitik, zu der eine Fülle von Arbeiten vorlägen und wo sich eine international vergleichende Perspektive anböte.

> die Markt-Staat-Debatte, die fast ausschließlich unter der Prämisse der Notwendigkeit von Deregulierung geführt werde, ohne daß sich dabei eine konsistente politische Gegenposition formiert hätte. In den Sozialwissenschaften würde dagegen z.B. unter dem Stichwort governance darauf hingewiesen, daß dieses Schwarz-Weiß-Denken viel zu kurz gegriffen sei.

> Ein drittes Thema könnte die Globalisierungsdiskussion sein. Diese kreise um die These, daß sich derzeit subglobale Beziehungen auflösen würden und in globalen Beziehungen aufgingen. Die Sozialwissenschaft könne dagegen zeigen, daß diese Sichtweise falsch sei. Diese Änderung sozialer Beziehungen gehe nicht oder nur in Teilbereichen in Richtung Globalisierung.

Für alle drei Beispiele (Arbeitsmarkt, Markt-Staat, Globalisierung) gelte, daß die Aufnahme sozialwissenschaftlicher Positionen in die politische Diskussion Änderungen nach sich ziehen würde.

Herr Wagner kritisierte die These vom sozialwissenschaftlichen Blick, der mittlerweile gerade unter Journalisten verbreitet sei. Dies unterstelle die Existenz eines spezifischen sozialwissenschaftlichen Deutungsmusters. Gemeint sei aber wohl eher das Stereotyp: Was ein Mensch denkt und tut, bestimme sich aus den sozialen Strukturen, in denen er sich befindet. Dies sei zwar ein wichtiges Deutungsmuster der Sozialwissenschaften gewesen, entspräche heute aber nicht mehr den von den Sozialwissenschaften zentral vertretenen Deutungsmustern. Es habe in den 60er und 70er Jahren Konjunktur gehabt, seit den 80er Jahren dominiere jedoch Rational Choice als theoretisches Deutungsmuster: Was ein Mensch tut, bestimmt sich aus begrenzt rationalen Auswahlentscheidungen.

Diskussion

Herr Austermann warf die Frage auf, wie die Themen Globalisierung, Keynesianismus und Markt-Staat-Debatte für einen Ausschnittsdienst zu operationalisieren wären. Dies sei das Grunddilemma der Sozialwissenschaft, entgegnete Herr Wagner. Je enger man operationalisiere, desto

weniger Kenntnisse könne man erwarten und umgekehrt.

Herr Ronge stimmte der Darstellung von Herrn Wagner über die Entwicklung des Forschungsfeldes zu. Schon in den 80er Jahren habe man nicht mehr nach dem ob und wieviel des Transfers fragen wollen, sondern neue Fragen, wie z.B. die der Selektivität aufwerfen wollen.

Ausgesprochen wichtig sei der Hinweis, so Herr Ronge, daß es nicht die in sich geschlossene und einheitliche Sozialwissenschaft gebe, sondern Paradigmen innerhalb der Sozialwissenschaften. Daher könne es auch kein konsistentes sozialwissenschaftliches Deutungsmuster geben. Daraus ergebe sich die Frage, so Herr Ronge, wie sich analog der Grundfigur der Advocacy Coalition bestimmte Teile der Sozialwissenschaft mit bestimmten Teilen der Medienwelt verbinden. Es gäbe schließlich redaktionelle Weltbilder, die mit bestimmten Weltbildern innerhalb der Sozialwissenschaft verkoppelt werden könnten.

2.5. Roland Czada, Fernuniversität Hagen

Generell sei der Einfluß der Medien auf die Politikinhalte nur sehr gering. Eine bedeutende Rolle spielten die Medien dagegen beim Kampf um Machterwerb und Machterhalt, speziell beim Parteienwettbewerb. Man dürfe sich daher von einer stärkeren Präsenz sozialwissenschaftlichen Wissens in den Medien keine Hoffnung auf eine höhere politische Wirkung machen.

Im übrigen habe die innere Pluralisierung der Redaktionen mittlerweile dazu geführt, daß eine eindeutige Zurechenbarkeit von Medium und Weltbild nicht mehr einfach möglich sei. Die von Herrn Ronge angesprochenen Deutungscoalitionen seien allenfalls bei Tendenzmedien vorstellbar, die jedoch maximal 5% der deutschen Leser erreichen. Nur in wenigen Fragen hätten beispielsweise Regionalblätter eine Redaktionsposition.

Beispielsweise hätten beim Transfer des Keynesianismus die Medien keine große Rolle gespielt.

Die Entwicklung in den 30er bis 60er Jahren dieses Jahrhunderts sei im wesentlichen eine Folge politischer Koalitionen gewesen. Keynes selbst sei im übrigen der Ansicht gewesen, daß es eine Generation von Wissenschaftlern dauere, bis die Erkenntnisse in die Politik sickerten. Erst dann nämlich kämen die Studenten von gestern an die Schaltstellen der Macht. Zur Behandlung der Politikinhalte seien die Medien im übrigen meist ungeeignet, da ihnen der lange Atem fehle und die Kompetenz für eine kontinuierliche inhaltliche Berichterstattung. Insofern sei es auch nicht erstaunlich, daß wichtige inhaltliche Entscheidungen außerhalb der Öffentlichkeit stattfänden.

Bei der geplanten Untersuchung erscheine ihm der Throughput der interessanteste Aspekt zu sein. Welche Typen von Teilöffentlichkeiten gibt es überhaupt? Allerdings lägen die redaktionellen Selektionskriterien auf der Hand, sie würden den Journalisten bereits in der Ausbildung vermittelt. Ausgewählt würde u.a. nach

- > Aktualität, zeitlich Naheliegendes kommt vor Fernliegendem,
- > Nachrichtenwert und Neuigkeitswert (Mann beißt Hund),
- > einfache Sachverhalte haben Vorrang vor komplexen Sachverhalten,
- > Kontextualität (Nähe zum Leser),
- > Themenkonjunkturen.

Die Frage nach den Selektionskriterien, die die Aufnahme sozialwissenschaftlichen Wissens steuern, bedürfe daher keiner aufwendigen Redaktionsbeobachtung.

Zwar hätten die Grundfragen der Wissenspolitik eine lange Tradition (Gramsci und die intellektuelle Hegemonie), neu sei jedoch der Blick auf die Rolle der Medien beim »Wissenstransfer«. Hier müsse nun gefragt werden, welche Stellung die Medien in den Advocacy Coalitions einnehmen - sind sie Teil der Koalitionen oder Vermittlungsagenturen?

Nach Ansicht von Herrn Czada hat sozialwissenschaftliches Wissen wie Expertenwissen generell überhaupt nur dann Aussicht auf Aufnahme in

die Politik, wenn zwei Bedingungen zugleich zutreffen. Zum einen müsse es eine strategische Unsicherheit innerhalb des Akteurssystem geben, die sogenannten verkrusteten Machtstrukturen bilden also ein Hindernis für Veränderung. Zum anderen bedürfe es gleichzeitig sachlicher Unsicherheit über Kausalzusammenhänge und Einwirkungsmöglichkeiten im Problemfeld. Wenn beide Bedingungen zugleich zuträfen, dann werde der Experte gerufen.

Für die Sozialwissenschaften könnten folgende Faustregeln aus dem PR-Nähkästchen gelten: Die Themen müßten so lanciert werden, daß sie in der Wahrnehmung des Publikums außerhalb der zentralen Konfliktzonen des Parteien- und politischen Wettbewerbs angesiedelt sind. Andernfalls bestünde die Gefahr, zerrieben zu werden. Komplexe Themen sollten ausgehend von einfachen Fragen bearbeitet werden. Und schließlich müßte man die Nachrichtenwerte und die Aktualität eines Themas beachten, weshalb es sich empfehle, auf aktuelle Nachrichten Bezug zu nehmen.

2.6. Diskussion

Zum Design künftiger Forschungsarbeit

Der erste Teil der Diskussion drehte sich um die allgemeine Frage, welches Forschungsdesign dem Gegenstandsbereich angemessen sei und speziell, ob auch Redaktionsbeobachtungen sinnvoll seien. Im Hinblick auf die Untersuchung der real stattfindenden Selektionsprozesse seien Redaktionsbeobachtungen hochgradig ertragreich, so Herr Saxer. Zugangsschwierigkeiten müsse man nicht befürchten, da Redaktionen einen hohen Legitimationsbedarf hätten. Herr Jarren wies darauf hin, daß es organisationssoziologische Untersuchungen über Redaktionsstrukturen und interne Abläufe noch nicht gäbe. Die Kommunikatorstudien behandelten im wesentlichen Selbstbild und Demographie der Journalisten. Die übrigen Studien zu diesem Feld seien entweder relativ alt oder stark spezialisierte Fallstudien. Ihn interessiere bei einer solchen Untersuchung vor allen Dingen die Frage, was eine bestimmte Institutionalisierungsform für die Umweltbeobach-

tung und damit letztlich für die Medieninhalte bedeute.

Herr Weßler berichtete von einer Recherche im Vorfeld der Expertise bei deutschen Tageszeitungen. Es gäbe keine redaktionellen Zuständigkeiten für Sozialwissenschaften, sondern allenfalls aus persönlichem Interesse heraus zuständige Redakteure für diese Themen. Aus vielen Redaktionen gäbe es jedoch außer Unverständnis überhaupt keine Resonanz. Eine redaktionsorientierte Forschung stoße also mangels Ansprechpartnern in den Redaktionen auf Probleme. Diejenigen Personen, deren Selektions- und Handlungsweisen man beobachten könnte, seien Einzelkämpfer und würden daher Zufallsergebnisse produzieren. Er habe daher Zweifel daran, ob diese Vorgehensweise lohnend sei. Herr Jarren fügte an, daß ein Vorgehen über eine Positionstechnik (Wer ist zuständig?) nicht ausreiche. Man müsse sie um eine Reputationstechnik ergänzen (Wen kennen Sie?), die von allen Seiten her fragend die zentralen Vermittlerpersonen erkennen könne.

Herr Roloff schlägt hierzu vor, experimentell vorzugehen und Redaktionen sehr gute Texte über sozialwissenschaftliche Themen anzubieten, um dann herauszufinden, welche Personen innerhalb der Redaktionen diese wie bearbeiten. Frau Mreschar sagte, für ihre praktische Arbeit mache gerade der Umstand, daß es sich überwiegend um Einzelpersonen handele, Wissen über deren Entscheidungsweisen ausgesprochen interessant.

Wenn man das unbeackerte Feld Redaktion als Ort eines laborkonstruktivistischen Ansatzes wählen würde, so Herr Weingart, so würde man dort recht schnell viel Neues erfahren. Herr Czada sah dagegen keine besondere Notwendigkeit für organisationssoziologische Untersuchungen von Redaktionen. Denn es sei völlig plausibel, daß diese analog zur Organisationsentwicklung von Unternehmen erfolge, die sich an einer Differenzierung nach Produkten orientiere. Die innere Organisation von Redaktionen erfolge nach den redaktionellen Produkten, dies seien Ressorts oder eben Typen von Rundfunksendungen. Im übrigen müsse man davon ausgehen, daß Wissenschaft und Medien sich wechselseitig für ihre jeweils eigenen Zwecke instrumentalisieren. Eine große Zahl der Wirtschafts- und Politikredakteure habe sozialwissenschaftliche Vorbildung und sei

dennoch an einer wissenschaftsinternen Diskussion nicht interessiert. Sie würden keine Fachzeitschriften lesen, da sie diese für ihre unmittelbare redaktionelle Tätigkeit nicht ausschachten könnten.

Herr Hömberg ergänzte zur Frage der Redaktionsformen, daß diese deswegen so stabil seien, weil das stetig Neue eine feste Struktur brauche. Im übrigen zeige das Beispiel der Ökologiethematik, daß auch innerhalb von festen Ressortstrukturen hybride, themenbezogene Arbeitszusammenhänge entstehen könnten. So habe der »Spiegel« von der Einrichtung eines speziellen Ökologieressorts abgesehen, und bearbeite evtl. anstehende Berichterstattungsanlässe wie eine Tankerkatastrophe mit interdisziplinären Projektreaktionen, die sich aus Mitarbeitern der Bereiche Lokales, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik etc. zusammensetzen können. Herr Austermann bestätigte den Zusammenhang zwischen interner Redaktionsorganisation und thematischer Abschottung. Im Lokalteil könnten sich im Prinzip alle Ressorts wiederfinden, daher existiere dort eine hohe Beweglichkeit bei der Behandlung und bei der Auswahl von Themen.

Herr Nullmeier griff die Frage nach einem Stichproben- oder einem Laborstudiendesign auf und stellte die Frage, was man bei einem Laborstudiendesign über die Sozialwissenschaften erfahren könne, schließlich sei die Redaktionsarbeit sehr vielfältig. Um Verwendungsmuster zu beobachten, könnte statt dessen auch über einen bestimmten Zeitraum hinweg die laufende Berichterstattung von Presse und Rundfunk beobachtet werden. Wenn dort Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens festgestellt werden könnte, so wäre eine zeitnahe Recherche nach den Quellen des Wissens und dem Verlauf des redaktionellen und medialen Bearbeitungsprozesses möglich. Die genutzten Wege könnten dann mit theoretisch denkbaren Verwendungswegen konfrontiert werden. Dies erlaube Aussagen über Schwerpunkte von Verwendung und gebe Hinweise darauf, wo infrastrukturell etwas zu stützen sei. Herr Czada wandte dagegen ein, dieses Design erlaube nicht, die Gründe der Nicht-Verwendung zu erkennen. Auch beantwortet es die Frage nicht, warum Verwendung nicht häufiger passiere.

Herr Czada riet davon ab, Riesenprojekte anzustreben, die Input, Throughput, Output und Rezeption gleichzeitig behandeln. Sinnvoller sei es, Teilprojekte anzulegen. Diese könnten in jeweils einem oder mehreren Projekten folgende Fragen untersuchen:

- > Selektionsprozesse innerhalb der Redaktionen
- > organisatorische Binnenstrukturen der Redaktionen
- > Wann genau ist die Nutzung sozialwissenschaftlichen Wissens für den Journalisten sinnvoll?
- > Evaluation des Wissenstransfers (Was kommt beim Rezipienten an?)

Herr Jarren stimmte dem zu. Megaprojekte seien nicht sinnvoll, es sei wohl sinnvoll, sich auf Input, Throughput und den Medieninhalt als Ergebnis dessen zu beschränken.

Feststellbarer Forschungsbedarf, so resumierte Herr Roloff die Diskussion, besteht demnach möglicherweise bei den Aspekten Redaktionsforschung, der Frage nach der Rezeption der Medien, sowie dem Umstand, daß die Paßförmigkeit des Wissens unabhängig von der Vermittlungsinfrastruktur sei. Es sei offensichtlich Konsens, daß die Resultate wissenschaftlicher Bemühungen Einfluß nehmen sollen. Doch wie könne das geschehen?

Anregungen für die journalistische Praxis

Auf Anregung des Diskussionsleiters, Herr Roloff, konzentrierte sich die Diskussion im folgenden darauf, welche Anstöße und Handlungsmöglichkeiten sich aus der Diskussion für die Praxis des Wissenschaftsjournalismus ergeben könnten.

Er selber regte an, über die Herausgabe eines »Soziologenkalenders« nachzudenken. Dieser könnte an die Konzeption der Kroll-Taschenbücher angelehnt sein und etwa alle 2 Jahre in überarbeiteter Form erscheinen. Ein solcher Kalender sollte die Kontaktanschriften der Fachgesellschaften, der Bindestrichsoziologien, der Fachzeitschriften, der wissenschaftlichen Institute

und der Fachjournalisten enthalten. In Zusammenarbeit mit dem Informationszentrum Sozialwissenschaften in Bonn (IZ) könnte ein solches Werk auch die Themenschwerpunkte der Forschung und die aktuellen Forschungsprojekte enthalten. Eine interessante Frage für Journalisten sei stets, was zur Zeit getan werde.

Frau Mreschar verwies auf den Versuch, eine Liste gesellschaftswissenschaftlich interessierter Journalisten aufzubauen, den sie gemeinsam mit Herrn Robischon unternommen hat. Hierbei habe sich gezeigt, daß es ausgesprochen schwierig sei, Fachjournalisten zu identifizieren. Herr Czada vertrat dagegen die Ansicht, daß die Taschenbuchform antiquiert sei. Es böte sich eher ein Internet-basiertes Angebot an. Herr Wagner wies darauf hin, daß auch auf Seite der Wissenschaft Personen und nicht Institutionen stehen müßten, da sonst die Kontaktaufnahme vielfach nicht klappen würde. Zudem wäre eine thematische Gliederung die sinnvollere als eine alphabetische.

Auch die Stützung der Wissensvermittlung durch einen »Informationsbroker« wäre möglicherweise hilfreich, so Herr Roloff. Ein solcher sei Herr Müller von der Arbeitsgemeinschaft der medizinischen Fachgesellschaften in Düsseldorf. Herr Jarren berichtete darauf hin von seinen Erfahrungen aus dem Projekt Recherchefeld Wissenschaft, das von der Bundeszentrale für Politische Bildung mit 800.000 DM finanziert worden war. Hier habe sich gezeigt, daß der Zugriff auf Recherchehilfen, die im Rahmen des Projektes bereitgestellt wurden (Psychologie, Medizinische Fachgesellschaften) ausgesprochen schwach gewesen sei. Man habe Investitionsruinen in die Landschaft gestellt.

Die Erfahrungen der Media resource center in den USA hätten gezeigt, daß eine Vermittlung über Menschen ein Muß sei. Wenn es dabei zu einem Kontakt komme, so sei dies stets jemand, der im Rahmen einer Recherche versuche, sich selber schlau zu machen und ein Problem für sich zu lösen. Die Experten würden dabei zu Ansprechpartnern für jemanden, der sich persönlich informiert und nicht zu Auskunftspersonen für Artikel. Dies habe zur Folge, daß die Experten ihre Ruhe vor vielfach uninformatierten Anfragen haben wollen. Vermittlung müsse also stets in beide Richtungen wirken. Insgesamt gesehen sei der Aufwand immens, das Geschäft schwer und zäh.

Auf den Einwand, man müsse nicht direkt an die Quelle (Experte), sondern könne auch das Informations- und Dokumentationsmaterial von Forschungsinstitutionen zur Verfügung stellen und so die vorhandenen Quellen besser nutzen, antwortete Herr Weßler: Journalisten würden im Gegensatz zu Wissenschaftlern nicht nach Wissensquellen suchen, sondern der Anknüpfungspunkt sei für sie stets ein Thema. Recherchehilfen und Informationsangebote sollten daher themenzentriert sein. Ein Beispiel dafür könnte ein thematisch orientierter Informationsdienst sein, der ein kleines begrenztes Themenfeld mit aktuellen und älteren Studien aufbereitet. Schließlich sei für Journalisten generell der Überblick über den aktuellen Forschungs- und Wissensstand schwer erschließbar. Wenn man dies erleichtern würde, so wäre viel erreicht.

Frau Mreschar verwies auf das Projekt »Expertenmakler«, das viele Hochschulprestestellen über einen E-Mail-Verteiler verbindet, sowie die zentrale Expertendatei der DFG. Ein Test des Expertenmaklerdienstes habe jedoch keinerlei Ergebnis gebracht. Herr Hömberg wies darauf hin, daß ein solcher Vermittlungsdienst niemals den Zugang zu den wissenschaftlichen Quellen für sich selbst monopolisieren könne und auch nicht dürfe.

Herr Weingart warnte davor, in einer Steigerung des Informationsangebotes eine Lösung der Probleme zu sehen. Es sei egal, welche Informationen man herausgebe, dies sei folgenlos. Je mehr Informationen man herausgebe, um so folgenloser sei dies sogar. Was nicht in die Selektions- und Wahrnehmungsraster des Publikums falle, sei schlicht nicht existent. Dies könnte auch durch eine Steigerung der Outputquantitäten nicht aufgefangen werden.

Problematisch sei es, daß vorhandene Quellen nicht ausreichend genutzt würden. Aus seiner Erfahrung aus dem IZ-Beirat wüßte er, daß das IZ unterausgenutzt sei und darunter leide. Herr Roloff widersprach Herrn Weingarts These der Folgenlosigkeit. Es bedürfe eines ausreichend interessanten wissenschaftlichen Angebotes, um die journalistische Produktion anzuregen. Der umgekehrte Ansatz, nach den Personen zu fragen, die Thema xy bearbeiten, sei unpraktikabel. Dem widersprach wiederum Herr Weingart, beide Ansätze seien ertragreich. Man könne sowohl

die Frage stellen, warum die Menschen überwiegend den Telefonhörer am linken Ohr haben, um dann eine Fülle wissenschaftlicher Erklärungen, Aufsätze und Hinweise zu bekommen (wie dies Herr von Randow getan hat), wie auch ein attraktives Informationsangebot bereitstellen. Das Mitteilungsblatt des ZIF erfahre z.B. große Resonanz. Problematisch sei jedoch, daß diese Resonanz hochgradig selektiv sei und sich auf einzelne behandelte Themen richte.

Nochmals: Zum Verhältnis von sozialwissenschaftlichem Wissen und Praxiswissen

Herr Neidhardt machte darauf aufmerksam, daß parallel zu den Entdifferenzierungsprozessen in den Medien ebensolche Prozesse in den Wissenschaften beobachtet werden können. In den Wissenschaften entstünden quer zu den Disziplinen an Themen orientierte neue hybride Zusammenhänge. Diese seien vergleichbar mit den sogenannten Issue networks, den themenbezogenen Akteurszusammenhängen in der Politik. Wenn nun solche Strukturierungsprozesse in allen drei Gruppen (Wissenschaft, Medien, Politik) vorkommen, dann - so seine Vermutung - müßten diese besser miteinander klar kommen und kommunizieren können.

Herr Weingart ergänzte, daß die Umstrukturierungsprozesse in den Wissenschaften asynchron verlaufen. Die Disziplinenbezeichnungen der Universitäten seien im wesentlichen Bezeichnungen für Lehrstühle und damit an die Besetzungsdynamik gebunden. Während sich an der Forschungsfrente sehr vieles schnell ändere, sei die Änderung der auf Ausbildungsordnungen basierenden Fachgrenzen ausgesprochen langsam. In der Forschung hätten sich nicht nur der Begriff von Qualität, sondern auch die Ziele selbst geändert. Es gehe nicht mehr um das vielfach abgesicherte Naturgesetz, sondern um möglichst schnelle, deskriptive und probabilistische Aussagen. Das klassische Beispiel hierfür sei die Klimaforschung. Interessant seien daher die Themenkonjunkturen in der Wissenschaft und ihre innere Dynamik.

Mit Blick auf die Ziele des Wissenschaftstransfers merkte Herr Assheuer an, die Ausführungen von Herrn Ronge, aus Sicht der Frankfurter Schule ginge es um die Etablierung des herrschaftsfreien

Diskurses in der Alltagswelt, seien irreführend. Öffentlichkeit sei lediglich eine lebensdienliche Fiktion, die als normativer Hintergrund notwendig sei. Es ginge nicht um herrschaftsfreien Diskurs, sondern um kollektive Selbstverständigung mit dem Ziel politischer Einflußnahme. Herr Ronge antwortete, daß man wissen müsse, wozu das Wissen gut sein soll. Es sei jedoch noch alles andere als klar, was sozialwissenschaftliches Wissen eigentlich sei. Die Suche nach manifesten Transferformen und Wissens-elementen reiche nicht aus, sie könne nur hochbanale Ergebnisse produzieren. Die Analyse von Deutungsmustern sei dagegen eine intelligente Möglichkeit, mit den Problemen der Verwendungsforschung umzugehen.

Wenn es eine Funktion von Sozialwissenschaft für das Alltagswissen gäbe, so Ronge, dann bestünde sie in der Verlängerung ihres sozialwissenschaftlichen Diskurses in die Alltagstheorie hinein. Die zentrale Frage, was das Produkt von Sozialwissenschaft sei, müsse dahingehend beantwortet werden, daß es sich hierbei nicht um Ergebnisse oder Resultate handele, sondern um Diskurse. Das Ziel »Wissenstransfer« könne darin bestehen, daß Diskurs anders betrieben wird, als es im Alltagsbereich normalerweise passiert. Man müsse davon ausgehen, daß die Menschen nicht dumme Eingeborene sind, sondern selber Theorie besitzen. Bonß/Beck und andere seien der Auffassung, Aufklärung bestünde darin, die Verunsicherung, die das Ergebnis sozialwissenschaftlichen Denkens und Diskurses ist, in den Alltag zu tragen. Auf das Beispiel des Transfers angewendet bedeutet dies, den Diskurs über Messung und Unsicherheit darüber, was Arbeitslosigkeit ist, in die Alltagswelt zu transportieren. Resultat des »Wissenstransfers« wäre eine Verunsicherung der Alltagstheorie.

Herr Nullmeier wandte dagegen ein, man könne zwar unterstellen, daß das Alltagsbewußtsein über weite Strecken hinweg versozialwissenschaftlich sei, dies enthebe einen jedoch nicht des Problems des Umgangs mit neu auftretendem sozialwissenschaftlichen Wissen. Welche Folge habe dessen Konfrontation mit den Begriffen und Denkmustern, die Ergebnis vorangegangener Trivialisierungen und Diffusionsprozesse sind? Auch wenn es sich substantiell um das gleiche Argument handeln mag, so erscheine Wissenschaft dennoch als etwas anderes. Für die Journalisten sei diese Differenz wichtig, da sie die

Bezugnahme auf einen Experten brauchen. Interessant sei daher die immer wieder aufs Neue inszenierte Differenz von Wissenschaft und Alltagsleben. Angesichts der Pluralisierung der Wissenschaft könne keiner mehr definitive Auskünfte darüber geben, welches Wissen Aufklärungsscharakter habe und welches nicht. Gleiches gelte für die Kategorien Falsch, Riskant und Gefährlich. Die Binnenpluralität der Wissenschaft, die sich in einer Konkurrenz von Paradigmen und Theorien ausdrücke, müsse im Projektdesign berücksichtigt werden. Die Frage sei nicht mehr, wie sich richtige wissenschaftliche Deutungsmuster gegen falsches Alltagswissen durchsetzen, sondern wie sich wissenschaftliche gegen andere wissenschaftliche Deutungsmuster durchsetzen.

Herr Hömberg ergänzte, daß das Problem der Sozialwissenschaften nicht in einer fehlenden, sondern vielmehr in einer ausgeprägten Nähe zum Alltagswissen bestünde. In ihrer Eigenschaft als Quelle von Orientierungswissen seien sich Sozialwissenschaft und Medien gleich, so Herr Czada. In der modernen Gesellschaft, in der der Einzelne keinen Überblick mehr über das Ganze hat und auch nicht haben kann, vermittelten beide Erfahrungen, die der Einzelne nicht mehr machen könne. Dies gelte beispielsweise für solche wissenschaftlichen Konstrukte wie die Arbeitslosenquote oder das Ozonloch. Diese Orientierungsfunktion entspreche aber nicht dem Expertenmodell.

2. 7. »Gegen den Strich gebürstet...« - Kommentar zum Fachgespräch

Ulrich Saxer, Universität Zürich

Die Expertise sei innovativ in der Zusammenschau verschiedener Disziplinen und anregend und weiterführend in der Analyse. Der Stand der Forschung, den sie referiere, sei allerdings eher schwach: Es bestünden offensichtlich Lücken, die politikwissenschaftliche und die Verwendungsforschung zeichneten sich durch eine Vernachlässigung des Medialen aus. Insgesamt stehe der schwache Institutionalierungsgrad in einem eigentümlichen Kontrast zur These von der fortschreitenden Versozialwissenschaftlichung des

Alltagswissen und der Berichterstattung. Schwachpunkte der Expertise sieht Herr Saxer darin, daß zwei erklärungsmächtige Ansätze der Kommunikationswissenschaft nicht berücksichtigt wurden. Dies sei die Theorie der instrumentellen Aktualisierung (Kepplinger), wonach Journalisten Personen thematisieren, die für ihre persönliche Meinungsposition in einem öffentlichen Konfliktfeld stehen. Diese stelle das Komplement zu den Thematisierungsstrategien der Politiker dar. Die andere Theorie sei die Nachrichtenwerttheorie.

Die wichtigsten Einsichten der Expertise wären:

- > Bei der Verwendung von sozialwissenschaftlichem Wissen sei die Dekontextualisierung von Wissen unvermeidlich.
- > Der Hinweis auf das Problem der Advocacy Coalition (Tendenzkoalitionen) und Notwendigkeit der Paßförmigkeit zwischen sozialwissenschaftlichem Wissen und deren grundlegenden Sichtweisen.
- > Das wissenssoziologische Konzept des Deutungsmusters.

Die Inhaltsanalyse hätte den wissenschaftlichen Erwartungen entsprochen und folge somit eher dem Prinzip des »redocumenting the obvious«. Zwar tauche Sozialwissenschaften kaum auf, doch müsse man fragen, wie die Kategorie viel/wenig bemessen werden kann.

Zum Verlauf der Diskussion sei zunächst anzumerken, daß ein gemeinsames Problemverständnis aufgrund der heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmer nur bedingt gegeben war. Der Argumentationsstil sei jedoch unpolemisch gewesen, die Atmosphäre produktiv. Eine Diskussion über Transfer benötige eine bestimmte Grundprämisse: Wenn sich Sozialwissenschaftler ernst nehmen, müßten sie davon ausgehen, daß ihr Wissen zu einem Mehr an Rationalität des gesellschaftlichen Geschehens beitrage.

Schwierigkeiten bereitet ganz offensichtlich die Wahl des angemessenen Begriffes für das zur Diskussion stehende Problem, die Vermittlung sozialwissenschaftlichen Wissens in die Medien. Ist es Transfer, Metamorphose oder Diskurskopplung? Einigkeit bestand darüber, daß Metamor-

phose oder Diskurskopplung adäquatere Modellvorstellungen als das gerichtete Modell des Transfers sind.

Was habe sich nun aus der Diskussion für künftige Forschungsvorhaben ergeben?

- > Ein Essential sei der Vergleich von Issues, worauf Herr Neidhardt hinwies.
- > Der u.a. von Herrn Wagner geäußerte Hinweis, es sei nicht sinnvoll, nochmals den Mangel zu untersuchen. Man solle die Themen wählen, die ein Maximum an Chancen bieten, auch sozialwissenschaftliche Wissens Elemente zu entdecken.

Aus der Diskussion könnten folgende praktische Folgerungen gezogen werden:

- > Die Wissenschaftler hätten eine Bringschuld und sollten bei deren Erfüllung die Nachrichtenwerte nutzen. Dazu sollte die Wissensproduktion Ereignischarakter bekommen.
- > Mit Blick auf die notwendige Paßförmigkeit sollten Beobachtungsstrukturen für die politische Umwelt entwickelt werden.
- > Wissenschaftler müssten darauf aufpassen, Experten- und Advokatenrolle nicht durcheinander zu bringen.

Programm des Workshops

1. Fragen und Ziele

In den Massenmedien wird über die Sozialwissenschaften und ihre Ergebnisse zu wenig und zu wenig fundiert berichtet - so lautet eine verbreitete Ansicht. Das Wissen dieser Disziplinen über unsere Gesellschaft findet also anscheinend keinen Niederschlag in der Berichterstattung. Wenn dem so wäre, würde den Wissenschaften von der Gesellschaft eine sehr wichtige Vermittlungsinstanz zur Gesellschaft fehlen - eine Instanz, die ihre Ergebnisse dort öffentlich macht, wo dieses Wissen zu praktischem Handeln führen könnte. Und von Sozialwissenschaften, die in der Öffentlichkeit nicht wahrnehmbar sind, kann kaum ein Beitrag zur Lösung gesellschaftlicher Probleme erwartet werden.

Doch vielleicht trägt der erste Blick. Zuerst ist zu fragen: Was wissen wir bereits darüber, wie sozialwissenschaftliche Feststellungen, Argumente und Interpretationen in der Öffentlichkeit aufgenommen und verarbeitet werden? Welche empirischen Ergebnisse gibt es, welche praktischen Erfahrungen sind gemacht worden? Vielleicht verhilft uns ein erneuter Blick und eine neue Sichtweise auf den Zusammenhang zwischen Sozialwissenschaften und Massenmedien zu neuen Einsichten, die auch eine Verbesserung der Situation ermöglichen. Diskussionswürdig ist daher auch, wie das Wechselspiel zwischen sozialwissenschaftlicher Wissensproduktion, massenmedialer Aufbereitung und der Aufnahme von Wissen in problembezogenen Policy-Diskursen überhaupt begriffen werden sollte.

Das Ziel des Workshops ist es, das bereits vorhandene empirische und praktische Wissen zum Thema zu sichten. Auf dieser Grundlage soll nach neuen Ansätzen gesucht werden, mit denen das Verhältnis von Sozialwissenschaften und Massenmedien besser begriffen und damit auch erfolgversprechend verbessert werden kann. Der Workshop möchte das Feld aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven und aus der Sicht beteiligter Praxisbereiche beleuchten. Als wissenschaftliche Referenzdisziplinen kommen dabei die Wissenschaftsjournalismusforschung ebenso in Frage wie die Verwendungsforschung, die Policy-Forschung und weitere angrenzende Forschungsgebiete. Ob sich die auf dem Work-

shop erarbeiteten Ansätze im Ergebnis am vorhandenen Wissen und an den bekannten Fragerichtungen orientieren oder ob ganz neue Wege erfolgversprechender erscheinen, wird erst die gemeinsame Diskussion ergeben.

2. Ablauf des Workshops

Die Diskussion der Probleme im Themenfeld und der möglichen Erklärungsansätze geschieht in zwei Runden. Die erste Diskussionsrunde konzentriert sich auf den aktuellen Forschungs- und Wissensstand. Hier werden empirische Erkenntnisse über die Präsenz der Sozialwissenschaften in den Massenmedien und praktische Erfahrungen im Umgang der Massenmedien mit Sozialwissenschaften im Mittelpunkt stehen. Auf dieser Basis sollen in der zweiten Runde vor allem unterschiedliche Forschungsperspektiven und Deutungsansätze im Hinblick auf ihr Erkenntnis- und Veränderungspotential diskutiert werden. Hier besteht Gelegenheit zur ausführlichen forschungsstrategischen Diskussion.

Als Input für beide Diskussionsrunden dient eine Expertise zum Forschungsfeld »Sozialwissenschaften und Massenmedien«, die im Auftrag der Schader-Stiftung am Institut für Journalistik der Universität Hamburg erstellt wird. Dieses Papier geht den Teilnehmern des Workshops vorab zu. Darüber hinaus werden auf dem Fachgespräch auch erste empirische Ergebnisse einer Inhaltsanalyse zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der Drogenberichterstattung der Printmedien präsentiert.

Beide Inputs werden in Form von Referaten vortragen. An diese Referate werden sich kurze vorbereitete Statements der Diskutantinnen und Diskutanten anschließen, die jeweils nicht mehr als 10 Minuten beanspruchen sollen. So bleibt der größte Teil der Zeit frei für die offene Diskussion aller am Workshop Beteiligten. Die Diskussionsleitung der beiden Runden übernimmt ein Teilnehmer der jeweils anderen Runde. Zum Abschluß der Diskussion wird ein Kommentator den Workshop analysieren und zusammenfassend bewerten.

Mittwoch, den 6. März 1996

bis 12.45 Uhr	Anreise
13.00 Uhr	Mittagessen
14.00 Uhr	Begrüßung Hans-Dieter Weger, Schader-Stiftung
14.15 Uhr	Ziele des Fachgesprächs Otfried Jarren, Universität Hamburg

Erste Runde:

Was wissen wir? Empirischer Kenntnisstand und praktische Erfahrungen zum Thema »Sozialwissenschaften in den Massenmedien«

Diskussionsleitung:	Friedhelm Neidhardt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
14.30 Uhr	Der Transfer sozialwissenschaftlichen Wissens in die Massenmedien - Forschungsstand und empirische Ergebnisse einer Inhaltsanalyse Otfried Jarren/Hartmut Weßler, Universität Hamburg
15.00 Uhr	Statements der Diskutanten: Eckart Klaus Roloff, Rheinischer Merkur, Bonn
15.10 Uhr	Renate Mreschar, Deutscher Forschungsdienst, Bonn
15.20 Uhr	Thomas Assheuer, Frankfurter Rundschau.
15.30 Uhr	Diskussion aller Workshopteilnehmer
16.30 Uhr	Kaffeepause
17.00 Uhr	Statements der Diskutanten: Walter Hömberg, Katholische Universität Eichstätt
17.10 Uhr	Volker Ronge, Universität Wuppertal
17.20 Uhr	Diskussion aller Workshopteilnehmer
19.00 Uhr	Abendessen
20.30 Uhr	Dinner Speech Anton Austermann, Hochschule der Künste, Berlin

Donnerstag, 7. März 1996

Zweite Runde:

***Was wollen wir wissen? Wie sollen wir fragen?
Forschungsfragen und Forschungsstrategien***

Diskussionsleitung: Eckart Klaus Roloff, Rheinischer Merkur, Bonn

9.00 Uhr Wechselwirkungen zwischen Sozialwissenschaften, Medienöffentlichkeit und Policy-Diskursen - Theoretische Überlegungen zur Zukunft eines Forschungsfeldes
Otfried Jarren/Hartmut Weßler, Universität Hamburg

9.30 Uhr Statements der Diskutanten:

Peter Weingart, Universität Bielefeld

9.40 Uhr Friedhelm Neidhardt, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

9.50 Uhr Peter Wagner, The University of Warwick

10.00 Uhr Roland Czada, Fernuniversität Hagen

10.10 Uhr Kaffeepause

10.30 Uhr Diskussion aller Workshopteilnehmer

12.15 Uhr »Gegen den Strich gebürstet...« -
Kommentar zum Fachgespräch von Ulrich Saxer, Universität Zürich

13.00 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr Ende der Veranstaltung

Teilnehmer des Workshops

Thomas Assheuer	Frankfurter Rundschau, Redaktion Forum Humanwissenschaften
Professor Dr. Anton Austermann	Hochschule der Künste, Berlin
Professor Dr. Roland Czada	Fernuniversität Hagen, LG Politikfeldanalyse und Verwaltungswissenschaft
Professor Dr. Walter Hömberg	Kath. Universität Eichstätt, Lehrstuhl für Journalistik I
Professor Dr. Otfried Jarren	Universität Hamburg, Institut für Journalistik
Dr. Renate Mreschar	Deutscher Forschungsdienst, Ressort Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, Bonn
Professor Dr. Friedhelm Neidhardt	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Abt. Öffentlichkeit und soziale Bewegung
Dr. Frank Nullmeier	Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft
Dr. Hans Peter Peters	Forschungszentrum Jülich GmbH, Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik
Professor Dr. Heinz Pürer	Universität München, Institut für Kommunikations- wissenschaft (Zeitungswissenschaft); Mitglied des Beirates der Schader-Stiftung
Tobias Robischon	Wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung, Darmstadt
Dr. Eckart Klaus Roloff	»Rheinischer Merkur«, Redaktion Wissenschaft und Praxis, Bonn
Professor Dr. Volker Ronge	Bergische Universität GH Wuppertal, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Thomas Saretzki	Universität Hamburg, Institut für Politische Wissenschaft
Professor Dr. Ulrich Saxer	Universität Zürich, Seminar für Publizistikwissenschaft
Dr. Peter Wagner	The University of Warwick, Department of Sociology
Dr. Hans-Dieter Weger	Kuratorium der Schader-Stiftung, Darmstadt
Professor Dr. Peter Weingart	Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie
Hartmut Weßler	Universität Hamburg, Institut für Journalistik

